Judith Kretzschmar, Markus Beiler,
Uwe Krüger, Florian Döring

VON LÜGENPRESSE UND ABGEHOBENEN ELITEN

Journalismus- und Demokratievertrauen in Sachsen

[transcript] EditionPolitik

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Judith Kretzschmar, Markus Beiler, Uwe Krüger & Florian Döring
Von Lügenpresse und abgehobenen Eliten

Edition Politik

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Judith Kretzschmar, Markus Beiler, Uwe Krüger & Florian Döring

Von Lügenpresse und abgehobenen Eliten

Journalismus- und Demokratievertrauen in Sachsen

[transcript]

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über https://dnb.dnb.de abrufbar.

Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 4.0 Lizenz (BY-NC-ND). Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de
Um Genehmigungen für Adaptionen, Übersetzungen, Derivate oder Wiederverwendung zu kommerziellen Zwecken einzuholen, wenden Sie sich bitte an rights@transcript-publishing.com
Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

© 2025 Judith Kretzschmar, Markus Beiler, Uwe Krüger & Florian Döring

transcript Verlag | Hermannstraße 26 | D-33602 Bielefeld | live@transcript-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Die Verwertung der Texte und Bilder ist ohne Zustimmung des Verlages urheberrechtswidrig und strafbar. Das gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Verarbeitung mit elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Maria Arndt, Bielefeld
Umschlagabbildung: Jakob Steiner, Leipzig
Satz: Jan Gerbach, Bielefeld
Druck: Elanders GmbH, Weiblingen
Print-ISBN 978-3-8376-7560-3
PDF-ISBN 978-3-8394-7560-7
Buchreihen-ISSN: 2702-9050
Buchreihen-eISSN: 2702-9069

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Inhalt

1. Einleitung 9

2. Vertrauensforschung 15
2.1 Vertrauen und Misstrauen 15
2.2 Journalismusvertrauen 20
2.2.1 Begriffsverständnis 20
2.2.2 Forschungsstand: Ausmaß des Journalismusvertrauens 22
2.2.3 Forschungsstand: Gründe für fehlendes Journalismusvertrauen ... 29
2.3 Politik- und Demokratievertrauen 34
2.3.1 Begriffsverständnis 34
2.3.2 Forschungsstand: Ausmaß des Politik- und Demokratievertrauens 37
2.3.3 Forschungsstand: Gründe für fehlendes Politik- und Demokratievertrauen 44
2.4 Ableitung der Forschungsfragen 48

3. Sachsen als Untersuchungsregion 51
3.1 Politische Entwicklung 51
3.2 Wirtschaftliche Entwicklung 71
3.3 Demographische Entwicklung 75
3.4 Kulturlandschaft 78
3.5 Mediensystem 79

4. Methodisches Vorgehen 93
4.1 Untersuchungsdesign und Methodenwahl 93
4.2 Struktur und inhaltliche Dimensionen des Leitfadens 96
4.3 Ergänzender standardisierter Fragebogen und informierte Einwilligung 104

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

4.4 Samplingverfahren 106
4.5 Rekrutierung der Untersuchungsteilnehmenden 108
4.6 Durchführung der Leitfadeninterviews 110
4.7 Stichprobenbeschreibung 113
4.8 Transkription der Leitfadeninterviews 116
4.9 Auswertungsverfahren 117

5. Ergebnisse 121
5.1 Begriffsverständnis von Vertrauen 121
5.2 Verhältnis zum Journalismus 123
5.2.1 Nutzung journalistischer Medien 123
5.2.2 Ausmaß des Journalismusvertrauens 127
5.2.3 Gründe für Vertrauen in Journalismus 130
5.2.4 Gründe für Misstrauen gegen Journalismus 134
5.2.5 Ängste vor Schäden durch Journalismus 173
5.2.6 Wurzeln des Verhältnisses zum Journalismus 181
5.3 Verhältnis zu Politik 193
5.3.1 Politisches und gesellschaftliches Engagement 193
5.3.2 Ausmaß des Politikvertrauens 196
5.3.3 Gründe für Vertrauen in Politik 199
5.3.4 Gründe für Misstrauen gegen Politik 204
5.3.5 Ängste vor Schäden durch Politik 220
5.3.6 Wurzeln des Verhältnisses zu Politik 223
5.4 Zusammenhang zwischen Journalismus- und Politikvertrauen 232
5.5 Verhältnis zur Demokratie 243
5.5.1 Demokratieverständnis 243
5.5.2 Demokratiezufriedenheit 248
5.5.3 Kritik und Veränderungswünsche 250

6. Fazit 259
6.1 Zusammenfassung und Diskussion 259
6.2 Limitationen 275
6.3 Schlussfolgerungen 276

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Literaturverzeichnis 285

Anhang 321
Leitfaden zur Durchführung der Interviews 321

Autorin und Autoren 327

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

1. Einleitung

Als sich am 1. September 2024 in Sachsen die Wahllokale schlossen, hatten eindrucksvolle 74,4 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme zur Landtagswahl abgegeben – eine Rekordbeteiligung seit der Wiedervereinigung. Zehn Jahre zuvor hatte nicht einmal jeder Zweite, gerade einmal 49,1 Prozent, an der Landtagswahl teilgenommen. Was auf den ersten Blick wie ein großer Erfolg der parlamentarischen Demokratie anmutet, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als Ausdruck einer tiefliegenden und weitreichenden politischen Krise, die kurzfristig mobilisieren konnte, aber langfristig zur Gefahr für die demokratische Gesellschaft werden könnte.

Spätestens mit der Wahl in Sachsen sowie zeitgleich in Thüringen und drei Wochen später in Brandenburg entbrannte in Deutschland eine intensive Debatte über die Zukunft der Demokratie, angeheizt durch das starke Abschneiden der Alternative für Deutschland (AfD) und den Einzug des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) in alle drei Landtage. Im Falle Sachsens hatten sich am 1. September deutlich über 40 Prozent für Parteien entschieden, die sich bewusst als Gegenentwurf zu den bestehenden Parteien bzw. zum politischen System insgesamt inszenieren und den Eindruck erwecken, nur sie könnten das Volk vertreten. Die in den westlichen Bundesländern seit langem etablierten Parteien haben bislang keine wirksame Antwort darauf gefunden, wie sie Wählerinnen und Wähler in Ostdeutschland (zurück-)gewinnen können.

Jenseits politischer Positionen, die im Falle der AfD Grundwerte liberaler Demokratien und im Falle des BSW die Westbindung in Frage stellt, kommt darin ein tiefgehendes Misstrauen gegenüber »der« Politik zum Ausdruck und zugleich gegenüber »den« Medien, den zentralen Informationsquellen, durch die die Bürgerinnen und Bürger politische Ereignisse und Entscheidungen wahrnehmen und interpretieren. Das Misstrauen gegenüber dem

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

professionellen Journalismus spitzt sich unter dem Schlagwort »Lügenpresse« zu, das seine Prominenz nicht zuletzt der Verwendung als Parole auf den Pegida-Demonstrationen in Dresden (2014-2024) zu verdanken hat (vgl. Beiler & Kiesler 2018). Durch dieses Misstrauen wird die Funktion der Medien als Vermittler von Informationen, Anbieter von Meinungen und als »Vierte Gewalt« immer stärker in Frage gestellt, während sie aufgrund veränderten Mediennutzungsverhaltens im digitalen Strukturwandel der Öffentlichkeit ohnehin unter großem Veränderungsdruck stehen.

Mit Unverständnis und Ratlosigkeit blicken Politik und Medien auf den gesamten »Osten«. Gleichzeitig widmen sich immer mehr Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Frage, warum gerade in Ostdeutschland die Kluft zwischen Politik, Medien und einem großen Teil der Bevölkerung stetig wächst. Der Soziologe Steffen Mau beschreibt in seinem jüngsten Buch »Ungleich vereint«, wie die »Phantomgrenze« (Mau 2024: 18) zwischen Ost und West weiterhin das Land durchzieht. Diese Trennung hat laut Mau dazu geführt, dass viele Ostdeutsche das Gefühl haben, auch Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung nicht gleichwertig behandelt zu werden – sei es wirtschaftlich, politisch oder in der medialen Wahrnehmung. Der Literaturwissenschaftler Dirk Oschmann warnt in seiner Streitschrift »Der Osten: eine westdeutsche Erfindung«, dass das Vertrauen in die Demokratie weiter schwinden könnte, sollten diese gesellschaftlichen Risse nicht überwunden werden (vgl. Oschmann 2023: 199). Ähnlich alarmierend äußert sich der ehemalige sächsische Landrat und Journalist Dirk Neubauer, der die Politik 2024 nach eigenen Aussagen aufgrund der allgemeinen gesellschaftlichen Stimmung, der Bedrohungslage gegen seine Person und seine Familie sowie überbordender Bürokratie enttäuscht verließ. In seinem Buch »Rettet die Demokratie!« mahnt er: »Zwischen Politik und Menschen klafft ein Graben, der immer tiefer wird« (Neubauer 2021: 8).

Dabei hat sich hier offenbar schon seit Längerem etwas zusammengebraut: Angesichts immer neuer Krisen, von der Fluchtkrise von 2015/16, über den Krieg Russlands gegen die Ukraine bis hin zum Klimawandel und der Corona-Pandemie, tut sich für viele Menschen, gerade auch in Ostdeutschland, zunehmend ein tiefer Graben gegenüber Eliten auf, die diese Krisen managen oder doch zumindest erklären sollten. Für das Verständnis der Verwerfungen, die unsere Demokratie herausfordern, ist jedoch das Vertrauen in politische und journalistische Akteure – so unsere Annahme im Rahmen dieser Studie – ein zentraler Baustein, den es näher zu beleuchten gilt.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Wenn es um schwindendes Vertrauen geht, wird prototypisch für Ostdeutschland immer wieder das Bundesland Sachsen herangezogen. So gelang der NPD hier 2004 nach über dreißig Jahren erstmals wieder der Einzug in ein deutsches Landesparlament. 2014 war Sachsen das erste Bundesland überhaupt, in dem die AfD, nach ihrer Gründung erst ein Jahr zuvor, in den Landtag gewählt wurde. Prominente Persönlichkeiten der AfD kamen und kommen aus dem sächsischen Landesverband, so die frühere Parteivorsitzende Frauke Petry, der aktuelle Parteivorsitzende Tino Chrupalla sowie der Spitzenkandidat der AfD zur Europawahl 2024, Maximilian Krah. Die beständigen Wahlerfolge der AfD im Freistaat, die sich in den letzten Jahren in Sachsen zur stärksten Kraft bei der Bundestagswahl 2021 bzw. zweitstärksten Kraft bei der Landtagswahl 2024 entwickeln konnte, werfen ein eindringliches Licht auf das politische Vertrauen: Viele Wähler fühlen sich von den etablierten Parteien nicht mehr vertreten – was das Misstrauen in die politische Elite verstärkt, aber auch die Skepsis gegenüber den Medien, den Journalistinnen und Journalisten intensiviert, die sich dem Vorwurf ausgesetzt sehen, nicht die Wahrheit zu berichten. An dieser Annahme entzündete sich ein zutiefst pressefeindliches Klima. Negativer Spitzenreiter ist auch hier Sachsen. So häufig wie in keinem anderen Bundesland wurden im Freistaat Journalistinnen und Journalisten bei Demonstrationen, Versammlungen und Veranstaltungen beleidigt, in ihrer Arbeit gestört und sogar körperlich angegriffen (vgl. Peltz et al. 2024: 13).

Umfragen bestätigen, dass das Vertrauen in Politik und Medien in Sachsen im Vergleich zu anderen Regionen Deutschlands besonders niedrig ist und gesellschaftliche Debatten zeigen, dass der Journalismus und die Politik seit einigen Jahren verstärkt unter der kritischen Beobachtung größerer Teile der sächsischen Bevölkerung stehen.

Dies alles sind Argumente, sich das Vertrauen oder Misstrauen der sächsischen Bevölkerung in Institutionen der demokratischen Gesellschaft näher anzusehen und Beobachtungen, Bedürfnisse und Interessen der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf Journalismus und Politik zusammenzutragen. Zugleich vermuten wir, dass die zugrundeliegenden Probleme in ihrem Kern alles andere als nur für Sachsen typisch sind, auch wenn sie sich hier gerade besonders stark zeigen. Denn bei der sich selbst verstärkenden, ständig wiederholten Fokussierung auf Sachsen und ganz Ostdeutschland wird unterschlagen, dass auch die jüngsten Landtagswahlen 2023 in Hessen und Bayern verstärkten Zuspruch für die AfD zeigten. Für das neue BSW

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

wird die Bundestagswahl 2025 der Lackmustest sein. Es ist nicht auszuschließen, dass »der Osten« nur der Vorreiter einer schleichenden Abkehr von der liberalen Demokratie ist, wie Tendenzen anderswo in Europa und den USA bereits andeuten.

Unsere Studie beleuchtet am Beispiel Sachsens die Wurzeln dieses Vertrauensverlusts in Journalismus und Politik. In Gesprächen mit 61 Bürgerinnen und Bürgern im ganzen Freistaat – vom Erzgebirgsdorf bis zur Universitätsstadt – fragten wir nach ihren Wahrnehmungen, Einstellungen und Wünschen gegenüber Politik und Medien. Dieser sehr breit aufgestellte qualitative Zugang ermöglicht, über die reine Beschreibung fehlenden Vertrauens und dessen Folgen hinaus zu gehen. Das vielschichtige Bild, das wir daraus zeichnen können, gibt tiefe Einblicke nicht nur in die sächsische, sondern auch in die gesamtdeutsche Vertrauenskrise und liefert möglicherweise Ansatzpunkte zu einem neuen Umgang damit.

Wir beginnen unsere Darstellung mit einer Einführung zu den Begriffen »Vertrauen« und »Misstrauen«, bevor eine Übersicht zu quantitativ-standardisierten Studien zum Medienvertrauen in Deutschland folgt (Kapitel 2). Dabei betrachten wir auch, welche Ursachen für ein geringes Vertrauen in Medien bislang gefunden wurden, sowie Studien, die eine Typologisierung medienskeptischer Personen vornehmen. Im Anschluss stehen Umfrageergebnisse zum Vertrauen in politische Institutionen und in die Demokratie sowie die jeweils angenommenen Ursachen im Zentrum. Nach der Ableitung unserer Forschungsfragen wird der Freistaat Sachsen als Untersuchungsregion in den Fokus gerückt (Kapitel 3). An dieser Stelle skizzieren wir die wesentlichen historischen, politischen, sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen des Bundeslandes, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf die aktuellen Entwicklungen und Transformationen seit der Friedlichen Revolution 1989 und der Wiedergründung Sachsens als Freistaat im Jahr 1990 gelegt wird. Im weiteren Verlauf wird die methodische Herangehensweise der Studie erläutert (Kapitel 4), bevor die Ergebnisse der Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern ausführlich dargestellt werden. Anhand dieser Ergebnisse ziehen wir schließlich ein Fazit (Kapitel 5) und präsentieren einige Gedanken, die aus unserer Sicht dazu beitragen könnten, verlorenes Vertrauen bei den Menschen in Sachsen und darüber hinaus zurückzugewinnen.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Dank

Die Idee für die vorliegende Untersuchung wurde an der Universität Leipzig entwickelt. Deren Umsetzung wurde möglich durch eine Förderung des Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus des Freistaats Sachsen. Wir danken dem ehemaligen Prorektor für Entwicklung und Transfer der Universität Leipzig, Prof. Dr. Thomas Lenk, sowie dem gesamten Team des Zentrums Journalismus und Demokratie (JoDem) und des Lehr- und Forschungsbereichs Journalismus am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig, dabei vor allem Jun.-Prof. Dr. Vera Katzenberger, Juliane Pfeiffer, Christopher Pollak, Frederik Damerau, Milena Scheller, Mascha Leonie Lang, Alexandra Hilpert, Dariush Movahedian, Jakob Steiner, Nick Stütz sowie Cornelia Böhland.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

2. Vertrauensforschung

Unsere empirische Studie widmet sich dem Vertrauen in Medien, speziell den Journalismus, in Verbindung und im Wechselspiel mit Vertrauen in die Politik als Institutionengefüge und die Demokratie als Herrschafts- und Regierungsform. Nachfolgend werden daher nötige Begriffe definiert und der Stand der Vertrauensforschung hinsichtlich Journalismus, Politik und Demokratie dargestellt.

2.1 Vertrauen und Misstrauen

Vertrauen ist für Individuen und Gesellschaft von zentraler Bedeutung und wird deshalb mittlerweile in fast allen sozial- und geisteswissenschaftlichen Disziplinen thematisiert und wissenschaftlich untersucht. Doch trotz zahlreicher Veröffentlichungen ist Vertrauen bislang eher »ein Fragebogenergebnis« (Hartmann 2020: 26) und es ist kein einheitliches Verständnis des Begriffes zu verzeichnen. In der Literatur besteht lediglich Einigkeit darüber, dass Vertrauen als sozialer und psychischer Mechanismus für Individuen und die Gesellschaft von herausragender Bedeutung ist, dass Vertrauen die Gesellschaft zusammenhält (vgl. ebd.: 20), »soziales Kapital« darstellt (ebd.: 24), ein »individuell variierendes Wahrnehmungs- und Orientierungsmuster« (Schweer 2010: 153) ist und immer dann an Bedeutung gewinnt, wenn unser Wissen an Grenzen stößt. Denn »wer vertraut, verzichtet auf die Sicherheit, die vollständiges Wissen schafft« (Schäfer 2004: 393). Vertrauen ist überall dort notwendig, wo wir nicht alles bis in die letzte Verästelung der faktischen Realität und des Möglichen überschauen und überwachen können bzw. wollen. Mit Vertrauen lässt sich also in einer komplexen Welt »Wissen ersetzen, oder besser: Nichtwissen kompensieren« (Kohring 2004: 83).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Moderne Definitionen des Begriffs basieren auf früheren Werken von Soziologen wie Georg Simmel, Niklas Luhmann und Anthony Giddens. Simmel bezeichnet Vertrauen als »die Hypothese künftigen Verhaltens, die sicher genug ist, um praktisches Handeln darauf zu gründen« (Simmel 1908: 346). Diese Hypothese sei »ein mittlerer Zustand zwischen Wissen und Nichtwissen um den Menschen. Der völlig Wissende braucht nicht zu vertrauen, der völlig Nichtwissende kann vernünftigerweise nicht einmal vertrauen« (ebd.). Luhmann sieht Vertrauen als einen Mechanismus zur Reduktion sozialer Komplexität und zur Reduktion der Vielzahl an Möglichkeiten (vgl. Luhmann 2014: 5), die die Welt »unkontrollierbar« (ebd.: 27) macht. Außerdem ist Vertrauen »Zutrauen […] zu eigenen Erwartungen« und »elementarer Bestandteil des sozialen Lebens« (ebd.: 1). Viele Ansätze verstehen Vertrauen in Anlehnung an Luhmann (2014: 20-27) als einen kommunikativen Mechanismus, der auf zurückliegenden Erfahrungen beruht, die zukünftigen Erwartungen prägt (vgl. Bentele 1994: 141) und eine »riskante Vorleistung« (ebd.: 27) darstellt. Die Zukunftsausrichtung und die zeitliche Perspektive sind hier grundlegend: »Als Vorleistung für die Zukunft ist Vertrauen zeitabhängig und muss immer wieder aktuell bestätigt werden« (Bentele 1998: 307, für eine überblicksartige Darstellung siehe Müller 2013: 40). In einem Vertrauenskontext ist die bloße Erfüllung von Erwartungen allein aber noch nicht hinreichend. Denn bereits von Vertrauen zu reden, wenn nur die Erwartungen erfüllt werden (vgl. Mauler et al. 2017: 11), hieße, dass beispielsweise auch absichtlich schädigendes Verhalten des Gegenübers zu Vertrauen führen würde, sofern wir nur vorher damit gerechnet hätten. Aus diesem Grund ist Vertrauen an die Unterstellung einer positiven, nicht zum Nachteil gereichenden Erwartung gekoppelt (vgl. Giddens 1990: 34, Gambetta 1988: 217). Vertrauen kann für (zumindest wahrgenommene) Handlungssicherheit sorgen, denn es generalisiert Erwartungen an zukünftige Handlungen (vgl. Hanitzsch et al. 2017: 3). Auf der anderen Seite muss es auch kontinuierlich bestätigt werden und kann jederzeit wieder entzogen werden, da sich sowohl Ansichten des Vertrauenssubjekts als auch das Handeln des Vertrauensobjekts ändern können (vgl. Bentele 1998: 307, Luhmann 2014).

Vertrauen muss dabei freiwillig geschehen, es kann nicht gefordert oder erzwungen, sondern immer nur aus eigenem Antrieb heraus entgegengebracht werden (vgl. Bentele 2013: 357) und der Grad variiert je nach Erfahrungsschatz, sozioökonomischen Bedingungen oder Merkmalen der Gemeinschaft und Kultur, denen das Subjekt angehört (vgl. Alesina & La Ferrara 2002: 208).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Für manche Autorinnen und Autoren ist Vertrauen primär ein zwischenmenschliches Phänomen: So meint Haller (2017b: 50 und 62), dass Vertrauen wohl nur für die interpersonalen Beziehungen eine zutreffende Benennung ist und sich nicht auf abstrakte Systeme beziehen lässt. Auch Hartmann (2020: 89) betont, dass es keine Institutionen jenseits der Individuen gebe (vgl. ebd.: 127). »Über das durch Umfragen gewonnene Institutionenvertrauen hinaus können wir also Institutionen vertrauen, aber dieses Vertrauen bleibt gebunden an Personen, die den Institutionen ein Gesicht geben oder wahrnehmbar in ihrem Namen sprechen oder ihren Ethos verkörpern« (ebd.: 133). Wir vertrauen also der Institution durch die Person hindurch, die sie repräsentiert, und wenn nach »Systemvertrauen« gefragt wird, assoziieren die Befragten nicht das System, sondern konkrete Erfahrungen oder Erlebnisse (vgl. Haller 2017b: 50).

Andere Forschende zum Thema sehen das anders: So sprechen sich etwa das Team der Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen oder Günter Bentele dafür aus, dass Menschen lernen, von Vertrauensbeziehungen auf der individuellen Ebene zu abstrahieren und auch in Institutionen und Systeme zu vertrauen (vgl. Jackob et al. 2023: 12, Bentele 1994: 141). Auch für Blöbaum et al. (2020: 13) gibt es Bezugspunkte von Medienvertrauen jenseits der »Akteursebene«: Vertraut oder misstraut werden kann demnach ebenfalls auf der »Beitragsebene« etwa einem Berichterstattungsfeld, auf der »Organisationsebene« etwa einem konkreten Medium und auf der »Systemebene« dem gesamten professionellen Journalismus. Und laut Kohring (2004: 171-174) kann sich das Vertrauen von Nutzerinnen und Nutzern auf vier andere Dimensionen beziehen, die im Grunde journalistische Tätigkeiten darstellen: auf die Themenselektivität, die Faktenselektivität, die Richtigkeit von Beschreibungen (sachrichtige Darstellung von Fakten) und auf explizite Bewertungen (Einordnungen, Meinungen).

Wir plädieren dafür, alle diese möglichen Ebenen und Bezugspunkte von Vertrauen im Blick zu behalten und dabei mitzudenken, dass dies analytische Unterscheidungen sind, deren Grenzen in der Realität vermutlich fließend sind (vgl. Haller 2017b: 43). Persönliches Vertrauen bildet hierbei die Grundlage aller sozialen Beziehungen, doch in der Informations- und Kommunikationsgesellschaft wird Vertrauen vor allem als »öffentliches Vertrauen« (Bentele 1994) wichtig: Das Vertrauen von Menschen in die Demokratie und ihre Institutionen hat konkrete Folgen für die Stabilität der Gesellschaft (vgl. Jackob 2023: 12-13).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Ausgehend von diesen Erörterungen und weiteren Definitionsvorschlägen (vgl. Fawzi et al. 2021: 156, Pollak & Krüger et al. 2024: 289-290) definieren wir Vertrauen wie folgt:

> Vertrauen ist eine Beziehungsdimension, als sozialer und psychischer Prozess für Individuen und die Gesellschaft von herausragender Bedeutung, sowie ein Mechanismus zur Reduktion von sozialer Komplexität, der Handlungsfähigkeit im Angesicht von Nichtwissen ermöglicht. Sowohl zwischenmenschliches Vertrauen als auch das Vertrauen von Personen in größere und abstraktere Einheiten (Organisationen, Institutionen, Systeme) sind an positive Erfahrungen und Erwartungen gekoppelt: Es beruht auf zurückliegenden Erfahrungen, muss immer wieder aktuell bestätigt werden und generalisiert Erwartungen an zukünftige Handlungen.

Bislang wurde deutlich, dass es unterschiedlichste Perspektiven auf den Gegenstand Vertrauen gibt. Daran schließt sich die Frage nach dem Verhältnis von Vertrauen und Misstrauen an: Ein Teil der Wissenschaft interpretiert Misstrauen und Vertrauen als Pole einer Skala, andere Autorinnen und Autoren wiederum gehen von einem Gegensatzpaar aus oder davon, dass Ver- und Misstrauen auch gleichzeitig auftreten können, je nach Bezugspunkt (vgl. Blöbaum 2018: 606).

Die oben genannten Annahmen über den Vertrauensprozess lassen sich unter entgegengesetzten Vorzeichen analog auch auf Misstrauen übertragen. In diesem Fall hat das misstrauende Subjekt die Überzeugung, dass Handlungen des Objekts nicht mit den eigenen Erwartungen übereinstimmen und/oder zu subjektiv wahrgenommenen Nachteilen führen. Deshalb wird Misstrauen allgemein als Gegenpol von Vertrauen verstanden »und ist empirisch sogar mithilfe der Inversion von Messinstrumenten für Vertrauen erfasst worden« (Engelke 2018: 142, vgl. Prochazka 2020: 42).

Luhmann zufolge ist Misstrauen jedoch nicht allein fehlendes Vertrauen, vielmehr fungiert es als »funktionales Äquivalent« (Luhmann 2014: 92) von Vertrauen. Das heißt: Sowohl Vertrauen als auch Misstrauen erfüllen die Funktion der Komplexitätsreduktion (vgl. ebd.: 92-93, Prochazka 2020: 42, Geramanis 2002: 53). Engelke weist darauf hin, dass »Vertrauenssubjekte auf einem Kontinuum zwischen niedriger und hoher Vertrauensneigung eingeordnet werden« (Engelke 2018: 134) können. In Verbindung mit Luhmanns Bemerkungen zu fehlendem Vertrauen wird daraus ein Kontinuum der Vertrauensneigung, des-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

sen einer Pol für starkes Vertrauen und dessen anderer für starkes Misstrauen steht. Je mehr man sich von den Polen entfernt, desto weniger man also vertraut oder misstraut, desto stärker wird die Gefahr von Überforderung und Handlungsunfähigkeit in einem Schwebezustand des Nicht-Wissens: »Wer sich nur weigert, Vertrauen zu schenken, stellt die ursprüngliche Komplexität der Geschehensmöglichkeiten wieder her und belastet sich damit« (Luhmann 2014: 93). Wird Misstrauen als Gegenteil von Vertrauen verstanden, schlägt enttäuschtes Vertrauen ab einem bestimmten Punkt in Misstrauen um (vgl. Erikson 1992: 75). Doch wer nicht vertraut, ist nicht notwendigerweise schon misstrauisch (vgl. Hartmann 2011: 57). In der Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen wird als Gegensatz von Vertrauen das Nichtvertrauen angesehen (vgl. Jackob et al. 2023: 36). Hartmann (2020: 265-367) siedelt dort die Gleichgültigkeit an. Aus der Perspektive der funktionalen Äquivalente können Vertrauen und Misstrauen losgelöst voneinander existieren, was allerdings nicht heißt, dass zwischen beiden keine Wechselwirkungen oder Beeinflussungen bestehen.

Diese Interpretation erscheint schlüssig. Denn einmal enttäuschtes Vertrauen muss nicht zwangsläufig in Misstrauen umschlagen. Der Grad an Vertrauen mag durch eine Enttäuschung sinken. Häufig stellt sich jedoch erst dann Misstrauen ein, wenn positive Erwartungen in einem zeitlich überschaubaren Rahmen mehrfach nicht erfüllt wurden und davon auszugehen ist, dass sich die negative Interaktion wiederholen wird. In der Literatur findet man sowohl Schwellenmodelle (vgl. Luhmann 2014, Seiffert-Brockmann 2015: 202), in denen nach einer Kippschwelle eine radikale Destabilisierung ursprünglicher Deutungsmuster passiert, als auch ein Modell allmählicher Verluste oder Gewinne an Vertrauen ohne dramatische Kipppunkte (vgl. Herrmann & Wiafe 2020: 153).

Vertrauen und Misstrauen sind Beziehungsdimensionen und dienen beide der Komplexitätsreduktion (vgl. Prochazka 2020: 42). Doch sie haben noch andere zentrale Eigenschaften gemein: Es sind Interessenartikulationen und Haltungen des Engagements: »Der Misstrauische will ein Ziel erreichen wie der Vertrauensvolle auch, nur zweifelt er daran, es ohne Kontrollmaßnahmen tun zu können. Der Misstrauische ist insofern noch interessiert […]« (Hartmann 2017: 7), zeigt eine Haltung des Engagements und eben nicht der Gleichgültigkeit. Es ist dann die Frage, ob das Misstrauen »zentrifugal« oder »zentripetal« wirkt, also ob der bzw. die Misstrauische aus der Gesellschaft hinausstrebt und mit ihr bricht oder sein bzw. ihr Misstrauen als Antrieb zur konstruktiven Verbesserung der Gesellschaft nutzt (vgl. Mühlfried 2019).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Ausgehend von diesen Betrachtungen definieren wir Misstrauen wie folgt:

> Misstrauen ist die Überzeugung eines Subjekts, dass Handlungen des Objekts nicht mit den eigenen Erwartungen übereinstimmen und/oder zu für das Subjekt nachteiligen Erfahrungen führen. Misstrauen ist nicht generell als Gegenteil von Vertrauen zu verstehen, Vertrauen und Misstrauen sind vielmehr funktionale Äquivalente in Bezug auf die Reduktion von Komplexität sowie in Bezug auf Engagement und können auch losgelöst voneinander existieren.

2.2 Journalismusvertrauen

2.2.1 Begriffsverständnis

Journalismus hat in der Demokratie im Wesentlichen drei Funktionen: die Bevölkerung zu informieren, zur Meinungsbildung beizutragen sowie (als sogenannte »Vierte Gewalt« im Staat) Kritik und Kontrolle zu üben. Auch eine Bildungs-, eine Unterhaltungs- sowie eine Integrationsfunktion wird journalistischer Berichterstattung zugeschrieben. Eine klassische Lehrbuchdefinition lautet:

> »Journalismus recherchiert, selektiert und präsentiert Themen, die neu, faktisch und relevant sind. Er stellt Öffentlichkeit her, indem er die Gesellschaft beobachtet, diese Beobachtung über periodische Medien einem Massenpublikum zur Verfügung stellt und dadurch eine gemeinsame Wirklichkeit konstruiert. Diese konstruierte Wirklichkeit bietet Orientierung in einer komplexen Welt.« (Meier 2018: 14)

Wir erweitern Meiers Definition um einen fehlenden Oberbegriff: Wir sehen ihn als gesellschaftliche »Institution«, was im Sinne des Neo-Institutionalismus etwa als »Regelsystem« verstanden werden kann (vgl. Donges 2006: 568-569, Buschow 2012: 36-38). Wichtig finden wir weiterhin die Aspekte der Unabhängigkeit, Arbeitsteilung und Qualitätskontrolle. Denn im Unterschied zur Public Relations, die eine Selbstdarstellung partikularer Interessen liefert, leistet Journalismus eine Fremddarstellung im allgemeinen Interesse (vgl. Baerns 1982: 58). Im Unterschied zu Alternativmedien und/oder Bürgerjournalismus wird der professionelle Journalismus in arbeitsteilig or-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

ganisierten Redaktionen von Journalistinnen und Journalisten im (Haupt-) Beruf betrieben und unterliegt Mechanismen der Qualitätssicherung innerhalb der Redaktion sowie gesamtgesellschaftlich etwa über Selbstkontrollorgane (vgl. Schweiger 2017: 47).

> Journalismus ist eine gesellschaftliche Institution zur Herstellung von Öffentlichkeit. In arbeitsteilig organisierten Redaktionen mit Qualitätssicherungsmaßnahmen recherchieren, selektieren und präsentieren Journalistinnen und Journalisten Themen, die neu, faktisch und relevant sind. Journalismus leistet eine Fremdbeobachtung anderer gesellschaftlicher Regelsysteme wie Politik, Wirtschaft, Recht, Wissenschaft usw., d.h. er beobachtet die Gesellschaft unabhängig von Partikularinteressen und stellt seine Beobachtungen über Medien einem dispersen, tendenziell unbegrenzten Publikum zur Verfügung. So trägt er zur Information und Meinungsbildung sowie Kritik und Kontrolle in einer modernen, ausdifferenzierten und demokratisch verfassten Gesellschaft bei.

Er stellt an sich selbst, vor allem in seinen faktenbetonten Darstellungsformen, den Anspruch, neutral und objektiv zu sein und im allgemeinen, öffentlichen Interesse zu berichten. Wenn wir im Folgenden von journalistischen Medien sprechen, meinen wir diejenigen Medien, über die der etablierte Journalismus Öffentlichkeit herstellt: Tages- und Wochenzeitungen, Nachrichten- und andere nicht-fiktionale Sendungen in Fernsehen und Radio sowie Nachrichtenportale, deren Anspruch es ist, aktuelle Informationen über Politik und Gesellschaft sowie weiteres relevantes Wissen zu vermitteln.

Grundlegend für die Erfüllung der Funktionen des Journalismus in der Demokratie ist ein Mindestmaß an Glaubwürdigkeit und Vertrauen seitens der Nutzerinnen und Nutzer. Dieses Forschungsfeld ist von einer Vielzahl von Begriffen und Konzepten gekennzeichnet: So untersuchen Studien etwa »confidence in media« (Johnson & Kaye 2014), »trust in news media« (Fawzi et al. 2021), »Vertrauen in Journalismus« (Kohring & Matthes 2004) oder »Medienvertrauen« (Reinemann et al. 2017), auf der anderen Seite der mutmaßlichen Skala »media distrust« (Ladd 2010), »media skepticism« (Tsfati & Cappella 2003) bzw. »Medienskepsis« (Blöbaum et al. 2020) oder »media cynicism« (Carr et al. 2014) bzw. »Medienzynismus« (Jackob et al. 2023). Vertrauen in Journalismus wird verstanden als die Bereitschaft, Risiken gegenüber journalistischen Medien einzugehen (vgl. Hanitzsch et al. 2017: 3). Das

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Vertrauen beinhaltet, dass Rezipientinnen und Rezipienten die vermittelten Informationen in ihr Meinungs, Einstellungs- und Verhaltensspektrum übernehmen, also »dem eigenen Handeln journalistische Informationsangebote zu Grunde zu legen« (Matthes & Kohring 2003: 10). Dass man sich damit verletzlich macht, betont die Definition von Fawzi et al. (2021: 156): »Trust in news media« ist hier »the individual's willingness to be vulnerable to media objects, based on the expectation that they will perform a) satisfactorily to the individual and/or b) according to the dominant norms and values in society (i.e., democratic media functions)«.

Zugleich sind Medien für viele Menschen der einzige direkte Kontakt zur Politik und deswegen für die freiheitliche demokratische Grundordnung essenziell. Vertrauen in Institutionen und in gesellschaftliche und politische Strukturen kann ohne journalistische Kommunikation nicht ausgebildet werden (vgl. Kohring 2004: 165). Hier geht es also um Vertrauen *durch* Journalismus, welches sich allerdings nur auf der Grundlage von Vertrauen *in* Journalismus ausbildet (vgl. ebd.: 167). Journalismus wird also als Vermittler benötigt, um Vertrauen in andere gesellschaftliche Systeme wie z. B. die Politik aufbauen zu können bzw. aufrechtzuerhalten (vgl. ebd.: 12). Geringes Vertrauen in Journalismus kann so auch einen möglichen Grund für Skepsis gegenüber anderen Systemen wie Politik, Wirtschaft oder Wissenschaft darstellen und einem (wahrgenommenen) Verlust politischer Selbstwirksamkeit Vorschub leisten (vgl. Coleman 2012: 40). Gleichzeitig ist die demokratische Gesellschaft auf ein kritisches Publikum angewiesen, das dem Journalismus nicht blind vertraut, sondern mit einer gewissen Skepsis die Einhaltung von Qualitätsmerkmalen überwacht (vgl. Müller 2013: 84) und somit auch als eine Instanz für externe Qualitätssicherung wirkt.

2.2.2 Forschungsstand: Ausmaß des Journalismusvertrauens

Nach diesen Begriffsdefinitionen wird im Folgenden der Stand der bisherigen empirischen Forschung zum Journalismusvertrauen dargestellt, weil sich unsere empirische Arbeit – im Wechselspiel und Zusammenhang mit Politik- und Demokratievertrauen – zentral auf diesen bezieht.

Vertrauen bzw. Misstrauen in Medien bzw. den Journalismus sind, wie bereits ausgeführt, wesentliche Einflussfaktoren für die Funktionsweise demokratischer Gesellschaften. Daher überrascht es nicht, dass viele Studien das Medienvertrauen in Deutschland erheben, mit verschiedenen Ansätzen

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

und Perspektiven. Im Folgenden werden zunächst ausgewählte Studien von 2016 bis 2024 mit ihren Ergebnissen zum Ausmaß des Medienvertrauens kurz vorgestellt.

Wertvolle Erkenntnisse zum Thema liefern Längsschnittbefragungen. In erster Linie ist hier die Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen des Instituts für Publizistik der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz zu nennen. Die kontinuierliche, repräsentative Forschungsreihe untersucht seit 2008 das Vertrauen der deutschen Bevölkerung in die Medien im Allgemeinen sowie in verschiedene Mediengattungen (wie Fernsehen, Radio, Print- und Online-Medien). Seit dem Start der Studie wurden bereits neun Wellen erhoben, seit 2015 im Ein-Jahres-Abstand. Durch die regelmäßige Befragung über mehrere Jahre hinweg können Dynamiken des Medienvertrauens in Deutschland beobachtet, Tendenzen identifiziert und die Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlichen Entwicklungen und dem Journalismusvertrauen erkannt werden (vgl. Jackob et al. 2023).

Die Ergebnisse der neunten Welle 2023 wurden im April 2024 veröffentlicht und zeigen, dass das Gesamtvertrauen der Deutschen in die Medien gegenüber den Spitzenwerten während der Corona-Pandemie im Jahr 2020 (56 Prozent) weiter abgesunken ist. Nur noch 44 Prozent stimmten der Aussage zu: »Wenn es um wirklich wichtige Dinge geht – etwa Umweltprobleme, Gesundheitsgefahren, politische Skandale und Krisen – kann man den Medien vertrauen« (Quiring et al. 2024: 2). Dieser Wert deckt sich in etwa mit dem letzten Jahr vor Beginn der Pandemie (2019: 43 Prozent; vgl. ebd.). Die Studie geht deswegen von einer »Sondersituation mit einem erhöhten Bedürfnis nach gesellschaftlichem Zusammenhalt« (ebd.) während der Pandemie aus.

Gestiegen ist die Anzahl derer, die den Medien »eher nicht« oder »überhaupt nicht« vertrauten: So gab 2022 jede bzw. jeder Fünfte an, den Medien tendenziell nicht zu vertrauen, 2023 war es bereits jede bzw. jeder Vierte (vgl. ebd.: 2-3). Wenn man auf einzelne Medienangebote schaut, relativiert sich der Befund etwas. Denn dem Mediensystem insgesamt nicht zu vertrauen, bedeutet im Umkehrschluss scheinbar nicht, dass die Menschen gar kein Medienangebot finden, das ihnen vertrauenswürdig erscheint. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, die ARD (Arbeitsgemeinschaft öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten), das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF), die Sendung *Tagesschau*, die überregionale *Süddeutsche Zeitung*, das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* und die Wochenzeitung *Die Zeit* wurden als vertrauenswürdige Medienangebote am häufigsten genannt (vgl. ebd.: 4). Diese Werte sind in den vergangenen Jah-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

ren relativ stabil geblieben. Das immer schon niedrige Vertrauen der Bevölkerung in Online-Nachrichtenangebote setzte sich 2023 fort (Messenger-Dienste 4 Prozent, alternative Nachrichtenseiten 4 Prozent, Videoplattformen 6 Prozent und Soziale Netzwerke 2 Prozent; vgl. ebd.: 6).

Die Mainzer Langzeitstudie erfasst darüber hinaus auch die Art und Schärfe der Medienkritik, ob also etwa »medienzynische Einstellungen« über eine konstruktive Skepsis und Kritik im öffentlichen Diskurs hinausgehen. Typische Vorwürfe sind beispielsweise, dass Medien und Politik zusammenarbeiten, um die Meinung der Bevölkerung zu manipulieren (2023: 23 Prozent Zustimmung), oder dass die Bevölkerung von den Medien systematisch belogen wird (2023: 17 Prozent Zustimmung) (vgl. ebd.: 7). Diese Einstellungen haben 2023 im Vergleich zu den Vorjahren wieder leicht zugenommen, doch noch immer übersteigt die Ablehnung dieser Aussagen deutlich die Zustimmung (vgl. ebd.: 8). Vergleicht man Medien und Politik, so zeigt sich, dass 44 Prozent der Menschen voll und ganz bzw. überwiegend den Medien vertrauten, während dies gegenüber der Politik nur bei 17 Prozent der Fall ist (vgl. ebd.: 8-9).

Eine weitere Studienreihe ist die seit 2012 jährlich durchgeführte Repräsentativbefragung »Reuters Institute Digital News Report«. Das Reuters Institute for the Study of Journalism (Oxford) untersucht die Nachrichtennutzung im internationalen Vergleich und zeigt generelle Trends und nationale Besonderheiten auf. Für die Studie 2024 wurden Befragungen in 47 Ländern mit über 95.000 Befragten realisiert. Ein Schwerpunkt der deutschen Teilstudie unter Federführung des Hans-Bredow-Instituts in Hamburg liefert Einblicke auf die Fragen, wie viel Vertrauen die Menschen den Nachrichten in Deutschland entgegenbringen, woran sie ihre Vertrauenseinschätzungen festmachen, was sie von den Nachrichtenmedien erwarten und inwiefern sie diese Erwartungen als erfüllt ansehen.

Im Jahr 2024 waren mit 43 Prozent genauso viele Befragte wie im Vorjahr der Meinung, dass man dem Großteil der Nachrichten meist vertrauen könne. 2021 bzw. 2022 waren es hingegen noch 53 bzw. 50 Prozent (vgl. Behre et al. 2024: 46). Das Vertrauen in die Nachrichten, die die Befragten selbst nutzen, war im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls beständig: 2024 stimmten 53 Prozent der Aussage zu, dem Großteil der von ihnen genutzten Nachrichten meist vertrauen zu können. Im Zeitverlauf zeigt sich ein ähnliches Muster wie in Bezug auf das allgemeine Nachrichtenvertrauen: Nach einem leichten Anstieg des Vertrauens im Pandemiejahr 2021 (62 Prozent) sind die Werte

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

2022 leicht gesunken (57 Prozent) und bewegen sich seit zwei Jahren mit jeweils 53 Prozent auf noch einmal etwas niedrigerem Niveau (vgl. ebd.: 47). Ein gewisses Misstrauen besteht auch gegenüber Online-Nachrichten. 2024 haben 42 Prozent der Befragten Bedenken geäußert, bei Online-Nachrichten zwischen Fakten und Falschmeldungen unterscheiden zu können (2023: 37 Prozent; vgl. ebd.: 50).

Neben diesen beiden Langzeituntersuchungen existiert auch die seit 2002 durchgeführte Studie »Die distanzierte Mitte« des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) und der Friedrich-Ebert-Stiftung, die rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland untersucht. Die repräsentative Studie 2022/23 zeigt, dass das Vertrauen vieler Menschen in die Medien zugunsten des Internets gesunken ist – 61 Prozent der Befragten vertrauten »dem Internet mehr als den öffentlich-rechtlichen Medien« –, obwohl die Mehrzahl der Menschen die öffentlich-rechtlichen Medien »für eine wichtige Säule der Demokratie« (59 Prozent) hielt (vgl. Küpper et al. 2023: 104-105, Zick et al. 2023).

Die explorative »Trendstudie zu Medienvertrauen« des Instituts für Kommunikationswissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster untersuchte mit einer repräsentativen Befragung 2016/2017, womit Mediennutzer die Begriffe Medienvertrauen und Medienmisstrauen verbinden, und ist damit die einzige Studie, die ausdrücklich Medien*miss*trauen erhebt. Die Analyse kommt zu dem Ergebnis, dass 2016/17 jeder fünfte Bürger in Deutschland den Medien misstraut hat, während 22 Prozent weder vertrauten noch misstrauten und 57 Prozent vertrauten (vgl. Blöbaum 2018: 603). Eine repräsentative Online-Befragung von Prochazka (2020) aus dem Jahr 2017 zeigte Vertrauenswerte im mittleren Bereich mit einem leichten Überhang zu hohem Vertrauen (vgl. ebd.: 265). Allerdings lehnte etwa ein Viertel die Aussage ab, dass die Bildung einer fundierten Meinung auf Basis von Inhalten der etablierten Medien möglich sei, und 32 Prozent wollten wichtige Entscheidungen nicht auf Grundlage von Informationen aus den etablierten Medien treffen (vgl. ebd.: 182). Zwei Befragungswellen des Projekts »Journalismus und Demokratie«, durchgeführt vom Institut für Journalistik der TU Dortmund, zeigten ebenfalls eine Mehrheit von 58 Prozent (2023) bzw. 56 Prozent (2024), die der Aussage »Ich glaube, man kann dem Großteil der Nachrichten in Deutschland meist vertrauen« zustimmen (vgl. TU Dortmund o.J.).

Weitere Studien ermöglichen Vergleiche zum Medienvertrauen zwischen Ost- und Westdeutschland. Der »Monitor« der Konrad-Adenauer-Stiftung

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

hat unter dem Titel »Welchen Nachrichten kann man noch trauen?« die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage durch das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap veröffentlicht. Hier wurde untersucht, in welchem Maße Menschen Angst vor der Verbreitung von Desinformation haben und ob sie den öffentlich-rechtlichen Medien vertrauen. Zum Jahreswechsel 2022/23 stuften 26 Prozent der Befragten die politischen Nachrichten als nicht glaubwürdig ein, 2019/20 waren es nur 18 Prozent (vgl. Hirndorf & Roose 2023: 10). Die Untersuchung markiert dabei deutliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen. Letztere beurteilten die politischen Nachrichten in den öffentlich-rechtlichen Medien kritischer: 36 Prozent der Ostdeutschen hielten diese für nicht glaubwürdig (Westdeutschland: 23 Prozent; vgl. ebd.: 11). Ein ähnliches Bild zeichnet sich bei dem Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien generell ab: In Ostdeutschland hatten 2022/23 16 Prozent der Befragten gar kein Vertrauen und 31 Prozent wenig Vertrauen in die Öffentlich-Rechtlichen. In Westdeutschland waren es 11 bzw. 24 Prozent. Dennoch brachte auch in Ostdeutschland eine Mehrheit (51 Prozent) den öffentlich-rechtlichen Medien generell viel Vertrauen entgegen (vgl. ebd.: 14).

Eine Studie von Infratest dimap (2023) im Auftrag des Westdeutschen Rundfunks (WDR) kam zu dem Ergebnis, dass 42 Prozent der Bundesbürger an Vorgaben von Staat und Regierung für die Berichterstattung der Medien glauben (vgl. ebd.: 71). 44 Prozent der Befragten bringen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk wenig oder kein Vertrauen entgegen (vgl. ebd.: 13). In Ostdeutschland vertrauten 45 Prozent dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, in Westdeutschland waren es hingegen 56 Prozent (vgl. ebd.: 17). Zu ähnlichen Ergebnissen kommt bereits 2017 eine Studie der Otto-Brenner-Stiftung, die Ergebnisse der Leipziger »Mitte«-Studie mit Abfragen der Einstellung gegenüber verschiedenen Medien kombiniert. So schätzen in Westdeutschland 55,7 Prozent der Befragten, in Ostdeutschland aber nur 45,2 Prozent den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als glaubwürdig ein (vgl. Decker et al. 2017: 21-22).

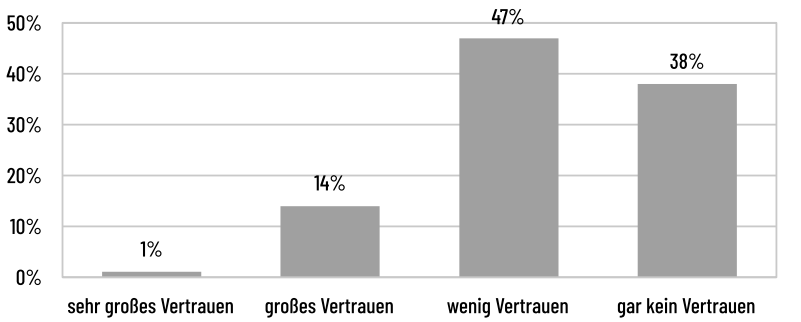
Weitere Vergleichswerte zwischen Ost und West in der Studie von Infratest dimap von 2023 belegen deutliche Unterschiede. In Ostdeutschland werden im Vergleich zu Westdeutschland drei Aspekte deutlich schlechter beurteilt: die Qualität des Informationsangebotes (Ost: 70 Prozent, West: 83 Prozent; vgl. Infratest dimap 2023: 26), die Glaubwürdigkeit der Medieninformationen in Deutschland (Ost: 43 Prozent, West: 60 Prozent; vgl. ebd.: 30) sowie die Glaubwürdigkeit der öffentlich-rechtlichen Fernsehsender (Ost: 55 Prozent, West: 67 Prozent; vgl. ebd.: 36). Für gänzlich verzichtbar

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

halten den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Ostdeutschland 33 Prozent, in Westdeutschland 31 Prozent (vgl. ebd.: 78).

Der Untersuchungsregion der vorliegenden Studie widmet sich der »Sachsen-Monitor«, der sich seit 2016 in inzwischen fünf Ausgaben speziell mit diesem Bundesland beschäftigt und von der Sächsischen Staatskanzlei in Auftrag gegeben ist. Für den Monitor 2023 hat das Meinungsforschungsinstitut dimap ca. 2.000 repräsentativ ausgewählte Menschen in Sachsen befragt. Auffällig ist, dass ganze 85 Prozent der Bürgerinnen und Bürger den Medien skeptisch gegenüberstehen.

Abb. 1: Ausmaß des Institutionenvertrauens in Medien im »Sachsen-Monitor« 2023



Eigene Darstellung nach Schlinkert et al. 2024b: 261

So hatten 38 Prozent der Menschen gar kein Vertrauen und weitere 47 Prozent wenig Vertrauen (siehe Abb. 1). Das größte Vertrauen hatten die Bürgerinnen und Bürger noch in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der aber gegenüber der Erhebung von 2021/22 dennoch erheblich an Glaubwürdigkeit einbüßte. So vertrauten 2023 nur noch 51 Prozent den öffentlich-rechtlichen Informationen (2021/22 63 Prozent), 47 Prozent misstrauten ihnen (2021/22 34 Prozent) (vgl. Schlinkert et al. 2024b: 357, Schlinkert et al. 2024a: 35). Dennoch gaben 47 Prozent der Befragten an, ihre Informationen und politische Nachrichten hauptsächlich aus dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen zu beziehen (vgl. Schlinkert et al. 2024b: 363 und 368). Gegenüber Social Media war das Misstrauen größer. 78 Prozent hielten diese Kanäle für nicht glaubwürdig (vgl. ebd.: 361).

Darüber hinaus ergab der jüngste »Sachsen-Monitor«, dass 42 Prozent der sächsischen Bevölkerung dem Item »Die Medien und die Politik stecken

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

unter einer Decke« voll und ganz oder eher zustimmten (vgl. ebd.: 381). Nur 27 Prozent lehnten diese Aussage voll und ganz oder eher ab (bundesweit wurde die Aussage weitaus stärker abgelehnt, nämlich von 56 Prozent; vgl. Quiring et al. 2024: 8). Für Sachsen ist auch die »Medienkompetenz-Studie« von Interesse. Im Rahmen des Pilotprojekts »Medienpädagogisches Zentrum+« (MPZ+) im Landkreis Nordsachsen wurde 2019/2020 eine Bedarfserhebung durchgeführt, die den Status quo der Medienkompetenz bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen sowie die Mediennutzung und Einstellung der sächsischen Bevölkerung zu Medien und Journalismus repräsentativ erhob. Demnach vertrat rund ein Drittel der Bevölkerung in Sachsen die Meinung, Medien seien dazu da, »Meinungen zu lenken« (35 Prozent) oder »politische Meinungen zu vertreten« (34 Prozent; vgl. Bigl & Schubert 2021: 122). Zudem waren 22 Prozent der Befragten der Ansicht, »Medien dienen den Interessen des Staates und des Kapitals« (vgl. ebd.: 9). Ein weiterer Befund war, dass einem erheblichen Teil der sächsischen Bevölkerung grundlegende journalistische Arbeitsweisen und -prinzipien nicht bekannt sind. So bewerteten die Befragten ihr Wissen über Rundfunk und Journalismus in Deutschland selbst als eher schlecht (durchschnittlich Schulnote 3; vgl. ebd.: 116).

Die vorgestellten quantitativen Studien haben jeweils einen unterschiedlichen Fokus, dennoch zielen sie alle auf große Populationen ab und erheben das Medienvertrauen mit standardisierten Items. Legt man diese Studien nebeneinander, ergibt sich das Bild eines weitverbreiteten Misstrauens in Journalismus, wobei dieses in Sachsen offenbar stärker ausgeprägt ist als in allen ostdeutschen Bundesländern und in den ostdeutschen Bundesländern stärker als in den westdeutschen. Doch was sind die Ursachen dieses Misstrauens? Und welche Erfahrungen wiederum liegen diesen zugrunde? Die Mainzer Langzeitstudie betont zu Recht, dass sich mit quantitativen Erhebungen keine Schlüsselmomente und Kipppunkte identifizieren lassen, die am Beginn einer Erosion des Vertrauensverhältnisses zwischen Medien und Gesellschaft stehen:

> »Denn gerade diese Momente sind es, die für Individuum und Gesellschaft so relevant sind und die sich zugleich einer einfachen Erhebung über die Erinnerung in einem üblichen Fragebogendesign in vielen Fällen entziehen. Diese Kipppunkte sind entscheidend, um zu verstehen, welche Entwicklungen und Ereignisse dazu führen können, dass Menschen nachhaltig in ihrem Vertrauen erschüttert werden oder sogar eine zutiefst ablehnende und zynische Haltung einnehmen.« (Jackob et al. 2023: 183).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

2.2.3 Forschungsstand: Gründe für fehlendes Journalismusvertrauen

Neben dem Ausmaß des Medienvertrauens bzw. der Verbreitung medienskeptischer Einstellungen beschäftigt sich die kommunikationswissenschaftliche Vertrauensforschung auch mit den Gründen für Medienskepsis. In der Literatur wird hier zuweilen unterschieden zwischen binnenmedialen und medienexternen Ursachen sowie zwischen manifesten und latenten Ursachen: Verliert eine Rezipientin aufgrund einer erlebten Fehlleistung von Medien das Vertrauen, wäre dies eine binnenmediale (= von Medien selbst verschuldete) und zugleich manifeste (= der Rezipientin selbst bewusste) Ursache. Medienexterne und zugleich meist latente Ursachen können etwa in Zusammenhang mit der Mediensozialisation oder bestimmten Persönlichkeitsmerkmalen stehen (vgl. Granow et al. 2020: 101-102). Zu den manifesten Gründen zählt also vor allem die Wahrnehmung journalistischer Qualität bzw. eine erlebte Diskrepanz zwischen Qualitätserwartungen und den Erfahrungen mit dem realen Output der Redaktionen (vgl. Behre et al. 2024: 52-57, Prochazka 2020, Mede et al. 2020).

Eine wahrgenommene schlechte Berichterstattung kann dann wiederum auf reale Qualitätsmängel zurückzuführen sein (binnenmediale Ursache) oder auf eine verzerrte Wahrnehmung der Mediennutzenden (medienexterne Ursache) aufgrund deren politischer Voreinstellungen: So tendieren etwa Menschen mit einer starken Meinung zu einem Streitthema dazu, eine ausgewogene Berichterstattung als ihrer Haltung entgegengesetzt wahrzunehmen (»Hostile-Media-Effekt«). Zudem halten Personen Medienbeiträge, die ihre Voreinstellungen bestätigen, für glaubwürdiger als Beiträge, die diesen widersprechen, was dazu dient, ihre Überzeugungen aufrechtzuerhalten (»Motivated Skepticism«; vgl. Maurer et al. 2018).

Generell kann konstatiert werden, dass in der deutschen Kommunikationswissenschaft weniger Energie darauf verwendet worden ist, reale Mängel von Berichterstattung (also binnenmediale Ursachen von Medienskepsis) inhaltsanalytisch dingfest zu machen, als jene Faktoren bzw. Prädiktoren zu finden, mit denen (als medienexterne Gründe) medienskeptische Einstellungen erklärt oder vorausgesagt werden können.[1] Auf der Suche nach psycho-

1 So stehen etwa dem DFG-Netzwerk »Medienvertrauen in der digitalen Welt« und dem ehemaligen DFG-geförderten Münsteraner Graduiertenkolleg »Vertrauen und Kommunikation in einer digitalisierten Welt« mit oft psychologisch ausgerichteter Rezipientenfor-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

logischen Persönlichkeitseigenschaften, politischen Charakterzügen und soziodemografischen Merkmalen, die eine kritische bis zynische Einstellung zum etablierten Journalismus begünstigen, werden in der Forschung so unterschiedliche Faktoren wie Alter, Geschlecht, Bildung, Mediennutzung, interpersonales Vertrauen, Interesse an Politik, Verschwörungsmentalität, politische bzw. Parteipräferenzen, Demokratiezufriedenheit und das mediale Repräsentationsgefühl untersucht.

Zu Alter, Geschlecht, Bildungsniveau und Einkommen als Einflussvariablen liegen in der Zusammenschau internationaler Studien widersprüchliche oder nicht signifikante Befunde vor; hier sind keine eindeutigen Zusammenhänge erkennbar. Medienmisstrauen ist, so formulieren es Fawzi et al. (2021: 159), kein exklusives Phänomen einzelner sozialer Gruppen.

Im Gegensatz zu solchen klassischen soziodemografischen Merkmalen gibt es jedoch gesicherte Verbindungen zu Mediennutzungsmustern, zu bestimmten psychologischen Charakteristiken, zu (weiteren) politischen Einstellungen sowie zum medialen und politischen Repräsentationsgefühl. So zeigen die Daten der Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen, dass Menschen mit »medienzynischen« Einstellungen im Vergleich zu Personen mit hohem Medienvertrauen

- seltener öffentlich-rechtliche Medien und häufiger Alternativmedien und soziale Netzwerke nutzen, wo sie offenbar Stoff und Bestärkung für ihre Medienkritik finden (vgl. Jackob et al. 2023: 65);
- eine niedrigere formale Bildung aufweisen (auch wenn dies Teilen der internationalen Forschungslage widerspricht) und weniger Faktenwissen über den Journalismus besitzen (vgl. ebd.: 56, 118);
- häufiger zum Glauben an Verschwörungserzählungen neigen, also häufiger die »offizielle Version« wichtiger Ereignisse anzweifeln und verborgene Mächte oder Netzwerke mit finsteren Absichten am Werk sehen (vgl. ebd.: 113) – was ebenfalls naheliegend erscheint, da der »Lügenpresse«-Vorwurf auch als ein Verschwörungsverdacht gedeutet werden kann;

schung nur vereinzelte Studien gegenüber, die Berichterstattung zu Aufregerthemen wie der Fluchtkrise von 2015/16 (Maurer et al. 2019, Haller 2017a), der Corona-Pandemie (Maurer et al. 2021) und Ukraine (Maurer et al. 2023, Krüger & Mundt 2020) inhaltsanalytisch auf journalistische Qualitätskriterien überprüft haben.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

- ein niedrigeres interpersonales Vertrauen haben, also häufiger erwarten, dass andere Menschen sie hintergehen – ein solches generalisiertes Ver- oder Misstrauen hängt in der Regel von Erfahrungen ab der frühen Sozialisation ab (vgl. Granow et al. 2020);
- ein niedrigeres Institutionenvertrauen haben, also auch anderen gesellschaftlichen Regelsystemen wie Politik, Wissenschaft, Wirtschaft oder Justiz weniger vertrauen – wohinter sich möglicherweise eine generelle Ablehnung gesellschaftlicher Eliten verbirgt (vgl. Jackob et al. 2023: 80-91);
- häufiger mit ihrer wirtschaftlichen Situation unzufrieden sind und häufiger Angst vor einer Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation haben (vgl. ebd.: 58-60);
- häufiger die AfD wählen – eine rechtspopulistische bis rechtsextreme Partei, die mit Politik und Medien unzufriedene Menschen nicht nur abholt, sondern deren Verdruss auch gezielt befeuert (vgl. ebd.: 94);
- weniger zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie sind (vgl. ebd.: 91).

In anderen Studien wird medienskeptischen Personen zusätzlich eine Neigung zum »Populismus« nachgewiesen, also eine Tendenz zum »Anti-Elitismus« und eine »anti-pluralistische Konstruktion und Betonung eines ›Volkes‹« (Schindler et al. 2018: 286) bzw. eines »Volkswillens«, der von den Regierenden missachtet werde (vgl. Distelrath & Kaukemüller 2020: 80, Fawzi 2019).

Generell besteht ein stabiler und positiver statistischer Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in Medien und der Zufriedenheit mit der Demokratie bzw. Politik (vgl. Teichler et al. 2023: 54, Decker et al. 2017: 39, Decker et al. 2019: 41, Infratest dimap 2020: 24, Hirndorf & Roose 2023: 13, Reinemann et al. 2017: 88, Inglehart et al. 2018, Hanitzsch et al. 2017, Tsfati & Ariely 2014, van Eimeren et al. 2017, Newman et al. 2023). In dieses Bild passt, dass eine Schweizer Studie während der Corona-Pandemie einen statistischen Zusammenhang zwischen dem Medienvertrauen und der Bereitschaft fand, den Corona-Maßnahmen der Regierung zu folgen (vgl. Adam et al. 2023). In Ländern, die von der Eurokrise stark geschüttelt wurden, korrelierte das Medienvertrauen sogar mit der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (vgl. Köhler & Otto 2018).

Viele dieser empirisch belegten Zusammenhänge scheinen in der Gesamtschau die These zu bestätigen, dass mit Abfragen des Medienvertrauens eigentlich etwas anderes gemessen wird, als gemessen werden soll: nämlich

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

die Zufriedenheit mit den generellen gesellschaftlichen Verhältnissen bzw. Zuständen oder dem gesellschaftlichen System (vgl. Blöbaum 2022: 91). Man muss nicht so weit gehen zu sagen, dass die Ergebnisse solcher Umfragen lediglich »ein Artefakt« (Meyen 2020: 60) seien. Doch existiert mindestens ein größerer Kontext, der das Medienvertrauen im Bereich des Politik- und Systemvertrauens gleichsam einbettet und den Hanitzsch et al. (2017) den »Trust Nexus« nennen. Man kann vermuten: Entweder färbt eine politische Unzufriedenheit auf die Wahrnehmung von Nachrichtenmedien ab, die versuchen, politische Prozesse und den Diskurs politischer Eliten neutral abzubilden, oder es bestehen reale Parteilichkeiten und Repräsentationslücken im medialen Mainstream, unter denen die medienskeptischen Personen leiden.

So ist inzwischen das »mediale Repräsentationsgefühl« zu einem weiteren gesicherten Prädiktor für Medienvertrauen avanciert. In einer ersten Studie mit diesem Begriff – der eine Übertragung des politikwissenschaftlichen Konzepts der Repräsentation in die Kommunikationswissenschaft darstellt und meint, dass jemand seine politischen Standpunkte in den Medien wiederfindet – stellten Jandura et al. (2018) ein erstaunlich niedriges mediales Repräsentationsgefühl in der deutschen Bevölkerung fest. 44 Prozent der Befragten stimmten im Jahr 2016 nicht der Aussage zu »Es gibt Medien, die ausdrücken, was ich zu politischen Themen meine« (davon »eher nicht« 34 Prozent und »überhaupt nicht« 10 Prozent). Das Ausmaß des Repräsentationsgefühls variierte je nach der Zugehörigkeit zu einem von fünf »politisch-kommunikativen Milieus«, die nach »Nähe« bzw. »Distanz zur Politik« sortiert sind: Am höchsten war es im Milieu »Aktive Staatsbürgerschaft«, gefolgt von der »Loyal-passiven Mitte« und der »Skeptischen Mitte«, am niedrigsten war es bei den »Entfremdeten Demokratiekritikern« und den »Teilnahmslos-Distanzierten« (ebd.: 121-122).

Der naheliegende Befund lautete: »Das mediale Repräsentationsgefühl differenziert sich systematisch zwischen politiknahen und politikfernen Milieus, das heißt zwischen Bevölkerungsgruppen mit jeweils unterschiedlichen Graden politischer Selbstwirksamkeit. Mit einem zunehmenden Entfremdungsgefühl von der Politik oder einem abnehmenden Vertrauen in die eigene politische Kompetenz sinkt auch die Wahrnehmung medialer Repräsentation« (ebd.: 125). Weitere Studien bestätigten den Zusammenhang zwischen medialem Repräsentationsgefühl (vgl. Prochazka 2020, Baum & Haberl 2020) bzw. der »wahrgenommenen Interessenvertretung durch Medien« (Schindler et al. 2018) und dem Medienvertrauen.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Ähnlich wie die Milieustudie von Jandura et al. (2018) unternahmen weitere Studien den Versuch, medienskeptische Personen in verschiedene Typen zu unterteilen. Aus einer US-Studie der 1980er stammt eine grundlegende Einteilung in »misstrauische Kritiker« mit niedriger formaler Bildung, wenig Interesse an journalistischen Inhalten und einer grundsätzlichen Skepsis gegenüber Eliten sowie »differenzierte Skeptiker« mit höherer Bildung, hohem Interesse an Nachrichten und viel Hintergrundwissen zur Arbeitsweise von Medienhäusern und Redaktionen (vgl. Gaziano & McGrath 1986).

Mit Bezug auf das Medienwissen als Unterscheidungskriterium bildeten Prochazka und Schweiger (2020) anhand einer Online-Befragung von 257 Personen mit niedrigem Medienvertrauen drei Typen: die »Enttäuschten Journalismus-Idealisten«, die »Diffus Medienskeptischen« sowie die »Abgehängten Skeptiker«. Erstere nutzten intensiv sowohl Mainstream- wie Alternativmedien, waren vergleichsweise höher gebildet, hatten hohe Ansprüche an den Journalismus und sahen diese verletzt, neigten aber weniger zu Verschwörungsannahmen und wiesen in Sachen Parteineigung eine relativ große Vielfalt auf. Die zweite Gruppe war formal niedriger gebildet sowie von einer recht hohen »Verschwörungsmentalität«, geringerem Medienwissen und geringerem Medienkonsum geprägt; die AfD-Wählerschaft war hier am größten. Die »abgehängten Skeptiker« schließlich, mit ähnlicher formaler Bildung, nutzten kaum Nachrichtenmedien, gingen häufig nicht zur Wahl und zeigten »eine Gleichgültigkeit und womöglich auch Resignation gegenüber Politik, Journalismus und gesellschaftsrelevanten Ereignissen« (ebd.: 204).

Andere Einteilungen entstanden im Rahmen einer qualitativen Studie von Blöbaum et al. (2020), bei der 85 Leitfadeninterviews und fünf Gruppendiskussionen mit medienskeptischen Personen in mehreren west- und ostdeutschen Bundesländern geführt wurden. Distelrath und Kaukemüller (2020) bildeten daraus vier Typen. Zwei davon waren »weiche Typen«, also grundsätzlich (noch) vertrauend: »Die Ambivalenten« und »Die Differenzierten«. Die zwei anderen waren »harte Typen«, genannt »Die notorisch Zweifelnden« und »Die Hardliner«. Die Medienkritik der verschiedenen Typen variierte demnach von realistisch bis vernichtend, von sachlich-fundiert bis aggressiv und von gemäßigt bis radikal (vgl. ebd.: 75). Es wurden jeweils Unterschiede in formaler Bildung, politischer Einstellung, »Populismustendenzen« und »Politik- und Systemunzufriedenheit« konstatiert.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

2.3 Politik- und Demokratievertrauen

2.3.1 Begriffsverständnis

Angesichts einer langen und vielfältigen Begriffsgeschichte lässt sich keine einheitliche Definition von Politik bestimmen (vgl. Dörner & Rohe 2000: 484-488), so dass eine Festlegung auf ein pragmatisch gewähltes Verständnis im Interesse der jeweiligen Forschungsfragen getroffen werden muss. Wir verwenden im Rahmen dieser Arbeit ein Begriffsverständnis, dass Politik als Handeln begreift, bei dem autoritative Entscheidungen über den Einsatz von Macht, Ressourcen oder Gütern getroffen werden (vgl. Adam 2007: 15-22). Ergänzt um den zusätzlichen Aspekt, dass Politik in der Gegenwart zumeist mit einem Versprechen verbunden ist, das Wohl der Gemeinschaft zu fördern, kommt Meyer (2010: 37) zu folgender Definition: »Politik ist die Gesamtheit der Aktivitäten zur Vorbereitung und zur Herstellung gesamtgesellschaftlich verbindlicher und/oder am Gemeinwohl orientierter und der ganzen Gesellschaft zugute kommender Entscheidungen.« Unter Rückgriff auf eine angelsächsische Unterscheidung des Begriffs umfasst Politik die Gesamtheit der politischen Institutionen und Strukturen (institutionelle Ebene, *polity*), die politischen Prozesse (prozedurale Ebene, *politics*) und die politischen Inhalte und Entscheidungen (sachlich-materielle Ebene, *policy*) (vgl. Waschkuhn 2002: 21-22). Wenn wir in dieser Arbeit von »institutionalisierter Politik« sprechen, verstehen wir darunter die Beschaffenheit von sowie jede Aktivität von und zwischen den staatlichen Verfassungsorganen der repräsentativen Demokratie (Bundespräsident, Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung, Bundesversammlung, Gemeinsamer Ausschuss und Bundesverfassungsgericht sowie die jeweiligen Pendants auf supranationaler, Länder- und Kommunalebene) sowie den am Willensbildungsprozess beteiligten gesellschaftlichen Organisationen (Parteien, Verbände etc.) (vgl. Massing 2015). Die institutionalisierte Politik deckt somit nur die Bereiche *polity* und *politics* des oben beschriebenen Politikbegriffs ab. Als Output hat sie *policies*, die auf Zustimmung oder Ablehnung vonseiten der Wählerinnen und Wählern stoßen können. Das Politische System bezeichnet allgemein »die Gesamtheit der staatlichen und außer-staatlichen Institutionen, Akteure, Normen und Verfahren, die innerhalb eines vorgegebenen Handlungsrahmens an politischen Prozessen, insbesondere der Politikformulierung und -umsetzung, beteiligt sind« (Holtmann 1991).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Das Politikvertrauen der Menschen, also das Vertrauen in staatliche Institutionen, Akteure und demokratische Prozesse sowie die politische Partizipation, also an Politik teilzuhaben und diese mit beeinflussen zu können, sind für die Akzeptanz politischer Entscheidungen und für die Stabilität und Legitimität eines politischen Systems wichtig. Politikvertrauen umfasst dabei die Überzeugung, dass politische Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie Institutionen prinzipiell im Interesse der Allgemeinheit handeln, rechtsstaatliche Prinzipien respektieren, ausreichend kompetent sind und ihren Aufgaben gerecht werden.

Demokratie wiederum meint Volksherrschaft, Herrschaft der Mehrheit, der Vielen – geprägt durch die Gettysburg-Formel Abraham Lincolns ist sie »government of the people, by the people, for the people«. Das bedeutet, die Herrschaft geht aus dem Volk hervor und wird durch das Volk selbst und in seinem Interesse ausgeübt (vgl. Schultze 1998: 112). Die Merkmale einer Demokratie sind die Volkssouveränität als Legitimation von Herrschaft, ein offenes (universales) Wahlrecht, ein Herrschaftsmonopol bei demokratisch legitimierten Institutionen, eine pluralistische Herrschaftsstruktur (Gewaltenteilung, -hemmung, -kontrolle), einen eng begrenzten Herrschaftsumfang und eine rechtsstaatliche Herrschaftsweise (vgl. Merkel 1999: 28). Eine klassische Definition von Lipset (1959: 71) betont neben der Möglichkeit der Teilhabe einer größtmöglichen Zahl von Menschen an politischen Entscheidungsprozessen zudem »regular constitutional opportunities for changing the governing officials«.

Demokratie kann man in diesem Zusammenhang als kollektive Selbstbestimmung der Gleichen und Freien verstehen. Im Vordergrund stehen Fragen der Chancen und Möglichkeiten des Zusammenlebens und des Zusammenhalts (vgl. Endreß 2022). Die politische Ordnung hat drei Ausgangspunkte: die Notwendigkeit gemeinsamer, kollektiver Entscheidungen, die Unverzichtbarkeit einer Rechtsordnung, die individuelle Rechte sichert und kollektives Entscheiden ermöglicht, und den gemeinsamen Wunsch kollektiver Selbstbestimmung (vgl. Nida-Rümelin 2023: 13). Die Demokratie ist ohne den öffentlichen Diskurs, den Austausch von Argumenten für und wider politische Vorhaben, Entscheidungen und Visionen nicht lebensfähig (vgl. ebd.: 22). Der Kern aller normativen Ausprägungen der Demokratie ist Freiheit, Gleichheit und Kontrolle (vgl. Pickel 2024: 6).

Die ihr zugrundeliegenden Werte und Prinzipien gelten nicht nur für die Demokratie als Regierungs- bzw. Herrschaftsform – also auf der Ebene der politischen Institutionen, in der verbindliche Entscheidungen für das Ge-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

meinwesen ausgehandelt und getroffen werden –, sondern ebenso auf den Ebenen der »Gesellschaftsform« und der »Lebensform«, also für das zivilgesellschaftliche wie wirtschaftliche Zusammenleben und die individuelle Lebensführung im Alltag (vgl. Himmelmann 2016).

Vertrauen kommt dabei in repräsentativen Demokratien eine wesentliche Bedeutung zu, wie die politische Kulturforschung aus gutem Grund vielfach betont (vgl. Best et al. 2023, Jäckle & Wagschal 2022, Schnaudt 2020, Faus & Storks 2019). Die Stabilität dieser Demokratien hängt schließlich davon ab, dass allgemein davon ausgegangen wird, dass die eigenen Interessen grundsätzlich beachtet werden, ohne vollkommene Kontrolle zu behalten (vgl. Easton 1975: 447).

Politisches Vertrauen wird dabei in der Wissenschaft unterschiedlich konzipiert und definiert. Die meisten Studien verwenden eine allgemeine Definition von Vertrauen (siehe Kapitel 2.1) und wenden diese auf das politische System an. So begreifen beispielsweise Küpper et al. (2023) politisches Vertrauen als »das Vertrauen in staatliche Institutionen, Akteur:innen und demokratische Prozesse« (ebd.: 94). Bei Decker et al. (2019) heißt es: »Unter politischem Vertrauen wird Vertrauen in bestimmte Politiker_innen oder in die politischen Institutionen (wie die Regierung, das Parlament oder die Parteien) verstanden« (ebd.: 8). Faus und Storks (2019) formulieren ihr Verständnis von Vertrauen mit aus, wenn sie beim politischen Vertrauen von der »Überzeugung der Bürger, dass die Parteien im Sinne des Gemeinwesens handeln und nicht bewusst oder absichtlich die Vertrauenden schädigen« (ebd.: 64) sprechen.

Der Begriff des Demokratievertrauens wird seltener und vielfach weitgehend synonym zum politischen Vertrauen verwendet (vgl. Best et al. 2023, Grössenberger & Pausch 2018), umfasst aber gelegentlich auch weitere Elemente, etwa das Vertrauen in Medien und Wissenschaft (vgl. Teichler et al. 2023) oder das Vertrauen in die Integrität von Wahlen (vgl. Küpper et al. 2023). Häufig wird auch nicht unmittelbar Demokratievertrauen betrachtet, sondern vielmehr Demokratiezufriedenheit, die aber stark mit Vertrauen korreliert (vgl. Best et al. 2023: 29), so dass beide Begriffe vielfach im gleichen Atemzug genannt werden.

Die Rolle, die Vertrauen in der Demokratie spielt, ist dabei durchaus zweischneidig. Während Vertrauen einerseits notwendig ist, um die Übertragung von Macht auf Repräsentantinnen und Repräsentanten legitimierend zu stützen, ist ein gewisses Maß an Misstrauen gegenüber diesen für eine gesunde und lebendige Demokratie ebenso unerlässlich. Eine auf Skep-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

sis beruhende Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger hilft, möglichen Machtmissbrauch zu erkennen und zu verhindern (was auch ausdrücklich Aufgabe und Funktion journalistischer Medien ist). Zur Gefahr für Demokratie wird Misstrauen dann, wenn es die Legitimation politischer Institutionen, Prozesse sowie von Politikerinnen und Politikern pauschal untergräbt (vgl. Mannewitz & Vollmann 2019: 35, Best et al. 2023: 9, Schaal 2004: 153).

2.3.2 Forschungsstand: Ausmaß des Politik- und Demokratievertrauens

Analog zu Kapitel 2.2.2 über das Ausmaß des Vertrauens in den professionellen Journalismus werden im Folgenden ausgewählte Befragungsstudien vorgestellt, die das Politik- und Demokratievertrauen in Deutschland, Ostdeutschland und in Sachsen zwischen 2017 und 2023 quantifizieren.

Bereits seit 2001 erhebt die Langzeitstudie »Edelman Trust Barometer« das politische Vertrauen in 28 Ländern und beschreibt das Meinungsklima. Das Barometer ist eine internationale, repräsentative, jährliche Umfrage, die weltweit das Vertrauen der Öffentlichkeit in verschiedene Institutionen, darunter Unternehmen, NGOs, Regierungen und Medien misst. Die Studie bietet Erkenntnisse zu den Ausprägungen von Vertrauen in diese Institutionen und gilt als eine der umfassendsten Untersuchungen zum Thema Vertrauen. Ende 2014 war ihr Befund so alarmierend, dass er auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos diskutiert wurde (vgl. Knop 2015). Für Deutschland hat die Erhebung zehn Jahre später belegt, dass das Vertrauen in die Bundesregierung weiter gesunken ist. Vertrauten 2022 dieser noch 47 Prozent der Befragten, waren es 2023 nur noch 42 Prozent (vgl. Edelman Trust Institute 2024: 42).

Zu ähnlichen Werten kommt auch der »Freiheits-Index« des Instituts für Demoskopie in Allensbach und des Forschungsinstituts Media Tenor International. Im Ergebnis vertraute auch hier 2022 eine knappe Hälfte der damals neuen Bundesregierung (48 Prozent) und dem Bundestag (50 Prozent; vgl. Schatz & Petersen 2023: 39). Die seit 2011 jährlich durchgeführte Umfrage zeigte auch, dass 2022 nur ein Viertel der Bevölkerung (24 Prozent) die Parteien für vertrauenswürdig hält (vgl. ebd.) und nur 12 Prozent der Befragten »mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik und dem Funktionieren unseres ganzen politischen Systems« »sehr zufrieden« waren (vgl. ebd.: 37).

Zunehmende Armut sowie eine sich verschärfende Ungleichheit bei den Einkommen in Deutschland seien negative Einflussfaktoren auf den sozialen Zusammenhalt, so das Fazit des »Verteilungsberichts« des Wirtschafts-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

und sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung (vgl. Spannagel & Zucco 2022: 18). Demnach hätten materielle Einschränkungen, verminderte gesellschaftliche Teilhabe und das Gefühl geringer Anerkennung bei vielen Betroffenen eine »erhebliche Distanz« zu den zentralen staatlichen und politischen Institutionen ausgelöst. 35 Prozent der einkommensarmen Menschen[2] haben »wenig« oder »überhaupt kein« Vertrauen in die Parteien (Gesamtbevölkerung: 31,1 Prozent) und 28,3 Prozent in die Bundesregierung (Gesamtbevölkerung: 21,8 Prozent) (vgl. ebd.: 17). Darüber hinaus haben Arme verstärkt den Eindruck, dass demokratische Parteien alles zerreden und Probleme nicht lösen (38,4 Prozent; Gesamtbevölkerung: 31,8 Prozent), dass Politikerinnen und Politiker die bestehenden Gesetze umgehen, wenn es um ihren Vorteil geht (49,2 Prozent; Gesamtbevölkerung: 41,4 Prozent) bzw. dass sie sich mehr Rechte herausnehmen als normale Bürgerinnen und Bürger (54,5 Prozent; Gesamtbevölkerung: 44,5 Prozent) (vgl. ebd.). Die Unterschiede zwischen der Gesamtbevölkerung und den Armen sind mit sieben bis zehn Prozentpunkten auffallend hoch und weisen auf Zusammenhänge von Einkommensarmut und politischem Misstrauen hin.

Die »dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst« ist eine Untersuchung, die im Auftrag des Deutschen Beamtenbunds (dbb) seit 2007 durchgeführt wird. Die repräsentative Umfragereihe zielt darauf ab, die Meinungen der deutschen Bevölkerung zu verschiedenen Aspekten des öffentlichen Dienstes in Deutschland zu erheben, etwa wie Bürgerinnen und Bürger den öffentlichen Dienst wahrnehmen, welche Erwartungen sie an ihn haben und wie sie dessen Leistungen bewerten. Die Studie fragt auch nach dem Ansehen einzelner Berufsgruppen in der Bevölkerung. Demnach genossen 2023 Politikerinnen und Politiker mit 14 Prozent nur noch ein sehr geringes Ansehen (2022: 17 Prozent; vgl. forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH 2023: 14). Die Befunde zum Politikvertrauen zeigen, dass lediglich 27 Prozent der Befragten den Staat fähig halten, seine Aufgaben zu erfüllen, 69 Prozent hingegen den Staat angesichts der Fülle seiner Anforderungen und Probleme als überfordert einschätzen (vgl. ebd.: 5).

Die repräsentative, bereits im Zusammenhang mit Medienvertrauen erwähnte Studie »Die distanzierte Mitte« des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) und der Friedrich-Ebert-Stiftung

2 Gemessen als verfügbares Haushaltseinkommen von weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

nimmt insbesondere rechtsextreme, menschenfeindliche und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland in den Blick und untersucht deren Verbreitung, Entwicklung und die dazugehörigen Hintergründe. Die Erhebung 2022/23 belegt, dass das allgemeine Funktionieren der Demokratie von vielen Bürgerinnen und Bürgern durchaus kritisch gesehen wird. So stimmten der Aussage »Die deutsche Demokratie funktioniert im Großen und Ganzen ganz gut« 18 Prozent der Befragten »überhaupt nicht« oder »eher nicht« zu (vgl. Zick et al. 2023: 104-105). Populistische Einstellungen wie »Die regierenden Parteien betrügen das Volk« bejahten 15 Prozent der Befragten »voll und ganz«, weitere 15 Prozent »eher« (vgl. ebd.: 118-119). Insgesamt ist jeder fünfte Befragte (21 Prozent »eher« bzw. »voll und ganz«) der Meinung, dass »Unser Land […] inzwischen mehr einer Diktatur als einer Demokratie« gleicht (vgl. ebd.: 122-123).

Auch die »Leipziger Autoritarismus-Studien« von Forschenden der Universität Leipzig untersuchen bei einer repräsentativen Stichprobe der deutschen Bevölkerung die Entstehung autoritärer Dynamiken und antidemokratischer Ressentiments durch eine Erhebung von Einstellungen zu Dimensionen des Rechtsextremismus. Die jüngste Erhebungswelle von 2024 zeigte, dass 4,5 Prozent der Befragten ein geschlossen rechtsextremes Weltbild aufwies (vgl. Decker et al. 2024: 50). Die grundsätzliche Zustimmung zur Demokratie als Herrschaftsform ist sehr hoch. 90,4 Prozent aller Befragten sind von der Demokratie als Idee überzeugt, in Ostdeutschland sogar 94,6 Prozent (vgl. ebd.: 72). Allerdings liegt die Zufriedenheit mit der Demokratie, wie sie real in Deutschland funktioniert, nur noch bei 42,3 Prozent – das ist der niedrigste Wert seit der erstmaligen Erhebung des Wertes 2006 – und in Ostdeutschland sogar bei nur 29,7 Prozent (vgl. ebd.: 74). Das Vertrauen in die Prozesse der liberalen Konkurrenzdemokratie scheint dermaßen niedrig, dass sich erstaunlich viele eine Einparteienherrschaft wünschen: 39 Prozent der Befragten stimmten der Aussage »Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert« »voll und ganz« oder überwiegend zu. Zwischen Ost und West zeigen sich in dieser Hinsicht aktuell kaum Unterschiede (vgl. ebd.: 38).

Andere Studien finden hingegen, dass eine große Skepsis gegenüber dem Funktionieren der Demokratie in Ostdeutschland besonders ausgeprägt ist. Zu diesem Schluss kommt etwa die repräsentative Studie »Demokratievertrauen in Krisenzeiten« der Friedrich-Ebert-Stiftung. Nach 2019 zeigte sich in einer zweiten Erhebungswelle 2022, dass die Zufriedenheit mit der Demokratie im Westen angestiegen war (2022: 52 Prozent, 2019: 49,5 Prozent), während sie im

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

gleichen Zeitraum im Osten sank (2022: 34 Prozent, 2019: 36 Prozent; vgl. Best et al. 2023: 17). Die Schere zwischen den neuen und den alten Bundesländern ist somit größer geworden, und da die politischen Institutionen eine wichtige Rolle für das Funktionieren der Demokratie spielen, verwundert auch ein enger Zusammenhang zwischen Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen nicht. Demokratie-Zufriedene und Demokratie-Unzufriedene trennen beim Vertrauen in den Bundestag 56 Prozentpunkte. Demokratie-Zufriedene vertrauen dem Bundestag zu 71,3 Prozent, Demokratie-Unzufriedene lediglich zu 15,3 Prozent. Beim Vertrauen in die Bundesregierung beträgt die Differenz sogar 59 Prozentpunkte. Demokratie-Zufriedene vertrauen der Bundesregierung zu 73 Prozent, Demokratie-Unzufriedene nur zu 14 Prozent (vgl. ebd.: 30).

Das seit 2021 erhobene jährliche repräsentative »Demokratie-Monitoring« der Universität Hohenheim bestätigt ebenfalls, dass es eine große Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland gibt. So waren 2023 25 Prozent der Menschen mit dem Gelingen der Demokratie in Deutschland, 18 Prozent in dem eigenen Bundesland und 17 Prozent in der eigenen Stadt bzw. Gemeinde unzufrieden (vgl. Brettschneider 2023: 31). Der Aussage »Unser Land gleicht inzwischen mehr einer Diktatur als einer Demokratie« stimmten insgesamt 16 Prozent der Befragten zu (vgl. ebd.: 7). Schaut man hier auf die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland, zeigt sich wiederum eine große Differenz. Während 21 Prozent der Menschen im Osten die Aussage zur Diktatur bejahten, waren es im Westen nur 15 Prozent (vgl. ebd.: 12). Die Umfrage zeigte außerdem, dass 30 Prozent der Befragten in Ostdeutschland glaubten, die maßgeblichen Parteien würden das Volk belügen; in Westdeutschland waren es immerhin 23 Prozent (vgl. ebd.: 13).

Dass die Bundesrepublik eine »Scheindemokratie« sei, in der »die Bürger nichts zu sagen hätten«, meinten 2022 auch 31 Prozent der Befragten einer repräsentativen Umfrage zu radikalem Denken von Corona-Leugnern durch das Institut für Demoskopie in Allensbach. In Westdeutschland bejahten 28 Prozent diese Aussage, in Ostdeutschland sogar 45 Prozent der Menschen (vgl. Institut für Demoskopie Allensbach 2022: 13). Dieser erhebliche Unterschied fand sich auch bei dem Wunsch, »einen starken Politiker an der Spitze« zu haben und »keine endlosen Debatten und Kompromisse« mehr erleben zu müssen. Diesem Anliegen konnten sich 44 Prozent der Westdeutschen und 58 Prozent der Ostdeutschen anschließen (vgl. ebd.)

Der Abstand hinsichtlich der Demokratiezufriedenheit zwischen West und Ost hat sich weiter vergrößert, wie auch eine repräsentative Studie im

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung bestätigte, die das Vertrauen in die Demokratie während der vielfältigen Krisen der letzten Jahre näher untersuchte. Im Vergleich zu 2019 zeigten die Zahlen von 2022, dass eine Mehrheit der Westdeutschen (52 Prozent) mit der Demokratie zufrieden war (plus 2,5 Prozentpunkte), im Osten der Wert aber auf 34 Prozent weiter absackte (minus 2 Prozentpunkte). Insgesamt also verharrt die Demokratiezufriedenheit in ganz Deutschland auf niedrigem Niveau. Eine knappe Mehrheit der Menschen (51,3 Prozent) ist mit der Art und Weise, wie die Demokratie hierzulande funktioniert, unzufrieden, weniger als die Hälfte sind sehr oder ziemlich zufrieden (48,7 Prozent; vgl. Best et al. 2023: 17). Schaut man sich die Bundesregierung und den Bundestag näher an, so liegen beide im Vertrauen aller Befragten mit gut 42 Prozent gleichauf. Das bedeutet im Umkehrschluss aber, dass immerhin 58 Prozent der Menschen wenig bis gar kein Vertrauen haben (vgl. ebd.: 26).

Die Veränderungen der politischen Einstellungen und Stimmungen in Deutschland regional differenziert und im Ein-Jahres-Abstand vergleichend zu erheben, hat sich der »Deutschland-Monitor« zur Aufgabe gemacht, der vom Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland angestoßen wurde und auch finanziert wird. Mit der ersten repräsentativen Befragung 2023 wurden Einschätzungen der Bevölkerung zu gesellschaftspolitischen Fragen, das Vertrauen in die demokratischen Institutionen und Haltungen zu Zukunftsthemen erfragt. Auch hier zeigte eine Mehrheit der Bevölkerung eine starke Distanz zu politischen Akteuren. Der Aussage »Die Politikerinnen und Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung« stimmten 19 Prozent der Befragten »überhaupt nicht« und weitere 34 Prozent »eher nicht« zu (vgl. Hebenstreit et al. 2024: 125). Das größte Misstrauen wird der Bundesregierung zuteil (26 Prozent der Befragten), der eigenen Landesregierung und der Kommunalpolitik misstrauten nur jeweils 14 Prozent der Befragten nicht (vgl. ebd.: 130). Hier wird deutlich, dass das Institutionenvertrauen abnimmt, je höher die politische Ebene angesiedelt ist. Hinsichtlich der Ost-West-Unterschiede zeigte sich zwar, dass das Vertrauen in die Bundesregierung in Ostdeutschland niedriger ausgeprägt war als in Westdeutschland. Aber in die jeweilige Landesregierung hatten nur geringfügig weniger Ostdeutsche kein Vertrauen als Westdeutsche. Ganz ohne signifikante Unterschiede wurde die lokale Ebene der Politik beurteilt: Hier war das Vertrauen in die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Ost- und Westdeutschland nahezu gleich hoch (vgl. ebd.: 132).

Hinsichtlich der Idee der Demokratie zeigte sich ein etwas anderes Bild. Diese Idee lehnten laut »Deutschland-Monitor« nur zwei Prozent der Befrag-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

ten ab. Ein Prozent war mit der Demokratie als Konzept »sehr unzufrieden« und ein Prozent »unzufrieden«. Die Mehrheit der Deutschen (97 Prozent) identifizierte sich mit der Demokratie in Deutschland. Schaut man im Ost-West-Vergleich auf die Menschen, die die Demokratie ablehnten, so war der Unterschied gering, auch wenn die Zahl derer, die die Demokratie grundsätzlich ablehnten, in Ostdeutschland mit 4 Prozent (2 Prozent sehr unzufrieden, 2 Prozent unzufrieden) dennoch höher als in Westdeutschland (0 Prozent sehr unzufrieden, 1 Prozent unzufrieden) lag (vgl. ebd.: 150). Mit der Art und Weise, wie die Demokratie funktioniert, waren die Deutschen 2023 mehrheitlich zufrieden (57 Prozent), trotzdem waren insgesamt 42 Prozent gegenteiliger Meinung. Für Ost- und Westdeutschland ergab sich auch hier ein konträres Bild: Während 39 Prozent der Westdeutschen mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden waren, waren es in Ostdeutschland 56 Prozent (vgl. ebd.).

Es zeigt sich also über alle Erhebungen hinweg in den Einstellungen zu Politik und Demokratie eine Schere zwischen Ost- und Westdeutschland. Doch wie sieht es speziell im Freistaat Sachsen mit der Politik- und Demokratiezufriedenheit aus? Hier ist zum einen eine Studie der Bertelsmann-Stiftung interessant, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt empirisch untersuchte und dazu Muster regionaler Demokratieunterstützung in Deutschland erhob. Die repräsentativen Daten stammen bereits aus dem Jahr 2017, allerdings ist die Untersuchung eine der wenigen Erhebungen, die Sachsen im bundesweiten Vergleich betrachtet. Hier zeigte sich, dass 40,7 Prozent der Befragten in Sachsen (Gesamtdeutschland: 36,3 Prozent) kein Vertrauen in die politischen Parteien hatten (vgl. Mannewitz & Vollmann 2019: 58). Ihrer Landesregierung misstraute mit 22,5 Prozent der Sachsen hingegen nur ein Prozentpunkt mehr als im gesamtdeutschen Durchschnitt (21,5 Prozent). Dem Landtag misstraute die sächsische Bevölkerung sogar weniger (19,1 Prozent) als im Durchschnitt in Gesamtdeutschland (20,9 Prozent) (vgl. ebd.: 60). Diese Schere vergrößert sich erst wieder auf der Bundesebene. Der Bundesregierung brachten 29,6 Prozent der Sachsen und 24,9 Prozent der Gesamtbevölkerung Misstrauen entgegen, dem Bundestag 30,4 Prozent der sächsischen und 23,9 Prozent der gesamtdeutschen Bevölkerung (vgl. ebd.: 61). Der Aussage »Demokratie ist die beste Staatsform« stimmten in Sachsen 12,9 Prozent der Befragten und damit doppelt so viele wie in ganz Deutschland (6,1 Prozent) nicht zu. Sachsen lag hier beim Ranking aller Bundesländern vor Brandenburg (15,2 Prozent) auf dem vorletzten Platz (vgl. ebd.: 43). Auch bei der Demokratiezufriedenheit findet sich ein ähnliches Bild. Die Ansicht »Alles in allem bin ich mit der Demokratie,

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

wie sie in Deutschland besteht, zufrieden« teilten 21,9 Prozent der Befragten in Sachsen nicht – und damit deutlich mehr als in der gesamtdeutschen Bevölkerung (13,7 Prozent; vgl. ebd.: 44). Auch hier lag Sachsen vor Brandenburg (23,7 Prozent) auf dem vorletzten Platz (vgl. ebd.).

Eine neuere repräsentative Erhebung im Freistaat ist der »Sachsen-Monitor« 2023, den wir bereits beim Journalismusvertrauen herangezogen hatten (siehe Kapitel 2.2.2). Dieser dokumentiert einen weitverbreiteten Eindruck, dass Politikerinnen und Politiker kein Interesse an den Ansichten der Menschen im Land hätten. So zeigt sich das Misstrauen in der Aussage »Die meisten Politiker wollen nur die Stimmen der Wähler, die Ansichten der Wähler interessieren sie nicht«, der 43 Prozent der Menschen in Sachsen »voll und ganz« und weitere 38 Prozent »eher« zustimmten (vgl. Schlinkert et al. 2024b: 147). Deutlich wurde aber auch, dass lediglich 14 Prozent der Befragten die Demokratie als Regierungsform ablehnten. Doch während 83 Prozent die Meinung vertraten, dass die Demokratie eine gute Regierungsform darstelle (vgl. ebd.: 199), zeigten sich nur 41 Prozent mit dem Funktionieren der Demokratie in der Praxis zufrieden (vgl. ebd.: 237). Das war ein deutlicher Rückgang von 18 Prozent im Vergleich zur Erhebung von 2021/22 (vgl. Schlinkert et al. 2024a: 28). Dazu passen auch verschwörungstheoretischen Annahmen, wie »Unser Land gleicht inzwischen mehr einer Diktatur als einer Demokratie«. Dieser Aussage stimmten immerhin 33 Prozent der Befragten »voll« oder »eher zu« (vgl. Schlinkert et al. 2024b: 384), während die Ansicht »Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform« nur 18 Prozent »voll« oder »eher« teilten (vgl. ebd.: 283). Dennoch lassen die Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur sowie Haltungen und Einstellungen zu Autoritarismus und Populismus aufmerken. Fast die Hälfte der Befragten (42 Prozent) bestätigte die Auffassung »Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert« »voll« oder »eher« (vgl. ebd.: 293).

Deutlich gesunken war auch das Politikvertrauen, wenngleich es Abstufungen bei den institutionellen Ebenen gab. Die sächsische Landesregierung schnitt im Vergleich zum Bund und zum EU-Parlament noch vergleichsweise positiv ab: Der Vertrauensmangel (»wenig« oder »gar kein« Vertrauen) gegenüber der Landesregierung betrug insgesamt 56 Prozent (plus 13 Prozentpunkte gegenüber 2021/22; vgl. Schlinkert et al. 2024b: 245). Der Vertrauensmangel gegenüber der Bundesregierung betrug insgesamt 82 Prozent (plus 23 Prozentpunkte; vgl. ebd.: 247). Noch schlechter sah es

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

dann gegenüber dem Europäischen Parlament aus: Hier äußerten insgesamt 80 Prozent (plus 24 Prozentpunkte) »wenig« oder »gar kein« Vertrauen (vgl. ebd.: 273; Vergleichswerte 2021/22: Schlinkert et al. 2024a: 30).

Insgesamt lässt sich in den letzten Jahren ein generell rückläufiges Vertrauen in politische Institutionen in Deutschland beobachten, wobei die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland besonders deutlich hervortreten. In den ostdeutschen Bundesländern begegnen die Menschen der Politik deutlich skeptischer als in den westdeutschen. Auffällig ist dabei die Abstufung des Vertrauens in politische Institutionen auf den verschiedenen Ebenen: von der europäischen über die Bundes- und Landes- bis hin zur kommunalen Ebene. Je weiter die jeweilige politische Instanz vom direkten Lebensumfeld entfernt ist, desto größer scheint das Misstrauen ihr gegenüber zu sein.

Betrachtet man die Studien zum Vertrauen in Politik und Demokratie näher, zeigt sich, dass politisches Misstrauen nicht zwangsläufig auch ein Misstrauen gegenüber der Demokratie als Staatsform bedeutet. Die Idee der Demokratie wird von den meisten Menschen – auch von den skeptischen – weiterhin positiv bewertet, während die praktische Umsetzung der Volksherrschaft deutlich kritischer betrachtet wird. Im Freistaat Sachsen fällt besonders auf, dass die Bevölkerung eine größere Distanz gegenüber der Demokratie als Staatsform und eine geringere Zufriedenheit mit der real funktionierenden Demokratie zeigt als die deutsche Gesamtbevölkerung.

2.3.3 Forschungsstand: Gründe für fehlendes Politik- und Demokratievertrauen

Die Diskussionen darüber, welche Faktoren für das Ausmaß an politischem Vertrauen bzw. Demokratievertrauen entscheidend sind, haben eine ganze Reihe möglicher Ansätze hervorgebracht, von denen wir folgend einige wesentliche vorstellen. Wir konzentrieren uns dabei auf Gründe für Ver- und Misstrauen, die einen direkten Wirkmechanismus nahelegen. Ungeachtet dessen werden in empirischen Studien auch soziodemografische Größen (z. B. Bildung, Einkommen, Alter) untersucht, bei denen aber unklar bleibt, wie mögliche kausale Zusammenhänge aussehen.

Sicherlich am einflussreichsten war die Arbeit von David Easton (1975) zur Frage politischer Unterstützung, die er als »an attitude by which a person orients himself to an object either favorably or unfavorably, positively or negatively« (ebd.: 436) definiert. Vertrauen ist für Easton eine Form dif-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

fuser Unterstützung, die sich von spezifischer Unterstützung darin unterscheidet, dass sie nicht eine konkrete Politik, Maßnahme oder Handlung bewertet, sondern ein Objekt in seinem grundsätzlichen Charakter. Diffuse Unterstützung ist dabei langfristiger, unabhängiger von der Bewertung einzelner Ergebnisse politischen Handelns (*outcomes*) und relativ schwer zu erschüttern (vgl. Easton 1975, Jäckle & Wagschal 2022: 151). Easton nennt etwa das Beispiel, dass man vielleicht vom Parlament enttäuscht sei, deshalb aber nicht gleich an der Verfassung zweifle (vgl. Easton 1975: 445).

Aufbauend auf dem Konzept von Easton und später Putnam (2000), wird heute verstärkt gefragt, welche Rolle Sozialkapital und generalisiertes soziales Vertrauen für politisches Vertrauen spielt (vgl. Ackermann & Freitag 2016). Die Grundidee ist dabei, dass sowohl spezifisches Vertrauen in bekannte Personen eine positive Rolle bei der Entwicklung politischen Vertrauens spielt, als auch generalisiertes soziales Vertrauen, das sich auf Menschen bezieht, die man (noch) nicht kennt (vgl. Newton & Zmerli 2011: 170-171). Empirisch scheint sich dies in beiden Fällen zu bestätigen, wobei weitere Umstände durchaus Einfluss auf die Stärke des Zusammenhangs haben können (vgl. ebd.: 193).

Faktoren für politisches Vertrauen werden darüber hinaus häufig nach *Input* und *Output* unterschieden; auch dies kommt bereits bei Easton vor. Input beschreibt dabei Faktoren, bei denen Vertrauen bereits im Vorfeld geschenkt wird, weil man den Institutionen wünschenswerte Ziele oder Eigenschaften zuschreibt (vgl. Jäckle & Wagschal 2022: 151, Best et al. 2023: 5). Beim Output werden hingegen die Ergebnisse des Handelns unter dem Gesichtspunkt bewertet, inwiefern die eigenen Bedürfnisse erfüllt und Ziele erreicht wurden (vgl. ebd.). Auf der Input-Seite sehen wir dann etwa kulturelle Einflüsse und Einstellungen, beim Output vielmehr statistische Größen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene, etwa zur ökonomischen Entwicklung.[3]

Ein erster Einflussfaktor, der zum Input zählt, ist die Frage, wie sehr die Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, dass ihre Anliegen im politischen Prozess adressiert werden. Neben der Möglichkeit, dieses politische Repräsentationsgefühl unmittelbar über ein Fragebogenitem zu erheben, wird auch die Repräsentation verschiedener soziodemografische Gruppen

3 Die Unterscheidung hat dabei zwangsläufig Unschärfen, vor allem wenn wir betrachten, dass Output durch die betreffenden Personen wahrgenommen und interpretiert werden muss, bevor er einen Effekt auf Vertrauen haben kann. Dabei spielen aber wieder Einstellungen und kulturelle Prägungen eine wichtige Rolle.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

in Regierungen und Parlamenten (deskriptive Repräsentation) sowie die wahrgenommenen Möglichkeiten, sich selbst am politischen Prozess zu beteiligen (politische Selbstwirksamkeit), diskutiert (vgl. Best et al. 2023: 31-34, Pickel et al. 2022: 198-199, Küppers & Decker 2023: 670).

Bei Seyd (2024) finden wir die Idee, dass politisches Vertrauen durch die Eigenschaften geprägt wird, die Politikerinnen und Politikern zugeschrieben werden. Aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger gebe es drei »sources of trust«: *competence* (»if they deliver the outputs that citizens desire«), *benevolence or concern* (»whether politicians are motivated to look after [people's] interests«) und *integrity* (»whether the actor is seen to behave ethically«) (ebd.: 120-126).

Schließlich untersuchten einige Studien die Hypothese, dass Menschen mit der Demokratie zufriedener sind (und ggf. auch mehr Vertrauen zeigen), wenn sie Politikerinnen und Politiker unterstützt haben, die die Wahl gewonnen haben bzw. Regierungspartei geworden sind – mit unterschiedlichen Ergebnissen (vgl. Küppers & Decker 2023: 670, Nadeau et al. 2023).

Der aber derzeit am meisten und kontroversesten diskutierte Input-Aspekt betrifft Verschiebungen auf kultureller Ebene. Unter dem Eindruck einer wachsenden Polarisierung wird danach gefragt, welche Rolle veränderte Einstellungsmuster spielen, die insbesondere Migration als Bedrohung eigener kultureller Werte und letztendlich Identität betrachten (vgl. Decker et al. 2019: 25-26, Unzicker 2019: 13). Menschen sähen sich so »in kultureller Hinsicht auf der Verlierer_innenseite, weil sie die Tendenzen der Singularisierung und der zunehmenden multikulturellen Vielfalt, die die heutige Gesellschaft kennzeichnen, verstörend finden, ihnen jedenfalls nicht nur Positives abgewinnen« (Best et al. 2023: 4). Merkel (2017) identifiziert dabei eine neue Konfliktlinie (*cleavage*) zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen, bei der kulturelle Fragen gegenüber der Verteilungsfrage an Gewicht gewinnen. Während idealtypische Kosmopoliten von einer angesichts der Globalisierung notwendigen europäischen Integration ausgehen und kulturelle Vielfalt als Stärke begreifen, wollen Kommunitaristen ihre (nationale) Gemeinschaft durch geschlossene Grenzen schützen (vgl. ebd.: 12). Da die etablierten Parteien eine Repräsentationslücke für kommunitaristische Positionen ließen, würden populistische Parteien gestärkt (vgl. ebd.: 20, Decker et al. 2019: 25-26). Andere Autorinnen und Autoren versuchen die kulturellen Differenzen anders zu fassen, etwa mit der Unterscheidung Traditionalismus vs. Universalismus (vgl. Teichler et al. 2023: 42) oder als allgemeine kulturelle *cleavage*, »bei dem libertäre Haltungen wie Toleranz,

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

nonkonformistisches Denken und Multikulturalität autoritären Haltungen wie Ordnungsdenken, Festhalten an konventionellen Lebensformen und Nationalstolz gegenüberstehen« (Decker et al. 2019: 25).

Bei möglichen Gründen für politisches Vertrauen bzw. Demokratievertrauen auf der Output-Seite geht es um die Grundidee, dass sich die eigene Zufriedenheit mit den Ergebnissen politischen Handelns in Vertrauen niederschlägt. Positive Bewertungen der Wirtschaftslage korrelieren demnach mit Demokratiezufriedenheit und, in etwas geringerem Maß, mit einem höheren Vertrauen in politische Institutionen (vgl. Pickel et al. 2022: 199). Decker et al. (2019) sowie Küppers und Decker (2023) betrachten in diesem Kontext, welche Rolle die Wahrnehmung sozialer Ungleichheit und dessen wohlfahrtsstaatliche Bearbeitung spielt. So belegen Decker et al., dass jene, die der Aussage zustimmen, dass »ein erheblicher Teil der Bevölkerung von der guten wirtschaften Entwicklung der letzten Jahre in Deutschland nicht profitiert hat« (ebd.: 33), eine deutlich geringere Zufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie zeigen (vgl. ebd.). Küppers und Decker (2023) zeigen am Beispiel des Ruhrgebiets, dass es einen Zusammenhang zwischen der »Leistungsbewertung im Bereich des Sozialstaats« (ebd.: 677) und Institutionenvertrauen geben kann (vgl. ebd.).

Weitere mögliche Einflussfaktoren für politisches Ver- und Misstrauen sind schließlich das individuelle politische Interesse und das politische Wissen. Faus und Storks (2019) belegen dabei einen positiven Zusammenhang zwischen politischem Interesse und Vertrauen in Parteien (vgl. ebd.: 76), Best et al. (2023) zeigen dies für Institutionenvertrauen allgemein (vgl. ebd.: 30). Dem Einfluss von politischem Wissen auf politisches Vertrauen wiederum widmet sich Schnaudt (2020). Er kommt zum Ergebnis, dass bei repräsentativen Institutionen (wie Parlamenten, Regierungen und Parteien) mehr politisches Wissen zu geringeren Vertrauenswerten führt, was er auf höhere Erwartungshaltungen zurückführt (vgl. ebd.: 157-158).

Während alle bisher genannten Studien zu Politikvertrauen, sofern sie empirisch arbeiten, quantitativ sind, untersucht Josef Haschke (2016) die lebensweltliche Konstruktion von Vertrauen in Politikerinnen und Politikern mittels Leitfadeninterviews. Er kommt dabei zu einer Typologie politischer Vertrauensurteile[4] und stellt u. a. fest, dass keinesfalls von »dem« politi-

4 Haschke (2016: 239-242) unterscheidet: »Engagierte Vertrauenssuchende«, »Enttäuschte Linke«, »Frustrierte Vermeider«, »Zufriedene Teilnahmslose«, »Skeptische Konservative«, »Funktional Orientierte Elite« und »Leistungsorientierte Misstrauische«.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

schen Vertrauen entlang einer Achse von mehr oder weniger Vertrauen bzw. Misstrauen gesprochen werden kann. So unterscheidet er zusätzlich, welche persönlichen Eigenschaften von Politikerinnen und Politikern ausschlaggebend für das Vertrauensurteil sind und in welchem Modus dieses erfolgt (»kognitiv-rational«, »intuitiv-präreflexiv«, »affektiv-emotional«). Insbesondere lassen sich auch Menschen finden, die der Politik mit Indifferenz statt Ver- oder Misstrauen gegenüberstehen (vgl. ebd.: 348-368).

2.4 Ableitung der Forschungsfragen

Vertrauen in Medien und Politik ist in Deutschland und in anderen westlichen Demokratien ein hoch aktuelles, brisantes Thema. Gerade in Ostdeutschland und speziell in Sachsen – der Geburtsstätte der jüngeren »Lügenpresse«-Debatte ab 2014 und einer Hochburg der AfD – zeigen sich besonders niedrige Vertrauenswerte, offenbar bedingt durch spezifische historische, kulturelle, wirtschaftliche und politische Faktoren. Sichtbar wird hier eine gesellschaftliche Polarisierung, die ein massives Problem für die liberale Demokratie darstellt.

Es gibt verschiedene Hypothesen, warum gerade in Sachsen ein schwindendes Medien- und Politikvertrauen, die Verbreitung medienskeptischer Einstellungen und eine verstärkte Zustimmung zum Rechtspopulismus zu konstatieren sind. So haben die Ostdeutschen der Vor-Wendegeneration und der Wendegeneration die staatlich kontrollierten Medien in der DDR erlebt und viele werden mit einem grundlegenden Misstrauen in tonangebende, »offizielle« oder »offiziöse« Medien aufgewachsen sein, die damals Instrumente staatlicher Propaganda waren. Nehmen Bürgerinnen und Bürger heute einen Gleichklang zwischen dem Diskurs der politischen Eliten und dem der großen Medien wahr, kann dies alte, erlernte Skepsis reaktivieren. Zudem stellen alternative oder »soziale« Medien im Zeitalter digitaler Netzwerkmedien mittlerweile Gegenöffentlichkeiten her, in denen grundlegend andere, heterodoxe Realitätskonstruktionen vorgenommen werden als in den etablierten »Mainstream-Medien« und die vermutlich deshalb großen Zuspruch erfahren, weil hier das mediale Repräsentationsgefühl der Nutzerinnen und Nutzer höher ist bzw. hier spezifische Identitätskonstruktionen, Werthaltungen, Interessen und Bedürfnisse artikuliert werden, die im hegemonialen Diskurs unterrepräsentiert sind.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Auch die Gründe für stärkeres Misstrauen in die Politik und in politische Institutionen mögen unter anderem in der Zeit der Transformation liegen. Nach der Friedlichen Revolution 1989 stellten sich den Menschen durch den grundlegenden Umbruch all ihrer bisherigen Lebensverhältnisse in Ostdeutschland politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen, die zu Frustrationen in vielerlei Ausprägungen führten. Die anfängliche Euphorie wich schnell der Ernüchterung, Enttäuschung und einem Gefühl der Benachteiligung. Erfahrungen von Arbeitslosigkeit, beruflicher Deklassierung und Entwertung von Lebensläufen sowie das Gefühl, von der gesamtdeutschen Politik vernachlässigt zu werden, prägen bis heute Biografien und Regionen. Die überdurchschnittlich hohen Wahlergebnisse der AfD in Sachsen drücken seit Jahren eine tiefe politische Entfremdung und Unzufriedenheit mit der etablierten Politik aus, die oft als abgehoben oder nicht an den Lebenserfahrungen der »normalen« Bürger orientiert wahrgenommen wird. Viele Bürgerinnen und Bürger haben offenbar das Gefühl, dass ihre Sorgen von den traditionellen Parteien nicht ausreichend wahr- und ernstgenommen werden, was den Erfolg populistischer Politik und die Abwendung vom »System« befördert.

Offensichtlich gibt es eine enge Verbindung bzw. ein Wechselverhältnis zwischen niedrigem Medien- und niedrigem Politikvertrauen. Vertrauen in Institutionen und in gesellschaftliche und politische Strukturen kann dabei unabhängig vom Journalismus nicht ausgebildet werden, der hier eine Vermittlerrolle einnimmt. Zugleich mag der Journalismus aufgrund seines Bemühens, politisches Reden und Handeln neutral abzubilden, Misstrauen gegen die institutionalisierte Politik gleichsam als Kollateralschaden auch selbst abbekommen. In populistischen Bewegungen, wie sie in Sachsen verbreitet sind, wird dieser Zusammenhang häufig gezielt ausgenutzt. Politische Akteure wie die AfD oder »Pegida« kritisieren sowohl die Medien als auch die politischen Institutionen oft in einem Atemzug und zeichnen das Bild einer einheitlichen, von den Bürgerinnen und Bürgern »entfremdeten Elite«. Dies verstärkt bei Anhängerinnen und Anhängern solcher Bewegungen vermutlich das Misstrauen in beide Bereiche.

Es ist in Sachsen eine Stimmungslage entstanden, in der breite Bevölkerungsteile Politik, Medien und die gesamte Demokratie für wahrgenommene Missstände verantwortlich machen. Die aktuellen Studien zu Medien- und Politikvertrauen ergeben das Bild eines großflächig wachsenden Misstrauens und zeigen statistische Zusammenhänge. Unterbelichtet bleiben in stan-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

dardisierten Befragungen aber regelmäßig die dahinter liegenden Ursachen, Motive, Erfahrungen und Entwicklungen in ihrer Komplexität. Daher fokussieren wir mithilfe einer qualitativen Methode auf die subjektiven Sinnwelten und individuellen Interpretationen der sächsischen Bürgerinnen und Bürger. Wir fragen:

Welche Gründe gibt es für Misstrauen gegen den etablierten Journalismus?
Welche Gründe gibt es für Misstrauen gegen die institutionalisierte Politik?
Welche Zusammenhänge gibt es zwischen den Komplexen Journalismus- und Politikvertrauen?

Vermutlich sind das Politik- und das Demokratievertrauen zu stark miteinander gekoppelt und vermischt, um es in qualitativen Interviews mit Bürgerinnen und Bürgern gesondert zu erörtern. Jedoch ist die relativ niedrige Zustimmung zur Demokratie als Staats- bzw. Herrschaftsform und die relativ hohe Befürwortung von autoritären Systemen und starken Führerfiguren in Sachsen erklärungsbedürftig, und so fragen wir abschließend noch:

Welche Rolle spielt dabei das Demokratieverständnis?

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

3. Sachsen als Untersuchungsregion

Da wir uns in unserer Studie auf Sachsen konzentrieren, skizzieren wir nachfolgend die wichtigsten geschichtlichen, politischen, sozialen und kulturellen Hintergründe und Rahmenbedingungen, die für das Vertrauensproblem in diesem Bundesland relevant sein könnten. Dabei nehmen wir insbesondere die aktuelle Situation sowie die vorausgehenden Entwicklungen und die Transformationen seit der Friedlichen Revolution 1989 in den Fokus.

Im Jahr 2023 lebten 4,09 Millionen Menschen im Freistaat (vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2023b). Er ist in zehn Landkreise und drei kreisfreie Städte untergliedert, wobei die drei kreisfreien Städte – Leipzig, die Landeshauptstadt Dresden und Chemnitz – gemessen an der Einwohnerzahl nach Berlin die größten Städte Ostdeutschlands darstellen.

3.1 Politische Entwicklung

Zum Sinnbild der Friedlichen Revolution wurde vor allem Leipzig (vgl. Jesse et al. 2014: 38-39). Am 4. September 1989 war es hier erstmals nach einem Friedensgebet zu einer größeren (Montags-)Demonstration von etwa 1.000 Personen gekommen. In der Folge stieg die Zahl der Teilnehmer kontinuierlich an, von 5.000 am 25. September auf 20.000 am 2. Oktober (vgl. ebd.: 38). Nachdem bereits am 7. Oktober 1989 in allen größeren Städten Sachsens Demonstrationen stattgefunden hatten, stellten sich am 9. Oktober 1989 in Leipzig 70.000 Demonstrantinnen und Demonstranten mit dem Ruf »Wir sind das Volk« den bewaffneten Sicherheitskräften entgegen (vgl. Rellecke 2002: 238). Wegen des Machtvakuums und weil Polizei und Armee nicht eingriffen, gelten die Ereignisse als »Tag der Entscheidung« (Kowalczuk 2009: 401) in der Geschichte der Friedlichen Revolution. Am 16. Oktober demons-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

trierten in Leipzig rund 120.000 Menschen, am 23. Oktober etwa 200.000, am 30. Oktober 300.000, am 6. November sogar 350.000 bis 400.000 (vgl. Jesse et al. 2014: 38). Die Demonstrationen griffen auf die gesamte DDR über.

Sächsisches Sonderbewusstsein, der »Ethnozentrismus« (Vorländer in Bender 2016) sind tief in der Geschichte verankert. Auch wenn das Land Sachsen schon länger nicht mehr existierte, so fühlten sich viele Menschen aufgrund der Tradition, die Identität geschaffen hatte, auch in der DDR ungebrochen als Sachsen. Man besann sich auf den Erfindergeist der Ingenieure und die Errungenschaften von Kunst, Kultur, Musik und Wissenschaft und konnte sich so von der Hauptstadt, der DDR und dem System distanzieren. Nach 1989 konnte hier nahtlos angeknüpft werden, und bereits ab Anfang November 1989 war auch die Wiedererrichtung des Landes Sachsens ein Anliegen der Demonstrierenden. Weiß-grüne Flaggen wurden zum sichtbaren Ausdruck des Wunsches nach sächsischer Landesstaatlichkeit und eigener Identität (vgl. Gross 2001: 308).

Die Monate von November 1989 bis Oktober 1990 wurden zu einem in der sächsischen Geschichte bedeutsamen Zeitraum, in dem diktatorische Strukturen demokratischen Grundüberzeugungen gegenüberstanden. Anstelle von Vorsitzenden der Räte der Bezirke für Dresden, Karl-Marx-Stadt (ab 1990 wieder Chemnitz) und Leipzig wurden Regierungsbevollmächtigte eingesetzt, und das Ländereinführungsgesetz peilte die Länderbildung für den Zeitpunkt des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik an.

Am 3. Oktober 1990 schließlich wurde das Land Sachsen, das sich in Anknüpfung an seine demokratischen Traditionen wieder den Namen »Freistaat Sachsen« gab (vgl. ebd.: 308), mit dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nach 48 Jahren Unterbrechung auf der Albrechtsburg in Meißen wieder ins Leben gerufen (vgl. Rellecke 2002: 239). In der Regierungserklärung vor dem Sächsischen Landtag betonte der frisch gekürte CDU-Ministerpräsident Kurt Biedenkopf am 8. November 1990 das sächsische Selbstwertgefühl: »Sachsen ist ein Stück Deutschlands. Dies hat nicht nur Bedeutung für Sachsen, sondern auch für Deutschland. Die neue Bundesrepublik ist schon deshalb ein verändertes Land, weil Sachsen zu ihr gehört« (Sächsische Staatskanzlei 1991: 35). Das neue sächsische Territorium bestand im Wesentlichen aus dem Gebiet der drei ehemaligen DDR-Bezirke

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Chemnitz, Dresden und Leipzig.[5] Beim politisch-administrativen und wirtschaftlichen Aufbau halfen vor allem die Partnerländer Baden-Württemberg und Bayern (vgl. D. Hoffmann 2021: 257-264).

Verfassungsrechtlich trat der sächsische Staat mit den Landtagswahlen am 14. Oktober 1990 wieder in das politische Leben ein. Nach den ersten freien und geheimen Wahlen zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990, bei denen die CDU in den drei sächsischen Bezirken mit 43,4 Prozent der abgegebenen Stimmen bereits stärkste Kraft geworden war, und den Kommunalwahlen vom 6. Mai 1990, wo sie mit 41,2 Prozent gewann, errang die Partei auch bei der Landtagswahl mit 53,8 Prozent einen überwältigenden Sieg und regierte bis 2004 allein mit absoluter Mehrheit (vgl. Thumfart 1999: 227-231). Seit Wiedergründung Sachsens wird das Land als einziges deutsches Bundesland durchgängig von CDU-Ministerpräsidenten regiert (Kurt Biedenkopf 1990-2002, Georg Milbradt 2002-2008, Stanislaw Tillich 2008-2017 und seit 2017 Michael Kretschmer). Allerdings zeigen die Wahlergebnisse der Landtagswahlen in Sachsen von 1990 bis 2024 deutliche Veränderungen in der politischen Landschaft des Freistaats auf, zulasten der CDU, der SPD und der Linken, zunächst zugunsten der NPD, dann der AfD[6] und zuletzt des BSW[7]. Über die Jahre zeigt sich ein deutlicher Rechtsruck (siehe Tab. 1 und Abb. 2).

5 Die DDR-Kreise Altenburg und Schmölln (ehemals Bezirk Karl-Marx-Stadt) wurden Teil des Freistaats Thüringen, zugleich wurden die Kreise Hoyerswerda und Weißwasser (ehemals Bezirk Cottbus) Teil Sachsens. Zudem wurden mehrere Gemeinden im thüringisch-sächsischen Grenzgebiet, die zunächst Thüringen zugeordnet waren, zwischen 1992 und 1994 nach Sachsen eingegliedert (vgl. Richter 2002).

6 Der 2013 gegründete Landesverband der AfD trat erstmals zur Landtagswahl 2014 an. Das Landesamt für Verfassungsschutz in Sachsen stufte den Landesverband im Januar 2021 als »rechtsextremen Verdachtsfall« und im Dezember 2023 als »gesichert rechtsextremistische Bestrebung« ein (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2024: 3).

7 Das BSW wurde im Januar 2024 gegründet, der Landesverband Sachsen im Februar 2024.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Tab. 1: Landtagswahlen in Sachsen 1990-2024

	CDU	SPD	Die Linke	B'90/ Grüne	FDP	NPD	AfD	BSW
1990	53,8	19,1	10,2	5,6	5,3	–	–	–
1994	58,1	16,6	16,5	4,1	1,7	–	–	–
1999	56,9	10,7	22,2	2,6	1,1	1,4	–	–
2004	41,1	9,8	23,6	5,1	5,9	9,2	–	–
2009	40,2	10,4	20,6	6,4	10,0	5,6	–	–
2014	39,4	12,4	18,9	5,7	3,8	4,9	9,7	–
2019	32,1	7,7	10,4	8,6	4,5	0,6	27,5	–
2024	31,9	7,3	4,5	5,1	0,9	–	30,6	11,8

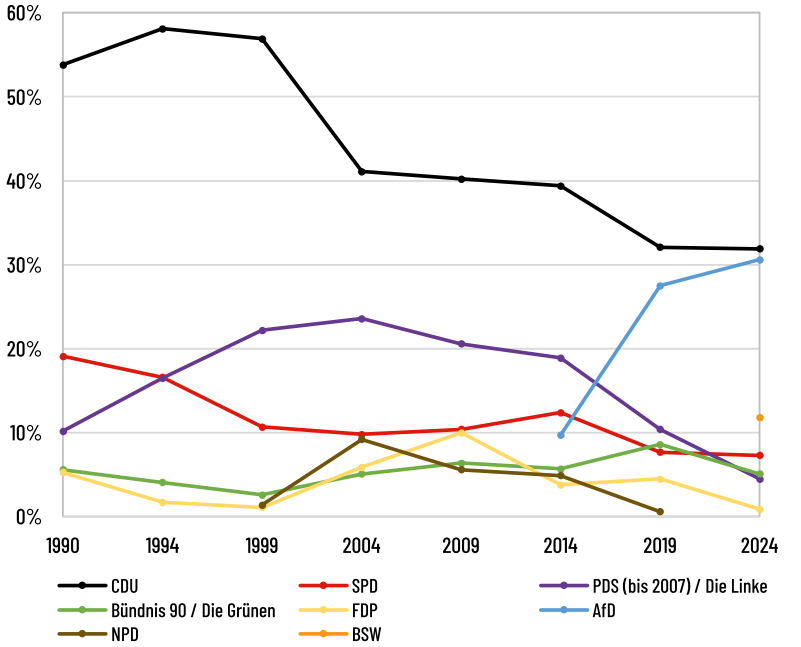
Listenstimmen (Zweitstimmen) in Prozent (vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2024a und Jesse et al. 2014: 143), Wahlergebnisse für Die Linke bis 2007 unter dem Namen PDS

Die sächsischen Ergebnisse von Bundestagswahlen zeigen ähnliche Tendenzen in den Veränderungen des politischen Klimas. Bei der Bundestagswahl 1990 dominierte in Sachsen die CDU mit 49,5 Prozent mit deutlichem Vorsprung. Die Partei profitierte von der Euphorie des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik und setzte sich klar gegen die SPD (18,2 Prozent) durch. Die SED-Nachfolgepartei PDS konnte mit 9,0 Prozent ebenfalls ein gutes Ergebnis erzielen, lag allerdings damals noch hinter der FDP (12,4 Prozent). Erst 1998 festigte die PDS mit 20,0 Prozent ihre Rolle als starke Kraft in Sachsen, was damals ein Misstrauen vieler Ostdeutscher gegenüber den etablierten bundesdeutschen Parteien zum Ausdruck brachte. In den beiden folgenden Bundestagswahlen konnte die Partei ihr Ergebnis noch verbessern und überholte 2009 mit 24,5 Prozent die SPD deutlich (14,6 Prozent). 2009 schnitten auch die FDP mit 13,3 Prozent und die Grünen mit 6,7 Prozent überraschend stark ab.

Die rechtsextreme NPD erzielte 2005 (4,8 Prozent) und 2009 (4,1 Prozent) denkwürdige Ergebnisse, bis die AfD 2013 erstmals zu einer Bundestagswahl antrat und bereits in der darauffolgenden Wahl 2017 in Sachsen gleich über ein Viertel aller abgegebenen Stimmen (27,0 Prozent) gewinnen konnte. Dies markierte den Beginn eines bis heute anhaltenden Trends.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Abb. 2: Landtagswahlen in Sachsen 1990-2024



Listenstimmen (Zweitstimmen) in Prozent, eigene Darstellung nach Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2024a und Jesse et al. 2014: 143

Die CDU verlor über die Jahre immer mehr an Zustimmung, ebenso die SPD, die 2017 mit 10,5 Prozent ein historisch niedriges Ergebnis erzielte und hinter der AfD (27,0 Prozent), der CDU (26,9 Prozent) und der Partei Die Linke (16,1 Prozent) nur noch Rang vier erreichen konnte. Bei der Bundestagswahl 2021 wurde die AfD mit 24,6 Prozent schließlich zur stärksten Partei in Sachsen und erlangte eines ihrer besten Ergebnisse bundesweit. Offenbar profitierte sie von verbreiteter Unzufriedenheit mit der Asyl- und Migrationspolitik und festigte ihren Status als Protestpartei, wohingegen die CDU einen dramatischen Verlust an Stimmen erlebte (17,2 Prozent). Auch hier zeigt sich also eine deutliche Rechtsverschiebung (siehe Tab. 2 und Abb. 3)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Tab. 2: Bundestagswahlen in Sachsen 1990-2021

	CDU	SPD	Die Linke	B'90/ Grüne	FDP	NPD	AfD
1990	49,5	18,2	9,0	5,9	12,4	0,3	–
1994	48,0	24,3	16,7	4,8	3,8	–	–
1998	32,7	29,1	20,0	4,4	3,6	1,2	–
2002	33,6	33,3	16,2	4,6	7,3	1,4	–
2005	30,0	24,5	22,8	4,8	10,2	4,8	–
2009	35,6	14,6	24,5	6,7	13,3	4,1	–
2013	42,6	14,6	20,0	4,9	3,1	3,3	6,8
2017	26,9	10,5	16,1	4,6	8,2	1,1	27,0
2021	17,2	19,3	9,3	8,6	11,0	0,3	24,6

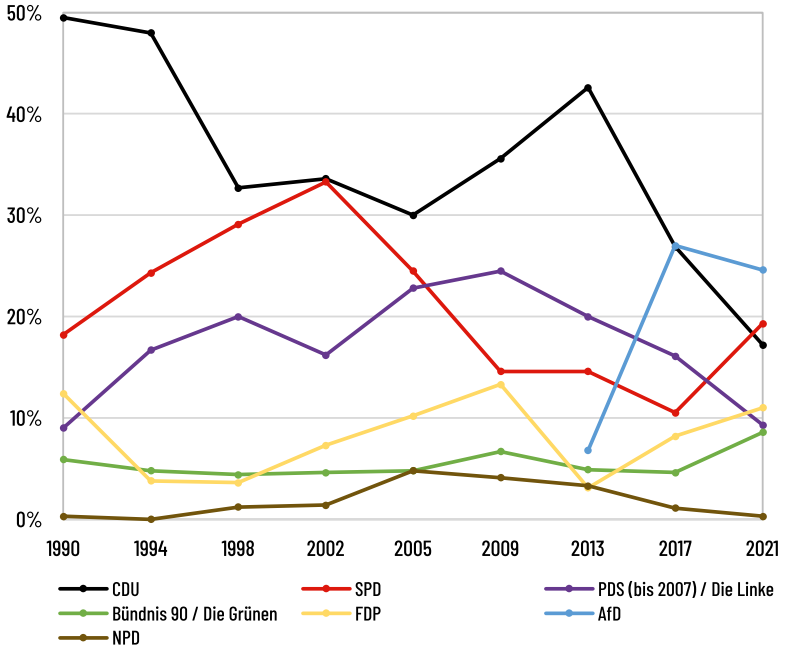
Zweitstimmen in Prozent (vgl. Der Bundeswahlleiter 2022: 55-101), Wahlergebnisse für Die Linke bis 2007 unter dem Namen PDS

Rechtsextremismus

Rechtsextremismus als Ausdruck rassistischer, nationalistischer, fremdenfeindlicher, antisemitischer und autoritärer Einstellungen (vgl. Jesse 2020: 1-2) ist in Sachsen kein neues Phänomen. Seit 1990 ist das Bundesland immer wieder in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung gerückt und gilt »als das ›Paradeland‹ für eine Illustration der Ausbreitung oder des Wiederauflebens extremistischer Einstellungen und Verhaltensweisen« (Pickel & Decker 2016: 10). In kollektiver Erinnerung sind die fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Hoyerswerda 1991, die Aktionen der terroristischen Gruppierung »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU), dessen Mitglieder von 1998 bis 2011 in und von Sachsen aus agierten, die Erfolge der NPD bei den Landtagswahlen 2004 und 2009, die fremdenfeindlichen Ausschreitungen seit 2015 u. a. in Freital (vgl. Leber & Meisner 2017), Meißen (vgl. Sundermeyer 2017), Heidenau, Bautzen (vgl. Ginzel 2017), Einsiedel, Schneeberg und Chemnitz (vgl. Hach 2017) und nicht zuletzt die Formierung der islamfeindlichen und rechtspopulistischen Bewegung »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (Pegida) ab 2014.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Abb. 3: Bundestagswahlen in Sachsen 1990-2021



Zweitstimmen in Prozent, eigene Darstellung nach Der Bundeswahlleiter 2022: 55-101

Dies alles bereitete auch den Boden für die AfD, die ab 2017 in Sachsen erstarkte, bei der Bundestagswahl 2021 hier 10 der 16 Direktmandate sowie das beste Zweitstimmenergebnis aller Parteien holte. Im Dezember 2023 stufte Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen den Landesverband der AfD als »gesichert rechtsextremistisch« ein (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2024: 3). Nach Thüringen und Sachsen-Anhalt ist es der dritte AfD-Landesverband mit einer solchen Bewertung. Und während 2023 die AfD in Thüringen erstmals ein Landratsamt (Landkreis Sonneberg) und in Sachsen-Anhalt einen hauptamtlichen Bürgermeisterposten (Raguhn-Jeßnitz) errang, stellt sie in Sachsen seit 2023 ihren ersten Oberbürgermeister – in der rund 40.000 Einwohner zählenden Stadt Pirna (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge). Der Kandidat der AfD, der aber kein Parteimitglied ist, siegte im zweiten Wahlgang und erhielt 38,5 Prozent der Stimmen. In Großschirma

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

bei Freiberg (Landkreis Mittelsachsen) erhielt im März 2024 ein AfD-Kandidat im ersten Wahlgang mit fast 60 Prozent die meisten Stimmen. Aufgrund einer fehlenden Unterschrift wurde jedoch die Wahl für ungültig erklärt. Bei der Wiederholungswahl am 1. September 2024 trat er als einziger Kandidat wieder an und erreichte 82,1 Prozent der Stimmen (vgl. MDR Sachsen 3. März 2024, MDR Sachsen 2. Mai 2024, MDR Sachsen 3. Juli 2024, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2024b). Bei der Landtagswahl im September 2024 wurde die AfD mit 30,6 Prozent knapp zweitstärkste Kraft hinter der CDU (31,9 Prozent) und kommt auf 40 Sitze, die CDU auf 41 (vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2024a).

All dies brachte Sachsen den Ruf einer Hochburg des Rechtsextremismus ein, wenngleich die AfD seit ihrer Gründung 2013 inzwischen in allen 16 deutschen Landtagen vertreten ist, nach aktuellen Umfragen fast aller Meinungsforschungsinstitute zweitstärkste Kraft im deutschen Bundestag wäre und sogar von 22 Prozent der 14- bis 29-Jährigen bei einer Bundestagswahl gewählt werden würde (vgl. Schnetzer et al. 2024). Sachsen befindet sich seit vielen Jahren auch in der Spitzengruppe der Bundesländer mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil rechter Gewalttaten (vgl. Yendell & Pickel 2020: 78). Das rechtsextremistische Personenpotenzial belief sich in Sachsen 2022 auf etwa 4.350 Personen (bundesweit: 38.800), als gewaltbereit werden davon ca. 1.500 (bundesweit 14.000) eingestuft (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern 2023: 26-27, die bundesweiten Zahlen: Bundesministerium des Innern und für Heimat 2023: 51).

In Anbetracht der Aktivitäten extremer Rechter und des Ausmaßes rechtsextremistischer Straftaten beschloss die Staatsregierung Sachsens ein jährliches Monitoring der politischen Einstellungen in der Bevölkerung. Das erste Mal wurde dieser »Sachsen-Monitor«[8] im Jahr 2015 durchgeführt. Die Erhebungen zeigten, dass menschenfeindliche, also rassistische, homophobe oder antisemitische Einstellungen in Sachsen verhältnismäßig weit verbreitet sind. Weniger thematisiert wurden jedoch die historischen Wurzeln des schwierigen Erbes der deutschen Teilung und der einschneidenden Umbrüche in der Transformationszeit nach 1989, nachdem die anfängliche Euphorie sich in zunehmende Unzufriedenheit mit dem neuen politischen System umgekehrt hatte und Raum für die Entfaltung oder Reaktivierung radikalerer und extremistischer Positionen bot.

8 Bislang liegen fünf Veröffentlichungen aus den Jahren 2016, 2017, 2018, 2020/21 und 2023 vor.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Wurzeln rechter Gesinnung: eine Vorgeschichte

Die rechte Gewalt in Sachsen setzte nicht erst 1990 ein. Extremistische Haltungen waren auch in der DDR-Zeit durchaus vorhanden. Schon in der Frühphase des NS-Herrschaft waren die Verfolgungswellen gegen Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten sowie antisemitische Gewalt in Sachsen besonders heftig, und auf sächsischem Boden entstanden überproportional viele frühe Konzentrationslager (vgl. Lindemann & Schmeitzner 2019: 7-17, Brenner et al. 2018). Das nationalsozialistische Gedankengut verlor sich nach 1945 nicht einfach. Alte und neue Nazis waren seit Kriegsende sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in der DDR anzutreffen (vgl. Wagner 2014, Wagner 2018, Waibel 2017).

Die ersten deutlichen ausländerfeindlichen Übergriffe sind für 1971 dokumentiert, und zwar auf in West-Berlin lebende Türken, die mit Tagesvisa nach Ost-Berlin einreisten. In den folgenden Jahren sah sich die DDR-Bevölkerung nicht nur mit den Angehörigen sowjetischer Truppen und deren Familien konfrontiert, sondern auch mit Arbeitern, Auszubildenden und Studierenden aus Polen, Mosambik, Angola, Algerien, Kuba, Vietnam, China und Laos sowie politischen Emigranten, zum Beispiel aus Chile. 1966 waren rund 3.500 Vertragsarbeitende in der DDR tätig, 1974 18.680 und 1989 bereits 94.000 (vgl. Pürckhauer & Lorenz 2019). Größere Teile der Bevölkerung zeigten sich deswegen zunehmend besorgt über den Anstieg des Anteils »Fremder« (vgl. Wagner 2011). Obwohl es sich im Vergleich zur Bundesrepublik um einen viel geringen Ausländeranteil handelte, verstärkten zwischenmenschliche, mentalitätsbedingte Probleme und vereinzelte Straffälle die Abneigungen gegen »Fremde«. Zu den Konflikten trug sicher auch der Umstand bei, dass die Arbeitsmigranten, bei denen es sich überwiegend um junge Männer handelte, in großen Gruppen, abgeschottet und auf engstem Raum untergebracht waren (vgl. Rabenschlag 2016).

In breiteren Teilen der Bevölkerung entwickelte sich ein deutschtümelndes Verteidigungsdenken. Auf sächsischem Gebiet zeigte sich dies insbesondere entlang der Grenze zu Polen und im Dreiländereck (Polen/ČSSR) an der wachsenden Feindlichkeit gegenüber polnischen Bürgerinnen und Bürgern. Das Gefühl der Abwertung hatte sich durch den Zentralismus und die Dominanz Ost-Berlins, die schlechte Versorgungslage, den sichtbaren Verfall in allen gesellschaftlichen und ökonomischen Bereichen und die mediale Abgeschnittenheit (der Empfang des »Westfernsehens« war in einigen sächsi-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

schen Gebieten fast unmöglich) etabliert; man fühlte sich wirtschaftlich und kulturell abgehängt und war zugleich verwurzelt in konservativen Anschauungen und nationaler Gesinnung.

Zugleich war die DDR ein nationalistischer und geschlossener Staat, der trotz vielfacher internationalistischer Bekenntnisse den Wert der eigenen Bürger herausstellte. Diese Haltung fand ihren Ausdruck in einer Ausländerpolitik, die in Übereinstimmung mit der Bevölkerungsmeinung Fremde möglichst abschirmte statt integrierte. Vertragsarbeiter aus Vietnam, Afrika oder Kuba wurden isoliert, um Kontakte mit der einheimischen Bevölkerung weitgehend zu vermeiden.

Übergriffe jeder Art und Schwere gegenüber Ausländern häuften sich in den 1980er Jahren (vgl. Wagner 1998: 6-7) und zeitgleich wurden auch vermehrt rechtsextremistische Zusammenschlüsse im öffentlichen Raum sichtbar. Das betraf zuerst Skinheads, Heavy Metals und rechtsradikale Hooligans der Fußballfanszenen. Der dem Innenministerium unterstellte Fußballclub »Dynamo Dresden« war früh ein Magnet rechtsradikaler Fans. Auch die Bezirksstadt Leipzig spielte mit ihrem rechtsradikalen Fußballmilieu eine wichtige Rolle für das Anwachsen der Bewegung (vgl. Wagner 2020: 33). Subkulturen wie Grufties, Heavy Metals, Punks und Skinheads schwappten seit Ende der 1970er Jahre auf die DDR über und waren Ausdruck eines Loyalitätsverfalls und einer zunehmend aggressiveren jugendlichen Opposition gegenüber dem Staatsapparat mit seiner sozialistisch-kollektivistischen Ideologie, während ein einsetzender Machtverlust der SED neue Freiräume entstehen ließ (vgl. ebd.: 30). Die aufkommenden rechtsextremistischen Parolen waren dabei vor allem ein gezielter Bruch mit der antifaschistischen Staatsdoktrin und nicht primär eine Identifikation mit dem Nationalsozialismus (vgl. DGB-Bundesvorstand 2000: 22). Feindselige Gewaltaktionen an Stadien, in Verkehrsmitteln und im öffentlichen Raum, in Gastronomie- und Freizeiteinrichtungen, auf Campingplätzen und Volksfesten waren an der Tagesordnung.

Bis etwa 1980 bestand die rechtsradikale Szene in der DDR nur aus losen Gruppen, die kaum untereinander vernetzt waren und nur spontan auftraten. In der Folgezeit entstand jedoch ein gut funktionierendes und ideologisch gefestigtes Netzwerk (vgl. Wagner 2021: 347-358). Rechtsradikale Gruppen gab es in allen Bezirkshauptstädten, in fast allen Kreisstädten und deren Umgebungen, doch mit den Bezirken Dresden und Leipzig war Sachsen ein Zentrum der Bewegung (vgl. Wagner 2014: 347-353). Die Bewegung agierte mal spontan und mal strategisch; die Gruppen traten an symbolträchtigen

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Tagen wie dem Geburtstag Hitlers massiv in beschaulichen Ferienorten, auf Festen und Veranstaltungen auf.

Den gravierendsten Einschnitt stellte der Überfall auf das Punkrock-Konzert in der Zionskirche in Ost-Berlin 1987 dar, als eine große Ansammlung Skinheads aus Ost- und Westberlin in das Kirchenschiff eindrang und das Konzert der Bands »Element of Crime« (Bundesrepublik) und »Die Firma« (DDR) gewaltsam störte (vgl. Süß 2000: 17-20). Doch Politik und Justiz verdrängten das Problem.

Nach der deutsch-deutschen Vereinigung 1990 entstand aus diesen Wurzeln die erste fremdenfeindliche Gewaltwelle mit der Ermordung des Angolaners Amadeu Antonio Kiowa in Eberswalde (Brandenburg, 1990) und den Vorfällen in Rostock-Lichtenhagen (Mecklenburg-Vorpommern, 1992) und der sächsischen Kleinstadt Hoyerswerda (1991). In Hoyerswerda griffen bis zu 500 Personen über fünf Nächte hinweg ein Wohnheim von Geflüchteten und ein Wohnheim für ausländische Vertragsarbeiter mit Flaschengeschossen, Leuchtspurmunition und Steinen an. Die Polizei erschien hilflos und unfähig, die Lage unter Kontrolle zu bekommen (vgl. Oelkers 2017, Backes & Kailitz 2020: 7).

Starke mediale Beachtung erfuhr 1991 auch der »Trauermarsch« von rund 1.500 Neonazis rund 14 Tage nach dem Tod des Anführers und Gründers des »Nationalen Widerstands Dresden«, Rainer Sonntag (vgl. Backes & Kailitz 2020: 7-8). Ab 1992 missbrauchten dann immer mehr Rechtsextremisten das jährliche Gedenken an die Bombardierung Dresdens am 13. Februar für einen Aufmarsch. Den Höhepunkt markierten die Versammlungen von jeweils rund 6.500 Rechtsextremisten zu »Trauermärschen« am 13. Februar 2005 und 2010 (vgl. ZDF heute 2017).

Rechtsextreme Szenen konnten sich auf dem Territorium der DDR mit seinen Erblasten und Transformationsproblemen – Zerfall des sozialistischen Staates, Anziehungskraft des Nationalismus, mangelnde Erfahrung mit anderen Kulturen, Neuaufbau des Rechtsstaates und der Marktwirtschaft, hohe Arbeitslosigkeit, Abwanderung von Arbeitskräften, Zerrüttung von Familien – vielerorts stark verankern (vgl. Backes 2019: 19-20 und 33). Wo eine selbstbewusste Zivilgesellschaft wichtig gewesen wäre, gab es nach 1990 weitestgehend nur Brachland. Es ist insofern wenig überraschend, dass nach dem Ende der »linken« bzw. staatssozialistischen Diktatur rechte Strukturen neue Orientierung verhießen (vgl. Patzelt 2017: 44).

Neben der Frustration spielten in Sachsen Hass und Aggression gegenüber Fremden sowie die bereits in der Endphase der DDR vorhandenen

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Strukturen aus Neo-Nationalsozialisten und teils rechtsextremistischen Skinheads eine nicht zu unterschätzende Rolle für den relativ schnellen Erfolg der westdeutschen Rechten, die nach 1989 in Sachsen sehr schnell Neonazi-Strukturen aufbauten (vgl. Backes 2019: 35, Kraske 2020: 55). Hinzu kam ein Gefühl des Abgehängtseins, gerade in ländlichen und grenznahen Gebieten Sachsens, in denen es demografisch, sozial und ökonomisch einen enormen Wandel gegeben hatte (mehr dazu weiter unten).

Rechte Wahlerfolge und außerparlamentarische Aktionen

Die AfD wurde in Hessen gegründet, die Führungsspitze ist (außer Tino Chrupalla, der aus Weißwasser, einer sächsischen Stadt in der Oberlausitz stammt) westdeutsch besetzt und doch war und ist die AfD in Sachsen besonders erfolgreich, weil sie nicht als West-Partei wahrgenommen wird. Aus dem Stand erreichte die Partei 9,7 Prozent bei den Landtagswahlen 2014, bei der Bundestagswahl 2017 wurde sie in Sachsen stärkste Partei .Während in den 1990er und 2000er Jahren die systemkritische PDS die politische Unzufriedenheit auffangen konnte, tut dies mit rechter Systemkritik nun spiegelbildlich die AfD.

Die Entstehung und Entwicklung der AfD sowie der Pegida-Bewegung weisen bemerkenswerte Parallelen auf (vgl. Herold & Schäller 2020). Für viele Pegida-Anhänger stellt die AfD ein attraktives politisches Angebot dar (vgl. Locke 2017). Die Geschichte von Pegida als lose organisiertes Sammelbecken begann am 20. Oktober 2014 in Dresden mit zunächst 350 Personen auf einem »Abendspaziergang« (vgl. Vorländer et al. 2016b: 109). Die anschließenden regelmäßigen Demonstrationen gegen »Islamisierung« und die Einwanderungs- und Asylpolitik Deutschlands und Europas mobilisierten innerhalb von drei Monaten bis zu 25.000 Menschen (vgl. Backes et al. 2019: 13, Vorländer et al. 2016a: 5-11). Ende 2014 verfestigte sich die Organisationsform mit Gründung des eines Vereins, und die Bewegung radikalisierte sich ab 2015 zunehmend (vgl. Herold & Schäller 2020).

Allein 727 rechte Demonstrationen zählte das Rechercheprojekt »Rechtes Sachsen« (www.rechtes-sachsen.de) 2015. Der Schwerpunkt lag dabei in der Region Dresden, aber rechte Aufmärsche fanden in allen Landkreisen und kreisfreien Städten statt (z. B. »Legida« in Leipzig; vgl. Kulturbüro Sachsen e.V. 2022: 26). So hat sich etwa in Colditz, einer Stadt mit knapp 5.000 Einwohnern im Landkreis Leipzig, seit den 1990er Jahren eine aktive rechtsextreme Szene gebildet, die Anwohnerinnen und Anwohner, die sich gegen sie

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

stellten, bedrohten, angriffen oder zum Wegzug nötigten (vgl. Datt 2017). Die ansässige rechtsextreme Szene dominierte nach der Jahrtausendwende die Stadt, und erst 2023 griff der Staat mit Durchsuchungen und Verhaftungen ein (vgl. Böckmann & Datt 2023). Seit Mai 2021 wird Pegida durch das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen als extremistische Bewegung eingestuft und beobachtet.

Doch Sachsen ist nicht nur Pegida-Kernland und AfD-Hochburg, sondern auch ein zentraler Schauplatz politischer Radikalisierung bei »Reichsbürgern«[9], »Querdenkern«[10] und Corona-Leugnern. Der Verfassungsschutzbericht 2023 rechnet ca. 3.000 Personen in Sachsen der Reichsbürgerszene zu, 500 mehr als 2022 (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2024: 105). Die Ablehnung der Corona-Maßnahmen kann eine mögliche Ursache für den enormen Anstieg von 32 Prozent sein, da Skepsis gegenüber Anti-Corona-Maßnahmen vermehrt für die Verbreitung von verfassungsfeindlichen Zielsetzungen instrumentalisiert wurde.

Die Zunahme der Reichsbürgerszene im Freistaat Sachsen ist eng mit der Ansiedlung des »Königreichs Deutschland« um den selbst ernannten »König« Peter Fitzek verknüpft. Dieser kauft vermehrt Immobilien, um in ganz Sachsen sogenannte »Gemeinwohldörfer« aufzubauen (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2024: 107-108). In Sachsen ist die Reichsbürger-Bewegung in Landkreisen wie Meißen, Mittelsachsen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und dem Erzgebirgskreis besonders stark (vgl. Hach 2017) und auch die Landeshauptstadt Dresden und der Landkreis Bautzen entwickeln sich laut Verfassungsschutzangaben zu einem »Reichsbürger-Hotspot«. Lediglich im Landkreis Nordsachsen sowie in der kreisfreien Stadt Chemnitz sind Reichsbürger we-

9 Reichsbürger (die sich dem »Deutschen Reich« zugehörig fühlen) und Selbstverwalter (die die Existenz der Bundesrepublik Deutschland leugnen) lehnen die Bundesrepublik Deutschland, ihre Institutionen und ihr Rechtssystem ab. Sie sprechen den demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation ab oder negieren die geltende Rechtsordnung, da die Bundesrepublik ein Konstrukt der Alliierten zu Verwaltung des Deutschen Reiches sei. Die Wurzeln der Reichsbürgerbewegung reichen zurück in die Bundesrepublik Deutschland der 1970er und 1980er Jahre (vgl. Hermann 2018: 10-13).

10 Die »Querdenker« sind eine Bewegung mit diversen regionalen Ablegern. Die Ursprungsgruppe kam aus der Umgebung Stuttgarts und wurde von Michael Ballweg ins Leben gerufen, der 2020 während der COVID-19-Krise Proteste gegen Schutzmaßnahmen unter der Bezeichnung »Querdenken 711« organisierte. Ballweg werden Kontakte in die deutsche Reichsbürgerbewegung nachgesagt (vgl. Bau 2020).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

niger verbreitet (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2024: 107).

2023 rechnet der Verfassungsschutzbericht in Sachsen insgesamt 5.750 Personen im Freistaat dem Rechtsextremismus zu, 2022 waren es noch 4.350 Personen. Dieser Anstieg um knapp ein Drittel resultiert laut Landesamt für Verfassungsschutz aus der Einstufung als »erwiesen rechtsextremistische Bestrebung« sowohl des sächsischen AfD-Landesverbandes sowie dessen Jugendorganisation »Junge Alternative« als auch des Vereins »Ein Prozent«[11]. In der AfD rechnet der Verfassungsschutz von den rund 2.800 Mitgliedern 1.300 Personen dem rechtsextremistischen Spektrum zu, beispielsweise Mitglieder der ehemaligen Parteiströmung »Der Flügel« (vgl. ebd. 2024: 23 und 44). Zugleich ist auch die Anzahl der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund deutlich angestiegen. Der Verfassungsschutz zählte 2023 2.566 Straftaten, 2022 lag die Zahl noch bei 1.709 derartigen Delikten. Die Anzahl der fremdenfeindlichen Straftaten erreichte mit 712 Vorfällen den höchsten Stand seit 2015 (vgl. ebd.: 99).

Insgesamt wird ein Rechtsruck in der sächsischen Bevölkerung konstatiert, der sich nicht nur in der Etablierung der AfD im deutschen Parlamentarismus zeigt, sondern auch in einer kontinuierlichen Normalisierung und Institutionalisierung rechtsextremen Gedankenguts und einer zunehmenden Hinnahme von öffentlicher Agitation dieser Ideologie in der Gesellschaft (vgl. Garsztecki et al. 2024: 25-28, Heitmeyer et al. 2021: 267, Pfahl-Traughber 2022: 146). Vieles, was heute aufflammt, hat auch mit Umbruchs- und Demütigungserfahrungen, aber auch mit einer unbewältigten DDR-Vergangenheit zu tun. Politisches Ohnmachtsempfinden ist weit verbreitet, führt aber nicht zu Unterwerfung, sondern zu Aufsässigkeit. Populistischer Protest wird als Selbstermächtigung und als Gegenwehr gegen das System erlebt (vgl. Mau 2021: 372).

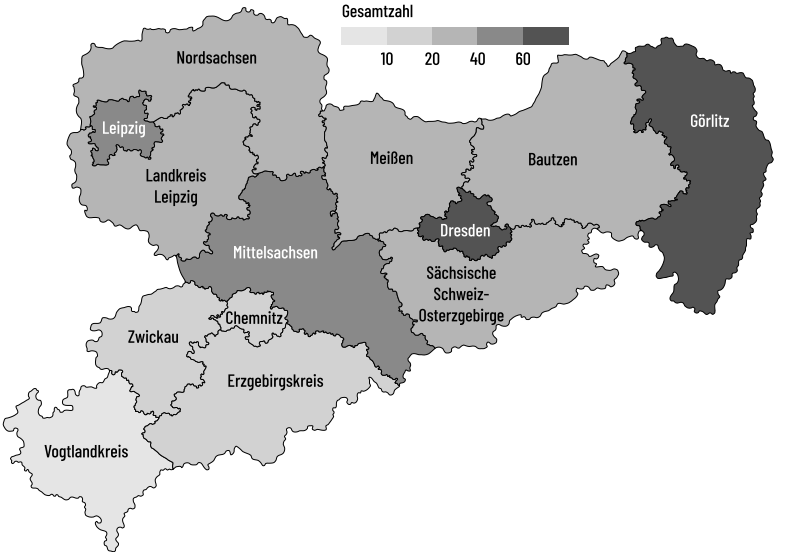
11 Der »Ein Prozent e. V.« (früher: »Ein Prozent für unser Land«) ist ein 2015 gegen die Asylpolitik der Bundesregierung gegründeter deutscher Verein mit Sitz in Görlitz, der vom Bundesamt für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch und als verfassungsfeindlich eingestuft wird.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Angriffe und Gewalt gegen Medienschaffende, Politikerinnen und Politiker

Die Opferberatungsstellen der Regionalen Arbeitsstellen und Angebote für Bildung, Beratung und Demokratie e.V. (RAA – Sachsen e.V.) haben in Sachsen 2023 248 rechtsextreme und rassistische Angriffe gezählt. Das ist im Vergleich zu 2022 ein Anstieg um 21 Prozent. Die höchsten Angriffszahlen sachsenweit weisen der RAA-Statistik zufolge die Großstädte Leipzig (70) und Dresden (42) auf. Die RAA-Zahlen decken sich im Trend mit der Kriminalitätsstatistik der sächsischen Polizei (vgl. Peikert 2024). So ist bei Angriffen auf Politikerinnen und Politiker ein starker Zuwachs zu verzeichnen. Zwischen 2022 und 2023 ist die Zahl der Überfälle von 270 auf 302 gestiegen (siehe zur regionalen Verteilung Abb. 4). Auch auf Kommunal-Ebene hat sich die Problematik verschärft: 2022 gab es 45 Fälle und 2023 77 Fälle. 2019 und 2020 waren vor allem CDU- und AfD-Angehörige betroffen. Seit 2022 richten sich die Attacken vor allem gegen Angehörige der Grünen: 2021 gab es vier Vorfälle, 2022 waren es schon 22, 2023 dann 64. Auf Platz zwei liegt die SPD mit 13 Angriffen (vgl. Rietzschel 2024).

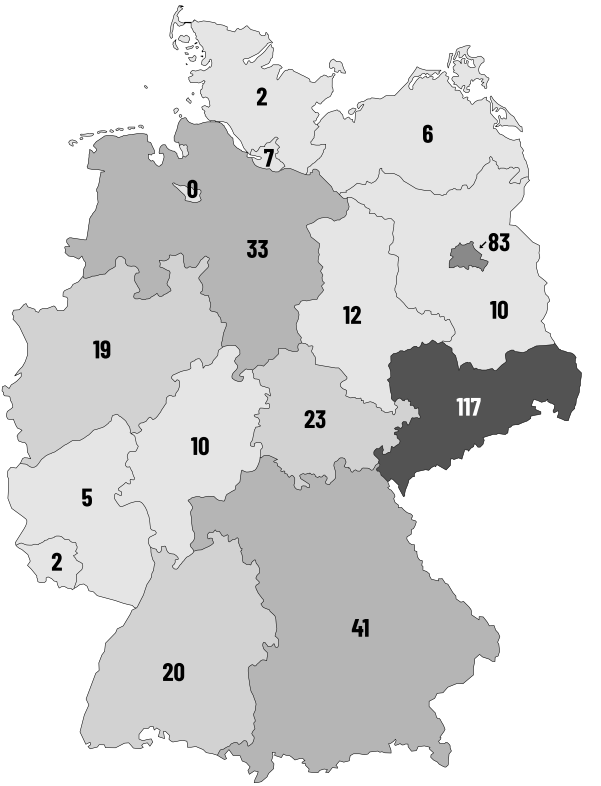
Abb. 4: Angriffe auf Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie Gebäude in Sachsen 2023



Darstellung nach Rietzschel 2024: 1

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Abb. 5: Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten 2015-2023 nach Bundesländern



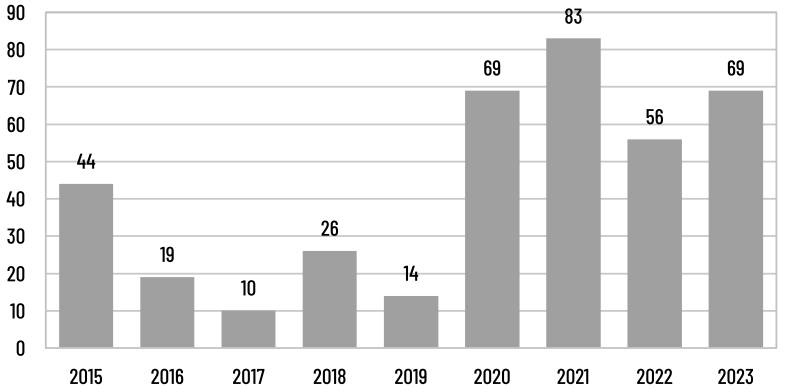
Darstellung nach Peltz et al. 2024: 13

Auch Journalistinnen und Journalisten wurden in den letzten zehn Jahren in großer Zahl angepöbelt, bedrängt und physisch angegriffen. Laut den Daten des Europäischen Zentrums für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF) für die Jahre 2015 bis 2023 über tätliche Angriffe auf Medienschaffende lag Sachsen im Bundesländer-Vergleich an der Spitze (siehe Abb. 5). Nachdem es 2015 vor allem am Rande von Pegida-Demonstrationen zu solchen Vorfällen gekommen war, gab es 2020/21 vorrangig durch Anti-Corona- und »Querdenken«-Demonstrationen ein neues Hoch (siehe Abb. 6). Als diese nachließen, ging die Anzahl leicht zurück (vgl. Hoffmann et al. 2023: 4), aber 2023 stieg die Zahl wieder an (vgl. Peltz et al. 2024: 6). In jenem Jahr löste Berlin mit

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

25 tätlichen Angriffen den Freistaat Sachsen mit 13 Angriffen als negativer Spitzenreiter ab, wofür die Zunahme von Gewalt im Umfeld pro-palästinensischen Demonstrationen ursächlich war (vgl. ebd.: 12).

Abb. 6: Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten in Deutschland 2015-2023



Darstellung nach Peltz et al. 2024: 8

Die steigende Gewaltbereitschaft und das in einigen Fällen zu zögerliche Eingreifen der Polizei führte zum Jahreswechsel 2021/22 zu dem Twitter-Hashtag #AusgebranntePresse, unter dem Journalistinnen und Journalisten von Angriffen, Beleidigungen und Bedrohungen berichteten, die sie auf Demonstrationen erlebt haben. Als Reaktion darauf fand der Schutz und die Sicherheit von Medienschaffenden nach der Bundestagswahl 2021 auch Eingang in den Koalitionsvertrag der Ampel-Parteien (vgl. SPD et al. 2021: 124). Außerdem ist das Sächsische Versammlungsgesetz (SächsVersG) im Sinne des Koalitionsvertrages 2024 zu einem neuen »Gesetz über den Schutz der Versammlungsfreiheit im Freistaat Sachsen« reformiert worden. Darin wird der besondere Schutz der freien medialen Berichterstattung bei Versammlungen und somit auch der Schutz von Medienschaffenden bei Versammlungen als Aufgabe formuliert (vgl. § 3 Abs. 1 SächsVersG). Darüber hinaus kam es zu Kooperationen zwischen der sächsischen Polizei und dem Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) sowie dem Deutschen Journalisten-Verband, um Polizistinnen und Polizisten in der Aus- und Fortbildung für den Status und die Aufgaben von Medienschaffenden zu sensibilisieren (vgl. Meedia 2021, Stawowy 2019).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Einfluss der COVID-19-Pandemie

Die COVID-19-Pandemie reihte sich in Ostdeutschland ein in vorangegangene historische Ereignisse wie den Mauerfall 1989 und die Zeit der frühen Transformation. Die Atemwegserkrankung erreichte im Januar 2020 die Bundesrepublik (vgl. Maurer et al. 2021: 7) und Anfang März 2020 mit einem Fall im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge auch Sachsen (vgl. Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt 2020). Ab Mitte März folgte die erste große Welle und der erste Lockdown. Der Staat regierte in zuvor ungekannter Weise mit Verordnungen, Kontaktverboten und Bestimmungen bis in den privaten Bereich hinein. In zahlreichen Städten und Gemeinden Sachsens beteiligten sich ab April 2020 hunderte Menschen an sogenannten »Corona-Spaziergängen« gegen die Beschränkungen und für die Erhaltung von Grundrechten.

Das verbreitete Unbehagen an den Corona-Schutzmaßnahmen von Bundes- und Landesregierung wurde von rechtsextremistischen Akteuren rasch für antidemokratische Anliegen instrumentalisiert.

Einige Demonstrationen überschritten die angemeldete Personenzahl oder blieben unangemeldet; manche davon wurden durch die Polizei aufgelöst. Während zu Beginn viele unterschiedliche Gruppen zu Kundgebungen aufriefen, wurden seit Sommer 2020 viele Demonstrationen von der »Querdenken«-Bewegung aus Stuttgart angemeldet (vgl. Maurer et al. 2021: 13) Eine der größten Demonstrationen fand am 7. November 2020 mit mindestens 20.000 Teilnehmenden in Leipzig statt. Unter dem Slogan »Geschichte gemeinsam wiederholen« lud Querdenken-711 Stuttgart ganz Deutschland nach Leipzig ein. Gezielt wurden dabei Bezüge zu den Ereignissen im Herbst 1989 in Leipzig hergestellt und von extremen Rechten besetzt. Während der Demonstration kam es zu massiver Gewalt gegen Einsatzkräfte und Medienschaffende (vgl. Stach & Hartmann 2020).

Insgesamt gab es vier bis fünf größere Infektionswellen, drei Jahre nach Beginn der Corona-Pandemie waren im Frühjahr 2023 die meisten Beschränkungen beendet. Im Nachhinein zeigt sich drastisch, wie kräftezehrend die drei Corona-Jahre waren. Die psychischen und sozialen Langzeitwirkungen sind weiterhin zu spüren. Millionen von Menschen hatten während der Pandemie das Gefühl, das eigene Leben nicht gestalten zu können. Soziale Beziehungen und wirtschaftliche Aktivitäten wurden unterbrochen, Konsum- und Freizeitmöglichkeiten waren eingeschränkt, soziales und politisches

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Engagement wurde ausgebremst, die Mediennutzung erfuhr einen tiefgreifenden Wandel (vgl. ARD-Forschungsdienst 2022).

Covid wurde zum gesellschaftlichen Ausnahmezustand und wegen der Eingriffe in Freiheits- und Bürgerrechte zum Prüfstein für die gesamte Demokratie (vgl. Biess 2020). Verunsicherung und Vertrauensverluste waren die nicht-medizinischen Folgen der Pandemie. So wurde die Qualität der öffentlich-rechtlichen Berichterstattung gerade von denjenigen Bürgerinnen und Bürgern als gering bewertet, denen die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie zu weit gingen und die generell unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland waren (vgl. Arlt et al. 2023).

Am 4. Juli 2020 gründete sich im Umfeld der Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen »Die Basisdemokratische Partei Deutschland« (dieBasis). Sie gilt als der parteipolitische Arm der »Querdenker«-Bewegung. Auch die extrem rechte Organisation »Freie Sachsen« wurde im Februar 2021 von dem Chemnitzer Rechtsanwalt Martin Kohlmann aus Protest gegen die Corona-Maßnahmen ins Leben gerufen; sie ist mit rund 1.200 Mitgliedern die zahlenmäßig stärkste rechtsextreme Partei im Freistaat (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2024: 23). 2022 traten die »Freien Sachsen« in drei Landkreisen (Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Erzgebirgskreis, Nordsachsen) zu den Landratswahlen an, holten in allen Wahlkreisen zweistellige Ergebnisse – in Nordsachsen erzielte die Kandidatin sogar 20 Prozent (vgl. Kiess & Nattke 2024). Kohlmann schmiedet seitdem sachsenweit Allianzen mit Bürgerinitiativen, Vertretern von Pegida, ehemaligen NPD-Kadern und Reichsbürgern. Er trat zu den Kommunalwahlen am 9. Juni 2024 mit den »Freien Sachsen« flächendeckend an. Ebenso beteiligte sich die Partei mit einer Kandidatenliste an der Landtagswahl am 1. September 2024. Der Telegram-Kanal der »Freien Sachsen« zählte im Oktober 2024 knapp 133.000 Abonnentinnen und Abonnenten.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Weitere Formen des Extremismus

Der Linksextremismus[12] in Sachsen ist etwas schwächer als in den übrigen ostdeutschen Ländern (vgl. Jesse et al. 2014: 327). Das Personenpotenzial ist über die Jahre nahezu konstant. Insgesamt 905 Personen wurden 2023 diesem Bereich zugeordnet, das sind im Vergleich zu 2022 15 Personen mehr (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2024: 127). Gleichwohl sieht der Verfassungsschutzbericht auch im Bereich des Linksextremismus negative Entwicklungen: Die Anzahl der linksextremistischen Straftaten stieg von 742 Taten (2022) auf 804 Taten (2023) (vgl. ebd.: 164). Dabei wurden in den drei Großstädten Leipzig, Dresden und Chemnitz circa 77 Prozent aller linksextremistischen Straftaten begangen. Auch bei den linksextremistischen Gewalttaten sind die drei Städte dominierend: 91 Prozent der 191 Taten wurden hier verübt, wobei Leipzig mit 437 Fällen mehr als die Hälfte der Fälle auf sich vereinte (2022: 445), Dresden (148) und Chemnitz (35) folgen dahinter (vgl. ebd.: 166). Leipzig hat sich neben Berlin und Hamburg als bundesweite Schwerpunktregion der autonomen Szene und Brennpunkt linksextremistischer Gewalt etabliert. So wurden hier mehr Taten mit linksextremistischem Hintergrund beobachtet. Der Verfassungsschutz spricht von einem Plus von 17 Prozent im Jahr 2023, was sicherlich auch auf den sogenannten »Tag X« in Leipzig (3. Juni 2023) in Zusammenhang mit dem Prozess gegen Lina E. zurückzuführen ist (vgl. ebd.: 165).

Islamismus als eine weitere Form des politischen Extremismus basiert auf der Überzeugung, dass der Islam die Grundlage für das gesellschaftliche Leben und die politische Ordnung sein sollte. Er geht von der Existenz einer gottgewollten und allgemeingültigen Ordnung aus, die über den von Menschen gemachten gesellschaftlichen Regeln und Gesetzen steht. Der Islamismus zielt darauf ab, alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens zu regulieren, einschließlich Politik, Recht und Gesellschaft. Sämtliche Strömungen – ob moderat und reformorientiert oder extremistisch und gewaltbereit – missbrauchen also die Religion für ihre politischen Absichten

12 Wir verwenden den Begriff »Linksextremismus« im Folgenden, da er in der amtlichen Statistik in Sachsen Anwendung findet, auch wenn der Begriff und hinter ihm stehende Extremismus-Konzepte – Stichwort Hufeisentheorie – durchaus umstritten sind (vgl. Fuhrmann 2019, Lehmann & Jukschat 2019).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

und zielen darauf ab, die Gesellschaft und den Staat nach den Prinzipien der Scharia (islamisches Recht) zu organisieren. Demzufolge streben Islamisten die teilweise oder vollständige Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland, des Säkularismus und Liberalismus an und stehen im Widerspruch zu den im Grundgesetz verankerten Grundsätzen der Volkssouveränität, der Trennung von Staat und Religion, der freien Meinungsäußerung und der allgemeinen Gleichberechtigung (vgl. Pfahl-Traughber 2011).

Islamistisch eingestellte Personen gibt es auch in Sachsen, allerdings ist das Personenpotenzial 2023 wie in den Jahren 2021 und 2022 im Freistaat Sachsen mit ca. 450 Personen im Bundesvergleich konstant auf niedrigem Niveau (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2024: 192). Nordrhein-Westfalen, als das Bundesland, in dem die meisten Islamisten leben, zählte dagegen 2023 4.000 Personen (vgl. Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen 2024). In der gesamten Bundesrepublik waren 2023 27.200 Islamisten aktiv (vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat 2024: 210).

Auch wenn die islamistische Szene in Sachsen also im Vergleich zu anderen Bundesländern relativ klein ist, so trifft die islamistische Radikalisierung im Freistaat auf eine besonders kritische bis feindliche Haltung gegenüber dem Islam allgemein. Rechtspopulistische Anschauungen setzen den Islam pauschal mit extremistischen Strömungen gleich, was den interkulturellen Dialog und die Integration von Musliminnen und Muslimen erschwert und wiederum eine Polarisierung verstärken kann.

3.2 Wirtschaftliche Entwicklung

Sachsen war während der gesamten Zeit bis 1989 das industrielle Zentrum der DDR. Insgesamt erwirtschafteten die drei sächsischen Bezirke bei einem Bevölkerungsanteil von ca. 25 Prozent etwa 40 Prozent der gesamten Industrieproduktion der DDR. Sie waren wichtige Industrie- und Hochschulstandorte und somit auch wertvolle Devisenbringer (vgl. Rellecke 2002: 244, Schäfer 2010: 172-174).

Der Zusammenbruch großer Teile der ostdeutschen Industrie gehört sicherlich zu den schwerwiegendsten und ausschlaggebendsten ökonomischen Folgen der deutschen Einheit. Die Grenzöffnung am 9. November 1989, die

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der Bundesrepublik am 1. Juli 1990, die Konkurrenzsituation zwischen West- und Ostbetrieben und der Wegfall der Außenhandelswährung innerhalb des RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe der sozialistischen Staaten) trafen Sachsens Wirtschaft schwer. Nach der Einführung der D-Mark explodierten die Kosten für Produktion und Personal, der Export ins Ausland wurde schwieriger, die Märkte im Osten brachen weg. Die Bevorzugung von Westprodukten und der Einkaufsverkehr im Westen beeinträchtigten den Absatz eigener Produkte ebenso wie die fehlende Wettbewerbs- und Weltmarktfähigkeit der Betriebe durch das jahrzehntelange Ausbleiben von Investitionen (vgl. Keller 2002: 400).

1990 hatten noch 80 Prozent der Ostdeutschen optimistisch in ihre persönliche Zukunft geblickt und der überwiegende Teil der Bevölkerung meinte, mit den Herausforderungen von Marktwirtschaft, Leistungswettbewerb und sozialer Unsicherheit fertig werden zu können. Doch schon bald nach der deutschen Vereinigung bewirkten die Umstrukturierung, Privatisierung und die Aufgabe ganzer Industriezweige eine wirtschaftliche und soziale Krise (vgl. Pollack 2020: 145). Der Übergang der DDR-Wirtschaft von einer Plan- in die Marktwirtschaft war mit schmerzhaften Einschnitten verbunden. Die Mehrzahl der ostdeutschen und sächsischen Industriebetriebe überstand den Beitritt zur Bundesrepublik und die damit einhergehende Privatisierung nicht.

Dafür gab es neben den oben genannten noch viele weitere Ursachen: von der geringen Eigenkapitalausstattung der Unternehmen über fehlendes Marketing und Missmanagement bis hin zu unseriösen Machenschaften von Investoren, Fördermittelmissbrauch und Wirtschaftskriminalität sowie Fehlentscheidungen der Treuhandanstalt, die mit der Reprivatisierung der Betriebe und der Reorganisation des volkseigenen Vermögens beauftragt war. Die Treuhand verkaufte letztendlich 85 Prozent des ostdeutschen Produktionsvermögens an westdeutsche Eigentümer (vgl. Hoffmann 2024: 62-71, Schmidt 2001: 169-191, Wiesenthal 1999: 48-50). Die massive De-Industrialisierung in Sachsen betraf nicht nur die Großstädte, sondern auch den ländlichen Raum. Statt der versprochenen »blühenden Landschaften«[13], blieb der schnelle Wirtschaftsaufschwung lange aus.

13 Diese Metapher nutzte Bundeskanzler Helmut Kohl in den 1990er Jahren gerne für den angekündigten Aufschwung, erstmals in einer Fernsehansprache anlässlich des Inkrafttretens der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990: »Durch eine

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Die Gründe für eine sich ausbreitende Stimmung von Ernüchterung, Verdrossenheit und Nostalgie Anfang der 1990er Jahre lagen in starkem Maße auch in der sich rasant verschlechternden Situation auf dem Arbeitsmarkt. Bis 1996 waren in ganz Ostdeutschland 40 Prozent der Erwerbstätigen mindestens einmal arbeitslos geworden. Zwischen 1989 und 1992 ging ein Drittel der vorhandenen Arbeitsplätze verloren. Zwei Drittel der Erwerbstätigen mussten ihren Betrieb verlassen, in dem sie bis 1989 gearbeitet hatten, ein Drittel der Ostdeutschen wechselte den Beruf (vgl. Pollack 2020: 149). Besonders in den Jahren 1990/91 ging eine fast flächenhafte De-Industrialisierung vor sich. Die ostdeutsche Industrieproduktion brach um fast drei Viertel ein (vgl. Schäfer 2010: 176, Hoffmann 2024: 75-92), und die Zahl der Arbeitsplätze sank von 9,7 Millionen im Jahr 1989 auf unter sechs Millionen im Jahr 2000 (vgl. Krampitz 2018).

Der Beschäftigungseinbruch wurde für Millionen Menschen zum alles beherrschenden Thema. Er traf die bisher an Vollbeschäftigung und an stabile Verhältnisse im Arbeitsleben gewöhnte Bevölkerung völlig unvorbereitet. Es wurde als persönliches Versagen empfunden, als Scheitern und als Makel; dies auch, weil eine Arbeitsstelle in der DDR einen gänzlich anderen Stellenwert hatte. Eine deutliche Trennung von Arbeits- und Lebenswelt wie in Westdeutschland hatte es in der realsozialistischen Welt nicht gegeben. Die Arbeitsstätte war Kern des gesellschaftlichen Lebens. Zu einem Volkseigenen Betrieb gehörten ein Kindergarten, eine Bibliothek, ein Sportverein, ärztliche Versorgung, von hier wurde der Urlaubsplatz bereitgestellt und wurden Beschäftigte zum Studium delegiert. Auch betriebseigene Kulturhäuser waren keine Seltenheit. Mit dem Ende dieser Arbeitswelt ging auch ein großer Teil der Lebenswelt unter, ein Selbstwertverlust für diejenigen, die sich bisher über ihren Arbeitsplatz definiert hatten (vgl. Wolle 2020: 52).

Das Gefühl, die eigene Lebensleistung werde nicht angemessen berücksichtigt, machte sich breit. Massenarbeitslosigkeit und fehlende Perspektiven prägten mehrere Generationen. Das Gefühl der wirtschaftlichen Unsicherheit und des Statusverlustes hat das Vertrauen in die Demokratie wahrscheinlich nachhaltig beschädigt. Es gibt zumindest einen statistisch signifikanten Zu-

gemeinsame Anstrengung wird es uns gelingen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen schon bald wieder in blühende Landschaften zu verwandeln, in denen es sich zu leben und zu arbeiten lohnt« (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1990).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

sammenhang zwischen Erwerbslosigkeit im Jahr 2000 und den Wahlergebnissen der AfD im Jahr 2017, offenbar war es »die in der Vergangenheit erfahrene Arbeitslosigkeit, die sich in Verbindung mit der Flüchtlingspolitik nach 2015 zu einem Syndrom des Unmuts verfestigte« (vgl. Manow 2018: 99-100).

Bereits am Anfang der 1990er Jahre stellte das Emnid-Institut fest, dass unter den Ostdeutschen eine depressive Stimmung herrsche wie sie »noch nie und nirgends zuvor« gemessen worden war. Mehr als ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung hatte das Gefühl, »in dieser Gesellschaft nicht mehr gebraucht zu werden« (Bangel et al. 2019). Die Hoffnungen auf Konjunktur, die viele Menschen mit dem Beitritt zur Bundesrepublik verbanden, erfüllte sich nicht.

Insgesamt konnte sich die sächsische Industrie bis zum Ende der 1990er Jahre aber auf niedrigem Niveau stabilisieren. Hinsichtlich der realen Zuwachsraten des Bruttoinlandsproduktes lag Sachsen seit 1991 dennoch immer mit an der Spitze der neuen Bundesländer (vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2021) und ist gegenwärtig das wirtschaftlich stärkste ostdeutsche Bundesland (vgl. Ismayr & Fleck 2019: 3). Lag das monatliche Brutto-Durchschnittseinkommen 1991 umgerechnet noch bei 1.280 Euro, so machte es bereits 1998 1.820 Euro aus (vgl. Pollack 2020: 172) und 2019 2.790 Euro (vgl. Bidder & Kulf 2019). Dennoch ist das Einkommen noch immer niedriger als im Westen (vgl. dpa-infocom 2022). Im Jahr 2023 lag Sachsen bei den privaten Haushaltseinkommen rund 7.500 Euro unter dem Bundesdurchschnitt. Damit befindet sich der Freistaat im Vergleich neben Sachsen-Anhalt und Bremen unter den letzten drei Ländern. Die rund 2,11 Millionen Haushalte in Sachsen verfügen über ein jährliches Nettoeinkommen von 36.278 Euro, bundesweit hingegen liegt der Durchschnitt bei 43.800 Euro. Vollzeitbeschäftigte verdienten 2023 in Ostdeutschland weniger als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Westen, die Ostgehälter lagen durchschnittlich bei 82 Prozent der Werte im Westen (vgl. Böhmer 2024).

Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung belegt, dass der Anteil der Geringverdiener in Ostdeutschland noch immer deutlich höher als im Westen ist. In Sachsen arbeiteten demnach 330.000 Beschäftigte für einen Verdienst von weniger als 2.284 Euro monatlich[14], damit gehören 32,6 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Sachsen zur Gruppe der

14 Ein Verdienst von weniger als 2.284 Euro monatlich gilt als unterer Entgeltbereich, da er weniger als zwei Drittel des mittleren monatlichen Bruttoarbeitsentgeltes entspricht.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Geringverdiener (bundesweit 18,7 Prozent). Die sachsen- und auch deutschlandweit höchste Quote wies der Erzgebirgskreis mit 43,2 Prozent auf; der Kreis Görlitz (42,5 Prozent) und der Vogtlandkreis (40,2 Prozent) gehören zu den zehn Kreisen mit den bundesweit höchsten Quoten des unteren Entgeltbereichs (vgl. Seils & Emmler 2022).

Die ehemalige Industrieregion Sachsen gehört größtenteils der Vergangenheit an. Doch auch wenn Sachsen von flächendeckendem Wohlstand noch weit entfernt ist, gibt es nach dem weitflächigen Kahlschlag der frühen 1990er Jahre inzwischen viele Leuchttürme. Die wichtigsten Wirtschaftszweige des produzierenden Gewerbes sind der Maschinenbau, die Metallverarbeitung, die Elektro- und Elektronikindustrie sowie das Ernährungs-, Textil- und Papiergewerbe (vgl. Rellecke 2002: 245, von Wolff 2018: 93-99). Durch seine wirtschaftliche Stellung und aufgrund seiner Grenzen zu Polen und Tschechien ist der Freistaat heute auch ein anerkannter Akteur auf europapolitischer Ebene. International gewürdigte Spitzenforschung findet in Sachsen insbesondere auf den Gebieten der Mikroelektronik, Nanotechnologie, des Maschinen- und Fahrzeugbaus, der Material- und Werkstoffwissenschaften, der Biotechnologie, Neurowissenschaften, Medizintechnik sowie im Umweltbereich statt (vgl. Ismayr & Fleck 2019: 3). Einen wichtigen Beitrag leistet auch die wachsende Kreativwirtschaft, die sich hinsichtlich des Steueraufkommens und des Umsatzes dynamisch entwickelt (vgl. von Wolff 2018: 99).

3.3 Demographische Entwicklung

Nach 1989 zogen Millionen junge und gut ausgebildete Ostdeutsche in den Westen, vor allem junge Fachkräfte wanderten ab. So verlor Sachsen in absoluten Zahlen mehr Bevölkerung als die anderen Ost-Bundesländer (vgl. Bangel et al. 2019). Knapp fünf Millionen Menschen lebten 1989 auf dem Gebiet des Freistaats (vgl. Keller 2002: 397), heute sind es noch reichlich vier Millionen. War es bis zum Herbst 1989 die Flucht vor dem politischen System und den ökonomischen Schwierigkeiten, so dominiert seitdem die Abwanderung aus verschiedenen sächsischen Regionen aufgrund des Zusammenbruchs wirtschaftlicher Strukturen. Rund 800.000 Menschen verließen bis Ende 1990 das Gebiet der DDR (vgl. Wolle 2020: 46). Insgesamt sind seit 1991 annähernd 1,2 Millionen Menschen aus den neuen in die alten Bundesländer gezogen (vgl. Statistisches Bundesamt 2024a).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Die demografischen Folgen waren weitreichend. Es gab weniger junge Frauen, weniger Kinder, immer mehr Alte, und entsprechend ging auch die Infrastruktur auf dem Land verloren. Der Abbau betraf in den letzten 30 Jahren viele Bereiche des Alltagslebens (vgl. Kowalczuk 2021: 50-51). Kindertagesstätten, Schulen und Kultureinrichtungen wurden geschlossen, Arztpraxen nicht mehr besetzt, der öffentliche Nahverkehr ausgedünnt. In den Dörfern schlossen Geschäfte, Postfilialen und Gaststätten, Steuereinnahmen und die Kaufkraft sanken. Ein Teufelskreis, der zu noch mehr Abwanderung führte (vgl. Pasch 2020: 51-53). In Zeiten von Umbrüchen und Unsicherheiten reagieren die Menschen jedoch besonders empfindlich auf den Abbau von Infrastruktur in ihren Gemeinden. Gefühle der Benachteiligung entstanden, außerdem bauten sich Spannungen auf zwischen eingesessenen Sachsen und hinzugekommenen Westdeutschen, zwischen »Oberschicht« und »Regionalgesellschaft«.

Um die Jahrtausendwende setzte eine dritte große Abwanderungswelle ein. Es waren vor allem die Jungen, die Frauen und die gut Ausgebildeten, die in der Hoffnung auf ein besseres Leben in den Westen zogen. Im Jahr 2017 erfolgte schließlich eine Trendwende: Erstmals zogen mehr Menschen von West nach Ost als andersherum (vgl. Bangel et al. 2019). Außerdem trug auch die Zuwanderung der letzten Jahre zu einer leichten Stabilisierung der Bevölkerungszahl bei (vgl. Ismayr & Fleck 2019: 2, Reibstein & Klingholz 2020, Leibert 2020). 1990 lebten ca. 50.000 Menschen mit Migrationshintergrund in Sachsen, 2020 mehr als 200.000 aus über 180 Staaten. (vgl. Kulturbüro Sachsen e.V. 2022: 12). Den höchsten Ausländeranteil haben die drei kreisfreien Städte Leipzig (9,7 Prozent), Chemnitz (8,5 Prozent) und Dresden (8,0 Prozent). Im ländlichen Raum schwankt der Anteil zwischen 4,6 Prozent (Landkreis Görlitz) und 2,1 Prozent (Erzgebirgskreis) (vgl. UrbiStat 2022). Die Alterspyramide der sächsischen Bevölkerung profitiert von der Einwanderung, sind doch fast 60 Prozent jünger als 35 Jahre (vgl. Kulturbüro Sachsen e.V. 2022: 12).

Die zunehmende Überalterung der sächsischen Bevölkerung aufgrund geringer Geburtenraten wurde durch einen starken Geburteneinbruch nach der Friedlichen Revolution noch verschärft. So wurden 1990 noch 49.774 Kinder geboren, 1994 kamen 22.734 Kinder zur Welt. Die Zahl hatte sich innerhalb von vier Jahren mehr als halbiert, wirtschaftliche und soziale Unsicherheit schlugen hier sichtlich durch (vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2023a). Seitdem hat sich der Trend hinsichtlich der Geburten zwar wieder umgekehrt, ohne aber das Ausgangsniveau wieder zu erreichen. Die Bevölkerung Sachsens wird im Durchschnitt immer älter.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Das Durchschnittsalter stieg im Laufe der 1990er Jahre von knapp 36 auf fast 40 Jahre, wobei auch die Abwanderung vor allem junger Leute in den Westen Deutschlands ins Gewicht fiel (vgl. Keller 2002: 399), und liegt heute bei etwa 47 Jahren (vgl. von Wolff 2023: 37).

Die ostdeutsche Gesellschaft ist aufgrund der Abwanderung seit der Vereinigung deutlich älter als die westdeutsche. In den ostdeutschen Ländern (ohne Berlin) waren 2022 57,5 Prozent der Bevölkerung zwischen 18 und 64 Jahre alt. In den westdeutschen Ländern lag der Anteil dagegen bei 61,6 Prozent. Somit fällt auch der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter im Osten niedriger aus: Anteilig die wenigsten Menschen im erwerbsfähigen Alter gab es in Sachsen mit rund 57 Prozent, die meisten in Berlin mit rund 64 Prozent (vgl. Statistisches Bundesamt 2024a).

Die Zahl der Menschen, die 65 Jahre oder älter sind, ist in den vergangenen Jahren im Freistaat kontinuierlich gestiegen, 2021 auf 26,8 Prozent (vgl. Rauh et al. 2023: 11) Laut Prognose werden es 2040 schon gut 30 Prozent sein (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2024: 1). Das Medianalter – also das Alter, das die Bevölkerung in eine ältere und eine jüngere Hälfte teilt – steigt laut Prognose bis 2040 in Sachsen auf 50,3 Jahre, bundesweit wird mit einem Medianalter von 47,1 Jahren gerechnet (vgl. Klug et al. 2024: 7).

Gegenwärtig leben zwar nur 4,09 Millionen Menschen in Sachsen, dennoch gibt es in keinem der neuen Bundesländer eine entsprechend hohe Bevölkerungsdichte. Weder in Brandenburg noch in Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen oder Sachsen-Anhalt gibt es Großstädte von mehr als 500.000 Einwohnerinnen und Einwohner wie Leipzig und Dresden. Selbst Chemnitz als drittgrößte sächsische Stadt hat mehr Menschen als Rostock, Schwerin, Erfurt oder Potsdam (vgl. von Wolff 2018: 7-8).

Doch Sachsens Einwohnerzahl wird in Zukunft noch deutlich schrumpfen. 2040 kommt der Freistaat laut Hochrechnung nur noch auf 3,8 Millionen Einwohner, das heißt zwischen 2020 und 2040 wird die Bevölkerungszahl um etwa 5,7 Prozent abnehmen. Dabei wird die Schere zwischen Stadt und Land in Sachsen künftig noch markanter. Für die Stadt Leipzig wird mit einem Plus von 14,7 Prozent das höchste Bevölkerungswachstum aller Kreise und kreisfreien Städte im gesamten deutschen Bundesgebiet vorhergesagt. Dresden wächst immerhin noch um 1,9 Prozent. Dagegen wird für den Erzgebirgskreis ein Rückgang von 19,1 Prozent erwartet. Auch im Vogtlandkreis (13,0) sowie den Landkreisen Görlitz (11,9), Bautzen (13,1), Mittelsachsen (13,2) und Zwickau (13,9) werden große Rückgänge vorausgesagt (vgl. dpa-infocom 2024).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Die Schrumpfung und Überalterung stellt die Arbeitsmärkte, die Alterssicherungssysteme und den Pflegesektor vor schwierige Aufgaben. Laut einer Prognose des Statistischen Landesamtes werden in den nächsten zehn Jahren 22 Prozent der heutigen Beschäftigten in Rente gehen. Deshalb würden laut sächsischem Wirtschaftsministerium künftig bis zu 15.000 ausländische Arbeitskräfte pro Jahr gebraucht, um die Abgänge kompensieren zu können. Derzeit stammen in Sachsen 131.000 Beschäftigte aus dem Ausland, was einem Anteil von rund acht Prozent entspricht (bundesweit 14,7 Prozent; vgl. Debski 2024).

3.4 Kulturlandschaft

Sachsen besitzt ein reiches und intensiv gepflegtes kulturelles Erbe. Berühmte Bauwerke (z. B. Residenzschloss, Dresdner Zwinger und Semperoper Dresden, Jagdschlösser Moritzburg und Hubertusburg) und Sammlungen (z. B. Grünes Gewölbe, Gemäldegalerie Alte und Neue Meister, Rüstkammer) der Wettiner Kurfürsten sowie die imposante Musikgeschichte werden als gesamtdeutsche Kulturgüter wahrgenommen. Zur gezielteren finanziellen Unterstützung und zur besseren Koordination der kulturellen Aktivitäten in Sachsen schuf man nach dem Umbruch 1990 acht ländliche Kulturräume, die jedoch mit den politischen Verwaltungseinheiten und auch der regionalen Identität ihrer Bewohner nur vereinzelt Berührungspunkte haben (vgl. Rellecke 2002: 247). Im Herbst 2020 gewann Chemnitz das Rennen um den Titel der Europäischen Kulturhauptstadt 2025.

Der Freistaat gehört mit mehr als 500 Museen zu den museumsreichsten Ländern Deutschlands, hat darüber hinaus mit mehr als 80 öffentlichen Theatern und einer Vielzahl freier Kabarett-, Puppen- oder Kleinkunstbühnen die höchste Theaterdichte in Deutschland (vgl. von Wolff 2023: 53-55). Des Weiteren hat das Land eine enorme Dichte an Schlössern und Herrenhäusern, historischen Parkanlagen und Kirchen. Die Kulturlandschaft und die Erholungsräume zogen 2019 mehr als 8,5 Millionen in- und ausländische Besucherinnen und Besucher an, der Höchstwert seit der deutschen Vereinigung. Der Tourismus ist deswegen ein bedeutender Wirtschaftszweig mit zuletzt mehr als 8 Milliarden Euro Umsatz. Als Kulturreiseland innerhalb Deutschlands liegt das Land seit einiger Zeit auf Platz eins (vgl. ebd.: 77).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Sachsen verfügt unter den ostdeutschen Ländern außerdem über die meisten Universitäten und weiteren Hochschulen (vgl. Waschkuhn 1999: 122). Die vier großen staatlichen Universitäten in Leipzig, Dresden, Chemnitz und Freiberg, 14 Hochschulen und mehr als 40 Forschungseinrichtungen bestimmen das akademische und künstlerische Leben. Außerdem haben sich namhafte Forschungseinrichtungen wie die Leibniz-Institute, die Fraunhofer-Gesellschaft und die Max-Planck-Gesellschaft angesiedelt (vgl. Ismayr & Fleck 2019: 3, von Wolff 2023: 84-87).

Die nationale Minderheit der Sorben bildet ein besonderes Element sächsischer Geschichte und Identität. Sie verstehen sich als Nachfahren der westslawischen Stämme der Milzener und Lusizer, die im 6. Jahrhundert das Gebiet der heutigen Ober- und Niederlausitz besiedelten (vgl. von Wolff 2023: 39). Seit über 1.000 Jahren leben die Sorben in Dörfern und Kleinstädten im Raum zwischen Spree und Oder, von Bautzen bis Lübben, in der sächsischen Ober- und der brandenburgischen Niederlausitz. Etwa zwei Drittel der insgesamt ca. 60.000 Sorben wohnen in Sachsen, insbesondere im Gebiet zwischen Bautzen, Hoyerswerda und Kamenz (vgl. Ismayr & Fleck 2019: 2). Die Hauptstadt der Sorben ist Bautzen (sorbisch: Budyšin). Die hundertjährige »Domowina« – der Bund Lausitzer Sorben – ist der Dachverband sorbischer Vereine und vertritt die Interessen des sorbischen Volkes in der Öffentlichkeit. Die sorbische Sprache, Kultur und Kunst stehen entsprechend der sächsischen Verfassung unter dem ausdrücklichen Schutz des Staates (vgl. Gross 2001: 319).

3.5 Mediensystem

Die meisten Einwohner der DDR hatten spätestens 1989 das Vertrauen in deren Mediensystem verloren, war doch die Diskrepanz zwischen veröffentlichter Meinung und real erlebter Wirklichkeit allzu augenscheinlich. Alle Medien waren staatlich gelenkt und unterstanden der Weisung und Kontrolle der SED. Eine zentrale Forderung von Millionen Ostdeutschen im Herbst 1989 war daher die Meinungs- und Pressefreiheit. In kürzester Zeit trat die Abteilung Agitation und Propaganda beim Zentralkomitee der SED zurück, die Presselenkung existierte nicht mehr, und der parteipolitische Duktus verschwand aus den Medien. Die Volkskammer beschloss im Februar 1990 mit der Zustimmung des Runden Tisches ein DDR-Mediengesetz zur Gewähr-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

leistung der Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit sowie die Einsetzung eines Medienkontrollrats (vgl. Bundesstiftung Aufarbeitung 2021a).

Nun begannen sich im Zeitraffer zwei völlig unterschiedliche Gesellschaftssysteme – und damit auch höchst unterschiedliche Mediensysteme – zu vereinigen. Ein bis dahin staatlich gelenktes, zentralistisches Fernseh-, Hörfunk- und Presse-System in Ostdeutschland traf auf ein föderales, pluralistisches öffentlich-rechtliches sowie privat-kommerzielles Rundfunk-System (Hörfunk und Fernsehen) und ein privatwirtschaftliches Pressesystem in Westdeutschland. Wie auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen Ostdeutschlands erfolgte die Herstellung institutioneller Gleichheit einseitig durch den Transfer des westdeutschen Medien- und Institutionensystems. Auch deshalb ist es um die massenmediale Teilhabe Ostdeutscher auch nach über 30 Jahren nach der Vereinigung nicht besonders gut bestellt. Überdies ist die Mediennutzung generell eng mit politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Erfahrungen und Entwicklungen verknüpft, und hier hat die ostdeutsche Bevölkerung über Jahrzehnte völlig andere Prägungen durchlebt (vgl. Frey-Vor et al. 2021).

Das westliche System setzte die Maßstäbe und Themen und besetzte in den Medienbetrieben auch oftmals die Führungsfunktionen. Die Studie »Der lange Weg nach oben« belegt, dass in den Chefredaktionen der großen Regionalzeitungen der Anteil Ostdeutscher sogar von 62 Prozent (2016) auf 43 Prozent (2022) zurückging. In den Führungsgremien der drei öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die ihr Sendegebiet ganz oder teilweise in Ostdeutschland haben, stieg der Anteil Ostdeutscher zwar auf mittlerweile 31 Prozent an, aber in der Leitung der größten deutschen Medienkonzerne sitzen keine Ostdeutschen (vgl. Schönherr et al. 2022: 3-4). Auch unter den Intendantinnen und Intendanten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland findet sich mit Ralf Ludwig (MDR) nur ein Ostdeutscher. Zudem gibt es faktisch kein relevantes überregionales Medium, dessen Sitz in Ostdeutschland liegt.

Presse

Die insgesamt 39 Tageszeitungen der DDR wurden ausschließlich von Parteien und Massenorganisationen herausgegeben. Die Presselandschaft war das Monopol der Politik, der Vertrieb das Monopol der Deutschen Post. Dabei überwogenen die 14 SED-Bezirkszeitungen mit einer Gesamtauflage von

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

54 Prozent der Tagespresse (vgl. Machill et al. 2010: 22). Die Abo-Preise waren erschwinglich, da die Presse jährlich mit 750 Millionen Mark aus dem Staatshaushalt subventioniert wurde (vgl. Mükke 2021: 9). Doch im Zuge der Friedlichen Revolution 1989 kam es zu raschen optischen, personellen und finanziellen Veränderungen.

Die Leipziger andere Zeitung war die erste neu gegründete, unabhängige DDR-Zeitung vom November 1989 (vgl. Jesse et al. 2014: 252). Am 6. Dezember 1989 strich das SED-Bezirksorgan *Leipziger Volkszeitung* den Aufruf »Proletarier aller Länder vereinigt euch!«, der bis dahin den Kopf der Zeitung prägte. Auch der Untertitel »Organ der Bezirksleitung Leipzig der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands« wurde in »Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes« geändert. Oppositionelle Gruppen bekamen jetzt Raum für Selbstdarstellungen. Die Redaktionsspitze wurde ausgewechselt (vgl. Harbers 2003: 330-331). Anfang 1990 trennten sich schließlich alle Bezirkszeitungen von der SED, die bereits Ende Januar 1990 keine einzige Regionalzeitung mehr besaß (vgl. ebd.: 334). Nach diesem Schritt in die Unabhängigkeit wurde schnell deutlich, dass große ökonomische Probleme auf die Zeitungen zukamen.

Allerdings waren die etablierten SED-Bezirkszeitungen nun attraktive Objekte für westdeutsche Verlage. Diese drängten mit Kooperations-, Beteiligungs- und Übernahmebemühungen auf den DDR-Pressemarkt (vgl. Pürer 2015: 63-64). Ende März 1990 begannen auch die staatlichen Pressesubventionen der DDR auszulaufen, was den ökonomischen und inhaltlichen Druck erheblich erhöhte. Die Bezirkszeitungen nahmen die Kooperationsangebote westlicher Partnerverlage an, und vielfach wurden bereits Vorverträge zur späteren Übernahme im vereinigten Deutschland geschlossen.

Mit der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 begann die Privatisierung der Verlagslandschaft durch die Treuhand. Ungeachtet der bisherigen Kooperationspartner wurden die Bezirkszeitungen zum Kauf angeboten (vgl. Jesse et al. 2014: 253). Die ehemals politischen Monopole der SED wurden damit in wirtschaftliche Monopole westdeutscher Verlage umgewandelt (vgl. Tröger 2021: 652-654). Die Treuhandanstalt orientierte sich ausschließlich an den Erlösen und einem schnellen Verkauf, der bereits im Sommer 1991 weitgehend abgeschlossen war. In der Folge kamen ausnahmslos große westdeutsche Zeitungs- und Zeitschriftenverlage zum Zuge, wie Burda, Heinrich Bauer, Axel Springer, Holtzbrinck, DuMont Schauberg oder Gruner + Jahr (vgl. Mükke 2021: 15, Harbers 2003: 338).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Die *Leipziger Volkszeitung* ging jeweils zur Hälfte an die Verlage Axel Springer in Berlin und Madsack aus Hannover (seit 2009 gehört sie zu 100 Prozent der Madsack-Gruppe). Die *Freie Presse* in Chemnitz ging ohne Ausschreibung an die Medien Union GmbH mit Sitz in Ludwigshafen am Rhein. Der direkte Verkauf ging auf die Bemühungen des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl zurück, der sich für den CDU-nahen Verlag mit Sitz in seiner Heimatstadt eingesetzt hatte (vgl. Mükke 2021: 16). Die *Sächsische Zeitung* ging an die DDV Mediengruppe.[15] Die Bezirkszeitungen der Blockparteien, die von der Treuhand-Versteigerung nicht betroffen waren, fanden ebenfalls westdeutsche Käufer, doch die Konkurrenz zu den ehemaligen SED-Bezirkszeitungen mit deren größerem Stamm an Abonnentinnen und Abonnenten war zu groß, sodass sie bereits im Laufe des Jahres 1991 größtenteils ihr Erscheinen einstellten (vgl. Harbers 2003: 339).

In der DDR gab es eine breite und preislich günstige Palette an Presseerzeugnissen, 80 bis 90 Prozent der Haushalte hatten Tageszeitungen abonniert (vgl. Mükke 2010: 248). Doch bereits im Laufe des Jahres 1990 kam es einerseits zu einem massiven Rückgang der Verkaufszahlen (vgl. Bundesstiftung Aufarbeitung 2021b). Andererseits stimulierte die neu errungene Pressefreiheit auch eigene verlegerischen Aktivitäten der Ostdeutschen. Es kam zu einer kurzen Zeitungsblüte mit zahlreichen Neugründungen und einer einmaligen lokalen Vielfalt. Viele dieser originär ostdeutschen Zeitungen und Zeitschriften wurden auf Initiativen von politischen oder privaten Gruppierungen gegründet. Bereits zum Ende des Frühjahrs 1990 gab es etwa 100 Zeitungsneugründungen, bis zum 3. Oktober 1990 lag die Zahl bei 120 (vgl. Tröger 2019: 72).

Diese bürgerbewegte, lokale Alternativpublizistik war bedeutend für die Konsolidierung der Zivilgesellschaft in der DDR, jedoch hielt die Aufbruchstimmung nicht lange an. Der ostdeutsche Markt wurde sofort nach Grenzöffnung von allen denkbaren Angeboten aus Westdeutschland geflutet (vgl. ebd.: 85 und 205). Im Zusammenbruch der ostdeutschen Alterna-

15 2024 hat Madsack die DDV Mediengruppe (ehemals Dresdner Druck- und Verlagshaus) übernommen, die bislang Bertelsmann Investments (60 Prozent) und der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft (40 Prozent) gehörte. Zu Madsack gehören so auch die *Sächsische Zeitung*, die *Morgenpost Sachsen* sowie der Online-Portale *sächsische.de* und *TAG24*. Die *Dresdner Neuesten Nachrichten* und die *Döbelner Allgemeine Zeitung* wurden im Zuge der Übernahme aus kartellrechtlichen Gründen an eine Verlegerfamilie aus Celle verkauft. Beide waren bis dahin Tochter-Unternehmen der *Leipziger Volkszeitung* und gehörten somit ebenfalls zum Madsack-Konzern.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

tivpresse spiegelt sich auch der Niedergang der gesamten Bürgerbewegung in der Übergangs- und frühen Einheitszeit (vgl. Machill et al. 2010: 22). Die ökonomisch deutlich besser gestellten westdeutschen Verlage verdrängten schließlich die kleinen Initiativen im Osten.

In der Folge scheiterten nahezu alle Neugründungen aus der ostdeutschen Zivilgesellschaft heraus an der westdeutschen Konkurrenz – und waren schon bald wieder zur Aufgabe gezwungen (vgl. Tröger 2019: 70-76). Bereits wenige Wochen nach dem Fall der deutsch-deutschen Grenzen hatten außerdem die vier Großverlage Heinrich Bauer, Axel Springer, Gruner + Jahr und Burda das Pressevertriebssystem der DDR und damit den begehrten neuen Absatzmarkt unter sich aufgeteilt (vgl. ebd.: 116-130). Im Effekt wurde das staatlich kontrollierte Pressesystem der DDR in die Vertriebs- und Eigentümerstrukturen der bundesdeutschen Presse integriert. Das Ergebnis ist eine hochkonzentrierte, monopolartige Presselandschaft in den neuen Ländern.

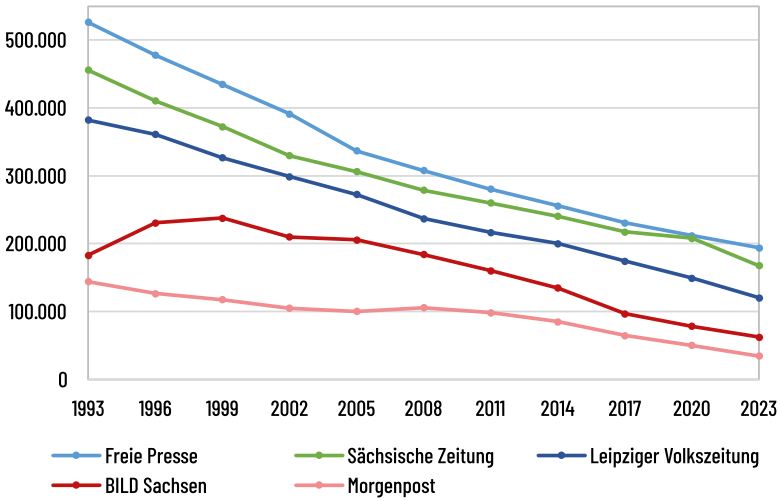
Die Zahl der publizistischen Einheiten sank in Ostdeutschland ab 1990 binnen kürzester Zeit. Die erste große Kündigungswelle bei den Abonnements folgte im Zuge der Währungsunion am 1. Juli 1990, viele Haushalte behielten nur noch die regionale Tageszeitung, die in den Zeiten des Umbruchs noch Orientierung und Identifikation bot. In großen Teilen ihres Verbreitungsgebietes sind die Regionalzeitungen daher faktisch Monopolisten. Es konnte sich kein originär ostdeutsches überregionales Leitmedium etablieren. Die überregionale westdeutsche Qualitätspresse hatte ebenfalls keine Chance (vgl. Meyen 2003: 218-219, Mükke 2021: 3 und 17, Rellecke 2002: 248). *Spiegel*, *Focus*, *Die Zeit*, *FAZ*, *Süddeutsche* oder *Die Welt* fanden kaum ostdeutsches Publikum. Zu sehr waren diese Zeitungstitel Angebote aus einem fremden Land (vgl. Jesse et al. 2014: 254-255). Eine kurze Zeit der Neugier auf diese Titel war bereits 1991 wieder vorbei und die geringe Verbreitung hält bis heute an (vgl. Mükke 2010: 253). Die überregionalen Zeitungen und Wochenmagazine sind Leitmedien der alten Bundesrepublik geblieben, denn sie haben es durch Stereotypisierung Ostdeutschlands sowie die Marginalisierung ostdeutscher Perspektiven bis heute nicht geschafft, eine wirkliche gesamtdeutsche Perspektive einzunehmen (vgl. Lasslop 2010: 194-207). So ist es auch nicht verwunderlich, dass *Süddeutsche*, *FAZ* oder *Spiegel* nur 2,5 bis 4 Prozent ihrer Gesamtauflage im Osten absetzen (vgl. Mau 2024: 58).

Eine Ausnahme bildet *Die Zeit*. Ab November 2009 erschien die Wochenzeitung mit einer mit »Zeit für Sachsen« betitelten zweiseitigen sächsischen Lokalausgabe, die in einem eigens dafür eingerichteten Korrespondenzbü-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

ro in Dresden produziert wurde (vgl. Jesse et al. 2014: 255). 2013 wurde der Regionalteil in »Zeit im Osten« umbenannt, um drei Seiten ergänzt und auf weitere ostdeutsche Bundesländer ausgeweitet. 2017 zog die Redaktion mit vier angestellten Redakteurinnen und Redakteuren nach Leipzig um und unterhält damit ein eigenes regionales Redaktionsbüro im Osten – flächenmäßig ein Viertel der Bundesrepublik, in dem ein Sechstel der Bevölkerung lebt (vgl. Mükke 2021: 32). Vor allem junge, ostdeutsche Journalistinnen und Journalisten führen hier einen selbstbewussten Diskurs über Ostdeutschland – die Seiten erscheinen allerdings auch nur im Osten (vgl. Glück 2021).

Abb. 7: Durchschnittliche Auflage sächsischer Zeitungen 1993-2023



Werte des 1. Quartal des betreffenden Jahres mit allen von Montag bis Samstag erscheinenden Regionalausgaben ggf. inkl. E-Paper, eigene Berechnung und Darstellung nach Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (2024)

Die Zeitungslandschaft in Sachsen ist heute geprägt von geringer lokaler Vielfalt, in den meisten Regionen dominiert eine Zeitung den Markt. Die wichtigsten in Sachsen erscheinenden Tageszeitungen sind die *Bild* mit ihren regionalen Ausgaben, *Dresdner Neueste Nachrichten*, *Freie Presse*, *Lausitzer Rundschau*, *Leipziger Volkszeitung*, *Morgenpost Sachsen*, *Sächsische Zeitung*, *Serbske Nowiny*, *Torgauer Zeitung* und *Vogtland-Anzeiger* (vgl. Freistaat Sachsen 2021). Die drei großen Tageszeitungen Freie Presse mit Sitz in Chemnitz

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

(177.244 verkaufte Exemplare), *Sächsische Zeitung* mit Sitz in Dresden (148.881 verkaufte Exemplare) und die *Leipziger Volkszeitung* (107.583 verkaufte Exemplare)[16] zählen zwar zu den auflagenstärksten in ganz Deutschland, allerdings gehen die Zahlen generell seit Jahren zurück – das Tageszeitungsabo, früher selbstverständlicher Bestandteil des Alltags vieler Menschen, ist heute entbehrlich (siehe Abb. 7).

Regionale und lokale Informationen werden verstärkt nur noch den kostenlosen Anzeigenblättern oder Internetquellen entnommen. Erschwerend kommt hinzu, dass immer mehr Lokalredaktionen durch wegbrechende Werbeeinnahmen, zunehmende Monopolisierung, Digitalisierung und steigende Produktionskosten aufgegeben werden. Doch Lokalzeitungen stärken die demokratische Gesellschaft, ihr Wegfall festigt populistische Parteien wie die AfD (vgl. Flößer 2024).

Radio

Im Hörfunk waren zum Ende der DDR die Sender Radio DDR I, Radio DDR II, der Berliner Rundfunk, die Stimme der DDR (bis 1971 unter dem Namen Deutschlandsender), DT64 und auf den Frequenzen von Radio DDR II von 10 bis 14 Uhr zehn Regionalsender von Radio DDR zu empfangen. Hinzu kam mit Radio Berlin International ein fremdsprachiges Programm für das Ausland. Besonders beliebt bei der Bevölkerung waren aber die »West-Sender« Deutschlandfunk, RIAS, SFB, Radio Luxemburg, Bayern 3 und NDR 2, die in Grenznähe und Ost-Berlin auch auf UKW, sonst auf Mittel- und Langwelle zu empfangen waren (vgl. Geserick 2004: 151-158).

Am 31. Dezember 1991 um Mitternacht sendete der DDR-Funk den letzten Ton, aus den zentralistischen Strukturen wurde eine föderal strukturierte Rundfunklandschaft öffentlich-rechtlicher und privater Anstalten. Zuvor war durch das vorläufige DDR-Mediengesetz der Wandel der strukturellen Bedingungen beschlossen worden. Es sollte ein staatsunabhängiges und dezentrales Rundfunksystem entstehen (vgl. Dietl 2004: 163-173). Im April 1990 wurde die Auflösung der Bezirke und die Wiedereinrichtung der Länder beschlossen und damit der Weg in ein föderalistisches Rundfunksystem geebnet. Radio DDR

16 Die Zahl der verkauften Exemplare basiert auf Daten der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (2024) und bezieht sich auf das zweite Quartal 2024.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

II und der Deutschlandsender (im Februar 1990 rückbenannt von Stimme der DDR) wurden eingestellt und fusionierten zu einem neuen inhaltlich ähnlichen überregionalen Kulturprogramm mit dem Namen Deutschlandsender Kultur.

Die übrigen in Ost-Berlin angesiedelten Sender erhielten mit Ausnahme des Jugendradios DT64 einen neuen Programmauftrag zur stärkeren Profilierung. Radio DDR I wurde umbenannt zu Radio Aktuell und hatte die Funktion eines Informations- und Mantelprogramms, der Berliner Rundfunk sendete ein Unterhaltungsprogramm und Deutschlandsender Kultur ein Kulturprogramm (vgl. ebd.: 173-174). Zum 1. Juli 1990 wurden neue Landesrundfunkdirektionen eingerichtet, die nun eigenverantwortlich landesbezogene Hörfunkprogramme ausstrahlten. Für Sachsen war es das Sachsenradio, das zugleich mit dem Bayerischen Rundfunk (BR) kooperierte (vgl. ebd.: 174).

Bestimmend für den folgenden Neuordnungsprozess des ostdeutschen Rundfunksystems war die Herstellung institutioneller Gleichheit durch raschen und vollständigen Transfer der westdeutschen Rundfunkordnung. Zugleich sollte der alte DDR-Funk aufgelöst und das westdeutsche föderale System auf den Osten übertragen werden. Am 15. Oktober 1990 wurde Rudolf Mühlfenzl, vorher Präsident der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien, zum Rundfunkbeauftragten der neuen Bundesländer gewählt. In dieser Funktion wickelte er die Hörfunksender der DDR sowie den Deutschen Fernsehfunk ab (vgl. Machill et al. 2010: 27-29).

Innerhalb von rund zwei Jahren wurde in Ostdeutschland die duale Rundfunkordnung mit öffentlich-rechtlichen und privat-kommerziellen Rundfunkanbietern institutionalisiert. Der Deutschlandsender Kultur wurde mit dem Deutschlandfunk und dem RIAS zum Deutschlandradio, einer ARD/ZDF-Gemeinschaftseinrichtung, verschmolzen, das populäre Jugendradio DT64[17] wurde in den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) überführt, wo es unter dem Namen Sputnik weitersendete, dem Berliner Rundfunk wurde eine terrestrische Frequenz zugeteilt und er konnte privatwirtschaftlich organisiert sein Programm in der Berliner Region fortführen (vgl. Dietl 2004: 180). Der MDR wurde am 30. Mai 1991 mit der Unterzeichnung eines Staatsvertrages zwischen

17 Für den Erhalt des überaus beliebten Senders DT64 kämpften in vielen Städten Ostdeutschlands spontan gegründete »DT64-Freundeskreise«, allein in Dresden demonstrierten im Dezember 1991 mehr als 10.000 Menschen für den Erhalt der Sendelizenzen (vgl. Hilker 2020). Dass diese größte Jugendbewegung der 1990er Jahre in Ostdeutschland an der westdeutsch dominierten Medienpolitik scheiterte, hat sicher ihr Übriges zur politischen Unzufriedenheit beigetragen.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gegründet. Eine noch größere Anstalt, etwa ein gemeinsamer Sender für alle ostdeutschen Bundesländer, war u. a. vom sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf abgelehnt worden (vgl. Jesse et al. 2014: 255). Am 1. Januar 1992 existierte der DDR-Funk nicht mehr, die neuen ARD-Anstalten MDR und ORB nahmen ihren Sendebetrieb auf.

Der MDR, als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) und in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts, ist die Landesrundfunkanstalt von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Er wurde genau nach dem Vorbild der ARD-Anstalten in der alten Bundesrepublik aufgebaut. Zum ersten Intendanten wurde der Hörfunkdirektor der Bayerischen Rundfunks, Udo Reiter, gewählt. Der MDR ist die größte der ARD-Anstalten in den neuen Bundesländern, hat seine Zentrale in Leipzig, mit Funkhäusern in Dresden, Erfurt und Magdeburg und der MDR-Hörfunkzentrale in Halle (Saale). Mit MDR Sachsen – Das Sachsenradio verbreitet der Sender ein Landesprogramm speziell für Sachsen, das 2024 mit 1,8 Millionen Menschen den größten Hörerkreis aufwies (vgl. ARD Media 2024). Gesendet wird das Programm aus dem Hauptregionalstudio im Landesfunkhaus Sachsen in Dresden. Darüber hinaus produziert der MDR in Zusammenarbeit mit dem rbb auch ein Radioprogramm in sorbischer Sprache. Das sorbische Programm sendet nicht ganztägig, sondern nur einige Stunden am Tag. Die Sendungen in obersorbischer Sprache im Serbski Rozhłós (deutsch Sorbischer Rundfunk) kommen aus dem MDR-Studio in Bautzen.

Zusätzlich können im Freistaat die überregionalen Programme des MDR über UKW, auf digitalem Weg und teilweise über DAB+ empfangen werden. Neben dem öffentlich-rechtlichen Programm des MDR werden in Sachsen über 100 verschiedene private kommerzielle und nichtkommerzielle Hörfunkprogramme von fast 60 Veranstaltern verbreitet. Dazu gehören Freie Radios (Coloradio in Dresden, Radio Blau in Leipzig, Radio T in Chemnitz), Hochschulradios in Leipzig, Dresden, Chemnitz und Mittweida sowie Privatfunk wie Hitradio RTL Sachsen, Radio PSR, R.SA oder Energy Sachsen. Nach MDR Sachsen waren Sachsen-Funkpaket[18] (Hörerkreis 1,59 Millionen), Radio PSR (Hörerkreis 1,56 Millionen), MDR Jump (Hörerkreis 1,47 Millio-

18 Das Sachsen-Funkpaket umfasst alle sächsischen Lokalsender: Radio Dresden, Radio Leipzig, Radio Chemnitz, Radio Lausitz, Radio Zwickau, Radio Erzgebirge – Wir lieben das Erzgebirge! und Vogtland Radio.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

nen), Hitradio RTL Sachsen (Hörerkreis 1,29 Millionen) und R.SA (Hörerkreis 1,07 Millionen), Energy Sachsen (Hörerkreis 0,97 Millionen), MDR aktuell (Hörerkreis 0,94 Millionen), sowie die bundesweiten Programme RTL – Deutschlands Hit-Radio (Hörerkreis 0,71 Millionen) und Deutschlandfunk (Hörerkreis 0,57 Millionen) 2024 die zehn reichsweitenstärksten Radioprogramme in Sachsen (vgl. ARD Media 2024).

Fernsehen

In der DDR gab es zwei Fernseh-Vollprogramme, DFF 1 ab 1956 und DFF 2 ab 1969. Mit Ausnahme der Region um Dresden und der Region Greifswald war es aber fast in der gesamten DDR möglich, West-Fernsehen zu sehen. Dies wurde ab den 1970er Jahren geduldet,[19] und ab den 1980er Jahren wurde der Empfang von ARD, ZDF und den regionalen dritten Programmen dann schließlich gänzlich enttabuisiert (vgl. Lee 2003: 40-43). In bestimmten Regionen war es ab Mitte der 1980er Jahre überdies möglich, RTL, Sat.1 und RIAS-TV zu empfangen. So gehörte für weite Teile der ostdeutschen Bevölkerung die »doppelte Medienlandschaft« zum selbstverständlichen Publikumsalltag (vgl. Linke 1987).

Im Oktober 1989 übertrug das DDR-Fernsehen – unbeeindruckt von den anschwellenden Demonstrationen und der Flucht in den Westen – in großer Aufmachung die offiziellen Feiern zum 40. Jahrestag der DDR. Die Unruhen im Land wurden ausgeblendet oder verfälscht dargestellt. Doch die Ereignisse überschlugen sich schnell, das Land befand sich mitten im Umbruch, und auch im DDR-Fernsehen war der Wandel bald nicht mehr zu übersehen.

Die politische »Wende« im DDR-Fernsehen selbst wurde schließlich mit der Direktübertragung der großen Demonstration für Meinungs- und Pressefreiheit am 4. November 1989 mit einer halben Million Menschen auf dem Berliner Alexanderplatz eröffnet: Zu diesem Zeitpunkt weigerte sich die Sendeleitung, die vierstündige, unangekündigte Live-Übertragung abzubrechen, die 44 Prozent der Zuschauer verfolgten. Die einseitige, beschönigende »Hofberichterstattung« gehörte der Vergangenheit an, das Meinungsmonopol der SED war zerbrochen und die Anweisungen wurden nicht mehr

19 Honecker erklärte auf dem 9. Plenum des ZK der SED im Mai 1973, dass die westlichen Medien »bei uns jeder nach Belieben ein- und ausschalten kann« (Honecker 1975: 235).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

befolgt – das DDR-Fernsehen hatte die Seite gewechselt und setzte sich nun tatkräftig mit der Informations- und Meinungsfreiheit auseinander.

Die Programmplanung und der Sendeablauf im DDR-Fernsehen verliefen ab Ende 1989 durch die im Umbruch befindlichen Verhältnisse spontan und konfus, aber bereits in der ersten Jahreshälfte 1990 bildeten sich geregelte Formen und Strukturen heraus. Mit dem 3. Oktober 1990 begann auch die Integration des Fernsehens der DDR in das bundesdeutsche Fernsehsystem. Der Erhalt als eigenständige Anstalt war vorrangig erklärtes Ziel, doch die Ratifizierung des Rundfunküberleitungsgesetzes, kurz vor dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990, bedeutete den Anfang vom Ende des Deutschen Fernsehfunks. Nach Artikel 36 des Einigungsvertrags wurde der Rundfunk der DDR zum 31. Dezember 1991 aufgelöst und in die Hoheit der neugebildeten Länder überführt. Ohne das Wissen und das Personal aus den alten Bundesländern, nach dessen Blaupause das alles geschah, wäre eine so schneller Umbildung nicht möglich gewesen. Maßgeblich unterstützte der Bayerische Rundfunk den Aufbauprozess des MDR-Fernsehens (vgl. Mükke 2021: 21).

Nach knapp 40-jähriger Geschichte beschloss das Silvesterprogramm 1991 die Chronik des DDR-Fernsehens. Letztlich schuf Brandenburg mit dem Ostdeutschen Rundfunk Brandenburg (ORB) eine eigene Rundfunkanstalt, die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gründeten gemeinsam die Dreiländeranstalt des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) mit jeweils entsprechendem Regionalprogramm, Mecklenburg-Vorpommern schloss sich mit dem Norddeutschen Rundfunk (NDR) zusammen und Ost-Berlin mit dem Sender Freies Berlin (SFB). Parallel weitete das ZDF sein Sendegebiet auf Ostdeutschland aus (vgl. Pürer 2015: 119). Als der DFF eingestellt wurde, war er so beliebt wie niemals zuvor, denn das DDR-Fernsehen verlieh dem Osten als gesellschaftliches Integrationsmedium kurzzeitig eine Stimme in einem unüberschaubaren Wandlungsprozess. (vgl. Steinmetz & Viehoff 2008: 487-490)

Neben den nationalen Fernsehveranstaltern ARD, ZDF, Sat.1, RTL, ProSieben und Vox gingen am 1. Januar 1992 die regionalen Programme Mitteldeutscher Rundfunk (MDR) und Ostdeutscher Rundfunk Brandenburg (ORB) auf Sendung. Regionale Identität, Verwurzelung und Fragen nach Zugehörigkeit und Wir-Gefühl spielen für die Ostdeutschen eine wichtige Rolle, was sicherlich einer der Gründe ist, dass die dritten Programme im Osten erfolgreicher als im Westen sind (vgl. Meyen 2003: 218). Außerdem haben

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

diese bewusst an Erfahrungen und Gewohnheiten der Menschen im Osten angeknüpft, vor allem im Unterhaltungsbereich (vgl. Meyen 2003: 217-224, Huber 2017: 114-119). Basis des Erfolgs ist ergänzend, dass im überregionalen Fernsehprogramm der Bundesrepublik spezifisch ostdeutsche Themen wenig präsent sind. Im regionalen Programm des MDR machten und machen diese Themen einen deutlich größeren Anteil aus und die Ländermagazine sowie die Nachrichtensendung *MDR aktuell* sind auf die Interessen der Menschen vor Ort zugeschnitten (vgl. Jesse et al. 2014: 258), so für Sachsen der *Sachsenspiegel* und die sorbische Sendung *Wuhladko*.

Der MDR ist die größte ARD-Anstalt in den neuen Bundesländern und versorgt rund 8,5 Millionen Menschen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit regionalen und überregionalen Programmen, die über DVB-T, Kabel, Satellit und das Internet verbreitet werden (vgl. Mükke 2021: 20). Im Jahr 2023 erreichte der Sender täglich 2,3 Millionen Zuschauer (absolute Reichweite; vgl. Mitteldeutscher Rundfunk 2023: 30). Damit konnte das MDR-Fernsehen mit einem Marktanteil von 10,1 Prozent im Sendegebiet zum vierten Mal in Folge einen zweistelligen Marktanteil erzielen und war das meistgesehene Dritte Programm der ARD in seiner Region (vgl. ebd.: 21). Im Vergleich zu den nationalen Sendern belegt der MDR im Sendegebiet mit 10,1 Prozent Marktanteil den dritten Platz, hinter dem ZDF (13,5 Prozent) und dem Ersten (10,9 Prozent), aber vor RTL (7,4 Prozent), Vox (5,3 Prozent) und Sat.1 (4,5 Prozent) (vgl. ebd.: 30). Auch die digitalen Angebote des MDR fanden 2023 große Resonanz: Die Website verzeichnete 468 Millionen Zugriffe (vgl. ebd.: 35) und das Programm wurde in der ARD Mediathek rund 190 Millionen Mal abgerufen (vgl. ebd.: 1).

Am 1. Januar 1992 wurde die Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM) gegründet, die für die Regulierung der privatkommerziellen sächsischen Hörfunk- und Fernsehprogramme zuständig war und ist. Nach einem regelrechten Gründungsboom des Lokalfernsehens Anfang der 1990er Jahre mit 68 Zulassungen, verbreiten aktuell ca. 35 Veranstalter ihre Programmangebote sowohl in den Großstädten als auch in kleineren Gemeinden und Regionen (vgl. Sächsische Landesmedienanstalt 2024). Damit weist Sachsen eine der differenziertesten Lokal-TV-Landschaften Deutschlands auf und verfügt über eine lokale Versorgung, die in dieser Breite und Ortsbezogenheit in keinem anderen Bundesland zu finden ist (vgl. Kretzschmar & Steinmetz 2021). In ländlichen Gebieten sind diese Sender oftmals die Hauptinformationsquelle für lokale Geschehnisse.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Außerdem spielen sie eine wichtige Rolle für die regionale Identitätsbildung. Insgesamt schauen zwar 1,3 Millionen Sachsen lokales Fernsehen (vgl. Info GmbH 2019: 20), aber für jüngere Menschen ist das lokale Fernsehen kaum attraktiv. So gehören weniger als die Hälfte der Nutzer der Altersgruppe 14 bis 49 an (10 Prozent 14 bis 29 Jahre, 32 Prozent 30 bis 49 Jahre), 58 Prozent dagegen der Altersgruppe 50plus (vgl. ebd.: 43). Das Durchschnittsalter der Nutzer liegt bei 52 Jahren (vgl. ebd.)

Alternative Medien

In Sachsen haben alternative Medien aufgrund der besonderen politischen Landschaft und der Skepsis gegenüber den sogenannten »Mainstream-Medien« eine stärkere Resonanz als in vielen anderen Regionen Deutschlands. Die Historie des Bundeslandes mit Protestbewegungen und die spezifischen sozialen und politischen Strukturen tragen dazu bei, dass alternative Medien besonders intensiv genutzt werden. Wenngleich also die bislang aufgeführten etablierten Medien im Fokus unserer Untersuchung stehen, spielen auch alternative Medien in Sachsen eine wichtige Rolle bei der Herstellung von Öffentlichkeit. Sie bieten oft Perspektiven und Werthaltungen, die in den etablierten Medien nicht oder wenig vertreten sind, und haben eine heterogene Anhängerschaft (vgl. Stawowy & Brinkmann 2024: 7). Diese Medien umfassen eine Vielzahl von Plattformen, die unterschiedliche politische und ideologische Positionen abdecken – von linken bis zu rechten Spektren. Manche verstehen sich als »Aufdecker der Mainstream-Lügen« und arbeiten sich direkt am etablierten Journalismus ab, manche haben andere inhaltliche Schwerpunkte (vgl. Schwaiger 2022: 144-180).

Linke alternative Medien in Sachsen widmen sich häufig Themen wie sozialen Gerechtigkeitsfragen, Umweltschutz, Antifaschismus und Kapitalismuskritik, bis hin zu lokaler und globaler Politik. Sie bieten eine kritische Perspektive auf staatliche Institutionen und die etablierten Medien.[20] Im Freistaat gibt es auch eine Reihe von Medienplattformen, die rechtspopulistische oder rechtsextreme Positionen vertreten. Diese werden oft genutzt,

20 Zu den bekannten Projekten in Sachsen gehören beispielsweise *Straßengezwitscher* (twitter.com/streetcoverage), *Alternative Dresden News* (www.addn.me), *Sachsenwatch* (twitter.com/sachsenwatch), *Chronik LE* (chronikle.org), *Interventionistische Linke Leipzig* (interventionistische-linke.org/tags/leipzig) oder *leipzig.antifa.de* (www.inventati.org/leipzig).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

um Kritik an der Einwanderungspolitik, der EU oder der Regierungs-Politik zu äußern. Solche Medien sind stark mit der Pegida-Bewegung und der AfD verbunden.[21] Neben den klassischen Alternativmedien spielen auch soziale Netzwerke wie Facebook, YouTube, Telegram und Twitter eine zentrale Rolle bei der Verbreitung alternativer Narrative. Sächsische Rechtsextreme nutzen inzwischen vor allem Telegram, um Menschen mit verschwörungsideologischen Inhalten zu radikalisieren und für Demonstrationen oder Wahlen zu mobilisieren (vgl. Kiess & Wetzel 2024, Kiess & Wetzel 2023). Insgesamt sind alternative Medien in Sachsen ein vielschichtiges und dynamisches Phänomen, das einerseits die Möglichkeit für mehr Pluralismus im öffentlichen Diskurs schafft, andererseits aber auch die Gefahr von Desinformation und Extremismus akut vergrößert.

21 Das Magazin *Compact* gilt als eines der einflussreichsten rechtspopulistischen Medien in Deutschland und hat eine starke Anhängerschaft in Sachsen, ebenso wie die Online-Medien *PI-News* (Politically Incorrect News), *Epoch Times Deutschland*, *Ein Prozent* sowie die Wochenzeitung *Junge Freiheit*.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

4. Methodisches Vorgehen

Angesichts des in der Bevölkerung weit verbreiteten Misstrauens in Journalismus und Politik, das seit Jahren in einer Reihe quantitativ-standardisierter Umfragestudien hinlänglich belegt ist, ist es Ziel unserer Studie, diesen Vertrauensverlust genauer beschreiben, nachvollziehen und ein Stück weit auch erklären zu können. Dazu ist ein offeneres, qualitatives Vorgehen notwendig, das komplementär zu den bisherigen Studien ist. Basis sind 61 Leitfadeninterviews verteilt über ganz Sachsen – dem Bundesland, das als prototypisch für das schwindende Vertrauen in zentrale Säulen unserer demokratischen Gesellschaft angesehen werden kann. Nachfolgend beschreiben wir das methodische Vorgehen unserer Studie.

4.1 Untersuchungsdesign und Methodenwahl

Für unser Untersuchungsziel kam nur ein qualitativer methodischer Ansatz in Frage. Um Menschen in ihrem Vertrauen oder Misstrauen gegenüber Journalismus und Politik verstehen zu können, war es wichtig mit ihnen offen in ein Gespräch zu kommen, das zwar entlang der uns interessierenden Fragestellungen verläuft, jedoch ansonsten empfänglich ist für alles, was den Teilnehmenden an der Untersuchung zu dem Themenkomplex wichtig ist.

Hierfür kommen grundsätzlich zwei methodische Herangehensweisen in Betracht: Gruppendiskussionen oder Leitfadeninterviews. Gruppendiskussionen sind methodisch durchaus ein interessanter Ansatz, insbesondere wenn es darum geht, durch die Gesprächsinteraktion Meinungen zu einem Thema herauszuarbeiten (vgl. allgemein Kühn & Koschel 2018). Allerdings ist diese Form der Meinungsfindung durch die Gruppendynamik auch wieder mit Vorsicht zu betrachten, da diese zu Ergebnisverzerrungen

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

führen kann (vgl. Brosius et al. 2022: 111-112). Auch war es nicht Ziel unserer Untersuchung, Gruppenmeinungen zu generieren, sondern (zunächst) die individuellen Sinnwelten abzubilden und nachzuvollziehen.

Die Abbildung von Gruppenmeinungen sowie die Berücksichtigung von Gruppendynamiken oder kollektiven Erfahrungen (vgl. Kühn & Koschel 2018: 17-53, Lüthje 2016: 157-168, Lamnek & Krell 2016: 384-446) erschien uns für die Untersuchung von Vertrauen bzw. Misstrauen gegenüber Journalismus und Politik nicht so maßgeblich. Es ging uns vorrangig um individuelle Erfahrungen, Einschätzungen, Interessen und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger in Sachsen in Bezug auf Journalismus und Politik. Dies erschien uns zielgerechter mit leitfadenbasierten, narrativen Interviews zu erfassen.

Solche Leifadeninterviews werden als alltagsnahe Gespräche geführt – mit Spielraum für Spontaneität und Überraschendes, ohne zugleich die Regeln der Alltagskommunikation zu übernehmen (vgl. Loosen 2016: 142, Möhring & Schlütz 2019: 5). Beide Aspekte sind für unser Vorgehen zielführend: Erstens ermöglichte es die Alltagsnähe dieser Befragungsform, mit den Teilnehmenden der Untersuchung tatsächlich in ein Gespräch zu kommen, dass sie sich mit ihren Ansichten ernst genommen fühlen, sich dadurch öffnen und uns an ihren Gründen für Vertrauen oder Misstrauen in Journalismus und Politik teilhaben lassen – anstatt sich nur als »Objekt« einer Untersuchung zu empfinden. Gerade dies ist der Vorteil gegenüber quantitativ-standardisierten Bevölkerungsumfragen, bei denen die »Untersuchungsobjekte« nur aus bereits vorgegebenen Antwortmöglichkeiten auswählen oder diese auf einer Skala einschätzen können.

Zweitens ist für uns im Sinne eines inhaltlich zielgerichteten Vorgehens hinsichtlich unseres Erkenntnisinteresses wichtig, dass zwar diese Alltagsnähe durch Leitfadeninterviews erzielt werden kann, jedoch nicht völlig unstrukturiert, wie es bei einer komplett offenen, rein qualitativen Befragung der Fall wäre. Die Methode des Leitfadeninterviews schien uns am besten für unsere Fragestellungen geeignet, weil sie als alltagsnahe und zugleich halb-strukturierte Befragungsart zwischen den beiden Extremformen komplett standardisierter Interviews und vollständig unstrukturierter Gespräche liegt.

Das semi-strukturierte Leitfadeninterview ermöglichte uns ein Gespräch entlang der uns interessierenden Fragestellungen. Dieser inhaltlichen Fokussierung dient der Leitfaden als Erhebungsinstrument, der gewisse Vorgaben zur Gestaltung des Interviewablaufs enthält (vgl. Helfferich 2014:

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

560). Gleichzeitig ermöglicht ein Leitfadeninterview Flexibilität: Reihenfolge, Nachfragen und Formulierungen obliegen den Interviewenden, die sie an die jeweilige Situation anpassen können (vgl. Möhring & Schlütz 2019: 5, Schlehe 2008: 127). Dies war für unser Vorgehen, gewissermaßen in einen »Dialog« mit den Untersuchungsteilnehmenden zu treten, unerlässlich.

Bei der Interviewführung ist dabei ständige Wachsamkeit gegenüber den Antworten und Reaktionen der Befragten nötig, um das Gespräch zielgerichtet im Sinne des Erkenntnisinteresses durchgehend in der Hand zu haben (vgl. Möhring & Schlütz 2019: 50). Die Interviewpartnerinnen und -partner sollen so zu einer ausführlichen Darstellung ihrer Erfahrungen, Einschätzungen, Motive und Perspektiven ermuntert werden und die Gelegenheit haben, Themen zwanglos zu verknüpfen. Dadurch werden individuelle Perspektiven ermöglicht (vgl. Riesmeyer 2011: 224), da die Befragten angehalten werden, »aktiv Ereignisse, Erfahrungen, Handlungen und Wissen zu rekonstruieren« (Honer 2003: 95). Infolgedessen können sich im Interview vor allem die Sinnstrukturen und -welten der Befragten abbilden (vgl. Strübing 2018: 103, siehe Kapitel 4.9). Sie formulieren ihre subjektive Wahrheit sowie Deutungen und Relevanzen, die für den spezifischen Erzählaugenblick gültig sind (vgl. Helfferich 2014: 561).

Der maßgebliche Mehrwert von Leifadeninterviews für unsere Studie im Vergleich zu anderen Befragungsformen liegt also in der Kombination von notwendiger inhaltlich-fokussierter (Teil-)Standardisierung und Flexibilität in der Gesprächsführung. Die Leitfadeninterviews ermöglichen uns einerseits einen individuellen, tiefgehenden und flexiblen Zugang zu unserem Untersuchungsgegenstand. Andererseits lässt der Leitfaden als zentrales strukturierendes Element der Interviews, das Themen und Fragen festlegt, einen Vergleich zwischen allen geführten Interviews zu (vgl. Loosen 2016: 139, Marotzki 2003: 114). Gerade durch einen Vergleich, durch Gemeinsamkeiten und Unterschiede, lassen sich individuelle Aussagen besser einschätzen und verstehen. Zwar können solche Ergebnisse nicht wie bei repräsentativen, standardisierten Bevölkerungsumfragen generalisiert und auf die Grundgesamtheit bezogen werden, jedoch liefern sie durch gewisse Muster Einblicke, die über einzelne Individuen hinausgehen.

Nach der Wahl der Leitfadeninterviews als grundsätzliche methodische Herangehensweise wurde ein detailliertes Untersuchungsdesign entwickelt, das sich an zentralen Gütekriterien qualitativer Forschung orientiert. Hierfür lassen sich unterschiedliche Ansätze finden (vgl. Sonntag 2023, Flick

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

2020, Przyborski & Wohlrab-Sahr 2021: 25-41, Mayring 2023: 119-125). Wir folgen weitgehend den Vorschlägen von Mayring (2023: 122-125): Alle Schritte des Forschungsprozesses wurden von uns dokumentiert und werden hier im Folgenden erläutert (Kriterium: Verfahrensdokumentation). Die Interviewdurchführung und Analyse erfolgte im Rahmen der notwendigen Offenheit strukturiert und systematisch (Kriterium: Regelgeleitetheit) und den Befragten wurde in einem »offenen, gleichberechtigten Verhältnis« (ebd.: 124) begegnet (Kriterium: Nähe zum Gegenstand). Die aus dem Material gezogenen Schlüsse werden im Ergebniskapitel diskutiert und mit widersprechenden Befunden konfrontiert (Kriterium: Argumentative Interpretationsabsicherung). Unsere Ergebnisse werden zudem im Schlusskapitel in den Kontext der wissenschaftlichen Diskussion eingeordnet (Kriterium: Triangulation). Mit der vorliegenden Buchveröffentlichung ist zudem die kommunikative Validierung geplant, bei der wir die Forschungsergebnisse zu den Untersuchungsteilnehmenden zurückspiegeln werden und in den Dialog mit weiteren Menschen in Sachsen treten möchten. Die folgenden Ausführungen stellen die konkreten Entscheidungen dar, die wir für das Forschungsvorhaben getroffen haben.

4.2 Struktur und inhaltliche Dimensionen des Leitfadens

Wie voranstehend ausgeführt, hatte das Leitfadeninterview den Zweck, in ein Gespräch mit den teilnehmenden Bürgerinnen und Bürgern in Sachsen zu kommen. Durch eine relativ offene Gestaltung der Interviewsituation sollten sie ihre individuellen Perspektiven zu Vertrauen oder Misstrauen in Journalismus und Politik ausführen und erläutern können, damit diese für uns greifbar und nachvollziehbar werden. Unser Ziel für solche semi-strukturierten, narrativen Interviews war es daher, den Erzählfluss anzuregen und diesen nur so weit zu steuern, dass alle wesentlichen Themen unseres Erkenntnisinteresses zur Sprache kommen.

Aus diesen Überlegungen heraus ergaben sich zwei wesentliche Ansprüche an das Erhebungsinstrument: Zum einen sollte der Leitfaden übersichtlich und in der Zahl der Fragen begrenzt bleiben, damit genug Raum für eine ausführliche Beantwortung bleibt, die die Untersuchungsteilnehmenden als angemessen empfinden, um ihre individuellen Perspektiven nachvollziehbar erläutern zu können.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Zum anderen sollte sich der Leitfaden an den Erzählfluss der Befragten anlehnen, »dem Erinnerungs- oder Argumentationsfluss folgen« (Helfferich 2014: 567) und nicht zu abrupten Gedankensprüngen und Themenwechseln führen. Kurzum: Es sollte ein logischer, sich selbsterklärender roter Faden durch das Gespräch entstehen.

Bei der Konzeption des Leitfadens und seiner Fragen wurde des Weiteren darauf geachtet, dass sich die interviewten Bürgerinnen und Bürger nicht als »Prüflinge«, sondern als Expertinnen und Experten ihrer Lebenswelt ansahen. Bei der Formulierung der Fragen wurde darauf geachtet, dass diese möglichst klar, offen, konkret und nicht suggestiv waren.

Der Interviewleitfaden durchlief mehrere Pretests, bevor er finalisiert wurde. Er gliedert sich in die folgenden sieben Abschnitte:

1. Einführung (mit Vorstellung der Interviewerin und Erläuterung des Gesprächsablaufs)
2. Vertrauensbegriff (mit Einstiegsfrage zum Aufwärmen)
3. Journalismus (mit einer Definitionsinformation und Nutzungsfrage sowie einer Vertrauens- und Erklärfrage)
4. Politik (mit einer Nutzungsfrage sowie einer Vertrauens- und Erklärfrage)
5. Zusammenhänge zischen Journalismus und Politik
6. Demokratieverständnis
7. Abschluss

Im Folgenden soll der Leitfaden in seiner Struktur und mit seinen inhaltlichen Dimensionen erläutert werden. Der komplette Leitfaden findet sich im Anhang.

1. Einführung

Vor dem eigentlichen Interview, aber nach Beginn der Tonaufzeichnung wurden die Teilnehmenden über das Forschungsvorhaben (Thema, Forschungsinteresse) aufgeklärt; dies war bereits auch zuvor im Rahmen der Rekrutierung und Kontaktaufnahme erfolgt. Weiterhin wurden die Rahmenbedingungen des Interviews dargelegt. Es wurde das Einverständnis eingeholt, das Gespräch im Ton aufzuzeichnen, und erläutert, dass dieses transkribiert wird und Anonymität zugesichert. Damit wurde die wissen-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

schaftliche Legitimation des Forschungsinteresses deutlich gemacht (vgl. Przyborski & Wohlrab-Sahr 2021: 92).
Um die Gesprächsbereitschaft zu steigern, wurde zu Beginn des Gesprächs versucht, das Interesse am Thema zu steigern sowie die Relevanz der Mitwirkung an einem wissenschaftlichen Forschungsprojekt betont. Um Verweigerung, verzerrtem Antwortverhalten und Meinungslosigkeit vorzubeugen, wurde darauf hingewiesen, dass es keine richtigen oder falschen Antworten gibt. Danach wurde noch die Möglichkeit für Nachfragen eingeräumt.

2. Vertrauensbegriff

Um möglichen Hemmungen zu begegnen und in Erzählfluss zu kommen, begann das eigentliche Gespräch mit einer Frage, die sich auf das eigene Lebensumfeld und die Nah-Welt der Untersuchungsteilnehmenden bezog: »Wenn Sie ganz allgemein Vertrauen definieren müssten, was bedeutet das für Sie? Denken Sie an Freunde, Familie, den Job – was bedeutet Vertrauen da?« So wurde gleichzeitig schon allgemein in das Kernthema des Gesprächs ein geführt, ehe es um die Rolle von Vertrauen in den komplexeren und abstrakteren Bereichen des Journalismus und der Politik ging. Diese Frage wurde zudem gewählt, da interpersonales Vertrauen mit Medien- und Politikvertrauen in einem Zusammenhang steht (vgl. Granow et al. 2020: 95-115) und somit die individuelle Definition von Vertrauen im Allgemeinen die Hintergrundfolie für Vertrauen in Journalismus und Politik im Speziellen darstellt.

3. Journalismus

Vom allgemeinen Vertrauensverständnis wurde dann übergeleitet auf die erste wesentliche inhaltliche Dimension, dem Vertrauen in Journalismus.

Definitionsinformation
Wichtig war zunächst, den Untersuchungsteilnehmenden unsere Definition journalistischer Medien mitzuteilen, um den Fokus auf Vertrauen in etablierte redaktionelle journalistische Medien im Sinne unseres Forschungsinteresses zu lenken und von journalismusähnlichen Angeboten abzugrenzen. Dazu wurden als Beispiele für etablierte journalistische Medienangebote genannt »Zeitungen, Zeitschriften, Hörfunk, Fernsehen und Online-Medien, in denen professionelle Medienredaktionen recherchieren und Nachrich-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

tenberichte oder Reportagen veröffentlichen über gesellschaftlich wichtige Themen. Es sind regelmäßig erscheinende Medien, die einem Massenpublikum zur Verfügung stehen. Hier sind zum Beispiel die *Tagesschau*, *RTL Aktuell* oder die *Süddeutsche Zeitung* oder *Bild* oder *Spiegel online* zu nennen, oder für Sachsen der Mitteldeutscher Rundfunk oder die Nachrichten von Radio PSR.« Je nach Ort der Befragung wurde dann noch eine der folgenden Zeitungen von der Interviewerin angeführt: *Sächsische Zeitung*, *Leipziger Volkszeitung*, *Freie Presse*, *Dresdner Neueste Nachrichten*, *Döbelner Allgemeine Zeitung*, *Döbelner Anzeiger*, *Oschatzer Allgemeine*, *Torgauer Zeitung*, *Dresdner Morgenpost*, *Chemnitzer Morgenpost*.

Nutzungsfrage

Anschließend an die vorgegebene Definition journalistischer Medienangebote sollten die Untersuchungsteilnehmenden aufzählen, welche Angebote dieser Art sie nutzen, um sich zu informieren und warum. Diese individuellen Nutzungsmuster sind wesentlich, da Vertrauen auf Erfahrungen basiert und die Mediennutzung einen wichtigen Einflussfaktor auf Vertrauen in den Journalismus darstellt (vgl. Uth 2021: 99). Andererseits ist Misstrauen ein Zustand, der ebenso mit der Mediennutzung zusammenhängen kann, weil sie zu schlechten Erfahrungen geführt hat (vgl. Blöbaum et al. 2020: 17 und 18-20).

Vertrauensfrage

Aufbauend auf der Nutzungsfrage folgte nun eine der beiden zentralen Fragen innerhalb der Dimension »Journalismus«: »Wie sehr vertrauen oder misstrauen Sie den etablierten journalistischen Medien?« Die Frageabfolge bot sich auch deshalb an, weil aus der Medienvertrauensforschung ein Zusammenhang zwischen Mediennutzung und Medienvertrauen bekannt ist (vgl. Tsfati & Cappella 2003, Fawzi et al. 2021, Jackob 2012). Als eine von vier Nachfragen war erstens von Interesse, ob es bestimmte journalistische Angebote gibt, denen die befragten Personen besonders stark oder besonders wenig vertrauen und warum.

Um das mediale Repräsentationsgefühl der interviewten Bürgerinnen und Bürger zu erfahren, wurde als zweite Nachfrage formuliert: »Wie sehr finden Sie allgemein Ihre Meinung zu politischen Themen in den journalistischen Angeboten wieder?« Denn durch Medien hergestellte Öffentlichkeiten sind »Zugangspunkte« zur Politik und den anderen Institutionen der Gesell-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

schaft (vgl. Giddens 1990: 113). Doch in der öffentlichen Debatte um die journalistische Berichterstattung wurde in den letzten Jahren das Argument laut, dass ein Großteil der Bevölkerung in den Massenmedien seine Meinung zu politischen Themen nicht wiederfindet (vgl. Jandura et al. 2018). Der zweiten Nachfrage wurden eine dritte und vierte Unterfrage nachgeschoben: »Welche journalistischen Angebote entsprechen Ihrer Meinung überhaupt nicht?« und »Können Sie das konkreter machen und mit Beispielen belegen?«

Erklärfrage

Nach der Vertrauensfrage folgte als zweite zentrale Frage in dieser Dimension – die Erklärfrage für Ver- oder Misstrauen in journalistische Medien: »Erzählen Sie bitte noch genauer, welchen Hintergrund das hat, dass Sie journalistischen Medien in bestimmter Hinsicht vertrauen bzw. misstrauen.« Hierzu wurden Hinweise gegeben, wie die Frage beantwortet werden kann. Dabei haben wir berücksichtigt, dass Vertrauen oder Misstrauen in Medien zum einen während der Sozialisation entstehen kann, zum anderen entlang persönlicher Erfahrungen. Diese Prozesse laufen in der Regel unbewusst ab, können aber abgerufen werden (vgl. Blöbaum et al. 2020: 16-17, Dederichs 1997: 69-75, Baier 2001: 42). Deshalb gab es als Hinweise zur Frage, dass die Beantwortung vor den persönlichen Hintergründen zu Medienver- bzw. misstrauen und dem Umgang mit Medien im Elternhaus und in der Schule erfolgen kann. Explizit wurden auch mögliche Erfahrungen zu Zeiten der DDR und der Wendezeit genannt.

Außerdem hat Misstrauen häufig mit Ärger und Wut gegenüber den Medien zu tun. In der Psychologie wird Wut als eine Reaktion auf (unterdrückte) Angst betrachtet. Wobei Angst die primäre Emotion ist, die Wut auslöst, um Schutz oder Kontrolle in bedrohlichen Situationen zu erlangen (vgl. Wahl 1992: 80). Um aus der Wut die Ängste dahinter herauszufiltern, war ein weiterer Hinweis zur Beantwortung der Frage notwendig, ob und welche Befürchtungen die Untersuchungsteilnehmenden haben, dass Medien Schaden in unserer Gesellschaft anrichten.

4. Politik

Nach der Dimension »Journalismus« wurde im Leitfaden auf den zweiten wesentlichen Bereich unserer Untersuchung – die Politik – übergeleitet. Hier war die Strukturierung weitgehend analog zu den voranstehenden Fra-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

gen gehalten, um später in der Auswertung der Gespräche Vergleiche zwischen beiden inhaltlichen Bereichen ziehen zu können. Beide Themenblöcke stehen auch in direktem Zusammenhang: Medien prägen die Wahrnehmung politischer Prozesse und beeinflussen im Zusammenspiel mit Erwartungen das Vertrauen in Politik (vgl. Prochazka 2020: 70). Dieses Vertrauen wiederum entlastet die Bürgerinnen und Bürger von der Verpflichtung, die Funktionsweisen der politischen Institutionen und das Handeln politischer Akteurinnen und Akteure kontinuierlich zu überprüfen und zu kontrollieren.

Nutzungsfrage

Die Nutzungsfrage innerhalb der Dimension »Politik« bezog sich auf die eigene politische Partizipation: »Mich interessiert zunächst, ob und wie Sie sich selbst an Politik beteiligen oder im weitesten Sinn politisch engagieren, sei es durch Wählen, durch die Arbeit in einem Verein oder einer Bürgerinitiative, oder vielleicht sind Sie ja in einer Partei oder einer Gewerkschaft? Oder gehen Sie auf Demos zu bestimmten Themen?«

Diese Frage nach der eigenen politischen Beteiligung hatte den Hintergrund, dass Bürgerinnen und Bürger, die an politischen Vorgängen interessiert sind und sich politisch einbringen, oft ein höheres Politikvertrauen aufweisen (vgl. Uth 2021: 101). Andererseits neigen Menschen aufgrund von fehlendem Vertrauen zu politischer Apathie. Sie interessieren sich nicht mehr für Politik, fühlen sich durch diese nicht mehr repräsentiert und beteiligen sich auch nicht mehr an Wahlen oder anderen Möglichkeiten politischer Partizipation (vgl. Faus et al. 2019: 89).

Vertrauensfrage

Dem Komplex der eigenen politischen Beteiligung folgte analog der Journalismus-Dimension die zentrale Frage nach dem Vertrauen. Das uns interessierende Politikvertrauen setzt sich aus dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Personen (z. B. Politikerinnen und Politiker), Institutionen (z. B. Gemeinderat, Landtag, Bundestag, EU-Parlament) und Systeme (z. B. Demokratie) zusammen (vgl. Hans 2017: 372-381). Un- bzw. untererfüllte Erwartungen haben dabei Effekte auf das Vertrauen (vgl. Prochazka 2020: 70). Ausschlaggebend sind außerdem konkrete Eindrücke und abstrakte Vorstellungen.

Mit der Frage nach dem Vertrauen in Politik wurden auch Definitionsinformationen gegeben, welche Bereiche von Politik uns im Besonderen interessieren: die »staatlichen Institutionen der Politik […], also Regierungen

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

und Parlamente auf den verschiedenen Ebenen.« Als Beispiele dafür wurden genannt: Bürgermeister und Gemeinderat oder Stadtrat auf kommunaler Ebene, Ministerpräsidenten und Landtag auf Landesebene, Bundestag und Bundesregierung auf Bundesebene, europäisches Parlament und EU-Kommission auf europäischer Ebene.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen wurde als übergeordnete Vertrauensfrage formuliert: »Bitte überlegen Sie einmal generell: Wie sehr vertrauen oder misstrauen Sie der Politik oder Politikerinnen und Politikern oder Parteien?« Analog der Binnenfragestruktur der Journalismus-Dimension gab es danach vier Nachfragen, um die generellen Aussagen zu konkretisieren. Erstens wurde gefragt, ob es bestimmte Institutionen, Bereiche oder Politiker gibt, denen besonders viel oder besonders wenig Vertrauen entgegengebracht wird.

Die zweite Unterfrage bezog sich auf das Repräsentationsdefizit, das viele Menschen wahrnehmen: Ein Großteil der deutschen Bevölkerung bescheinigt der Politik, falsche Prioritäten zu setzen und die Ansichten der Bürgerinnen und Bürger nicht genügend einzubeziehen. Es existiert keine breite Mehrheit, die mit dem aktuellen Zustand des politischen Systems in Deutschland zufrieden ist (vgl. Krause & Gagné 2019: 111). Diesem Befund wollten wir mit den folgenden Fragen nachgehen: »Wie sehr finden Sie Ihre Meinung zu gesellschaftlichen Themen bei den Parteien, den Parlamenten und Regierungen wieder?« Es folgten die dritte und vierte Unterfrage: »Wo sehen Sie allgemein Probleme in der Politik?« »Was läuft da Ihrer Meinung nach alles schief?« und »Können Sie das konkreter machen und mit Beispielen belegen?«

Erklärfrage

Wie in der Journalismus-Dimension schloss sich auch für den Bereich der Politik nach der Vertrauensfrage die zweite zentrale Frage an, die auf eine Erklärung für das für Ver- oder Misstrauen in Politik abzielte: »Erzählen Sie mir bitte noch genauer, welchen Hintergrund das hat, dass Sie der Politik in bestimmter Hinsicht vertrauen bzw. misstrauen.«

Mit drei Unterfragen sollte dies noch genauer betrachtet werden. Dabei wurde berücksichtigt, dass Vertrauen in Politik, Individuen und Institutionen auf individuellen Wahrnehmungen basiert und seine Wurzeln auch in Erziehung und Sozialisation hat. Ebenso wie beim Journalismusvertrauen laufen diese Prozesse weitgehend unbewusst ab, können aber nachträglich erinnert werden. Deshalb haben wir analog zum Journalismus-Block Fragen

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

nach negativen Erlebnissen in der Vergangenheit gestellt und nach den Erfahrungen zum Umgang mit Politik im Elternhaus und der Schule. Der Leitfaden enthielt auch die Unterfrage nach negativen Erwartungen: »Haben Sie bestimmte Befürchtungen, dass die Politik Schaden in der Gesellschaft anrichtet – was wären da Ihre Befürchtungen?«

5. Zusammenhänge zwischen Journalismus und Politik

Nachdem die beiden wesentlichen Dimensionen der Untersuchung – Vertrauen in Journalismus und Vertrauen in Politik – einzeln betrachtet worden sind, zielte der fünfte Abschnitt des Leitfadens auf das wahrgenommene Verhältnis dieser beiden Komplexe: »Hängen Ihrer Meinung nach Politik und Journalismus irgendwie zusammen? Wie stellen Sie sich die Beziehungen oder das Zusammenspiel vor?«

Die Frage wurde gestellt, weil in der Forschung weitestgehend Konsens darüber herrscht, dass Medien- und Politikvertrauen zusammenhängen. Wer der Politik vertraut, vertraut auch den Medien eher – et vice versa (vgl. Decker et al. 2017, Prochazka 2020: 64, Baum & Haberl 2020: 115-116, Uth 2021: 99-100). Auch ist bekannt, dass die Bürgerinnen und Bürger eine Abhängigkeit zwischen Politik und Medien vermuten (vgl. Baum & Haberl 2020: 119-123).

6. Demokratieverständnis

Da Journalismus und Politik zentrale Grundfesten unserer demokratischen Gesellschaft sind, ohne die diese nicht funktionieren würde, bezog sich die letzte inhaltliche Dimension des Leitfadens auf das Demokratieverständnis der Befragten. Denn Demokratien sind gesellschaftlich und politisch nur dann stabil, wenn die Bürgerinnen und Bürger das System auch mittragen (vgl. Faus et al. 2019: 66). Die Funktionsfähigkeit oder gar das Überleben der Demokratie hängt in starkem Maße von deren Akzeptanz ab, und diese wiederum wird von subjektiven Vorstellungen beeinflusst, wie eine Demokratie sein sollte. Medien- und Politikvertrauen gelten wiederum als Voraussetzung für die Bereitschaft, demokratische Entscheidungen zu akzeptieren und damit zugleich für das Funktionieren von Demokratie (vgl. Tsfati & Cohen 2005). Daher wurde im sechsten Abschnitt des Leitfadens die folgende Oberfrage gestellt: »Was verstehen Sie eigentlich unter Demokratie? Das kann man ja so oder so verstehen.«

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Im weiteren Verlauf waren drei Unterfragen vorgesehen. Die erste lautete: »Wie gut funktioniert die Demokratie in Deutschland? Wie weit ist sie von Ihrem Verständnis von Demokratie und von Ihren Idealen entfernt?« Dahinter steckte die Überlegung, dass zwar eine deutliche Mehrheit der Deutschen – allerdings mit abnehmender Tendenz – zur Demokratie als Staatsform steht, jedoch immer mehr Bürgerinnen und Bürger unzufrieden mit dem Zustand der gelebten Demokratie sind (vgl. Faus et al. 2019: 7). Weiter konkretisiert wurde dies durch die zweite Unterfrage: »Was müsste sich Ihrer Meinung nach ändern, damit die Demokratie, die Politik und der Journalismus besser funktionieren? Was erhoffen Sie sich, was sollte passieren?« Die dritte Unterfrage lautete dann abschließend: »Können Sie selbst denn dabei eine Rolle spielen und wenn ja, welche?«

7. Abschluss

Am Ende des Gesprächs wurde den Befragten für die aufgewendete Zeit und ihren Beitrag zur Forschungsarbeit gedankt (vgl. Przyborski & Wohlrab-Sahr 2021: 98-99). Außerdem wurde Raum für etwaige Ergänzungen der Untersuchungsteilnehmenden gegeben. Dies war im Rahmen unserer offenen, auf Dialog zielenden methodischen Vorgehensweise wichtig.

4.3 Ergänzender standardisierter Fragebogen und informierte Einwilligung

Nach jedem Interview haben wir die Befragten gebeten, ergänzend einen kurzen, zweiseitigen Fragebogen mit standardisierten Fragen auszufüllen um soziodemografische Angaben sowie Einstellungen zu bestimmten Aussagen im Sample zu ermitteln. Diese Daten wurden jedoch nicht mit den Leitfadeninterviews verknüpft, um die Anonymität der befragten Personen zu gewährleisten.

Erfragt wurden erstens Alter, Geschlecht, Geburtsort, aktueller Wohnort, die Region, in der man aufgewachsen ist (als Angabe des heutigen Bundeslands) und seit welchem Jahr die Untersuchungsteilnehmenden in Sachsen ansässig sind, falls sie zugezogen sind. Es schlossen sich zweitens Fragen an nach dem höchsten erworbenen Schulabschluss, dem höchsten beruflichen Bildungsabschluss, der Art der Erwerbstätigkeit und dem aktuell ausgeüb-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

ten Beruf. Drittens wurde nach der Größe des Haushalts und dem Nettohaushaltseinkommen (mittels vorgegebener Kategorien) gefragt.

Ein vierter Komplex bezog sich auf die Parteinähe und das ausgeübte gesellschaftliche Engagement in den letzten zwölf Monaten (als Gradmesser für demokratische Partizipation). Fünftens und abschließend gab es eine Item-Batterie mit neun Aussagen zum Journalismus- und Politikvertrauen sowie zur Demokratiezufriedenheit. Zu jeder Aussage sollte die Zustimmung auf einer fünfstufigen Skala angegeben werden. Die Items wurden verschiedenen quantitativ-standardisierten Studien entnommen (v.a. aus Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen; vgl. Schultz et al. 2020) und teilweise leicht modifiziert.

Den Fragebogen gab es in zwei Modi: Bei Durchführung persönlicher Leitfadengespräche wurde ein Papierfragebogen vor Ort vorlegt, bei Umsetzung des Gesprächs als Videokonferenz kam ein Onlinefragebogen zur Anwendung, zu dem ein Link verschickt wurde.

Zu Beginn des Leitfadengesprächs wurde den Untersuchungsteilnehmenden ein dreiseitiges Merkblatt mit den Kontaktdaten der Interviewerin, Erklärungen zum Gegenstand des Forschungsprojekts und dem Gegenstand der Einwilligung, die Art der erhobenen Daten, der Widerrufsmöglichkeit, der Dauer der Datenspeicherung und der Rechtsgrundlage ausgehändigt. Dies erfolgte ergänzend zur mündlichen Information, die im ersten Teil des Leitfadengesprächs vorgesehen war. Die befragten Personen mussten ihre Einwilligung zur Teilnahme an unserer Untersuchung dezidiert zu Beginn des Leitfadengesprächs bestätigen: Bei Durchführung vor Ort mussten die Befragten die Einwilligung unterschreiben, bei Gesprächen in Form einer Videokonferenz wurde die Zustimmung mündlich als Audio aufgezeichnet.

Dieses Prinzip der informierten Einwilligung folgt forschungsethischen Standards und ist ein wesentlicher Aspekt guter wissenschaftlicher Praxis. Im Vordergrund stehen der verantwortungsvolle Umgang mit den interviewten Personen sowie »Selbstbestimmung, Nichtschaden und Gerechtigkeit« (Möhring & Schlütz 2019: 2). Interviewte müssen über den Zweck der Forschung informiert sein und haben ein Recht auf Zustimmung zur Teilnahme – oder auch deren Ablehnung. Die Teilnehmenden müssen immer wissen, worauf sie sich einlassen, wenn sie sich der Forschung zur Verfügung stellen (vgl. Deutsche Gesellschaft für Soziologie & Berufsverband Deutscher Soziologinnen und Soziologen 2017).

Entscheidend für eine Einwilligung zur Untersuchungsteilnahme ist, dass die Zustimmung zur Teilnahme freiwillig geschieht, auf ausführlichen und

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

verständlichen Informationen über Ziele und Methoden des entsprechenden Forschungsvorhabens basiert und jederzeit widerrufen werden kann (vgl. Möhring & Schlütz 2019: 2). Gerade aufgrund der sensiblen Thematik unserer Forschung und der offenen, auf Dialog und Vertrauen abzielenden Vorgehensweise war auf die Befolgung dieser Prinzipien besonders Wert zu legen.

4.4 Samplingverfahren

Aus unserer Grundgesamtheit der sächsischen Gesamtbevölkerung (ab 18 Jahren, also volljährige, wahlberechtigte Personen) musste im Rahmen des Samplings eine bewusste Auswahl getroffen werden, da eine repräsentative bzw. zufallsbasierte Stichprobe im Rahmen unserer qualitativen Forschung nicht möglich war. Bei der Entwicklung unseres Auswahlverfahrens waren uns sachlogische Überlegungen wichtig. Leitend war dabei, dass ganz Sachsen in der Fläche mit seinen unterschiedlichen Stadt- und Landregionen abgedeckt und die interviewten Personen eine recht hohe Varianz aufweisen sollten.

Des Weiteren musste im Rahmen der Forschungsökonomie berücksichtigt werden, dass nur eine begrenzte Anzahl von Leitfadeninterviews geführt werden konnte. Insbesondere was die Dauer des Untersuchungszeitraums und die zur Verfügung stehende Zeit für die Auswertung angeht, gingen wir davon aus, dass ungefähr 50 Leitfadengespräche möglich sein könnten.

Für das räumliche Sampling wurde als Orientierung auf die geografisch-administrative Verwaltungseinheitsstruktur des Freistaats Sachsen zurückgegriffen: Alle drei kreisfreien Städte (Chemnitz, Dresden, Leipzig) und zehn Landkreise (Bautzen, Erzgebirgskreis, Görlitz, Leipzig, Meißen, Mittelsachsen, Nordsachsen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Vogtlandkreis, Zwickau) sollten berücksichtigt werden. Ziel war es, in jeder Region mindestens eins, im Durchschnitt – je nach Möglichkeiten des Zugangs bei der Rekrutierung – ungefähr vier Gespräche zu führen, so dass insgesamt 52 Leitfadeninterviews geplant worden sind.

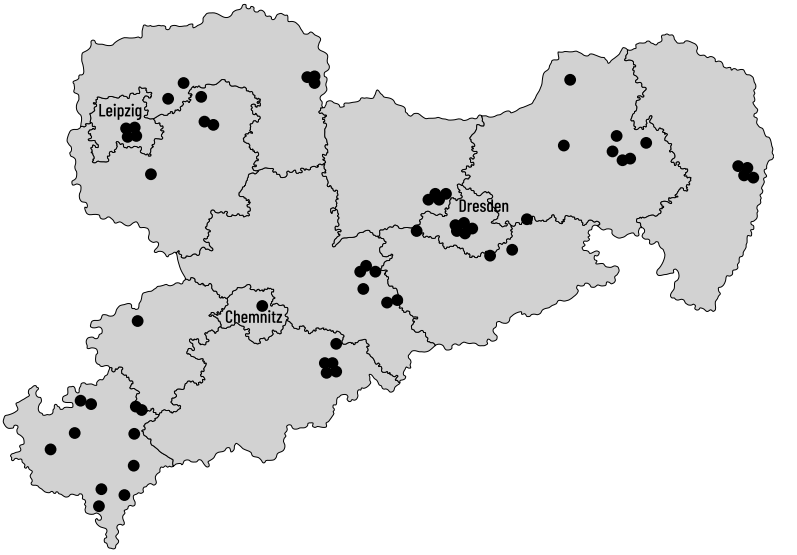
Um für eine Diversität der Befragten zu sorgen, hätten sich grundsätzlich als weitere Steuerungsmerkmale wichtige soziodemographische oder inhaltliche Merkmale angeboten, wie Geschlecht, Alter, Bildungsniveau, berufliche Situation, politische Orientierung oder der Grad des Vertrauens in Journalismus und Politik. Es wurde jedoch bei ersten Rekrutierungsplanungen sehr schnell deutlich, dass die Suche nach Interviewpartnerinnen und

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

-partnern so praktisch nicht umsetzbar gewesen wäre: Bei der Rekrutierung waren wir u. a. darauf angewiesen, dass uns die zu befragenden Personen von Institutionen, die wir kontaktiert haben, vermittelt wurden. Bei auf solchen Wegen rekrutierten Bürgerinnen und Bürgern war in der Regel unklar, welche persönlichen Merkmale diese aufwiesen. Gleichzeitig waren diese auch zu »wertvoll«, um ihre Gesprächsbereitschaft nicht anzunehmen.

Daher wurde darauf verzichtet *a priori* strenge Quotierungsvorgaben für die Rekrutierung aufzustellen. Mittels des ergänzenden quantitativen Fragebogens wurden jedoch die oben genannten Persönlichkeitsmerkmale *a posteriori* erfasst. Auf dieser Datenbasis konnte bei den zeitlich parallellaufenden Rekrutierungen weiterer Personen darauf geachtet werden, dass im sich Schritt für Schritt herausbildenden Sample die angestrebte Varianz der Befragten erreicht wird, insbesondere hinsichtlich der wichtigen soziodemographischen Merkmale Alter und Geschlecht sowie des Grads des Vertrauens bzw. Misstrauens in Medien und Politik. Auffällige Lücken konnten auf diese Weise gezielt nachjustiert werden. So kamen schließlich 61 Gespräche zustande, die eine ausreichende Divergenz aufwiesen und wie angestrebt die Fläche ganz Sachsens abdeckten (siehe Abb. 8).

Abb. 8: Regionale Verteilung der Interviews in Sachsen



https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

4.5 Rekrutierung der Untersuchungsteilnehmenden

Der Feldzugang stellte eine große Herausforderung dar, weil er das erforderte, was Untersuchungsgegenstand war: Vertrauen. Daher war die Rekrutierung insbesondere bei Bürgerinnen und Bürgern schwierig, die generell skeptisch gegenüber Institutionen unserer Gesellschaft sind, also nicht nur gegenüber dem Journalismus und der Politik (also auch möglicherweise unserem Drittmittelgeber, dem Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus des Freistaats Sachsen), sondern sogar auch gegenüber der Wissenschaft (also auch unserer Universität oder uns selbst als Forschende).

Tatsächlich stieß die Interviewerin, die auch mit der Rekrutierung der Untersuchungsteilnehmenden betraut war, zunächst häufig auf Misstrauen; es mussten sich zunächst beidseitige Vertrauensverhältnisse formen. Der Einsatz von »Incentives« (vgl. Möhring & Schlütz 2019: 47) wurde von Beginn an ausgeschlossen, um keine sozial erwünschten Antworten zu generieren. Stattdessen wurde auf eine intrinsische Motivation der Teilnehmenden gesetzt, damit diese ihre Meinungen oder Erfahrungen authentisch und umfassend teilen.

Den Herausforderungen der Rekrutierung sind wir mit drei strategischen Überlegungen begegnet, die mit den Stichworten Homophilie, Sozialkapital und Schneeballverfahren umrissen werden können:

1. Homophilie: Aus der Soziologie ist bekannt, dass Kontakt zwischen einander ähnlichen Menschen wahrscheinlicher ist als zwischen einander unähnlichen (vgl. McPherson et al. 2001). Analogien im Erfahrungshintergrund zwischen Interviewenden und Interviewten können sich so vertrauensbildend auf die Erwartung auswirken, verstanden zu werden, und die Befragten für Äußerungen öffnen (vgl. Helfferich 2014: 564). Menschen lassen sich gerne von ihresgleichen befragen und das führt zu einer geringeren Verweigerungsrate (vgl. Möhring & Schlütz 2019: 45).

Daher entschieden wir uns, dass aus unserem Team Judith Kretzschmar die Rekrutierungen und dann auch die Interviews durchführen sollte. Sie hat eine ostdeutsche Herkunft. Aufgrund ihres Geburtsjahrgangs hat sie sowohl die DDR-Zeit als auch die Wende- und Nachwendezeit bewusst miterlebt. Diese Erfahrungen konnte sie in die Vorgespräche und Interviews einfließen lassen. Viele Befragte nahmen dadurch eine gewisse soziale Ähnlichkeit beim Gegenüber wahr, was dem Vertrauen in die Forschungsarbeit und der Redebereitschaft zugutekam.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Auch die soziodemografischen Merkmale der Interviewenden können darüber entscheiden, ob eine Teilnahme zustande kommt oder nicht. Es gibt geringe Einflüsse mit Blick auf das Geschlecht (Interviewerinnen haben eine geringere Verweigerungsrate als Interviewer) und das Alter (ältere Interviewende sind etwas erfolgreicher als jüngere; vgl. West & Blom 2017: 182-183).

2. *Sozialkapital:* Die Beziehungen eines Akteurs sind sein soziales Kapital (vgl. Bourdieu 1983). Es wurde bewusst nur diese eine Interviewerin für die Rekrutierung der Untersuchungsteilnehmenden und die Führung der Leitfadengespräche eingesetzt, da sie so ihr Sozialkapital im Feld akkumulieren konnte und dieses Kapital immer weiter in solche Milieus ausstrahlte, die schwer erreichbar waren.

3. *Schneeballverfahren:* Vorrangiges Ziel war, wie im vorherigen Teilkapitel ausgeführt, die Diversität der zu befragenden Bürgerinnen und Bürgern. Da viele Menschen dem Forschungsprojekt zunächst oft misstrauisch gegenüberstanden, erfolgte die Kontaktaufnahme daher zum einen über vermittelnde Kontaktpersonen bzw. Institutionen, zum anderen spielten oft Zufallskontakte und Schneeballeffekte (vgl. Przyborski & Wohlrab-Sahr 2021: 82 und 235) eine Rolle. Für die Rekrutierung wurde also den vorhandenen Beziehungen im Feld gefolgt. Um der Gefahr zu entgehen, bestimmten Netzwerkstrukturen verhaftet zu bleiben (vgl. ebd.: 235-236), wurde das Schneeballverfahren über verschiedene Zugänge im Feld in Gang gebracht.

Zu Beginn des Rekrutierungsprozesses stand die weite Streuung des Interviewaufrufs über 27 verschiedene Institutionen wie Volkshochschulen, soziokulturelle Zentren, Vereine, Kirchgemeinden, Chöre, Mehrgenerationenhäuser, Bürgerinitiativen und Stiftungen in ganz Sachsen. Zwei Landkreise waren zunächst durch Institutionen schwieriger zu erreichen, hier wurden Aufrufe in Amtsblättern als Türöffner platziert, auf die sich dann Gesprächspartnerinnen und -partner meldeten. Durch elf Institutionen sind schließlich erste Interviews zustande gekommen.

Diesem Rekrutierungsweg über »Flaschenhälse« waren sehr viele Telefonate mit potenziellen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und längere Vorgespräche mit Interessierten vorausgegangen. Nach den ersten Rekrutierungserfolgen meldeten sich vermehrt Bürgerinnen und Bürger, weil im Freundes- und Bekanntenkreis von dem Projekt berichtet wurde. Vor allem dieser zweite Schritt, die Weitergabe unseres Anliegens über persönliche Kontakte, ermöglichte es uns, auch Personen zu erreichen, die selbst nicht in einer der ursprünglich zum Zugang genutzten Institutionen engagiert sind.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Verbunden mit dem von unserer Interviewerin aufgebauten Vertrauen im Feld konnten wir damit auch Personen befragen, die anderweitig schwer für sozialwissenschaftliche Erhebungen zugänglich sind.

Letztendlich konnten gar nicht alle Menschen Berücksichtigung finden, die sich beteiligen wollten; es hätte leicht ein Vielfaches an Interviews geführt werden können. Dies konnte aufgrund der Forschungsökonomie und zeitliche Begrenzung unserer Studie jedoch nicht geleistet werden und war auch nicht zwingend notwendig. Die Stichprobe war mit Abschluss der letzten Interviews geografisch, hinsichtlich zentraler soziodemografischer Merkmale (wie Geschlecht und Alter), in ihrem Grad des Medien- und Politikvertrauens und tendenziell auch bezüglich ihrer Parteipräferenz ausreichend vielfältig (siehe Kap. 4.4). Es zeigten sich zudem im Laufe der Erhebung zunehmend Sättigungen bei den Antworten. Dennoch wurde mit 61 Interwies neun Gespräche mehr als die geplanten 52 geführt.

4.6 Durchführung der Leitfadeninterviews

Für die Durchführung der Leitfadengespräche stellte die COVID-19-Pandemie ab März 2020 eine große forschungspraktische Herausforderung dar und verhinderte einen früheren Beginn der Untersuchung. Aufgrund der unklaren Pandemieentwicklung mit wechselnden staatlichen Schutzverordnungen und Kontaktverboten waren die terminliche und organisatorische Planung sowie die Durchführung der Interviews schwierig. Erst im August 2021 konnte schließlich die Rekrutierung von Interviewteilnehmerinnen und -teilnehmern beginnen. Im November 2021 wurden dann trotz wechselnder Corona-Schutzverordnungen und Teil-Lockdowns in Sachsen die ersten Interviews geführt. Nach mehreren Unterbrechungen durch verschärfte Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie fand das letzte der insgesamt 61 Gespräche im Mai 2023 statt.

Durch die pandemiebedingten Zwangsunterbrechungen zog sich der Untersuchungszeitraum mit anderthalb Jahren deutlich länger hin, als ursprünglich geplant. Es war ein engeres Fenster für die Durchführung der Gespräche vorgesehen, um alle Interviews vor einem vergleichbaren zeitlichen Hintergrund führen zu können. Die im Laufe des Untersuchungszeitraums stark angewachsene Verunsicherung und Unzufriedenheit durch die Pandemie muss bei der Darstellung und Interpretation der Ergebnisse berücksich-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

tigt werden, weil diese selbstredend stark mit unserem Erkenntnisinteresse zum Journalismus- und Politikvertrauen in Verbindung stand – bot jedoch zugleich auch eine inhaltliche Erweiterung der Forschungsperspektive.

Auf die Bedingungen der COVID-19-Pandemie musste auch insofern reagiert werden, dass neben den ursprünglich vorgesehenen ausschließlich persönlichen Gesprächen auch Interviews per Videokonferenz durchgeführt worden sind. Die Wahl des Befragungsmodus wurde vollständig den an der Untersuchung teilnehmenden Personen überlassen, ebenso wie der Ort, falls das Gespräch persönlich stattfand. Durch die Pandemie und die behördlichen Bestimmungen zu sozialen Sicherheitsabständen, Quarantäne und der allgemeinen Infektionsgefahr boten Interviews per Videokonferenz eine Alternative zu herkömmlichen Face-to-Face-Interviews.

Aufgrund der langen Phase der coronabedingten Einschränkungen und durch das physische Distanzgebot waren immer mehr Menschen mit Videoplattformen, etwa aus dem Arbeitskontext, aber auch im Privaten vertraut (vgl. dazu ausführlich Nicklich et al. 2023). So konnten mit Videogesprächen nicht nur technisch versiertere Personen erreicht werden, sondern viele hatten bereits Erfahrungswissen im Umgang mit digitalen Meetingtools. Dass der Pool an potenziellen Gesprächspartnerinnen und -partnern, die mit Videokonferenzen vertraut waren, mit der Zeit anwuchs, wirkte sich auch positiv auf die Rekrutierung aus.

Nichtsdestotrotz erforderten gerade die als Videokonferenz geführten Interviews längere vertrauensaufbauende Vorgespräche. Durch diese Vorgespräche und durch die wachsende Vertrautheit mit Videokonferenzen generell gehen wir davon aus, dass sich die beiden unterschiedlichen Befragungsmodi unserer Untersuchung kaum auf die Ergebnisse ausgewirkt haben dürften.

Von den 61 Leitfadeninterviews wurden mit 34 etwas mehr als die Hälfte als Videokonferenz über die Plattform »Zoom« geführt; nur eine interviewte Person ließ die Kamera während des Gespräches ausgeschaltet. Die »Zoom«-Gespräche wurden als Audioaufnahme lokal auf dem Computer der Interviewerin aufgezeichnet und nach Abschluss des Gesprächs als M4A-Dateien zur Transkription gespeichert. Von den 27 Gesprächen, die persönlich vor Ort geführt wurden, fanden 13 in Räumen von Volkshochschulen, Kirchgemeinden oder Vereinen, drei in von den Befragten ausgewählten Cafés bzw. Restaurants und weitere zwei in den Büros der Befragten statt. In die eigene Wohnung wurde die Interviewerin von neun Befragten eingeladen. Die Ge-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

spräche dauerten zwischen 25 und 106 Minuten; der Durchschnitt lag bei 71 Minuten.

Während der Gespräche wurde versucht, eine Atmosphäre zu schaffen, die eine größtmögliche Offenheit erlaubte. Die Befragten hatten den Raum, das zu sagen, was sie sagen wollten, und konnten das ansprechen, was ihnen selbst wichtig war. Dabei wurde den Befragten vorurteilsfrei zugehört, ohne dass die Interviewerin die eigene, subjektive Sicht auf den Gegenstand in den Vordergrund rückte. Mit Widerspruch hielt sie sich bei den Leitfadengesprächen weitgehend zurück, ohne sich jedoch mit problematischen Anschauungen gemein zu machen. In die Nachgespräche flossen persönliche Ansichten in die Unterhaltung ein, und es wurde eine klare Position bezogen, immer unter der Maßgabe, sich gegenseitig respektvoll zuzuhören und unterschiedliche Positionen zu akzeptieren.

Dass das ehrliche, offene Interesse und der dialogorientierte Ansatz angenommen wurden, zeigen nachträgliche E-Mail-Reaktionen der Interviewten:

> »Liebe Frau Dr. Kretzschmar, ich hoffe, Sie kommen gut mit Ihren Interviews voran. Mir ging es doch noch etwas nach, welche Reaktion es bei mir ausgelöst hat. Es hat mich selbst überrascht.«

> »Hallo, Frau Kretzschmar, auch ich danke Ihnen sehr für die sehr angenehme Unterhaltung. Und ob Sie's glauben oder nicht: einige Sätze/Fragen/Thesen unseres Gespräches hallten gestern und noch heute Morgen nach. Das ist nicht nach jedem Gespräch so […]«

> »Liebe Frau Dr. Kretzschmar, es ist mir wirklich leichtgefallen, Ihnen gegenüber offen zu sein. Ich danke Ihnen für das sehr angenehme Gespräch und einige neue Erkenntnisse!«

4.7 Stichprobenbeschreibung

Nachfolgend wird die Stichprobe der 61 Untersuchungsteilnehmenden beschrieben. Basis sind die von den interviewten Personen nach dem Leitfadengespräch ergänzend ausgefüllten standardisierten Kurzfragebögen, die

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

aus Anonymitätsgründen nicht mit den Leitfadengesprächen verknüpft worden sind.

27 Befragte ordneten sich dem weiblichen und 34 dem männlichen Geschlecht zu, womit ein recht ausgeglichenes Verhältnis erzielt werden konnte. Das Sample hat ein Alter von 19 bis 85 Jahren; im Durchschnitt sind es 54 Jahre. In der Stichprobe befinden sich vier Unterdreißigjährige. Sechs sind in ihren dreißiger Jahren, zwölf in den Vierzigern, jeweils 15 in den Fünfzigern bzw. Sechzigern und sieben in den Siebzigern. Zwei sind älter als 80 Jahre. Damit ist die Stichprobe tendenziell etwas älter als die sächsische Gesamtbevölkerung ab 18 Jahren, also dem Mindestalter unserer Untersuchung, jedoch von der groben Alterskategorien gut vergleichbar (vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2024c).

Die deutliche Mehrheit von 50 der 61 Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde in Sachsen geboren. Vier stammen aus Brandenburg, zwei aus Sachsen-Anhalt und eine Person aus Thüringen. Drei kommen aus den alten Bundesländern (Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen) und eine Person aus einem südosteuropäischen Land. Vier Befragte gehören zur nationalen Minderheit der Sorben.

Das Sample verfügt über ein recht hohes Bildungsniveau. Das mag zum einen am Thema unseres Forschungsprojekts mit seiner Komplexität und Abstraktheit liegen, das möglicherweise vorrangig einen höher gebildeten Personenkreis ansprach. Zum anderen können auch die gewählten notwendigen Rekrutierungswege über verschiedene Institutionen, die teilweise eher von höhergebildeten Bevölkerungsschichten genutzt werden, ursächlich sein. 45 der 61 Befragten haben die Fachhochschul- oder allgemeine Hochschulreife erworben. Fünf haben die Realschule abgeschlossen und neun eine Polytechnische Oberschule.

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch hinsichtlich des beruflichen Bildungsabschlusses: 39 der 61 interviewten Personen haben einen Hochschulabschluss. Das ist vom Anteil über dreieinhalb Mal so viel wie in der sächsischen Gesamtbevölkerung (vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2024d). Von den 39 waren sieben promoviert. 13 besitzen einen Fachschulabschluss und sechs haben eine Lehre absolviert. Drei sind ohne Berufsabschluss.

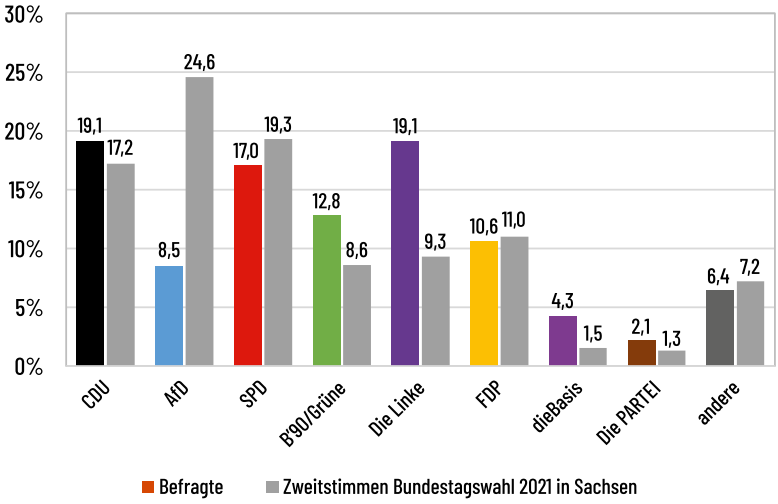
38 der 61 Gesprächspartnerinnen und -partner waren erwerbs- bzw. berufstätig. Davon waren 22 angestellt, zwölf selbstständig/freiberuflich, drei Beamte und eine Person in Ausbildung. 20 Befragte waren in Rente

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

oder Pension, zwei Personen arbeitssuchend/arbeitslos und eine war ohne Berufstätigkeit. Das entspricht im Groben den Größenverhältnissen in der sächsischen Bevölkerung, wobei der Anteil Erwerbs-/Berufstätiger im Sample höher ist (vgl. Statistisches Bundesamt 2024b).

Im standardisierten Fragebogen sollte auch die Frage beantwortet werden, welcher politischen Partei die Interviewten am nächsten stehen. Abbildung 9 zeigt die Parteipräferenz in der Stichprobe im Vergleich zu den Ergebnissen der Bundestagswahl im September 2021 für Sachsen, also zu etwa ähnlichen Zeitpunkten (Untersuchungszeitraum November 2021 bis Mai 2023).

Abb. 9: Parteipräferenz der Befragten im Vergleich mit dem Zweitstimmen-Wahlergebnis der Bundestagswahl in Sachsen 2021



in Prozent, eigene Darstellung (Befragte n=47, ohne Personen mit der Antwort »keine Präferenz« und fehlende Angaben), Bundestagswahl nach Der Bundeswahlleiter 2022: 55-101

Etwa grob vergleichbar sind die Pateipräferenzen in der Stichprobe mit den Bundestagswahlergebnissen in Sachsen hinsichtlich der CDU, der SPD, der FDP und mit Abstrichen auch bei Bündnis 90/Die Grünen. Auffällig ist jedoch die Abweichung bei der AfD, die in der Stichprobe weniger als halb so oft als Parteipräferenz angegeben wurde, wie die Partei bei der Bundestagswahl 2021 in Sachsen erzielt hat. Bei der Partei Die Linke verhält es sich ge-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

nau umgekehrt. Die Unterschiede hinsichtlich der AfD und der Linken mögen einerseits mit anderen von der sächsischen Bevölkerung abweichenden Merkmalen korreliert sein, wie etwa dem Alter und dem Bildungsniveau. Zu vermuten ist auch, dass weitere Anhänger der AfD ebenso wie extremistischer Kleinparteien aus Gründen der sozialen Erwünschtheit im Fragebogen nicht ihre eigentliche Präferenz preisgaben (sondern z. B. die Linke auswählten) oder angaben, dass sie einer anderen Partei oder keiner Partei nahestehen. Sieben Befragte gaben an, dass sie keiner Partei nahestehen. Ebenfalls sieben Personen machten zudem keine Angabe. Diese insgesamt 14 Befragten wurden bei der Berechnung der Prozentangaben wie Nichtwählerinnen bzw. Nichtwähler betrachtet und entsprechend nicht berücksichtigt, um die Vergleichbarkeit mit Wahlergebnissen zu gewährleisten.

Neben der Parteineigung wollten wir zudem wissen, ob und wie sich die Befragten in den vergangenen zwölf Monaten aktiv gesellschaftlich engagiert haben, wobei Mehrfachnennungen möglich waren. Etwa die Hälfte bzw. 32 Personen waren dazu in einem Verein. Ein Drittel bzw. 19 Befragte haben an Demonstrationen teilgenommen. Zehn waren in einer Bürgerinitiative tätig, vier in einer Partei und zwei in einer Gewerkschaft.

Ein Fünftel bzw. 13 Untersuchungsteilnehmende haben noch sonstiges gesellschaftliches Engagement genannt, und hier u. a. aufgeführt Kirchen, Museen, Elternbeirat, Kinderhilfswerk, Mehrfamilienhaus, Beteiligung am Ganztagesnagebot einer Grundschule, Jugendorganisationen, Wegewart sowie Kontaktaufnahme mit Politikern und Leserbriefe. Ein Fünftel bzw. zwölf Personen gaben an, sich nirgendwo gesellschaftlich aktiv zu engagieren.

Insgesamt konnte eine Stichprobe erzielt werden, die neben einer räumlichen Streuung über ganz Sachsen das zweite wichtige Samplingziel erfüllt, nämlich eine große Diversität der Befragten. Dies gilt insbesondere für die beiden wichtigen soziodemographischen Merkmale, Alter und Geschlecht, die sogar den Anteilen in der sächsischen Gesamtbevölkerung ähneln. Es kann aber bei einer Stichprobengröße von 61 Personen nicht davon ausgegangen werden, dass man Ähnlichkeiten mit der Grundgesamtheit in verschiedensten Merkmalen erzielen kann – und es war auch nicht unser Ziel oder erforderlich für diesen qualitativen Ansatz. Gleichwohl ist das recht hohe Bildungsniveau der Stichprobe bei den Ergebnissen und deren Interpretation zu berücksichtigen. Hinsichtlich der Parteipräferenz als möglicher relevanter Rahmenbedingung zu unserem Erkenntnisinteresse des Journalismus- und Demokratievertrauens findet sich im Sample auch eine ausreichende Varianz.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

4.8 Transkription der Leitfadeninterviews

Um die 61 geführten mündlichen Leitfadeninterviews auswerten zu können, mussten sie in schriftlicher Form aufbereitet werden. Durch diese Übertragung des gesprochenen Wortes in Schriftsprache entsteht ein Transkript und somit die Basis der wissenschaftlichen Analyse. Das Transkribieren ist eine regelgeleitete Verschriftlichung gesprochener (Alltags-)Sprache (vgl. Strübing 2018: 118). Die Transkription ist als Bestandteil des Forschungsprozesses zu verstehen, da sie die Daten für die Auswertung generiert (vgl. z. B. Przyborski & Wohlrab-Sahr 2021: 212-222, Fuß & Karbach 2019, Friebertshäuser et al. 2010, Lamnek & Krell 2016, Fuchs-Heinritz 2009, Flick et al. 2008).

Der Umfang unseres Interviewmaterials betrug 72 Stunden und 15 Minuten. Die Transkription wurde durch studentische Hilfskräfte mit Hilfe der Software f4 manuell durchgeführt. Dazu haben wir Regeln festgelegt, damit die Transkription einheitlich erfolgt und mit dem Ziel, verständliche, gut auswertbare Texte zu haben. In der qualitativen Sozialforschung finden sich dazu verschiedene Ansätze (vgl. z. B. Kallmeyer & Schütze 1976, Rosenthal 2005, Bohnsack 2010, Kuckartz 2018). Die Transkriptionsregeln unterscheiden sich dabei je nach Auswertungsfokus sowohl in ihrer Detailgenauigkeit als auch in den zur Anwendung kommenden Notationszeichen.

Da unser Auswertungsfokus auf dem Inhalt der Gespräche liegt, wurden die Regeln in ihrem Detaillierungsgrad so schlank wie möglich gehalten. Angewandt wurde ein Regelsystem nach Kuckartz (2018: 167-168). Nonverbale Phänomene wurden nur berücksichtigt, wenn sie das Gesagte unterstreichen sollten. Die Gespräche wurden in der Transkription von sprachlichen, grammatikalischen oder dialektischen Unebenheiten bereinigt und Füllwörter entfernt. Während längere Pausen oder besondere Betonungen in der Verschriftlichung vermerkt wurden, blieben zum Beispiel Sprechtempo, Akzent, Satzmelodie und Tonhöhe unberücksichtigt.

Informationen und Hinweise, die die interviewte Person hätten erkennen lassen können, wurden anonymisiert und die Transkripte formal vereinheitlicht. In einem vorletzten Schritt hat die Interviewerin alle Transkripte gegengelesen. Anschließend wurden den Gesprächen Zufallsnummern gegeben, die keinen Bezug zur Chronologie der Interviews haben, um eine vollständige Anonymisierung zu garantieren.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

4.9 Auswertungsverfahren

Die erstellten Transkripte der 61 geführten Leitfadengespräche stellten die Grundlage der Auswertung dar. Sie wurde mittels der Software MAXQDA durchgeführt. Ziel der Analyse war es, die Äußerungen der interviewten Personen zu kategorisieren und strukturieren. Anders als in vielen inhaltsanalytischen Verfahren, die ausdrücklich interpretativ oder hermeneutisch arbeiten, geht es uns nicht um die Aufdeckung latenter Bedeutungen bzw. um das Verstehen impliziter, nicht offen geäußerter oder unbewusster Wissensbestände. Wir haben uns daher gegen eine Vielzahl grundsätzlich denkbarer Ansätze, wie Grounded Theory (vgl. Glaser & Strauss 2010 [1967], Equit & Hohage 2016), qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (2022) oder gar psychologisch-psychoanalytische Tiefenhermeneutik (vgl. König 2000) entschieden.

Vielmehr haben wir die Erfassung und Strukturierung expliziter, konkreter Kommunikationsinhalte angestrebt (vgl. Lamnek & Krell 2016: 452). Wir unterscheiden uns damit bewusst von empirischen Arbeiten, die darauf abzielen, Äußerungen von Interviewten zu dekonstruieren, innere Widersprüche aufzudecken, eine verborgene Wahrheit herauszuarbeiten oder mutmaßlich dahinterstehende Einstellungen und Werte zu kritisieren. Dennoch ist jedes Beschreiben und Wiedergeben zwangsläufig mit einer Interpretations- und Deutungsleistung der Forschenden verbunden. Wir versuchen dabei aber, so nahe wie möglich bei den konkreten Äußerungen zu bleiben. Ziel ist, dass sich die befragten Bürgerinnen und Bürger mit ihrer subjektiven Sicht in unseren Beschreibungen wiedererkennen. Wir wollten die Sinnwelten der Interviewten beschreiben und die geäußerten Perspektiven, Motive, Erfahrungen und Einstellungen in systematisierter und verallgemeinerter Form widerspiegeln.

Eine Herausforderung für unseren Auswertungsprozess war aus forschungspraktischer Sicht der Umstand, dass wir deutlich mehr Interviews geführt haben als in qualitativer Forschung gemeinhin üblich ist. Dem lag die Entscheidung zugrunde, eine große Varianz an befragten Personen einzubeziehen und damit ein breites Bild zeichnen zu können. Gleichzeitig war es uns wichtig, individuelle Perspektiven in ihrer ganzen Vielfalt darzustellen (siehe Kapitel 4.4). Dadurch wurde für die Auswertung auch entsprechend Zeit benötigt. Teilweise wurde dies dadurch kompensiert, dass wir keinen stark interpretierenden Zugang verwendeten. Darüber hinaus mussten bestimmte Auswertungsschritte aber auch für unsere spezifischen

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Zwecke pragmatisch angepasst werden. Im Ergebnis stand als Analyseverfahren eine adaptierte Form der inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse nach Kuckartz (2018: 97-121).

Der Auswertungsprozess, der sich nach erfolgter Transkription und Überführung in MAXQDA anschloss, lässt sich in vier Schritte einteilen:

1. Erstkodierung
2. Strukturierung und Kategorienbildung
3. Ergänzende Kodierung
4. Darstellung mit Häufigkeiten

Im ersten Schritt wurden alle Transkripte offen kodiert (vgl. Rädiker & Kuckartz 2019: 70). Dabei wurde jeder Textabschnitt mit einem Code markiert, der als Antwort auf die jeweils gestellte Interviewfrage verstanden werden konnte. Inhaltlich distinkte Abschnitte wurden getrennt erfasst. Sofern noch kein passender Code vorhanden war, wurde ein neuer Code gebildet. Als Bezeichnungen der Codes wurden verkürzte inhaltliche Beschreibungen verwendet, die häufig direkt Formulierungen aus dem Material darstellten (»In-Vivo-Codes«; vgl. ebd.: 68).

Jeder neue Code wurde zudem mit einem Memo versehen, das den Inhalt näher beschreibt. Die Bildung der Codes erfolgte für jede der gestellten Leitfragen getrennt. Parallel wurden vereinzelt interessante Textstellen mit eigenen Codes außerhalb der Struktur der Leitfragen markiert. Im Laufe des Prozesses bildete sich ein gesättigtes Codesystem heraus, das bei den letzten erstkodierten Interviews ausreichte, um für (fast) alle relevanten Textstellen einen vorhandenen Code verwenden zu können.

Diese Erstkodierung, der mit Abstand aufwendigste Schritt der Auswertung, erfolgte durch zwei Autoren dieses Buches, die jeweils die Hälfte der Interviews abwechselnd in chronologischer Reihenfolge bearbeiteten. Diese Aufteilung der Interviews auf zwei Kodierer war zunächst ein notwendiger Schritt, um dem Materialumfang gerecht zu werden. Im Ergebnis wurden dadurch aber auch unterschiedliche Sichtweisen und Deutungen des Textmaterials eingebracht, was dem Ziel einer möglichst intersubjektiv nachvollziehbaren Analyse zugutegekommen sein dürfte. Die Interviewerin wurde bewusst nicht an der Erstkodierung beteiligt, um einen Blick auf das Material zu gewährleisten, der nicht durch Eindrücke und Erlebnisse aus den Interviewsituationen beeinflusst ist.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Es fand ein regelmäßiger Austausch der Kodierer untereinander und gemeinsam mit der Interviewerin sowie den mit der Transkription befassten Hilfskräften statt. Dabei konnten Fragen zu uneindeutigen Textstellen und Code-Zuordnungen geklärt werden, um zu gewährleisten, dass von beiden Kodierern vergleichbar gearbeitet wurde.

Mit dem zweiten Schritt, der Strukturierung und Kategorienbildung, wurde begonnen, das Codesystem zu verdichten. Dabei wurden die zahlreichen Codes zu inhaltlich passenden Kategorien zusammengefasst. Ausgangspunkt waren zumeist die am häufigsten vergebenen Codes, die mit selteneren, aber ähnlichen Codes unter einer allgemeineren Bezeichnung vereint werden konnten. Ziel dieses Schrittes war die Identifikation von Kernaussagen, die zahlreich oder zumindest mehrfach wiederholt vorkamen und einen zunehmenden Teil des Textmaterials inhaltlich beschrieben. Die Struktur und Anzahl der schlussendlich gebildeten Kategorien ergab sich auch in dieser Phase aus dem Material selbst und wurde nicht im Vorfeld theoretisch begrenzt.

Im dritten Schritt wurden Textstellen aus Codes bearbeitet, die im vorhergehenden Schritt noch keiner Kategorie zugeordnet werden konnten. Die Textstellen wurden noch einmal individuell unter der Frage betrachtet, ob sie bei erneuter Sichtung nicht doch zu einer der gebildeten Kategorien passen könnten. Bei Bedarf wurden sie zusätzlich entsprechend kodiert. Dadurch sollten Verzerrungen vermieden werden, die sich dadurch ergaben, dass aufgrund forschungspragmatischer Erwägungen nicht das gesamte Material der 61 Interviews noch einmal grundständig mit dem nun gebildeten Kategoriensystem gesichtet werden konnte.

Dies geschieht unter der Annahme, dass grundsätzlich alle relevanten Textstellen bei der Erstkodierung erfasst wurden. Statt das ganze Material neu zu sichten, wurden nur bislang unberücksichtigte relevante Stellen noch einmal betrachtet. Zu Beginn erfasste Textstellen, die man später mit einem ausdifferenzierteren Codesystem anders kodiert hätte, erhalten so noch einmal die Chance, Berücksichtigung zu finden.

Schließlich wurden im vierten Schritt zum Zweck einer übersichtlichen Darstellung für alle Kategorien Häufigkeiten ermittelt. Die ermittelten Häufigkeitswerte ermöglichen eine grobe Sortierung der Relevanz der gebildeten Kategorien innerhalb der Stichprobe, sollten aber angesichts der immer noch vergleichsweise geringen Personenzahl und der zwangsläufig subjektiven Anteile in der Auswertung mit Vorsicht interpretiert werden. Wir geben

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

dabei in der folgenden Ergebnisdarstellung nicht die Anzahl der unter einer Kategorie kodierten *Textstellen* an, sondern die Anzahl an *Interviews*, bei denen mindestens eine Textstelle entsprechend zugeordnet werden kann. Diese Angabe ist weniger anfällig für Verzerrungen durch einzelne Interviews und lässt sich besser ins Verhältnis zur Gesamtzahl der Interviews setzen und damit interpretieren.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

5. Ergebnisse

Im Folgenden werden die Inhalte der qualitativen Interviews mit 61 Personen in ganz Sachsen ausführlich dargestellt. Unser Ziel ist dabei, ein dichtes, deskriptives Bild unseres Materials zu bieten und damit unsere Beobachtungen zu dokumentieren, ohne diese hier bereits näher einzuordnen und zu analysieren (siehe dazu Kapitel 6). Ergänzt wird dieses Bild durch Angaben aus dem Fragebogen, den alle Teilnehmenden zusätzlich ausgefüllt hatten. Um einen guten Überblick über das Material zu vermitteln, geben wir im Folgenden für die unterschiedlichen Fragen und Themenkomplexe in Tabellenform an, wie oft welche Aussagen vorkamen. Dabei wird jeweils angegeben, in wie vielen Interviews eine Aussage mindestens einmal geäußert wurde. Die Codes werden darauf aufbauend jeweils inhaltlich näher erläutert und mit ausgewählten Zitaten aus den Interviews verdeutlicht. Grundsätzlich lassen wir dabei die Aussagen für sich stehen. Nur einige wenige faktisch offensichtlich falsche Aussagen haben wir kommentiert.

5.1 Begriffsverständnis von Vertrauen

Zu Beginn jedes Interviews wurde zum Heranführen an das Thema zunächst nach dem Verständnis des Begriffs »Vertrauen« gefragt. Mit der Formulierung »*Wenn Sie einmal ganz allgemein Vertrauen definieren müssten, was bedeutet das für Sie? Denken Sie an Freunde, Familie, den Job – was bedeutet Vertrauen da?*« sollte einerseits das Gespräch zwischen Interviewerin und interviewter Person in Fluss gebracht und die Befragten andererseits rational wie emotional, von ihrer unmittelbaren Lebenswelt ausgehend, auf die abstrakteren Themen Medien- und Politikvertrauen eingestimmt werden.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Tab. 3: Verständnis des Begriffs Vertrauen

Code	Anzahl
Sicherheit/Angstfreiheit	28
Verlässlichkeit	26
Ehrlichkeit	21
Vertraulichkeit/Verschwiegenheit	7
Gegenseitige Unterstützung	6
Intuitives Empfinden/Gefühl	5
Gegenseitige Verbundenheit	5
Geteilte Meinungen	4
Akzeptanz	4
Zukunftsgerichteter Vorschuss/Vorleistung	3

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61), ab 3 Interviews

In 28 Interviews (siehe Tab. 3) wurde Vertrauen mit den Gefühlen (bzw. Bedürfnissen) Sicherheit und Angstfreiheit assoziiert:

> »Also das heißt eigentlich, dass ich mich einer Person anvertrauen kann, indem ich ihr etwas sagen kann und weiß, dass es nicht gegen mich verwendet wird oder an andere weitergegeben wird, dass die einen unterstützt. […] Die Person hintergeht einen nicht.« (T50)

> »[D]ass man keine Geheimnisse hat, in dem Sinne, mit denen man dann Absichten verfolgt oder irgendetwas zu seinem eigenen Besseren herausholen will. Oder ja, also es ist schwer, dieses Gefühl so zu beschreiben. Weil, ja… es ist auch so ein warmes Gefühl, dass man sich geborgen fühlt.« (T25)

In fast ebenso vielen Gesprächen wurde ein Bezug zu menschlichen Charaktereigenschaften wie Verlässlichkeit (26-mal) und Ehrlichkeit (21-mal) hergestellt – also Eigenschaften, die geeignet sind, das oben genannte Sicherheitsgefühl hervorzurufen bzw. das Bedürfnis nach Angstfreiheit zu erfüllen:

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

> »Dass Dinge so passieren, wie sie vereinbart waren. Wie sie im allgemeinen Wertekontext vereinbart sind. In einer Beziehung hat man ja bestimmte Werte, die einen zusammen verbinden. Dass man sich darauf verlassen kann, dass diese Werte dann so auch gelebt werden.« (T06)

> »Ich glaube, Vertrauen bedeutet für mich…, wenn ich an persönliche Sachen denke, hat das was mit einer Zuverlässigkeit zu tun und mit einem Gewogen-Sein zu tun. Das heißt, […] dass ich mich auf die Menschen verlassen kann, im Sinne von einer Absehbarkeit, was passieren wird, wie die Menschen reagieren werden, wie die Menschen sind, wirklich sind und dass ich mich darauf verlassen kann, dass sie das, was sie sagen, auch meinen und was sie meinen, auch tun.« (T43)

> »Wahrheit, Ehrlichkeit, so etwas in der Richtung. Und dass man sich auch daran hält, was man ausgesprochen hat. Dass man nicht ausgetrickst wird.« (T59)

Weit abgeschlagen in der Häufigkeit der Nennungen kamen die Punkte, dass Vertrauen auch mit Vertraulichkeit bzw. Verschwiegenheit, mit gegenseitiger Unterstützung oder Verbundenheit und mit geteilten Meinungen (also auch politisch-weltanschaulicher Nähe) zu tun hat. Ein Verständnis von Vertrauen als einen in die Zukunft gerichteten Vorschuss bzw. als Vorleistung, wie in der Forschungsliteratur häufig genannt (siehe Kap. 2.1), kommt in den Interviews nur selten vor.

5.2 Verhältnis zum Journalismus

5.2.1 Nutzung journalistischer Medien

Als Einstieg in den Themenbereich Medienvertrauen wurden die Interviewten nach den von ihnen genutzten Medien gefragt. Dabei wurde explizit nach journalistischen Medien gefragt, was durch eine vorangestellte Definition gewährleistet werden sollte (siehe Leitfaden im Anhang). Von der Nutzung kann jedoch nicht auf Vertrauen in diese Medien geschlossen werden. Die Befragten betonten teilweise explizit ihre kritische Distanz zu den von ihnen angegebenen Medien.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Neben der Nennung genutzter Einzelmedien äußerten sich einige Personen auch grundsätzlich zu ihrem Verhältnis zu bestimmten Mediengattungen. 14 der 61 Interviewten gaben an, kaum oder gar kein Fernsehen zu nutzen, zehn äußerten sich so zu Radioprogrammen und weitere drei zu Printangeboten. Allein sieben Interviewte meinten, sich grundsätzlich eher oder ganz von journalistischen Medien fernzuhalten.

Insgesamt machten 52 Personen mindestens eine Aussage zur Nutzung eines journalistischen Printmediums (siehe Tab. 4). In diesem Bereich haben regionale Tageszeitungen die größte Bedeutung: Im Sample wurde vor allem die *Sächsische Zeitung* (Hauptsitz in Dresden) und die *Freie Presse* (Hauptsitz in Chemnitz) gelesen, deutlich weniger die *Leipziger Volkszeitung*, die *Dresdner Neuesten Nachrichten* und die *Torgauer Zeitung*. Außerdem nutzen drei Befragte die in der Oberlausitz in ostsorbischer Sprache erscheinende Tageszeitung *Serbske Nowiny*. Darüber hinaus wurden überregionale Tageszeitungen (u. a. *Die Welt*, *Bild*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*), Wochenzeitungen (*Die Zeit*, *Welt am Sonntag*) und Magazine (*Der Spiegel*, *Focus*, *Stern*) sowie die anthroposophische Zeitschrift *Info3* jeweils von mehreren Personen genannt.

Im Rundfunkbereich (Fernsehen und Radio) nutzen 56 der 61 Interviewten Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (siehe Tab. 5), während privater Rundfunk nur auf 19 Erwähnungen kam (siehe Tab. 6). Am häufigsten wurden die Angebote des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) angeführt (bei 38 Interviews). Hier überwogen die Radiosender, von denen in 29 Interviews mindestens einer genannt wurde, vor dem MDR-Fernsehen, dessen Nutzung in elf Interviews erwähnt wurde. Beinahe ebenso häufig wurden Angebote im Ersten (ARD) geschaut (34), vor allem die *Tagesschau* (25), die *Tagesthemen* (7) und die Talkshow *Anne Will* (4). Das ZDF wurde nach eigenen Angaben von 21 Interviewten genutzt, wobei die Nachrichtensendung *heute* von sechs Personen genannt wurde, gefolgt vom *heute-journal* (5) und der Talkshow *Markus Lanz* (3). 20 der 61 Befragten hören zudem Sender des Deutschlandradios (Deutschlandfunk, Deutschlandfunk Kultur oder Deutschlandfunk Nova).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Tab. 4: Nutzung von Einzelmedien – journalistische Printmedien

Medium	**Anzahl**
Sächsische Zeitung	18
Freie Presse	17
Die Zeit	11
Die Welt/Welt am Sonntag	10
Der Spiegel	10
Leipziger Volkszeitung	8
Bild	7
Frankfurter Allgemeine Zeitung	7
Focus	6
Süddeutsche Zeitung	5
Stern	4
Serbske Nowiny	3
Torgauer Zeitung	3
Dresdner Neueste Nachrichten	3
Neue Zürcher Zeitung	3
Taz	2
Info3	2

Anzahl der Interviews, in denen die Nutzung des Mediums genannt wurde (n= 61), ab 2 Interviews

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Tab. 5: Nutzung von Einzelmedien – Öffentlich-rechtliches Radio und Fernsehen

Medium	Anzahl
Mitteldeutscher Rundfunk	38
Das Erste/ARD	34
ZDF	21
DLF/DLF Kultur/DLF Nova	20
Arte	6
Bayerischer Rundfunk	4
Phoenix	3
Rundfunk Berlin-Brandenburg	3
3sat	2
ZDFneo/ZDFdoku	2

Anzahl der Interviews, in denen die Nutzung des Mediums genannt wurde (n= 61), ab 2 Interviews

Bei journalistischen Angeboten des privaten Rundfunks wurde RTL am häufigsten erwähnt (10), gefolgt von *Radio PSR* (5).

Tab. 6: Nutzung von Einzelmedien – Privates Radio und Fernsehen

Medium	Anzahl
RTL	10
Radio PSR	5
Absolut Oldie Classics	2
Sat.1	2
N-TV	2
Radio Energy	2

Anzahl der Interviews, in denen die Nutzung des Mediums genannt wurde (n= 61), ab 2 Interviews

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Reiner Online-Journalismus, der über digitale Angebote der bereits genannten Medien hinaus geht, wurde im Sample nur vereinzelt angegeben. Mehr als einmal wurden lediglich das Nachrichtenportal *t-online* (3) und das Onlinemagazin *Tichys Einblick* (2) angeführt.

Weitere nicht dezidiert journalistische Online-Quellen, über die aber zumindest partiell auch journalistische Inhalte verbreitet werden, kamen jedoch häufiger vor, obwohl wir nicht danach gefragt hatten. So gaben elf der 61 Personen an, sich über Social Media zu informieren, fünf nannten Suchmaschinen als Mittel für eigene Recherchen, drei weitere Podcasts. Instant-Messaging-Tools (*Telegram*, *WhatsApp*) sowie Streamingdienste (*Spotify*, *Netflix*) kommen auf je zwei Nennungen.

Neben diesen diversen digitalen Kanälen wurden vereinzelt auch weitere Quellen aufgeführt, die nicht oder nur bedingt unserer Definition von journalistischen Medien entsprechen, darunter Medien, die häufig als Alternativmedien bezeichnet werden (vgl. Schwaiger 2022, Holt et al. 2019), von *AUF1* bis zum *Compact*-Magazin. Die Interpretation dieser Angaben ist dabei nur begrenzt möglich: Vielleicht haben diese Medien für manche Befragten denselben gesellschaftlichen Rang wie etablierte Medien (im Sinne von Glaubwürdigkeit und Reputation), vielleicht wurde die Frage aber auch so verstanden, dass alle persönlich relevanten Informationsquellen genannt werden sollten.

Insgesamt scheint die Bedeutung etablierter Medien bei unseren Befragten jedoch zentral. Bis auf eine Person gaben alle an, mindestens ein solches Medium selbst zu nutzen.

5.2.2 Ausmaß des Journalismusvertrauens

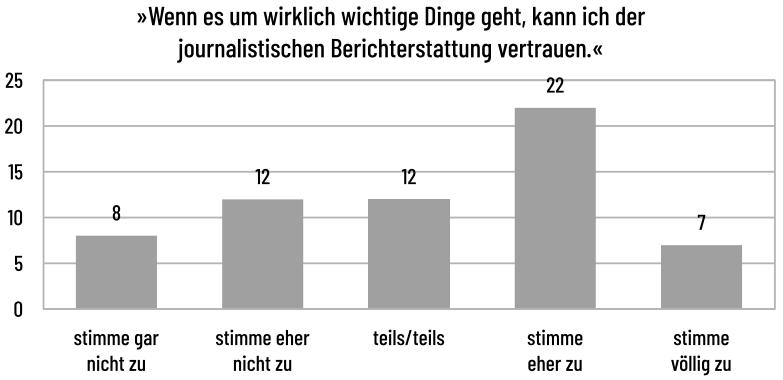
Das grundlegende Ausmaß des Journalismusvertrauens in unserem Sample lässt sich aus den Fragebogen-Angaben ablesen, die die Befragten jeweils nach dem Interview machten und die in der Auswertung zur Wahrung der Anonymität nicht mit dem Interviewtranskript verknüpft wurden. Wie in Abbildung 10 zu sehen ist, spricht knapp die Hälfte der Befragten der Berichterstattung das Vertrauen aus: 29 Personen stimmten der entsprechenden Aussage völlig oder eher zu, 20 Personen sortierten sich auf der misstrauischen Seite ein und zwölf waren unentschieden. Insgesamt tendierte unser Sample also sogar leicht in die vertrauende Richtung. Eine Mehrheit lehnte auch die »Lügenpresse«-These in Reinform ab, also dass die Bevölke-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

rung von den Medien systematisch belogen werde (siehe Abb. 11). Tatsächlich verwendeten nur vier Befragte von sich aus und (teilweise) bejahend den Begriff »Lügenpresse«, allerdings wurde in deutlich mehr Gesprächen polemische und pauschale Medienkritik ohne dieses Wort geübt. Das mediale Repräsentationsgefühl – also die Wahrnehmung, die eigene politische Meinung werde gespiegelt – ist auch nicht überragend hoch: Nur 20 Personen bestätigten eine solche Wahrnehmung, während 22 sich nicht oder zu wenig repräsentiert sahen. Mit 19 Befragten sortierten sich auffallend viele bei der unentschiedenen Mitte ein (siehe Abb. 12).

Dies sind die Daten aus den begleitenden Kurzfragebögen. In den Interviews dominierte bezüglich des Journalismus die Kritik aber deutlich. Das ist nicht verwunderlich, da solche Gespräche naturgemäß eher problemzentriert ausfallen. Interessant ist, dass die Mehrzahl der Befragten – nämlich 36 – sowohl Vertrauen als auch Misstrauen äußerten und begründeten. Hingegen artikulierten 22 Interviewte nur Misstrauen, und drei zeigten sich in ihren Ausführungen ausschließlich vertrauend.

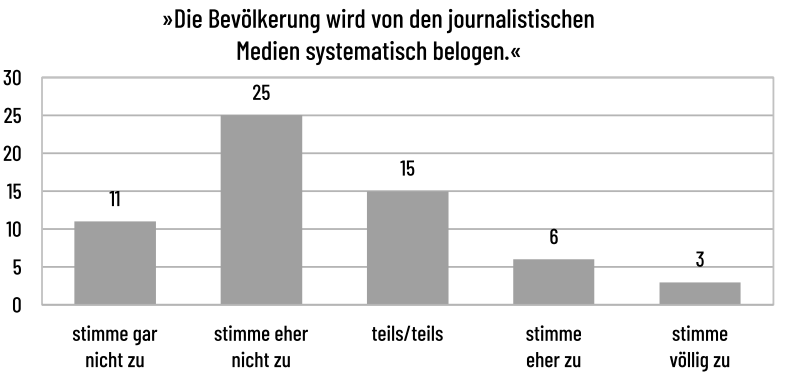
Abb. 10: Generelles Vertrauen in Berichterstattung



Häufigkeiten gemäß quantitativer Erfassung mittels Fragebogen am Rande der Interviews (n=61)

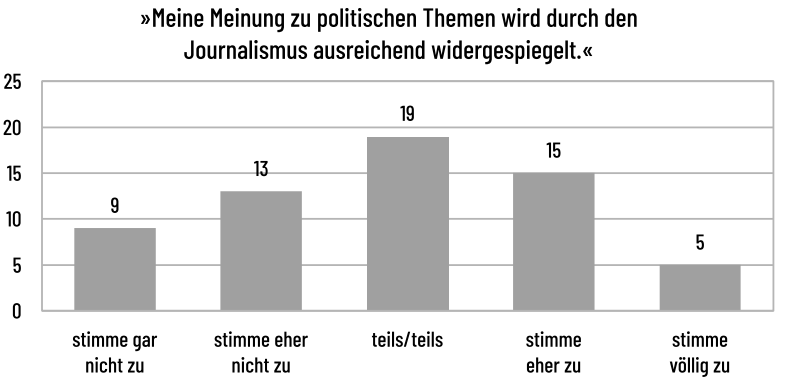
https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Abb. 11: Zustimmung zum Lügenpresse-Vorwurf



Häufigkeiten gemäß quantitativer Erfassung mittels Fragebogen am Rande der Interviews (n=61)

Abb. 12: Mediales Repräsentationsgefühl



Häufigkeiten gemäß quantitativer Erfassung mittels Fragebogen am Rande der Interviews (n=61)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

5.2.3 Gründe für Vertrauen in Journalismus

Um den Gründen für das bestehende Ver- bzw. Misstrauen näher zu kommen, wurde in den Leitfadeninterviews nach der Frage zur Mediennutzung nun direkt nach dem Vertrauen in journalistische Medien gefragt: »*Sie haben jetzt einige Medien genannt, die Sie nutzen. Wie sehr vertrauen oder misstrauen Sie den etablierten journalistischen Medien?*« Falls der Erzählfluss zu Ausmaß und Gründen des Vertrauens oder Misstrauens nicht ausreichend angeregt war, stellte die Interviewerin konkretere Nachfragen, etwa wie sehr das Gegenüber das Gefühl hat, die eigene politische Meinung oder Themen, die einem persönlich wichtig sind, wiederzufinden. Im Folgenden stellen wir zunächst genannte Gründe für Vertrauen in Journalismus vor.

Tab. 7: Gründe für Vertrauen in Journalismus

Code	Anzahl
Wichtige Themen sind angemessen repräsentiert	17
Generelles großes Vertrauen (ohne besonderen Grund)	16
Wahrheit/zutreffende Fakten	8
Medien halten professionelle Grundsätze ein	8
Meinungsfreiheit bzw. -vielfalt ist gegeben	7
Absolute Objektivität oder Vollständigkeit ist unmöglich	7
Eigene Meinung ist angemessen repräsentiert	5
Journalismus ist unabhängig von Politik	5
Grundvertrauen mit gesunder Skepsis (ohne Details)	5

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61), ab 4 Interviews

Die Ergebnisse in Tabelle 7 zeigen, dass die angemessene Repräsentation wichtiger Themen, zutreffende Fakten in der Berichterstattung und eingehaltene professionelle Grundsätze die häufigsten Argumente sind, warum Befragte dem Journalismus vertrauen.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Wichtige Themen sind angemessen repräsentiert

Möglicherweise bedingt durch die jeweils gestellte Nachfrage nach dem medialen Repräsentationsgefühl, landete die angemessene Repräsentation wichtiger Themen auf Platz 1 der genannten Gründe für Medienvertrauen und noch einmal auf einem hinteren Platz, was die Repräsentation der eigenen Meinung betrifft:

> »Genau, diese Themen sehe ich eigentlich gerade in letzter Zeit relativ gut repräsentiert. Die Klimaproblematik ist in Hülle und Fülle in der Presse verfügbar, es ist glasklar von der Wissenschaft, von einer wissenschaftlichen Herleitung über Jahrzehnte, hat es jetzt ausreichend auch in der Presse Beachtung gefunden. Das sind hochwertige Artikel, finde ich auch, die es dazu gibt.« (T20)

> »Aber was allgemein politische Meldungen betrifft, bin ich eigentlich nicht so kritisch, muss ich sagen. Ich kann nicht sagen, dass ich mich völlig nicht verstanden fühle oder dass da irgendein Spektrum fehlt, was ich gerne sehen würde, hören würde. Da bin ich im Allgemeinen ganz einverstanden.« (T05)

Zwei Interviewte betonten in diesem Zusammenhang die Breite des vorhandenen Angebotes und die sehr guten eigenen Wahlmöglichkeiten:

> »Ja, es liegt ja an mir, wie viel ich mich informiere und wo ich meine Informationen raushole. Ich habe da ja viele Möglichkeiten und die gibt es ja. Und damit ist das Gefühl da, ja.« (T04)

> »Ich suche mir die Sendungen raus, die mich interessieren. Was mich eigentlich interessiert, ist eigentlich schon Politik, Umwelt und Kinder, Bildung und so weiter. Das finde ich schon, das wird gut in den Medien abgebildet.« (T16)

Mehrere Personen bezogen sich auf häufig geäußerte Kritik an Einseitigkeiten oder Auslassungen in der Berichterstattung zu Themen wie dem Ukraine-Krieg und der Corona-Pandemie und distanzierten sich davon, argumentierten dagegen oder kritisierten implizit die Kritiker:

> »Also, ich bin da nicht so. Ich glaube, da gibt es andere Gruppen, die das eher problematisch finden, die dann sagen, dass das, was eigentlich stimmt, aus-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

> geblendet wird. Das würde ich jetzt eigentlich für mich nicht unbedingt sagen. […] Klar, ein vollumfängliches Bild kann man nie abbilden für jeden, aber grundsätzlich fühle ich mich da jetzt schon gut und auch umfassend informiert. Das würde ich schon sagen.« (T40)

> »Es werden aus meiner Sicht immer beide Positionen tatsächlich vermittelt. Ich muss nur gewillt sein, beide Seiten zur Kenntnis zu nehmen.« (T35)

Gegen spezifische Medienkritik in Sachen Ukraine-Berichterstattung[22] fand sich die Argumentation, dass eine russlandkritische bzw. westzentrische Grundhaltung eben die Mehrheitsmeinung in Deutschland abbilde und dass es trotzdem zu einzelnen Aspekten des Themenkomplexes kritische Beiträge gebe:

> »Aber nichtsdestotrotz kann ich jetzt keine Schädigung des Meinungsbildes durch die Medien sehen. Also sagen wir einfach jetzt, eine *Süddeutsche* oder ein *Spiegel* schreiben jetzt natürlich viel über den Ukraine-Krieg. […] Das wird natürlich in die Richtung geschrieben: Die Russen sind die Bösen. Das ist jetzt einfach mal das Statement und da kann man natürlich fragen: ›Ist es einseitig?‹ Aber es werden dann auch immer wieder Artikel gebracht: Wie viel bringt denn überhaupt eine Sanktion? Ist das, was wir machen, überhaupt sinnvoll? Welche Auswirkungen hat das? Man kann das alles sagen: Okay, das ist sehr einseitig. Es spiegelt sicher unsere eingefahrene westliche Meinung. Aber diese westliche Meinung ist vielleicht auch einfach da. Und was soll jetzt ein Medium anderes schreiben? Also es kann natürlich kritische Stimmen dazu bringen und das tut es auch, aber es spiegelt auch nur die Meinung einfach wider. […] Es ist ein Abbild unserer Gesellschaft.« (T07)

In Sachen Corona-Berichterstattung konzedierte eine Person das politische Trial-and-Error in der Pandemiebekämpfung und bescheinigte den Medien, die Lage angemessen abgebildet zu haben:

> »Da bin ich aber nicht der Meinung, dass das jetzt irgendwie immer schädlich ist oder alles Lüge ist. Das muss man immer so und so sehen. Gerade diese

22 Als Russland am 24. Februar 2022 den Angriffskrieg gegen die Ukraine begann, waren bereits 24 Interviews (November 2021 bis Februar 2022) geführt.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

> Corona-Richtung… Ich war immer der Meinung, es ist für alle neu. Da den richtigen Weg zu finden, war für alle schwer, ist es immer noch. […] Und die Medien haben ausgewertet, was ist. Wo sie das nun alles dann immer her hatten, die Zuarbeiten, da hat man jetzt keinen Einblick, aber dass ich da jetzt sage: ›Das ist alles falsch!‹, bin ich nicht der Meinung.« (T36)

Dieselbe Person argumentierte außerdem, dass sie die Corona-Berichterstattung »auch selbst in meinem eigenen Bereich nachvollziehen« konnte, also im eigenen »Umfeld«. Ähnlich sagte eine befragte Person mit einer Verwandten im Gesundheitsbereich:

> »Das ist zum Beispiel die große Sache bei der ganzen Corona-Debatte, dass dort die Fakten nicht mehr für jeden gleich sind. Die Fakten zeigen, dass Geimpfte weniger oft auf der ITS [Intensivstation, Anm. d. Aut.] landen. Das berichten die Medien. Aber das erfahre ich auch von meiner Tante, die wirklich Schwester auf der ITS ist und die sagt: ›Von 14 Leuten auf der ITS sind nun mal 14 ungeimpft […].‹ Dann weiß ich: Die Realitäten, die mir im Fernsehen als Nachrichten verkauft werden, stimmen mit der Realität überein. Und dann bestärkt mich das in meiner Meinung, sodass ich sage: Okay, ich lasse mich impfen. Dort finde ich, dass bei den Öffentlich-Rechtlichen sehr gut die Faktenlage dargestellt wird.« (T58)

Weitere Gründe

In 16 Interviews wurde ein hohes Vertrauen in Medien geäußert, ohne dafür ausdrückliche Gründe anzugeben. Mit deutlich weniger Nennungen kommen dann weitere konkrete Gründe für Medienvertrauen, zum Beispiel dass Medien professionelle Grundsätze einhalten und dass sie wahrheitsgemäß berichten (je acht Interviewte):

> »Also denen vertraue ich eigentlich. […] Ich kann das nicht nachvollziehen, wenn dann geschrien wird: »Das ist Lügenpresse«, dabei stehen die dort, sagen wir jetzt mal das Fernsehen mit der Kamera. Die tun ja genau das filmen, was da passiert. Da wird nicht irgendwo gelogen.« (T17)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Sieben Interviewte gestanden bei der Begründung ihres Medienvertrauens zu, dass absolute Objektivität oder Vollständigkeit unmöglich ist, und zeigten damit die Bereitschaft, den Redaktionen auch fehlende Themen oder Parteilichkeiten durchgehen zu lassen. In fünf Interviews wurde explizit als Grund für Medienvertrauen die Unabhängigkeit von der Politik genannt:

> »Ich empfinde unsere freien Öffentlich-Rechtlichen als frei und wirklich in ihrer Machart so frei, dass ich weiß: das ist *unabhängige* Berichterstattung. Zumindest schätze ich das so ein.« (T58)

> »Also ich glaube schon an die Unabhängigkeit der Medien. Also, da bin ich zutiefst überzeugt. Also dann würde für mich, weiß ich nicht, aber das Grundgesetz und die Freiheit der Medien, Freiheit der Kultur und so weiter. […] Ja, also ein bisschen ans Grundgesetz glaube ich, und ich glaube, dass es bestimmte Rechte gibt und dass ein Journalist sich eigentlich nicht verbiegen muss, weil er eigentlich vom Grundgesetz geschützt ist.« (T26)

Letztgenanntes Zitat stammte von einer Person, die unmittelbaren Kontakt mit Politikerinnen und Politikern auf Landesebene und persönlichen Austausch mit Redakteurinnen und Redakteuren des MDR pflegt. Auch wenn es Verfehlungen Einzelner gebe, bekräftigte diese Person: »Ich würde das niemals unterstellen, dass ein Journalist käuflich ist, per se nie. Der ist unabhängig und berichtet unabhängig.« Auch drei weitere Interviewte brachten ihr Medienvertrauen in Zusammenhang mit persönlichen Bekanntschaften bzw. Erfahrungen mit Journalistinnen und Journalisten.

5.2.4 Gründe für Misstrauen gegen Journalismus

Wie im vorigen Abschnitt erwähnt, formulierten 58 der 61 Befragten in den Leitfadeninterviews mindestens einmal Misstrauen gegen etablierte Medien (wobei 22 ausschließlich Misstrauen und 36 weitere *auch* Vertrauen artikulierten). Schaut man sich die meistgenannten Gründe für dieses Misstrauen in Tabelle 8 an, so kann man die meisten davon in zwei große Blöcke an Kritikpunkten einsortieren: zum einen »Tendenz-Kritik«, also der Eindruck, dass die Berichterstattung einer politischen Richtung bzw. Agenda folgt und bestimmte Meinungen oder Tendenzen durchsetzen will, oder zum anderen »Kommerz-Kritik«, also der Eindruck, dass Berichterstattung

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

aus wirtschaftlichen Gründen übermäßig zugespitzt, oberflächlich oder sensationsgetrieben ist. Diese von uns vorgenommene Unterteilung hat ihre Unschärfen, da etwa unkritische Berichterstattung, die Skandalisierung bestimmter Sachverhalte oder eine Eintönigkeit bzw. Einheitlichkeit der Nachrichten sowohl politische als auch wirtschaftliche Gründe haben kann, soll aber eine grobe Orientierung in der Vielzahl der Argumente geben.

Tab. 8: Gründe für Misstrauen gegen Medien

Code	Anzahl	Tendenz-Kritik	Kommerz-Kritik
Medien sind einseitig, tendenziös, parteilich, nicht neutral, nicht ausgewogen	34	×	
Fehlende Themen/Repräsentationslücken	30	×	
Skandalisierung/Sensationalismus	23		×
Medien sind gekauft/gelenkt/nicht unabhängig	22	×	
Medien geben Meinung vor/Medien belehren und erziehen	21	×	
Medien üben moralischen Druck aus (»…dann bist du gleich der Nazi/Querdenker«)	18	×	
Eigene Erfahrungen mit Journalistinnen und Journalisten	16		
Manipulation/Propaganda	15	×	
Kommerzialisierung der Berichterstattung	15		×
Eintönigkeit/Einheitlichkeit der Nachrichten	13	×	
Oberflächlichkeit/Verknappung der Inhalte	11		×
Medien sind zu unkritisch/schwimmen mit dem Strom	11	×	
Themenverdrossenheit (zu viel Krieg, Pandemie…)	9		
Medien veröffentlichen zu schnell	7		×
Nachrichten sind zu wenig konstruktiv	6		
Kritik am Gendern und an »Wokeness«	4	×	

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61), ab 4 Interviews

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Tendenz-Kritik

Einseitigkeit und Parteilichkeit

Spitzenreiter der Medienkritik ist der Vorwurf, die Berichterstattung sei politisch tendenziös, einseitig, nicht neutral bzw. nicht ausgewogen – diesen erhebt mehr als jeder Zweite im Sample (34 Befragte). Eine Person berichtete, wie sich mit Beginn der Corona-Pandemie ihre Wahrnehmung von Medieninhalten radikal wandelte. Vorher dienten ihr öffentlich-rechtliche Sender und die Regionalzeitung als Informationsquellen – nun nutzt sie sie

> »nur um darin zu suchen, wo tendenziös berichtet wird. Ich gucke mit Argusaugen drauf und sehe auch sofort… Es ist wirklich verrückt, wie sich mein Blick geändert hat, wo ich früher darüber hinweggelesen habe. Heute denke ich: ›Mein Gott! Schon die Überschrift ist – ich will nicht sagen gelogen – aber doch schon eine Behauptung.‹ Ich sehe das jetzt sofort.« (T57)

Drei andere Personen meinten ähnlich, dass das Problem nicht sei, dass die Medien lügen würden, sondern dass sie selektieren, Fakten aussortieren oder in einen Meinungstenor einfärben:

> »[…] es ist eigentlich unlogisch, wenn ich das sage, aber ein direktes Misstrauen, dass die mich falsch informieren, habe ich nicht. Sie informieren mich schon, aber total gefärbt, tendenziös, Schubladendenken und gefiltert nach deren Ermessen. Lügen, Falschinformationen, seltenst. […] Den Fehler machen die nicht mehr oder kaum noch, zumindest nach meinem Empfinden. Aber die filtern das, die bringen den Kram, den die für schrecklich wichtig halten.« (T42)

> »Pegida, damals, Dresden. Was haben sie gesagt: ›Lügenpresse‹. Das war vielleicht nicht richtig, aber die lassen viele Sachen weg. Die lügen nicht, in diesem Sinne, eine *Tagesschau* nicht oder das *heute-journal*, aber die lassen Fakten weg. Da kann man darüber reden, was das dann ist. Volksverdummung? Oder was ist es?« (T10)

> »Ich finde auch schlimm, wenn man sich hinstellt und brüllt ›Lügenpresse‹, habe ich auch ein Problem damit. Aber man kann ja die Menschen teilweise

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

> verstehen. Man kann sie ja inhaltlich, und das ist schlimm, sogar verstehen. […] Also was willst du da sagen, es ist keine Lügenpresse, natürlich lügen die nicht. Aber sie lassen eben alles weg, was ihnen nicht gefällt oder was da nicht gerade in die Meinungen reinpasst.« (T23)

Bei einem genaueren Blick in die 34 Interviews zeigt sich, dass diese Kritik am häufigsten in Zusammenhang mit Berichterstattung über die Corona-Pandemie (15-mal), die Ukraine und Russland (13-mal) und den Komplex Migration/Flucht/Asyl/Pegida (4-mal) angebracht wurde. Kritisiert wurde etwa, dass »alle Pegida-Menschen oder alle Corona-Gegner oder Demonstranten […] ja eher negativ dargestellt« würden (T46) und dass Informationen über Nebenwirkungen von Corona-Impfstoffen »unter den Teppich gekehrt« worden seien (T45). Im Fall Ukraine/Russland werde ein märchenartiges Gut-Böse-Bild gezeichnet, die Zustimmung der Deutschen für Waffenlieferungen übertrieben dargestellt oder die Vorgeschichte von Russlands Angriff nicht erzählt:

> »Wenn dann irgendwie noch in einer Diskussion auftaucht: ›Wir müssten doch mindestens bei der Krim anfangen zu gucken oder bei dieser Maidan-Revolution oder wie auch immer.‹ Und dann wird gesagt: ›Nein, das müssen wir nicht mit beleuchten.‹ Dann denke ich: ›Was wollt ihr *denn* beleuchten?‹ Bei anderen Sachen, wenn es zum Beispiel um Israel geht, da wird unsere Schuld aus dem Zweiten Weltkrieg immer hervorgeholt. Dann müsste man doch jetzt unsere Schuld gegenüber Russland auch mal hervorholen. Das ist noch etwas, was mich richtig aufregt, dieses Messen mit zweierlei Maß. Wenn es passt, dann messe ich ganz genau. Und wenn es mir nicht passt, dann lasse ich das.« (T09)

Dieselbe Person hat entsprechend den Verdacht, dass Absicht dahintersteht: »Und ich fühle mich, als ob man mich lenken möchte, indem man nur die Teile präsentiert, die gar keine anderen Schlüsse zulassen« (T09).

In vier Interviews wurde auf ähnliche Art die Klima-Berichterstattung kritisiert. Eine Person sagte:

> »[…] also das Klima kommt schon vor, aber auch nur in einer monokausalen Beurteilung, festgefahren bis zum Gehtnichtmehr und überhaupt nicht offen für all das, was es noch an Wissen daran ringsum gibt.« (T25)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Eine weitere Person, die oft Leserbriefe schreibt, bemängelte ähnlich: »Also wenn man über Klimawandel keine linientreuen Meinungen vertritt, dann kommt es überhaupt nicht. Überhaupt nicht. Das braucht man gar nicht einzuschicken« (T49). Eine dritte, für die die Grünen der »politische Feind« sind, forderte von der »seriösen Wissenschaftsberichterstattung«, dass sie »gegen alle scheinbaren Widerstände« auch einmal fragt, was »denn der Klimawandel eigentlich auch für Chancen« mit sich bringe (T18). Und eine vierte bemängelte Recherchedefizite »bei den wichtigen Themen – Pandemie, Ukraine-Krise, Klimawandel«; sie sehe da »nicht mehr so viele leuchtende Beispiele an investigativen Journalisten. Und die, die ich kenne, die gehen alle zu den alternativen Medien« (T09).

Als nicht neutral wurde die Israel-Berichterstattung von einer Person beurteilt, die persönliche Kontakte im Land angibt:

> »Und wenn ich dann höre, erlebe und sehe, *wie* die etablierten Medien ARD, ZDF – ZDF ganz besonders – tendenziell [gemeint ist wohl tendenziös, Anm. d. Aut.] berichten über Israel, dann ist bei mir jegliches Vertrauen weg. […] Bei jeder Nachricht, die über Israel kommt, sind die Palästinenser die Guten und die Israelis die Schlechten. Es gibt nie eine Nachricht, wo das mal umgedreht ist. Aber die tatsächliche Situation vor Ort wird mir von Leuten aus Israel ein bisschen anders dargestellt.« (T34)

Während in sozialen Medien der Lügenpresse-Vorwurf oft mit »links« oder »links-grün« attribuiert wird, nahmen unsere Befragten eher selten Links- oder Rechts-Charakterisierungen vor. Während eine Person kritisierte, dass deutsche Medien im US-Präsidentschaftswahlkampf 2016 gegen den »links außen« stehenden Kandidaten Bernie Sanders »gehetzt« hätten, weil der im Erfolgsfall eine »links-soziale Politik mit guten Sozialleistungen gemacht« hätte (T52), bescheinigten sechs Interviewte den Medien eine linke Schlagseite. Die Medien berichteten

> »[…] einseitig, von der Mitte bis links. Nicht ausgewogen. […] Ich habe nichts gegen links. Ein Linker soll seine Dinge verteidigen. Aber ich möchte objektiv informiert werden.« (T08)

> »Man findet es wieder, dass die Medien eigentlich sehr links geprägt sind und Dinge, wie zum Beispiel ein großes Übermaß an Flüchtlingsströmen,

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

> die gerade über uns kommen – diese Themen, die die Leute hier gerade in der Region, in der ich wohne, sehr verunsichern, die finden keinen Weg in die Medien.« (T39)

> »Die vorgefertigte, linkssozialistische Meinung – und ich bin ganz bestimmt auch ein sehr linksliberaler Mensch –, aber das, was hier an vorgefertigter Meinung kommt, das wollen die Leute nicht. Das verstehen die nicht. Das glaube ich.« (T23)

> »Die Medien manipulieren die Öffentlichkeit, aus meiner Sicht sehr links-liberal, und werden teilweise missbraucht.« (T34)

Eine interviewte Person beobachtete, dass Journalistinnen und Journalisten »von Natur aus sehr, sehr links« bzw. auf dem »sozialistischen« Pfad unterwegs seien und in Interviews konservative Gesprächspartnerinnen und -partner kritischer angingen als progressive:

> »Wenn zum Beispiel ein Sender X zum Beispiel einen CDU-Politiker interviewt, dann wird der teilweise richtig angegriffen. Und wenn der aus der SPD ist oder gar jetzt gerade von den Grünen ist, dann wird der schon richtig hofiert. Und da merkt man richtig, das sind die besten Freunde, die gehen gleich eine Runde Kaffeetrinken […].« (T03)

Jemand anderes bescheinigte den Medien »generell einen Touch […] in Richtung rot-grün, also linksstehend«, und führte dies zurück auf »die ganzen alten 68er […], die dann in die Medienbranche sind, und die Leute sind dann in den oberen Etagen gelandet« (T18).

Fehlende Themen/Repräsentationslücken

Direkt nach dem Vorwurf der Einseitigkeit steht auf Platz 2 im Ranking der Tendenz-Kritik die Beobachtung, Medien würden die Realität ungenügend abbilden bzw. wichtige Dinge nicht thematisieren (29 Befragte). Zuweilen – wie bei Kritik an Ukraine- und Corona-Berichterstattung – hing der Vorwurf der Einseitigkeit direkt zusammen mit dem Vorwurf, über die »zweite« oder »andere« Seite werde eben nicht (genügend) berichtet. Die Bandbreite der als fehlend wahrgenommenen Themen oder Themenaspekte

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

ist jedoch groß und es sind keine Top-Themen festzustellen, die von auffällig vielen Personen übereinstimmend vermisst wurden.

Im Themenfeld Corona sahen drei Befragte blinde Flecken. Eine Person vermisste in den Medien »Corona-Aufarbeitungsmaßnahmen«: Man mache zwar kleinere Zugeständnisse, »[a]ber man klopft sich auf die Schultern, im Grunde genommen haben wir eigentlich alles richtig gemacht« (T49). Eine Person, die von der »sogenannten Pandemie« sprach und bezweifelt, »dass es diese Gefahr in dem Maße gab«, bemängelte das Fehlen der Frage »Haben wir überhaupt eine Pandemie?« (T57). Eine dritte Person zählte gleich mehrere aus ihrer Sicht verschwiegene Themenaspekte auf: Über Corona-Hilfen für Unternehmen werde groß berichtet, aber es werde »nicht publik gemacht«, dass »viele Betriebe […] die Unterstützung plötzlich zurückzahlen mussten«. Über die Benachteiligung von Schülerinnen und Schülern durch Schulschließungen und die Zusatzbelastung des Lehrpersonals »mit gesundheitsdienstlichen Aufgaben« werde nicht geredet. Über Ausschreitungen auf Corona-Demos – »natürlich ohne Maske, ohne Abstand und ohne Einhaltung der gesetzlichen Regelungen« – werde kritisch berichtet, aber verschwiegen, dass diese nur passieren würden, weil die Teilnehmenden von der Polizei »eingekesselt werden, bedrängt werden, mit Ordnungswidrigkeiten belegt werden« (T54). Auch beim Thema Bedrohungen von Politikerinnen und Politikern sieht diese Person einen blinden Fleck:

> »Es ist ja zum Beispiel auch so gewesen – vor nicht allzu langer Zeit ging das ja auch durch die Medien – dass der Herr Kretschmer [der sächsische Ministerpräsident, Anm. d. Aut.] bedroht wurde, bis hin zu Todesdrohungen, was weiß ich. Ich meine, ich habe nichts gegen Herrn Kretschmer. Ich habe auch bisher nichts mit ihm zu tun gehabt, aber ich überlege mir dann, wie viele Tausende – jetzt sage ich Tausende – Zehntausende Leute hat er an den Rand der Existenz gebracht? Dass dann da ein paar dabei sind, die ihm auch ans Leder wollen. Das muss er dann aber auch reflektieren. Das wird in den Medien auch nicht gesagt.« (T54)

Zwei andere Befragte kritisierten Nichtberichterstattung über weitere Aspekte von Demonstrationen. Wenn zum Beispiel in Dresden eine Demo mit Tausenden Leuten stattfinde, seien ja nicht alle aus Dresden: »[…] die kommen aus allen Teilen von Deutschland, es gibt ja diesen Demo-Tourismus. Der wird in den Medien nicht abgebildet« (T16). Auch hätten friedliche De-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

mos keine Chance auf Berichterstattung – man müsse schon »eine Flasche zerdonnern«, um wahrgenommen zu werden:

> »Wenn es irgendwo eine Demo gibt oder eine Aktion für das Positive, wo sich alle benommen haben, wird das in den Medien gar nicht abgebildet. Es wird immer nur das Große, Reißerische abgebildet, sodass man das Gefühl hat, anderes findet gar nicht statt.« (T16)

Bei Pegida-Demonstrationen sei nicht darüber berichtet worden, wie viele friedliche Teilnehmende es gab, und: »Bei dem G7 Treffen in Hamburg, 2000 oder so, wann das war [gemeint ist wohl der G20-Gipfel 2017, Anm. d. Aut.], da wurde auch nicht darüber berichtet, dass es dort so ein großes Kunst-Projekt von 1.000 Künstlern gab« (T25). Dieselbe Person beklagte auch, medial fehlten

> »die Dinge, die uns Leben ermöglichen, die lebensbejahenden Dinge, also was für Netzwerke entstehen, was für Menschen auf das Land gehen, wieder Selbstversorgung, also da gibt es ja Unmengen an Projekten mittlerweile, was alles angeschoben wird, das Baumpflanzen ›Trees for Planet‹ oder da gibt es so viele Organisationen, wo Kinder auch aktiv werden und auch Rechtsanwälte, die Ärzte für freie Impfentscheidung und lauter solche Sachen, also ganz, ganz viel. Das wird nicht benannt in den Medien. Jedenfalls habe ich es noch nie gefunden.« (T25)

An einer Baumpflanzaktion machte jemand auch Kritik an ungenügender Repräsentation von Wirklichkeit fest. Die örtliche Regionalzeitung habe berichtet, wie (männliche) Honoratioren die ersten vier Bäume setzten:

> »Aber der eigentliche Akt, dass nämlich mehrere Tausend Bäume durch Bevölkerung, durch Kinder oder sonst irgendetwas gesetzt werden, das wurde nicht reflektiert. Also dieser Beteiligungsprozess, den wir ja brauchen, wie Menschen mitgenommen werden, das würde ich mir manchmal noch mehr wünschen.« (T26)

Dieselbe Person kritisierte, es seien »ja meistens Männer, die in der Zeitung abgebildet werden«, und anscheinend würden »nur noch Männer irgendetwas machen«. Eine Marginalisierung von Frauen beklagte auch eine andere Interviewte, die sagte,

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

> »dass ich mich als junge Frau in dieser Welt zu wenig repräsentiert fühle und auch zu wenig Frauenvorbilder vorhanden sind. Also für mich ist die Welt sehr, sehr männlich dominiert. Und das spiegelt sich in den Medien tatsächlich auch nach wie vor wider. […] Das sind häufig Männer, über die da berichtet wird, weil in den Gremien oder in Regierungen, in der Politik, in Verbänden, in Unternehmen immer noch mehr Männer in Spitzenpositionen sitzen.« (T19)

Drei Interviewte bemängelten blinde Flecken in der Ukraine-Berichterstattung, diese beträfen die Vorgeschichte des Krieges (T09, s. obiges Zitat), rechtsradikale Akteure in der Ukraine oder die Unterdrückung der russischen Sprache. In einem Interview wurde folgendes Fazit gefasst: »So, und dieses einseitige Schlagen auf die Seite der Ukraine, die haben auch Dreck am Stecken und das fehlt mir in diesen Berichterstattungen« (T18).

Ansonsten finden sich in den Interviews noch viele aus Sicht der Interviewten vernachlässigte Themen: die positiven Seiten von China (»ein Land, was gezielt seinen Fortschritt plant und den realisiert«, T41, »immerhin die zweite Wirtschaftskraft«, T10), »die Armut in der Dritten Welt« (T34) oder ein Mangel an Düngemitteln und eine dadurch drohende Nahrungsmittelknappheit. Eine Person kritisierte, dass die Nachrichten hauptsächlich aus Corona, Ukraine-Krieg und Fußball, »wirklich aus diesen drei Blöcken«, bestünden und Vieles vernachlässigt würde: »alles, was mit Bildung zu tun hat«, »Stadtentwicklung«, »Umwelt«, »Breitensport«, Ärztemangel auf dem Land und Personalmangel in der Pflege, vor allem weil »durch diese einrichtungsbezogene Impfpflicht so ein Druck ausgeübt wird« und es laut einer ihr bekannten Pflegerin eine »Hetzjagd« auf ungeimpfte Pflegekräfte gebe (T14).

Während eine Person beklagte, dass sie aus vielen ehemaligen Kriegs- und Krisengebieten nichts mehr erfahre – Libyen nach dem Sturz von Muammar al-Gaddafi, Irak nach dem Sturz von Saddam Hussein, Afghanistan nach dem Abzug der westlichen Truppen –, kritisierte umgekehrt eine andere, dass 80 Prozent der Nachrichten von anderen Ländern handeln würden: »Aber im eigenen Land wird alles verpasst« (T32). Nicht genügend thematisiert werde »ein Nationalgefühl« und »dass unser Mittelstand verschwindet«: »[…] wir arbeiten jeden Tag hart und trotzdem rinnt uns das Geld unter den Fingern weg […]. Und keiner traut sich darüber zu sprechen« (T39).

Eine andere Person hielt die Erderwärmung für unterbelichtet:

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

> »Absolut ist es, glaube ich, das Thema Zukunft in unserem Land oder Zukunft in unserer Welt, was den Klimawandel betrifft. Das finde ich ganz wichtig. Das sollte noch mehr verdeutlicht werden und dann gerne auch heruntergebrochen werden auf die Beispiele, die hier vor Ort stattfinden, damit das vielleicht auch der Letzte, die Letzte versteht, dass auch der Klimawandel hier in meinem kleinen [Ortsname] oder in unserem beschaulichen Sachsen vorhanden ist.« (T19)

Eine weitere Person vermisste Alltagspraktisches und Nutzwertiges in den Medien: Es sollte weniger darüber berichtet werden »mit welchen 13, 14 Politikern [sich] unsere Außenministerin getroffen hat«, denn: »Das ist uns eigentlich ziemlich egal.« Wichtiger »für das einfache Leben« wäre ein Thema wie »Wie wirkt eine Heizungsumstellung?« Es werde »vielleicht der falsche Schwerpunkt gesetzt. Zu viel Formelles, als Inhaltliches, was für den einfachen oder den durchschnittlichen Bürger fürs Leben wichtiger wäre« (T31).

Zwei Interviewte hielten die Inflation und Energiepreise für ungenügend diskutiert. So bemängelte eine Person, es würde als »schrecklich wichtig« dargestellt, »was mich überhaupt nicht interessiert. Das Wesentliche, das wird ignoriert. […] Aber das Wesentliche, dass hier eine Inflation herrscht wie sonst was, da wird nichts gemacht und nichts getan« (T42). Hier vermischt sich offensichtlich (wie auch in manchen anderen Interviews) Medienkritik mit Kritik an der Politik, die untätig sei. Es folgt jedoch noch eine emotional aufgeladene Medienkritik:

> »Nehmen wir mal die Geschichte des Diesel- und Heizölpreises. Ich habe noch nie in einer Zeitung gelesen, dass massenweise Tanker in der Nordsee rumkurven, im Kreis fahren, weil sie nicht entladen werden können. Die Lager in Rotterdam sind rappelvoll. In Duisburg die Lager sind rappelvoll. Die wissen nicht mehr, wohin mit dem Heizöl. Aber was kostet das Zeug? Diesel immer noch an der Tankstelle 1,80 ungefähr, Heizöl immer noch 1,20 ungefähr. Wir werden doch hier verarscht. Entschuldigung, wenn ich das so sage. Warum steht das nicht mal in der Zeitung? Das mit den Tankern, haben Sie das mitbekommen mit den Tankern? Ja, das habe ich mal gelesen, fragen Sie mich nicht mehr wo. Einmal, eine kleine Bemerkung, dass da mehrere Reedereien nicht mehr weiterwissen mit ihren Tankern, die kurven da hin und her. Steht nicht in der Zeitung. […] Das ist doch ein Witz.« (T42)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Durch die Unterschlagung dieser Information, so der Vorwurf, werde also ein falsches Bild der Lage zu den Energiepreisen gezeichnet (es gebe Überfluss statt Knappheit an Diesel und Heizöl) und die Bevölkerung betrogen – was an die Rede von der »Volksverdummung« (T10, siehe obiges Zitat) erinnert.

Medien geben Meinung vor/Medien belehren und erziehen

20 Interviewte kritisierten ausdrücklich, dass Medien eine Meinung vorgeben würden, Meinungsmache betrieben bzw. Fakten und Meinungen vermischten. Oft wurde dabei implizit, manchmal explizit eine Belehrungs- und Erziehungsabsicht unterstellt, selten die Absicht, Politik zu machen. In manchen Gesprächen war dieser Kritikpunkt eng verbunden mit der oben beschriebenen Wahrnehmung von einseitiger, parteilicher Berichterstattung.

Von einigen Interviewten wurde geäußert, dass sie von den Medien nicht neutral und faktenbasiert informiert werden:

> »Die Medien sollen, glaube ich, als Spiegel funktionieren, beziehungsweise als Korrektiv oder als Beobachter. Als Beobachter und vor allen Dingen nichtwertender Beobachter und als Berichterstatter. Das ist wohl die ursprüngliche Aufgabe der Medien. Aber das ist Geschichte, wie es aussieht, weil ich eben beobachte, dass Artikel vorgeblich über ein Sachthema sprechen und dann aber auf manchmal so üble Art und Weise Meinungsmache sind, dass mir ganz komisch wird.« (T28)

> »[E]s ist wirklich so, dass die […] niemanden eine Meinung bilden lassen, sondern eine Meinung vorgeben. Das sollten sie eigentlich nicht machen, weil man ein Recht auf freie Meinungsbildung hat. […] Das ist manchmal ganz schön eingeschränkt mittlerweile.« (T50)

> »Und dass wir auch immer wieder den Verdacht hatten, Medien sollten eigentlich neutral berichten. Und man hat mittlerweile den Eindruck, Medien können Politiker stürzen oder in Misskredit bringen zumindest. Dass sie sich nicht mehr darauf konzentrieren, neutral zu berichten, sondern sie verlagern sich darauf, fast lenkend zu wirken. Die Bevölkerung zu beeinflussen mit bestimmten Meinungen. Das gefällt uns auch nicht mehr. Das haben wir früher nicht so… Das ist die letzten Jahre zunehmend so geworden. Wo man sagt: Das steht doch den Medien nicht zu.« (T27)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Auch andere Befragte meinten, dass die Neutralitätsnorm früher stärker eingehalten wurde:

> »Wo es quasi das Höchste, Erstrebenswerteste ist, also das Berufsethos per se war, über den Dingen zu stehen und Beobachter, Beobachterin zu sein und wiederzugeben, was es zu beobachten gab. Und wo Kommentar drin war, stand Kommentar drüber. Und das hat sich im Verlauf der letzten Jahre nach meiner Beobachtung stark verändert und vermengt.« (T60)

> »Das ist, wie nennt man das, nicht mehr klar und faktisch und nüchtern und so und so und so. Oder man sagt nicht: ›Der hat das gesagt oder der hat das gesagt‹, was man wirklich als Fakt vielleicht noch irgendwo nachvollziehen könnte, sondern es wird sofort… Es kommen eigentlich vorgefertigte Nachrichten. Es werden Meldungen gebracht, wo sozusagen ein Urteil bereits gefällt ist. Der ist böse, der ist gut, zack, fertig. Was sind das für Nachrichten?« (T48)

Das Motiv der Lenkung durch Meinung (siehe obiges Zitat von T27) tauchte mehrmals auf: Eine interviewte Person sprach davon, »dass die Leute bewusster werden, dass Medien die Macht haben zu lenken, Interessen und Meinungen zu lenken« (T61). Eine andere bekomme »immer das Gefühl, wenn man genau hinhört, an leichten Formulierungen und so, das lenkt halt im Kopf in Richtungen, auch wenn es trotzdem sachlich sein soll«, und es sei »immer dieses Gefühl dabei: Es will jetzt schon was vermittelt werden, ein Gefühl, irgendetwas, auch wenn es nur Informationen sind« (T02). Im Zusammenhang mit Corona störte sich jemand an

> »der moralischen, belehrenden Art. Ich empfinde jetzt viele Zeitungen oder Medien in der letzten Zeit als belehrend. Ich habe das Gefühl, man will mich belehren und man will mir erzählen, was ich als richtig und als falsch empfinden soll. Und dadurch lässt man aber aus meiner Sicht… verunglimpft man Leute oder lässt auch was weg.« (T53)

Dieselbe Person reflektierte, dass der Medien-Tenor früher wohl nicht neutraler war, aber dass sie selbst sich verändert habe bzw. im Fall Corona erstmals einer Minderheitenposition anhängt:

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

> »Das ist aber auch einfach eine persönliche Sache, die, wenn man selbst plötzlich nicht mehr der Mehrheit angehört, weil man eine Meinung hat, eine Einstellung zu einer Sache, die eher am Rand steht. Erst dann bemerkt man ja, was es bedeutet, wenn die Mehrheit die Deutungshoheit hat und das ist etwas, was ich vorher so in der Stärke gar nicht erlebt habe. Also das ist auch meine eigene Veränderung. Und das ist schon eine Erschütterung, die muss man erst mal wegstecken. Ich finde das gar nicht so einfach. […] Also, dass ich so den Eindruck habe: Okay, die waren schon immer in so einer moralischen Schiene unterwegs und das war für mich aber okay, nur weil die Themen, die dort…, oder die Anklagen, die kamen, mir recht waren.« (T53)

Der Vorwurf des moralisierend-paternalistischen Tons vor allem in der Corona-Berichterstattung findet sich auch in einem weiteren Gespräch: Die Art sei

> »wirklich entweder pädagogisch oder gar aggressiv, arrogant, belehrend. Also in einer Art, wie man mit mündigen Bürgern nicht umgeht. Natürlich kann man eine Definition vom Volk haben, dass man das Volk erziehen muss, weil das Kinder sind. Das hat der Goethe sehr schön beschrieben im ›Egmond‹. […] Aber ich glaube, es ist nicht aktuell.« (T49)

Ihre Regionalzeitung, so die Person weiter, sei »in den letzten Jahren – vielleicht seit Corona, da muss man auch diese Zäsur wirklich festhalten, leider – schon sehr tendenziös geworden. Genauso die Nachrichten. Da hat man schon den Eindruck, dass man mehr politische Erziehung als Informationen genießen darf.«

Eine weitere Person, die durch die Corona-Maßnahmen politisiert wurde, zeigte sich »schwerst erschüttert« über die Vermischung von Nachricht und Meinung, welche sie auch psychisch beeinträchtigen würde. Sie sei »auf der Suche nach der Wahrheit« und »möchte die Fakten wissen«, doch finde statt Berichterstattung nur »Meinungsmache« vor:

> »Und das ist eine Sache, die mich so erschüttert. Ich habe langsam Angst um meinen Geisteszustand, ehrlich gesagt, also um meine psychische Gesundheit. Weil ich nicht mehr genau weiß, wird jetzt über eine Tatsache berichtet? Oder was ist denn das? Da ist so was merkwürdig Diffuses, was ich fast als schleichende Vergiftung bezeichnen würde.« (T28)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Kritik an Meinungsmache in Zusammenhang mit Corona wurde auch in fünf weiteren Gesprächen geübt. Eine Person beschrieb ihre Suche nach neutraler Information sowohl in den etablierten Medien als auch in den Alternativmedien: »Es war alles, von jeder Seite, mit Meinung vergiftet. Und ich wäre gerne an die Fakten rangekommen« (T09). Eine andere, die in ihrer Funktion im Gesundheitswesen häufigen Kontakt zu Medienvertretern und -vertreterinnen hat, schilderte ihre Erfahrung, dass lokale Medien auf das »Dramatische« aus waren und

> »Meldungen aus Covid-Krankenhäusern förmlich erpresst wurden, so ungefähr wie: ›Jetzt sagt doch, wie schlimm das ist, jetzt sagt doch schon, wie viele Leute sterben.‹ Aber das war nicht richtig gewesen, weil, auch wenn Covid in manchen Monaten wirklich sehr schlimm war, in Krankenhäusern wird immer gestorben. Bei uns sterben jedes Jahr mindestens 400 Menschen. […] Und die sterben nicht auf der Palliativstation, die sterben auf allen Stationen. Gestorben wird im Krankenhaus, aber die Leute hatten solche Angst vor Corona. […] Das werfe ich den Medien vor! Ich werfe es ihnen vor, das war wie Politik. […] Da haben sich die Medien angemaßt, eine Rolle zu spielen, die sie *nicht* haben. Sie sind *nicht* die Politiker. Sie haben das so herübergebracht.« (T39)

In einem Gespräch wurde Kritik an einem zunehmenden Versuch des Journalismus, »fertige Meinungen zu präsentieren«, mit parteilicher Berichterstattung über gewerkschaftliche Aktionen und Tarifrunden illustriert. Es werde stets davon ausgegangen, dass Forderungen der Arbeitnehmerseite berechtigt seien:

> »Es wird berichtet: ›Und die armen Menschen, und das muss ja nun so sein. Und wir haben ja Inflation. Und wie soll das anders gehen?‹ Ich komme aber aus der Wirtschaft. Ich bin Unternehmer, ich bin Steuerberater. Ich betreue ganz viele mittelständische Unternehmen, die hier die Basis bilden dessen, wovon die da reden bei Tarifforderungen. Ich kenne auch die Finanzen von Städten und Gemeinden, zumal es um den öffentlichen Tarif geht. Wo ich einfach nur sage, es wird gar nicht diskutiert, ob hier auch ein Realitätsverlust dahinterstehen könnte, ob hier eine Spirale in Gang gesetzt werden könnte, die für uns zu ganz gravierenden wirtschaftlich negativen Folgen führt. Das wird gar nicht mehr *diskutiert*. Es wird nur: ›Die Gewerkschaft fordert, und das ist in Ordnung, weil das sind arme Menschen.‹« (T23)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Die Person kenne auch die »Nettolöhne von den Leuten«, alle könnten sich Haus, Auto und Urlaub leisten. »Es wird mir eine Meinung präsentiert und nicht ein Bericht. Damit habe ich ein Problem« (T23).

Medien üben moralischen Druck aus (»…dann bist du gleich der Nazi/Querdenker«)

Das Argument, dass durch eine vorherrschende Mainstream-Meinung ein moralischer Druck auf Andersdenkende ausgeübt werde, fand sich in 18 Gesprächen. Man werde bei Kritik an Corona-Maßnahmen oder an der Flüchtlingspolitik »in die rechte Ecke gestellt« (T14, T15), »in eine rechte Ecke geschoben« (T43), »sofort in die AfD-Richtung geschoben« (T39) oder »ins Abseits geschoben« (T21) oder »abgestempelt«:

> »Und es gibt sehr viele Themen, wenn Sie versuchen, darüber zu diskutieren, dann sind Sie gleich ein Rechter, dann werden Sie gleich abgestempelt. Und wenn ich so reagiere, ist jede Diskussion von vornherein zum Scheitern verurteilt. Geht gar nicht mehr. Diese Tendenz, wenn mein Gegner irgendwas sagt und dann bist du ein Rechter, das tötet jede Diskussionskultur.« (T42)

> »Wenn hier jemand auf die Straße geht, seien es Schwurbler, Linke, Rechte. Wenn in China hundert Mann mit einer Fahne winken, sind es Aktivisten, bei uns sind es Gangster.« (T10)

Von einer »Rechtskeule« statt einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit Argumenten sprach eine Person, die »ungevaxxt« (ungeimpft) sei, »weil ich da meine Bedenken habe«. Sie berichtete von »Stigmatisierung« und »Diskriminierung«. Ihr »Schlüsselerlebnis« habe sie bei einer großen Corona-Demonstration in Leipzig 2020 gehabt:

> »Es war sehr friedlich alles und es waren ganz viele Menschen, durch jedes Alter hinweg, durch jede Gesellschaftsschicht. Viele aber denke ich auch Grüne, ehemals Linke oder irgendwie Alt-68er, jedenfalls überhaupt nicht das, was man mit Rechts in Verbindung bringt. Am nächsten Tag stand aber überall in allen Medien: ›Das waren Nazis.‹ Da habe ich mich natürlich selbst auch angegriffen gefühlt.« (T45)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Ähnliches erzählte eine weitere ungeimpfte Person, die sich »einsortiert« fühlt in eine »Querdenker-Richtung«:

> »Also es gab mal eine Phase […], wenn ich da früh den Laptop angeschaltet habe, da musste ich mir jedes Mal durchlesen, was ich für ein schlechter Mensch bin, also wie furchtbar ich bin. ›Diese Impfgegner.‹ Also, und ich bin ja auch einer. Und das haben die auch sehr betrieben, *Die Zeit*. Also dort habe ich das viel gelesen, neben allen anderen Zeitungen auch, *Süddeutsche*, *FAZ* und so. Immer wieder dieses sich wiederholende Ding von: ›So darfst du nicht sein, wenn du so bist, bist du falsch.‹ Und das löst Widerstand aus. Das ist ein ganz normaler Vorgang.« (T53)

Die Person habe »schon immer gesellschaftlich ein bisschen am Rand gestanden, mit allem, was ich tue und denke […], aber noch nie so im Fokus«. Sie berichtet von emotionalen Verletzungen, als sie »plötzlich die Zielscheibe« wurde:

> »Und natürlich kann ich dann nicht sagen: ›Toll, super. Ihr habt recht!‹, weil es ja gegen mich geht. Also persönlich, es ist einfach sehr persönlich. Und ich finde, dass auch die ganzen Formulierungen sehr persönlich geworden sind. Also das ist schon schmerzhaft. Also immer wieder persönlich angegriffen zu werden, weil man sich nicht so verhält, wie man sich verhalten soll.« (T53)

Den Corona-Diskurs rekapitulierte eine weitere befragte Person so:

> »Corona war folgendermaßen: Alle die, die – sagen wir mal eine kritische Meinung hatten oder wie auch immer – ›Covidioten‹, ›Rechte‹, ›Aluhüte‹, ›Spinner‹ […]. Da sage ich, dort geht für mich doch schon der Spaß los. […] ›Man wird ja wohl noch sagen dürfen‹, ist ein Slogan, aber es muss möglich sein, dass wenn wir in einer Diskussion sind, wenn wir jetzt hier zu fünft oder zu sechst sitzen und Sie vertreten eine Meinung: ›*Das* darfst du nicht, *das* darfst du nicht, *das* darfst du nicht.‹ Da bist du ein Nazi, da bist du das und das.« (T18)

Eine andere Person sprach von einer »Hetzjagd«, die auf Menschen mit konträrer Meinung »veranstaltet« werde; statt die Streitfragen auszudiskutieren, »wurde man sofort als Corona-Leugner bezichtigt« und »niedergemacht« (T14).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Zwei weitere Befragte kritisierten die Ausgrenzung von rechten Themen und Parteien aus der öffentlichen Diskussion. Eine Person, die auf einer Corona-Demo mit Reichsbürger-Themen in Berührung kam, vermisste eine öffentliche Debatte der Frage, »ob das Deutsche Reich noch existiert«:

> »Das ist doch eine ganz berechtigte Frage. Was ist daran Verschwörung? Warum lässt man das nicht zu? […] So ist es doch mit vielen Dingen. Da ist man rechtsradikal, nur weil man die Frage stellt. Schrecklich. […] Für mich kaum zu ertragen. Das wird nicht totgeschwiegen, man wird diffamiert.« (T57)

Eine andere befragte Person erinnerte an den erstmaligen Einzug der AfD in den Bundestag und dass die Partei aus der sogenannten Elefanten-Runde im öffentlich-rechtlichen Fernsehen »ausgeladen« worden sei mit der Begründung »Das sind Rechtsradikale«:

> »Es war ein deutliches Zeichen, wie ganze Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt werden. In dem Fall war es besonders dramatisch, weil es eine Wahl war. Leute haben denen die Stimme gegeben. Das waren auch gar nicht so wenige. Dann werden nicht nur diese Vertreter ausgegrenzt, sondern auch im Grunde genommen diejenigen, die ihre Stimme für sie in die Wahlurne geschmissen haben. Das kann nicht sein. Das kann gar nicht gehen. Da habe ich gar nicht drüber nachgedacht, und dachte spontan: Was ist denn das? Das kann man doch nicht machen. Was ist denn das für eine Demokratie? Das hat mit Demokratie nichts zu tun. Das ist im Grunde genommen schon eine Vorform von Faschismus. Man grenzt aus. Wenn man das aber sagt, dann bist du sofort voll bekloppt.« (T48)

Hierzu ist anzumerken, dass sich in diesem Fall falsch erinnert wurde: Tatsächlich nahmen an der Elefantenrunde 2017 der AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen und an der Runde 2021 die Ko-Vorsitzende Alice Weidel teil.

Manipulation/Propaganda

Aus den beschriebenen Wahrnehmungen folgt fast schon logisch, dass manche Befragte die von ihnen beobachteten Phänomene als Manipulationsversuch und/oder als Propaganda klassifizieren. Häufig wurden entsprechend starke Schlagworte im Zusammenhang mit der Corona-Berichterstattung

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

verwendet. Eine Person kritisierte, dass Corona-kritische Wissenschaftler »in Talkshows nicht mehr auftauchen« oder anderweitig der Öffentlichkeit unterschlagen würden, mit dem Fazit: »Ich würde das schon fast ekelhaft nennen, so eine Art das zu manipulieren« (T02).

Wenn ein Manipulationsverdacht geäußert wurde, lag dem zuweilen ein sehr breiter Begriff von Manipulation zugrunde:

> »Aber wenn jetzt die Politik sagt: Hier, wir müssen jetzt alles dichtmachen. Oder die sagen, erstmal bauen wir einen Weihnachtsmarkt auf, und kurz bevor der Weihnachtsmarkt aufgebaut wird: ›Wir müssen jetzt alles dichtmachen.‹ Da ist schon irgendwo eine Manipulation. Alle freuen sie sich, alle wollen sie Geld verdienen, alle wollen sie shoppen gehen, und auf einmal darf keiner mehr was. Die einen dürfen kein Geld verdienen. Die anderen dürfen das Geld nicht ausgeben. Die müssen wieder zuhause bleiben. Ja, also, das ist ja schon Manipulation hohen Grades. Der eine freut sich, der andere ist sauer.« (T37)

Die interviewte Person versteht dieses »Hin und Her« bzw. das »Dichtmachen« offenbar als Manipulation vonseiten der Politik – und anschließend würden die Medien Teil dieser Manipulation:

> »Da wir wahrscheinlich sowieso immer nur Lügen verkauft kriegen, weil die Leute uns dahin haben wollen, wo wir also manipuliert werden. Es wird ja manipuliert. Und da ja die Medien eigentlich nur das recherchieren, kriegst du eigentlich genau das dann, nur ein bisschen anders, geliefert. Weil sie es ja auch noch verkaufen wollen. Weil wenn sie es halt so lasch machen, dann guckt ja nachher keiner mehr Nachrichten. Gucken ja jetzt eh schon so wenige Menschen Nachrichten. Aber dann ist ja die Manipulation nicht da, wo so sein soll. Wir werden manipuliert über Werbung, über Nachrichten und über die Politik.« (T37)

Die befragte Person nimmt offenbar sowohl Werbung als auch Journalismus und Politik als Teil eines größeren Verblendungszusammenhangs wahr, in dem journalistische Redaktionen manipulatives politisches Handeln abbilden und zu einer attraktiven Nachricht aufbereiten, um diese als Ware feilbieten zu können. Deutlich wird der Verdacht, durch konzertiertes Handeln wollten verschiedene Akteure im Elitenmilieu die normalen Bürgerinnen und Bürger zu einem erwünschten Verhalten bringen oder drängen. An anderer Stelle im Interview heißt es:

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

> »Aber heutzutage ist ja auch viel Propaganda dabei. Also Manipulation und Propaganda für Leute, die natürlich auch dahin wollen, wo die anderen Politiker heute sind, und die vielleicht noch mehr vorhaben, mit anderen Sachen. Da muss man halt sowieso ein bisschen vorsichtig sein.« (T37)

Eine interviewte Person machte ebenfalls im Corona-Zusammenhang an der Art der Sprache, die »oft suggerierend« sei, fest, dass Medien »bestimmte Kampagnen zu bestimmten Zeiten« fahren und

> »in meiner Wahrnehmung falsche Wirklichkeiten errichten. Und Menschen steuern und an einen Punkt gebracht haben. […] Und die Methoden der Medien sind zum Teil sehr perfide, weil sie bestimmte Gefühle tenorieren. Es ist sehr manipulativ, zum Teil. Es ist in keinster Weise mehr eine Berichterstattung und dann kannst du das selbst verstehen, sondern es hilft dir immer jemand bei der Einordnung des Geschehens.« (T44)

Deutlich wird hier, dass einordnende Berichterstattung auch als kommentierend und, zumindest im Corona-Kontext, entmündigend und desorientierend erlebt werden kann.

Eine andere befragte Person, die die damaligen Corona-Maßnahmen stark ablehnte, vergleicht im Zuge des Propaganda-Arguments einen öffentlich-rechtlichen Radiosender mit nationalsozialistischem Hörfunk:

> »Wie gesagt, ich habe Geisteswissenschaften studiert und ich habe mich auch mit Medien beschäftigt. Und wenn ich jetzt Radio höre, auch zum Beispiel *MDR Figaro*, was ich früher sehr gerne gehört habe, wenn ich das anmache und es kommen Nachrichten, kriege ich einen Brechreiz, kriege ich von der Propaganda, was da kommt, wirklich ein körperliches Missempfinden, dass ich das ausschalten muss. […] Das hätte ich nie gedacht, dass es einmal so weit kommt. Ich habe Geschichte ja auch mal unterrichtet und habe die Kinder über die Nazizeit unterrichtet, da gab es die Goebbelsschnauze [Radiogerät als Instrument nationalsozialistischer Propaganda, Anm. d. Aut.], und das könnte man da auch ausmachen.« (T45)

Ohne Bezug zu Corona meinte eine Person, dass sie sich durch den »Propaganda-Ton« und das »Schubladendenken« – »Das ist gut und das ist böse und das müssen wir verurteilen« – in ihrer »Intelligenz wie beleidigt fühle«

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

(T55). Eine andere sprach von »Manipulationstechniken wie Framing oder solchen Sachen« und sagte:

> »Ich habe immer das Gefühl, dass wir nicht das vollständige Bild präsentiert bekommen, sondern halt immer nur einen Teil. Und ich fühle mich, als ob man mich lenken möchte, indem man nur die Teile präsentiert, die gar keine anderen Schlüsse zulassen.« (T09)

Ähnlich kritisierte jemand in einem Gespräch »die Art des Agenda-Settings, des Setzens von Themenschwerpunkten, [das] – auf ich sage mal böswillige Weise – des Volkes Gedanken beeinflusst« (T39). In einem Interview wurde Framing sowie Nachrichtenselektion (auch wenn diese Begriffe nicht fallen) als Manipulation negativ bewertet:

> »Es wird nicht unbedingt gelogen, aber ich kann jede Nachricht färben, einiges verstärken, einiges vielleicht ignorieren. Da habe ich nicht gelogen. Aber ich habe trotzdem den anderen, ich möchte fast sagen, manipuliert. Und wenn ich das mitbekomme, dann ist das Vertrauen natürlich hinüber. […] Nein, die lügen nicht, die lügen fast nicht. Aber durch die Auswahl, durch die Formulierungen, durch das unterschiedliche Setzen der Prioritäten, da wird manipuliert.« (T42)

Zwei Interviewte zeigten sich erschöpft davon, manipuliert zu werden, oder vom Zeitbudget her nicht in der Lage, alle Manipulationen durch Überprüfungsrecherchen zu entlarven:

> »Dann müsste man aber schon wieder recherchieren, was von dem ist wirklich nur Propaganda? Dazu fehlt mir einfach die Zeit. Ich habe einen ziemlich anstrengenden Beruf und das dann noch mal nachzurecherchieren und zu schauen, was von dieser Propaganda stimmt wirklich und was nicht, ist eben schwierig.« (T21)

> »Energie hat man ja nur begrenzt. Und wenn die Energien einfach entweder in schlechte Sachen gesteckt werden, weil man manipuliert wird, also die Dauer-Manipulation, jetzt kommen wir zu den Medien zurück. Diese Dauer-Manipulation, diese Entkräftung.« (T49)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Medien sind gekauft/gelenkt/nicht unabhängig

Kritik an Einseitigkeiten oder Meinungsmache und sogar Vorwürfe wie Manipulation sowie Propaganda bedeuten noch nicht zwangsläufig, dass den Medien keine Autonomie zugestanden wird – sie können prinzipiell auch aus freien Stücken bestimmte Werte, Weltbilder und Meinungen präferieren bzw. propagieren. 21 Personen aus dem Sample vermuten aber ausdrücklich eine Lenkung oder Steuerung der Medien von außen und sprechen den Redaktionen die Unabhängigkeit mehr oder weniger ab.

> »Also der *Freien Presse* misstraue ich grundsätzlich. Also das ist ein völlig einseitiges, gekauftes Medium, das kann ich ganz klar so definieren.« (T06)

> »Wie sagte einst ein großer Herrscher: ›Wenn mein Volk sich streitet, streitet es sich nicht mit mir.‹ Die Medien sind dazu ein wirksames Mittel. Und da brauchen wir nicht reden, die, die die Macht haben in den Medien, die können die entsprechend lenken. Das ist so, da brauchen wir uns nichts vormachen. Wer klar denkend ist, muss sich dessen bewusst sein, dass das schon gesteuert ist.« (T54)

> »[A]m Ende werden die auch irgendwo gelenkt. Die können ja auch nicht machen, was sie wollen.« (T15)

Wer genau die steuernden Instanzen sind und über welche Kanäle der Einfluss läuft, darüber gibt es unterschiedliche Vorstellungen. Häufig ist es »der Staat«, »die Politik« oder »die Regierung«: Eine Person vermutet, »dass die Politik den Medien gewisse Spielregeln vorgibt, und das nicht wenig« (T32). Laut einer anderen sind die Medien »Sprachrohr« der »Bundesregierung« (T52), was vor allem in der Pandemie deutlich geworden sei. In einem Gespräch vermutete man zusätzlich »vorauseilenden Gehorsam« (T49) als Wirkmechanismus, während in zwei anderen Interviews sogar das Bild staatlicher Vorzensur bei öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendungen entworfen wird:

> »Und da nehmen wir als Beispiel die *Tagesschau*, oder die Öffentlich-Rechtlichen, die sind nun einmal dem Staat unterlegen. Also die können nicht schreiben, was sie wollen. Da wird dann nochmal drüber geguckt.« (T02)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

»Manchmal denkt man, dass die Nachrichten, gerade im Fernsehen, nur das bringen, was abgenickt ist von oben. […] Die werden unterstützt vom Staat. Ich weiß es nicht.« (T50)

Andere Befragte machen als Einflusskanal des Staates die Aufsichtsgremien öffentlich-rechtlicher Anstalten aus, in denen unter anderem Politikerinnen und Politiker sitzen und die den Intendanten wählen:

»Es kann keinen freien Journalismus geben in diesen Strukturen. Also wenn die Intendanten von Rundfunksendern durch die Politik bestimmt werden, wie soll das dann noch… Das geht gar nicht. […] Die Journalisten […] fühlen sich nicht frei und unabhängig. Sie wissen es ganz genau, ob sie es wissen oder nur spüren, wenn sie hier weiter machen, braucht der Herr Söder nur dort anzurufen und dann ist sie weg vom Fenster, die Dame, die zu hartnäckig nachgefragt hat.« (T48)

»Beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk brauchen wir doch bloß mal gucken, was passiert ist mit der Kampagne, als die Künstler die Kampagne gemacht haben [gemeint ist die Corona-kritische Videokampagne #AllesaufdenTisch]. Da wo der Vorsitzende, ein Beirat vom ZDF, gesagt hat, der bekommt keinen Auftrag mehr. […] Der ist wieder zurückgerudert, aber da sehe ich, welche Gedanken dahinter sind, wie parteipolitisch das ist. Diese Gremien, die sozusagen in den einzelnen Vorständen sitzen, vom ZDF, von ARD und so weiter, wie das politisch versucht wird, von Politikern irgendwie – ich sage jetzt nicht zu missbrauchen, das wäre schon zu viel – aber zumindest wird es mitbenutzt, beziehungsweise guckt man dort, was dort gemacht wird. Da habe ich Zweifel an der *Unabhängigkeit*.« (T43)

»Ich denke ganz klar, dass die zu nah beieinander sind. Ich hatte, das ist schon eine Weile her, da ging es um die Besetzung des Verwaltungsrates ARD und ZDF. Ich weiß nicht, ob ich es jetzt verwechsle, aber es war dann so, dass, sagen wir jetzt ARD, eher von den Konservativen besetzt ist und ZDF, der Verwaltungsrat eher von links, also SPD und Grüne oder so besetzt ist. Das muss sich dann auch ganz klar in der Ausrichtung des Senders widerspiegeln. Sonst bräuchte es keinen Verwaltungsrat.« (T15)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Mit »Beirat« und »Verwaltungsrat« sind hier offenbar die Rundfunkräte der in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten sowie der ZDF-Fernsehrat gemeint. Im Zusammenhang mit privaten Medien spricht eine weitere Person über die Eigentümer als Quelle von Einfluss und Medienkonzentration als Problem:

> »[Zu DDR-Zeiten] wusste man aber, es war ja von der Partei alles vorgegeben. *Jetzt* tut man so, als wenn das nicht mehr so wäre. Aber es ist genau das gleiche. Es ist vorgegeben, nur eben jetzt vom Kapital. […] Und die, die das Geld haben, die machen das auch. […] Wer besitzt denn die Zeitungen? Wer besitzt denn die Fernsehsender, kann man ja nachschauen. Und dann stellt man fest: Ach, das sind ja immer die Gleichen.« (T21)

In dieselbe Richtung geht ein Argument aus einem anderen Interview:

> »Dann habe ich mich informiert, wem hier was gehört in diesem Land. Welche Verlagshäuser kontrollieren oder besitzen welche Publikationen. Zum Beispiel das Redaktionsnetzwerk Deutschland, was zum großen Teil der SPD gehört, bestimmt hier den Inhalt sämtlicher deutscher Regionalzeitungen sozusagen. […] Da habe ich wenig Vertrauen.« (T44)

Eine weitere Person vermutet homogenisierenden Druck aus der Chefredaktion auf die Redaktion: »Der Chefredakteur, wenn der links eingestellt ist und Scholz toll findet, dann wird er darauf achten, streng, dass also nur noch die Artikel veröffentlicht werden und die Journalisten in seinem Team sind, die ihm ein ruhiges Leben bescheren« (T23).

Zwei Befragte benutzten das Wort »Gleichschaltung« der Medien mit der Politik bzw. Regierung, meinten dies aber nicht im Sinn eines totalitären Regimes. Erkennbar ist in einem Interview, dass damit eine Übernahme von Themenkonjunkturen aus dem politischen Raum gemeint ist:

> »Ich sage jetzt mal, vor Corona, da ging es nur um den Klimawandel und CO_2-Einsparungen und so, da war alles voll von Klimawandel. Da hat man das alles vollgemacht, um jetzt von wirklichen Problemen wie zum Beispiel viel zu niedrigen Sozialleistungen abzulenken. Das kommt nur mal ganz kurz in den Medien hoch, wenn es neue Regelsätze gibt oder wie jetzt dieser, in Anführungsstrichen, Systemwechsel, von Hartz IV zum Bürgergeld. Dann kommt

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

> das mal kurz rein. Aber dann ist es auch schon wieder weg. […] Also die Medien, man kann es wirklich sagen, auch wenn es offiziell nicht gesagt wird, die sind mit der Politik gleichgeschaltet.« (T52)

In einem anderen Gespräch wurde angemerkt, dass das nicht so funktioniere, »wie wir das aus der DDR vielleicht kennen, aber ja, letztlich ist es eine Art von Gleichschaltung«. Die Kontrolle laufe »viel subtiler«, nämlich über Geschäftsbeziehungen der Medienhäuser zu Werbekunden:

> »Ich stelle mir das vor: Jetzt sitzt man in der Redaktionssitzung, für den *Spiegel* oder für den *Focus*. Und dann sitzen die drin und dann hat jemand eine kritische Meinung und bringt das an und *jetzt* geht es doch schon los. *Jetzt* wird schon überlegt: Wo sind unsere Beziehungen? Zu wem haben wir die? Können wir das machen? ›Wenn wir das herausbringen…och nee. Das Bundesministerium hat jetzt gerade eine große Werbung geschaltet bei uns… da können wir den Artikel doch nicht so herausbringen.‹ Verstehen Sie?« (T57)

Corona-Anzeigen der Bundesregierung machte jemand auch als Einfluss auf die redaktionelle Unabhängigkeit aus, zudem Anzeigen von »Pharmafirmen« sowie Stiftungs-Projektgelder für den *Spiegel*:

> »[W]enn ich den *Spiegel* sehe, da fühle ich mich an das *Neue Deutschland* der DDR erinnert. Wo bestimmte Sachen einfach nicht stattfinden. Wir haben ja die Corona-Pandemie jetzt gehabt, […] und da ist mir die Berichterstattung zu einseitig gewesen, zum Beispiel. Wo ich sage: *Ganze Erfahrungen von Bevölkerungsschichten finden dort nicht statt!* Und dann auf der anderen Seite zu sehen, dass 2,1 Millionen alle drei Jahre reingepulvert werden, von Leuten, die Interesse haben, dass zum Beispiel eine Impfung vorangetrieben wird.« (T43)

Gemeint sind offenbar Projektgelder zum Thema »Globale Gesellschaft«, die *Der Spiegel* bei der Bill & Melinda Gates Foundation beantragt hatte (vgl. Der Spiegel 2020) und die wegen des Engagements der Stiftung für weltweit höheren Impfschutz vielen negativ auffielen, die den Corona-Maßnahmen kritisch gegenüberstanden.

Drei weitere Befragte sahen ein anderes Einfallstor für äußere Interessen in den Redaktionen: die Abhängigkeit von dominanten Quellen und PR-Material. Da wurde etwa bezweifelt, dass das in den Medien

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

> »unabhängige Meinungen sind, die da vertreten werden. Also wenn ungeprüft Pressemitteilungen abgedruckt werden, die ja, wo man eigentlich glaubt, dass da ein Journalist nochmal nachschaut, ob das Tatsache so passiert, wie es denn das Ministerium gerade veröffentlicht.« (T06)

Und eine umweltpolitisch aktive Person berichtete von ihren gescheiterten Versuchen, kritische Themen im Lokalteil der Regionalzeitung unterzubringen:

> »Da haben wir selbst festgestellt, dass wir unsere Themen, die uns bewegen, in der [alternativen Lokalzeitung] wiederfinden und auch dort selbst einbringen können, mitunter. Während das bei der *LVZ* so gut wie unmöglich ist. Und da haben wir halt das Gefühl, dass die *LVZ* sehr nah an den Administrationen, also an den jeweiligen Gemeinde-Administrationen dran ist und auch sehr nach deren Wünschen berichtet. Sobald man irgendwie, ich sage jetzt nicht ›gegen‹, aber doch irgendwie andere Argumente auch mit thematisieren will, ist es ganz schwierig, die auch mal in einer Printversion von der *LVZ* zu sehen.« (T20)

Sonstige Tendenz-Kritik

Drei Punkte aus den Gesprächen, die ebenfalls einer (mehr oder weniger) politischen Tendenz-Kritik zugerechnet werden können, seien noch erwähnt: 13 Interviewte bemängelten eine *Einheitlichkeit oder Eintönigkeit der Nachrichten*. So heißt es: »Und ja, je diverser der Markt wird durch Internet & Co., desto eintöniger werden aber die Nachrichten« (T06) oder auch: »Was mich genauso stört, ist, ob ich jetzt ZDF angucke oder ARD oder 3sat, es ist alles das Gleiche. Alles ist gleich« (T10). In zwei Interviews wird als ein Grund dafür identifiziert, dass viele Medien dieselben Meldungen von Nachrichtenagenturen benutzen:

> »Ich habe das Gefühl, dass die alle von Reuters [Nachrichtenagentur, Anm. d. Aut.] dieselben Informationen, dasselbe, nur ein bisschen anders formuliert bringen. Dann bin ich oft unzufrieden.« (T55)

> »Übrigens gibt es noch etwas, was mich sehr ärgert oder stört, es werden ja in der Regel überall als erstes die Agenturmeldungen verbreitet, und dann lese

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

> ich aber in jeder Zeitung den gleichen Artikel, ich höre in jedem Radiosender den gleichen Beitrag. Und wenn bei diesem Beitrag, meiner Meinung nach, die andere Seite fehlt, die fehlt dann aber auch wirklich auf jedem Sender.« (T09)

Mehrere Personen wähnen sich beim Konsum etablierter Medien implizit oder ausdrücklich in einer »Blase« und wünschen sich ein Kontrastprogramm, das gleichsam von außen eine ganz andere Perspektive auf das Geschehen hat und bei der Bildung einer eigenständigen Meinung hilft, ähnlich wie das Westfernsehen in der DDR:

> »Wobei ich eben manchmal denke – aber da fehlt mir die Zeit –, dass ich gerne Vergleichsmedien haben wollen würde. Weil ich schon […] denke, man ist in einer Blase. Wenn man zum Beispiel MDR Sachsen im Radio hört und dann abends im MDR nochmal die Nachrichten sieht, das ist, kannst du fast sagen, synchron. Da siehst du: ›Hm‹. Zu DDR-Zeiten, da hat mein Papa die *Aktuelle Kamera* angeguckt und hinterher *heute* oder die *Tagesschau*. Und da hattest du einen Vergleich.« (T27)

> »Dann war es bei uns so, Sachsen, speziell hier im Vogtlandkreis hatten wir die Möglichkeit, im Fernsehen nicht nur die *Aktuelle Kamera* zu schauen, man konnte immer zwei schauen. Das war so. Da hat man sich schon erst einmal ein Bild gemacht. Man konnte 19:30 Uhr die *Aktuelle Kamera* und 20 Uhr *Tagesschau*. Und dann konntest du sagen: ›Ok, hm hm.‹ Da konnte jeder selbst seine Meinung bilden. Das haben wir heute schon gar nicht mehr. Diese zwei Gegenseiten.« (T10)

Dieselbe Person T10 monierte, dass zwar »der Bürger mündig sein soll« und »möglichst wie beim Arzt mehrere Meinungen einholen« soll, aber: »Wie soll ich das hier machen? […] Den Russensender [gemeint ist RT Deutsch, Anm. d. Aut.] haben sie abgestellt, gibt es nicht mehr. […] Es gibt nur noch den Einheitsbrei. Wo soll ich mich jetzt, wenn ich nicht über die *Nachdenkseiten* gehe, informieren?« Eine Person dachte über eine andere Alternative nach: »[V]ielleicht müsste man das französische Fernsehen irgendwie gucken können, wenn man es verstehen würde. Oder von anderen Ländern« (T27). Jemand anderes macht dies bereits:

> »Mir fällt doch auf, dass deutsche Medien aus meiner Sicht einen Blickwinkel haben, der relativ ähnlich ist. Zum Beispiel, was den Umgang mit Berichten

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

> aus Nachbarländern oder überhaupt Internationalem betrifft. Da fehlen mir durchaus manchmal… Wenn ich mir jetzt ein französischsprachiges Medium anschaue, dort habe ich viel mehr Berichte aus Maghreb, aus Afrika et cetera.« (T47)

Ein zuweilen verwandter Kritikpunkt, der in elf Interviews zur Sprache kam, war, dass die *Medien zu unkritisch gegenüber den Mächtigen* seien bzw. *mit dem Strom schwimmen* würden. Mit Bezug zur Hauptsendezeit im Fernsehen wurde etwa bemängelte, dass »da zu wenig Kritik unterwegs« sei (T05). Ähnlich heißt es in anderen Interviews:

> »Die sind nicht so, dass sie irgendetwas hinterfragen, sondern nur ganz neutral alles halten. Ich bin kein Querdenker oder so etwas, aber manchmal wünscht man sich schon, dass auch mal mehr Kritik geübt wird.« (T50)

> »Man macht sich ja auch seine Vorstellungen und Gedanken. Und dann fällt mir auf oder ich empfinde es so – das war schon früher so und wird auch nicht anders – es wird immer die Fahne nach dem Wind gehängt. Wenn eine Linie drin ist, will jeder mitschwimmen.« (T11)

Eine Person spricht von »Mainstream« und dass es »überhaupt nicht mehr um investigativen Journalismus geht, wo ja auch unterschiedliche Meinungen präsentiert werden« (T45). Zwei Befragte bemängelten, dass bei Polit-Interviews nicht härter nachgefragt werde, bzw. wurde sich ein schärferer Interviewstil gewünscht:

> »[I]ch wünsche mir mal einen Reporter, der im Gespräch zu einem Politiker oder zu jemand anderem sagt: ›Falsche Antwort. Würden Sie bitte mal auf meine Frage antworten? Das habe ich doch jetzt gar nicht gefragt!‹« (T59)

> »Warum zum Beispiel fragt ein Journalist nie hartnäckig nach? Die könnten das. Die könnten einen Politiker in so einem Gespräch so lange in die Ecke treiben, bis der Farbe bekennen muss. Das wird aber nicht gemacht.« (T48)

Mit besonders viel Emphase prangerte eine Person »diese Kritiklosigkeit« der Journalistinnen und Journalisten an:

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

> »Es kann passieren was will, die können in Berlin Beschlüsse fassen, blöder geht gar nicht. Jeder Mensch mit ein bisschen gesundem Menschenverstand würde sagen: ›Ist doch klar, das funktioniert nicht.‹ Aber in Berlin, die denken da nicht.« (T42)

Als Beispiel nannte die Person die Bundesinnenministerin Nancy Faeser und den Plan, das Wahlrecht auf 16 Jahre abzusenken [unseres Wissens hat die Ministerin keinen solchen Plan vorgelegt und ist vermutlich mit Saskia Esken verwechselt worden, die sich 2020 dafür eingesetzt hatte, Anm. d. Aut.]; ihrer Meinung nach müsste dann aber logischerweise auch für die Jugendlichen »das Strafrecht angepasst werden«:

> »Kein Journalist hat geschrieben, also in den Zeitungen, die ich zu dem Thema gelesen habe: ›Es kann nicht sein, das Wahlrecht herunterzusetzen, also mehr Rechte zu geben, ohne entsprechende Pflichten anzupassen.‹ Warum sagt das kein Journalist? Wozu sind die Typen überhaupt da? Das frage ich mich manchmal. Da wird keine Kritik geübt. Es wird berichtet, ja. Aber dass die mal schreiben: ›Die hat sie nicht mehr alle.‹ Das kann man doch mal schreiben.« (T42)

Beim *Schwimmen mit dem Strom* wird allerdings nicht nur eine Konformität mit der Regierung oder auch der Nato konstatiert. Befragte stören sich auch an einer unkritischen Haltung gegenüber den Klebe-Aktionen der »Letzten Generation« sowie Greta Thunberg, die gegenüber »Frau Merkel« zu respektlos aufgetreten sei (T11), sowie daran, dass kein Medium fordere, der Polizei bei der Verfolgung von Jugendbanden mehr Rechte zu geben (T42). Es klingt also in einigen Interviews die Wahrnehmung an, der Tenor der Berichterstattung sei zu linksliberal bzw. grün-klimabewegt.

In vier Gesprächen schließlich wurde *Kritik am Gendern und an »Wokeness«* geäußert, also an der Verwendung geschlechtergerechter Sprache und am Engagement gegen rassistische oder sexistische Diskriminierung. Eine Person erzählte: »Und ich schrecke tatsächlich auch regelmäßig zurück, wenn in öffentlich-rechtlichen Sendern gegendert wird, in Formen, wo ich sage, das macht sprachlich gar keinen Sinn« (T60). Gemeint sind Formen wie »Forschende«, die schon dann nicht mehr sinnvoll seien, wenn die gemeinten Personen in die Kantine gehen und dann ja »Essende« seien:

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

> »Da macht man zu. Man hängt sich nur noch an dieser einen Formulierung auf. Da mag der Inhalt gut und richtig sein. Aber den bekommt man dann tatsächlich nicht mehr mit, weil man im schlimmsten Fall abschaltet. Und sagt: Nein, das will ich jetzt nicht haben.« (T60)

Denselben Punkt kritisierte auch eine weitere Person (»Aber wenn der Studierende backt, ist er ein Backender, aber er bleibt Student von Beruf.«) und hält das »grammatikalisch« für einen »Fehler«: »So einen Blödsinn sagen die Leute, aber wenn einer heute sagt ›größer wie‹, das wird toleriert. Das kann doch wohl nicht wahr sein. Die Schuld liegt voll bei diesen Journalisten.« Die deutsche Sprache werde »verhunzt«, und es werde den Leuten

> »eingeredet: Du bist ganz böse, wenn du ›Indianer‹ sagst. Wer heute in einer Kneipe ›Zigeunerschnitzel‹ bestellt, ist ein Rechter. Schwachsinn! […] Man kann es auch übertreiben. Uns werden sprachliche Eskapaden aufs Auge gedrückt, die ich für idiotisch halte. Das ist eine Maßnahme, das kommt nur von Journalisten.« (T42)

Zwei Befragte betonten, dass dies für die Mehrheit irrelevant sei und es gravierendere Dinge gebe, die man diskutieren sollte:

> »Und da denke ich immer, haben wir nicht schlimmere Probleme? Also müssen wir uns wirklich daran aufhängen? Und müssen wir wirklich darüber diskutieren, ob jemand Rastalocken trägt oder nicht, oder ob wir ›Indianer‹ sagen oder nicht?« (T39)

Es gebe, so die befragte Person weiter, »[…] manchmal eine falsche Verschiebung, dass Minderheitenthemen zu viel Präsenz gegeben wird und gesagt wird, die würden immer zu kurz kommen, was aber dann dazu führt, dass man sagt: ›Ich kann es bald nicht mehr hören.‹« (T39) Eine Abkürzung wie »LGBTQI« [Lesbian, Gay, Bi, Trans, Queer, Intersexuell, Anm. d. Aut.] hat man

> »wahrscheinlich schon so oft gehört, dass es einem zu den Ohren rauskommt. Und das finde ich schon schlimm. […] Wir sind auch hier in [sächsische Kleinstadt] sehr liberal, aber das muss man doch nicht auf jeder zweiten Seite lesen.« (T39)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Ganz ähnlich argumentierte eine weitere Person:

> »Und diese Genderei, sage ich mal, [ist] seitdem gefühlt der Mittelpunkt unseres Seins […]. Ja, aber ich sehe die Menschen hier kämpfen. Ich sehe die Unternehmen kämpfen. Die haben ganz andere Probleme.« (T23)

Es interessiere »sich in der Welt keiner fürs Gendern, wirklich niemand«, betont die Person, berichtet allerdings kurz danach von ihrer Tochter, die sich offenbar dafür interessiert:

> »Aber wenn ich mir unsere Jüngste anschaue, die jetzt im zweiten Studienjahr ist und diese Gruppe von jungen Leuten, die haben ja kaum noch einen Realitätsbezug. Für die ist ja Gendern der Bestandteil des Lebens. Also die sind ja erstmal mit 20 wirklich am Fragen, was sie denn sind, Männlein, Weiblein oder etwas dazwischen. […] Die reden viel. Aber die denken viel zu viel nach. Und die koppeln sich vom normalen Leben ja total aus.« (T23)

Es ist zu vermuten, dass in diesem Statement ein Konflikt sowohl zwischen Generationen als auch zwischen Milieus bzw. weltanschaulichen Richtungen hervortritt.

Kommerz-Kritik

Ein zweites größeres Bündel an Kritikpunkten, nach der Kritik an Parteilichkeiten und politischer Tendenziösität, kann mit dem Begriff »Kommerz-Kritik« zusammengefasst werden. Beanstandet werden hier Phänomene, die vor allem wirtschaftliche Ursachen zu haben scheinen.

Sensationalismus/Skandalisierung

In 23 Interviews wurde unangemessene Skandalisierung und Sensationalismus als Grund für Medien-Misstrauen genannt. Darstellungen seien »überspitzt« (T47) und »übertrieben« (T51); »ob das Corona ist, ob das Pegida-Aufmärsche sind, es wird alles so gigantisch umschrieben« (T35); alles werde »ausgeschlachtet bis zum Ultimo« (T10). Medien versuchten, »immer den Skandal rauszukitzeln«, und betrieben »Effekthascherei«, denn »es muss immer irgendwie was los sein, auch wenn vielleicht gerade eigentlich nicht

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

so viel los ist« (T40). Eine andere Person bringt dasselbe Argument, indem sie Journalismus mit einem spannenden Film vergleicht:

> »Weil drastisch verkauft sich schon mal besser, glaube ich. Das war früher schon so. Ja, wenn man da einfach nur eine Zeile liest, ›wir erwarten vielleicht in drei Wochen Lockdown‹, verkauft sich das vielleicht nicht so gut. Wenn sie schreiben, ›ja über 1.500 Neuinfektionen, jetzt überlegt die Politik…‹ Also wie beim Film, wenn man so Filme sieht, die auf wahren Verbrechen beruhen, die sind natürlich dann so aufgebaut, dass es vielleicht auch noch spannend ist und man weiß ja dann nie, ob es sich so ereignet hat, wie es im Film dargestellt wird oder ob es halt doch schleichender, langsamer, mit weniger Action war. Und hier ist natürlich die Action mit drin, weil die natürlich auch ihre Auflagen haben wollen.« (T37)

Es werde aus kommerziellen Gründen auf die »Tränendrüsen« gedrückt (T15, T51) oder »Panik« bzw. »Angst« gemacht. Eine Person hielt die Corona-Berichterstattung für kommerziell getrieben:

> »Tagesblätter werden kaum noch gelesen, die Zahlen gehen zurück, zurück, zurück. Also müssen sie Krawall machen. Corona kam denen echt zupasse. Die Corona-Berichterstattung, das war doch Angstmache, Panikmache der Endstufe. Man muss den Virus wirklich ernst nehmen, der Virus ist da, das ist ein neuer Virus, und es ist eine Art neue Seuche und auf die muss man wirklich aufpassen, alles klar. Aber das war ja schon Panikmache der Endstufe.« (T03)

Eine weitere Person erzählte, wie vor allem ihrer alten Mutter die Berichterstattung über den Ukraine-Krieg, Corona-Wellen oder die Inflation Angst mache:

> »Wenn dann jeden Tag drinsteht, die Heizkosten steigen, der Strom wird abgestellt, die Heizung wird abgestellt. Dann sitzt sie da. Ich sage: ›Ach, Mutti!‹. Das muss man doch rankommen lassen, man muss das nicht jeden Tag, würde ich jetzt sagen, so breit ausbauen. […] Man muss jetzt nicht schon Angst schüren, was im Herbst ist. Was kommt, das kommt, das können wir sowieso nicht ändern.« (T51)

Einige Male wurden »reißerische Schlagzeilen« (T46) kritisiert, die vom Text des jeweiligen Artikels nicht gedeckt seien:

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

> »Aber was diese Verantwortung in Richtung ›Formulierungen‹ angeht, also, dass ich der Schlagzeile wegen sozusagen alles aufgebe, und den Eindruck habe ich schon […]: Hauptsache die Schlagzeile stimmt. Manchmal steht sogar im Bericht oder im Artikel selbst dann etwas Relativierendes. Aber die Schlagzeile ist schon so schmerzhaft, so, dass man denkt: ›Das geht doch nicht, du kannst doch nicht…‹, dass da eine Form von Menschenverachtung teilweise transportiert wird und das völlig unreflektiert.« (T53)

> »Es ist auch oft so, dass selbst in den *Dresdner Neuesten Nachrichten* eine Überschrift prangt und ich denke: ›Hä? Was ist denn jetzt? Das kann ja nicht sein.‹ Dann lese ich den Artikel und im Artikel relativiert sich das alles. Dann wird eigentlich der Überschrift widersprochen.« (T16)

> »Es gibt die Medien, die mit der Überschrift etwas prophezeien, die auch die Klicks brauchen, wenn es Online-Medien sind und eine Überschrift machen, die einfach reißerisch klingt und wo dann nur heiße Luft dahinter ist, die würde ich jetzt mal in die unterste Ecke stellen.« (T14)

In diesem Zusammenhang wird am häufigsten (von zehn Befragten) die *Bild*-Zeitung negativ genannt. Sie sei »schreierisch aufgemacht« (T60) und »die Massen [werden] aufgepusht« (T59). Man würde »keine *Bild* lesen – zu platt« und lobte dafür den *Spiegel* und die *Süddeutsche Zeitung*, die unter den Schlagzeilen noch Unterzeilen hätten, die »sind so lang, dass man schon von mehreren Seiten nachdenken muss, was da so drinsteht« (T07). Ähnlich meinte jemand, dass man »die *Bild* generell meide« und versuche,

> »bewusst Sachen zu lesen, von denen ich denke, das hat auch eine inhaltliche Schwere oder Gewichtigkeit und Vertrauen einfach auch, was ich jetzt bei der *Bild* irgendwie nicht habe. […] Ich weiß nicht, da wissen Sie wahrscheinlich besser den Unterschied zwischen *Spiegel*, *Zeit* und *Bild*, wo das herkommt, aber vom Gefühl her fühle ich mich mehr zu den anderen hingezogen, weil es für mich einfach fundierter rüberkommt. Das ist nicht so Skandal-lastig, sondern hat irgendwie mehr Tiefgang.« (T20)

Auch einige andere Interviewte betonten einen Gegensatz zwischen Boulevardmedien und seriösen Medien oder aber zwischen privaten und öffent-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

lich-rechtlichen Medien, wobei sie dann den Erstgenannten jeweils mehr Grund zum Misstrauen bescheinigen:

> »Journalismus sollte von den Instrumenten und im Prinzip von der Freiheit, von den Gegebenheiten, öffentlich-rechtlich frei sein. Bei den Privaten habe ich den Eindruck, dass sie Medien zum Selbstzweck machen, um Quoten zu machen. So hat man bei *Bild* oder bei RTL oder wie auch immer dann diesen gewissen Drauf-Schlag-Hammer in Richtung Überschriften, Bashing, dass man sagt: ›Okay, die muss jetzt übelst krass sein, dass wir soundso viele Klicks oder Quoten und so bekommen.‹ Das verfälscht die Berichterstattung.« (T58)

> »Ich denke, man merkt, ob das so ein Boulevardjournalismus ist, der etwas Reißerisches bringen will, oder ob das seriöse Journalisten sind. Aber ich denke, das liegt auch daran, wie die bezahlt werden oder wie ihre Anstellung ist. Ob die für etwas Reißerisches Geld kriegen oder ob gesagt wird: ›Die Stelle ist da, versucht so gut wie möglich zu recherchieren, ihr kriegt das Geld, auch wenn ein Ergebnis herauskommt, das nicht besonders populär ist.‹« (T16)

Vereinzelt wurde nicht nur die *Bild*-Zeitung mit Effekthascherei in Verbindung gebracht, sondern auch die *Morgenpost* (eine Boulevardzeitung in Dresden und Chemnitz), der *Spiegel*, RTL, die *Sächsische Zeitung* und die *Dresdner Neueste Nachrichten*. Selbst öffentlich-rechtliche Sender, so eine Person, gingen »in die Falle […] der Boulevard-Berichterstattung, teilweise« (T18).

Kommerzialisierung der Berichterstattung

Wie schon angeklungen ist, werden für reißerische Überschriften und emotionalisierende Berichterstattung wirtschaftliche Hintergründe des Mediensystems verantwortlich gemacht. In 15 Interviews wurden entsprechende Kommerzialisierungstendenzen, ökonomische Zwänge bzw. Konkurrenzdruck angesprochen: So beklagte jemand »Kommerz bis zum Gehtnichtmehr« (T38), andere Personen erwähnten »diese enorme Verwirtschaftlichung auch des Journalismus«, die »überhaupt keine Möglichkeit für Journalisten« lasse, »selbst investigativ etwas zu tun« (T45), oder glaubten, »wenn die Privaten diesen Druck nicht hätten, diesen wirtschaftlichen Druck, wäre auch die Medienberichterstattung anders« (T58). Teilweise wurde dieser Aspekt ausdrücklich mit dem Thema Vertrauen verknüpft,

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

weil wirtschaftlicher Druck der Verlässlichkeit, Wahrheit, Unabhängigkeit oder Neutralität abträglich sei:

> »Also ich würde schon sagen, für mich wiegt die Abhängigkeit davon, dass die meisten Medien Profit machen müssen, das wiegt für mich schwerer als die Verquickung mit der Politik.« (T09)

> »Und man muss ja von News leben. Das ist eben jeden Tag irgendein Aufmacher, den man braucht, damit die Menschen natürlich auch die Zeitung kaufen. Da ist ein anderer Gedanke manchmal dahinter, während ich vielleicht eben wahrheitsliebend irgendetwas abbilden würde, ist natürlich so ein Verkaufsprozess dahinter. Kriege ich die Zeitung auch am nächsten Tag irgendwie los?« (T26)

> »Und Journalismus besteht ja, meiner Ansicht nach, nur noch aus Geldverdienen. Deshalb wird ja auch, meiner Ansicht nach, das immer wieder in eine Richtung manipuliert, damit das absetzbar ist. […] Und deshalb habe ich auch so starke Bedenken. Überall dort, wo das Kapital eindringt, ist diese Verlässlichkeit eben nicht mehr da, ist das Vertrauen nicht mehr da.« (T21)

Eine interviewte Person, die direkte Erfahrungen mit Journalistinnen und Journalisten gesammelt hat, bemängelte, dass aus kommerziellen Gründen »bei Politik zum Beispiel […] eigentlich grundsätzlich erst mal alles schlecht« sei und »auch immer so ein bisschen in die korrupte Richtung geschoben« werde. Fragen auf Pressekonferenzen würden gestellt mit der Absicht, eine spektakuläre Headline zu produzieren:

> »Aber diese Fragen gehen dann halt schon in so eine Richtung, wo man halt weiß: Ah, der will halt in diese… Ja, der will halt diese Schlagzeile rausholen, sozusagen, und irgendwie rauskitzeln. Und das ist für mich… [atmet hörbar aus] Ja… Wenn man eben da auch wieder zum Vertrauen zurückkommt, das ist für mich nicht neutral. Also Neutralität ist halt wichtig. Und die fehlt mir dann in dem Zusammenhang.« (T40)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Oberflächlichkeit/Verknappung

Elf Interviewte kritisierten eine Oberflächlichkeit bzw. Verknappung der journalistischen Inhalte, die auf kommerzielle Zwänge, Boulevardisierung oder Zeitknappheit bei der Recherche zurückgeführt wurde. Objekte der Kritik waren manchmal die Regionalzeitung, manchmal private Sender und manchmal auch Öffentlich-Rechtliche.

> »Also, der *Freien Presse* vertraue ich jetzt nun nicht hundertprozentig, auf gar keinen Fall. Das ist mir oft zu oberflächlich, zu wenig oder auch ein bisschen zu tendenziell [gemeint ist tendenziös, Anm. d. Aut.].« (T05)

> »[I]ch sage das jetzt mal ganz böse, das ist vielleicht arrogant, aber mir ist das zu flach. Mir ist das zu oberflächlich. Also wenn ich die privaten Sender habe, wo ich dann sage: ›Oh, nee, bitte nicht.‹ Es ist aber auch, wenn ich MDR jetzt selbst nehme, ist mir zu stark Boulevard-orientiert.« (T35)

> »[M]anche Sachen sind so kompliziert – das Leben ist nun mal komplex und kompliziert – und der Bevölkerung muss etwas verkauft werden, was einfach ist. Und dann macht man es einfach. Sachen, die kompliziert sind… Man will die Leute ja nicht verunsichern. Aber das ist natürlich falsch, weil, wenn man auf der anderen Seite sagt: ›Das ist ein mündiger Bürger‹, dann muss man ihm eben auch zugestehen, sich eine Meinung zu bilden.« (T41)

Einige Befragte drückten indirekt eine politische Tendenz-Kritik (zu den Themen Corona oder Ukraine) als Kritik an Oberflächlichkeit aus, durch die eben wichtige Informationen fehlen würden. So gab eine Person an, »sehr unzufrieden mit der Corona-Berichterstattung« zu sein, und erzählte:

> »[I]ch habe das Gefühl, wenn ich mich mit einer Sache beschäftige, mich da hineinknie und versuche, mir einen Überblick zu verschaffen, und lese dann das, was in der Zeitung darüber steht, habe ich den Eindruck, da fehlt etwas, die beschäftigen sich nicht ausreichend damit. […] [H]äufig wird nicht auf den Kern der Sache eingegangen, nicht umfangreich und sachlich berichtet, sondern sehr oberflächlich. Dass die Tendenz oftmals dahin geht: ›Das musst du jetzt glauben, und so ist es und der Wissenschaftler X oder Y hat das gesagt und Punkt.‹« (T33)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Neben Corona, so die Person weiter, betreffe dieser Eindruck auch Themen, in die sie aufgrund früherer beruflicher Tätigkeit in einem Museum näheren Einblick hatte:

> »[I]mmer wenn ich genau wusste, wovon ich rede oder weil ich es selbst miterlebt habe – jetzt im kleineren Maßstab, irgendeine Museumsgeschichte oder was auch immer – und dann die Berichterstattung darüber gelesen habe und feststellen musste, wie weit, oder wie sehr weit das von der Wirklichkeit entfernt war, wie oberflächlich und wie ungenau das alles ist.« (T33)

Dass eigene Fach-Expertise in bestimmten Feldern sie die Fehler in verknappter Berichterstattung über diese Themen erkennen lässt, reklamierten vier weitere Befragte für sich. Ein Interview nahm beispielsweise Bezug auf einen Eigentumsübergang im Lausitzer Bergbau von Vattenfall zur LEAG:

> »Und jetzt bringen Sie das mal einem Journalisten bei, was diese Probleme dann nachfolgend sind, weil das hat alles mit Rekultivierung, Sanierung, mit Geld zu tun. Und da ist man manchmal enttäuscht, wenn dann vielleicht nur zehn Sekunden im *Sachsenspiegel* [Sendung im MDR-Fernsehen, Anm. d. Aut.] wieder kommen. Und da kann niemand draußen verstehen, was ich eigentlich wollte, niemand. Das ist mir manchmal, wo so verknappt wird, negativ aufgefallen.« (T26)

Aktualitätsdruck und Beschleunigung der Berichterstattung

In sieben Gesprächen wurde Misstrauen gegen Journalismus mit der zeitlichen Dimension verbunden: Der Aktualitätsdruck sei zu hoch, Medienschaffende hätten zu wenig Zeit zum Recherchieren und würden Informationen zu schnell veröffentlichen.

> »›Ich möchte als Zeitung immer der Erste sein, der die Informationen hat.‹ Ich weiß, dass Journalismus so funktioniert. Aber gerade jetzt in dieser Corona-Zeit erwarte ich eigentlich, dass man so lange wartet, bis jetzt eine Ministerpräsidentenkonferenz sagt: ›Jetzt kann veröffentlicht werden.‹« (T35)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Auch eine andere Person wünschte sich eine langsamere Berichterstattung und Kommentierung – mit Blick auf die letzte UN-Klimakonferenz fragte sie: »[D]ie sind noch gar nicht fertig mit Beraten, da wird schon ein Standpunkt dazu gesagt. Ist denn das so richtig?« (T02).

Der Zeitdruck, so wurde in einem anderen Gespräch betont, sei in den Redaktionen das Einfallstor für PR-Inhalte:

> »Und ich sehe zum Beispiel, wenn eine Firma oder irgendjemand eine Presseerklärung abgibt oder Pressemitteilung in die Redaktion gibt, dass aus Zeitgründen die Pressemitteilung, sage ich mal, nicht ungefiltert durchgeht, aber weitgehend als gegeben hingenommen wird und die Zeit nicht besteht, die Pressemitteilung zum Beispiel nochmal zu hinterfragen und zu kontrollieren und gegenzurecherchieren. Die Zeit ist einfach nicht da und der Artikel muss raus, weil es muss passieren und es muss sein.« (T43)

Die Beschleunigung führe aber auch zu inhaltlichen Schlagseiten und Parteilichkeiten: So meinte jemand, dass Medien »wahnsinnig schnell auf die Dinge reagieren und natürlich ganz schnell uns mit Mitteilungen, Nachrichten versorgen wollen und dadurch sicherlich manche Dinge auch zu einseitig betrachtet werden« (T07). Es wurde aber auch kritisiert, dass Medien schon aus reinem Zeitdruck politische Statements oder Meinungen ohne ausreichende Prüfung wiedergeben:

> »Also ich glaube, wir haben furchtbar hektische, schnelle Medien. Die Politik denkt schon daran, dass die Medien das brauchen, und man könnte ja fast meinen, die sprechen schon so, dass die Medien das nur mitschneiden müssen, dass die auch nicht mehr etwas kürzen oder verlängern. […] Wahrscheinlich kann ich das morgen in der Zeitung mit einer ähnlichen Überschrift lesen und das ist eine Entwicklung, wo die Medien, finde ich, nicht mehr neutral genug sind. Das ist eigentlich ein Spiegeln der politischen Inhalte. Das wird einfach nur weitergegeben. Die machen dieses Tempo mit. Steigern sich gegenseitig. Die werden immer schneller.« (T39)

> »Ich habe manchmal den Eindruck, den Journalisten fehlt vielleicht die Zeit, – ich weiß es nicht, ich kann das nicht beurteilen – bevor sie einen Artikel raushauen, dass sie sich wirklich nach allen Seiten absichern. Die nehmen dann von irgendetwas eine Meinung auf.« (T27)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Sonstige Kritik

Zwei Kritikpunkte, die weder explizit politische noch wirtschaftliche Hintergründe haben dürften, seien noch dargestellt: Neun Personen äußerten eine *Themenverdrossenheit*, also eine Übersättigung mit Großthemen wie Corona oder Ukraine:

> »Es ist immer wieder das Gleiche. Gerade jetzt mit der Pandemie oder mit dem Krieg. So schlimm, wie es ist, aber irgendwann hat man sich das übergehört. Man hört mal hin: ›Ja, es ist wieder das.‹ Aber wenn es den ganzen Tag läuft, ist es dann zu viel.« (T01)

> »Ich fühle mich relativ schnell übersättigt mit Informationen, wenn es einen bestimmten Nachrichtentrend gibt, wo alle draufspringen. […] Das ist was, wo ich ganz schnell müde werde und wo ich eher zu viel bekomme und mich frage, wo ist denn jetzt noch der Neuigkeitswert ab einer bestimmten Stelle.« (T60)

Eine Person bezeichnete die Dauerbeschallung mit negativen Themen als »Irrsinn«, das sei »zum Teil überfüttert« und sie habe »die Faxen dicke« (T18). Eine solche Übersättigung, so gaben zwei Personen zu Protokoll, führe dann auch zu Nachrichtenvermeidung:

> »Wir haben dann wirklich teilweise auch keine Nachrichten mehr angesehen, als Corona war, weil wir gesagt haben: ›Als ob es keine anderen Themen mehr gibt!‹ Die gibt es aber für jeden Menschen, ob Schule, ob Arbeit, was weiß ich. Wenn dann zu sehr dieses eine Thema behandelt wird, das ist nicht gut.« (T27)

> »Ich stelle aber fest, dass ich mich in den letzten Wochen und Monaten mehr entferne von Nachrichten, weil ich einfach die Dinge für mich schon gar nicht mehr filtern kann, diese Negativität und diese Eingleisigkeit, diese Einseitigkeit von Berichterstattung belastet mich zunehmend. Ich fange wirklich an, mich aus Nachrichten zurückzuziehen. Ich habe auch festgestellt, dass es vielen Menschen in meiner Umgebung genauso geht. Und ich stelle eine gewisse Aggressivität fest, mit der ich Nachrichten wahrnehme.« (T23)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

In sechs Interviews klang an, dass *die Nachrichten zu wenig konstruktiv seien* und man sich positivere Inhalte wünscht. Eine Person bemängelte die destruktive Diskussionskultur in politischen Talkshows:

> »Entweder man versucht ein Thema wirklich konstruktiv anzugehen, aber es läuft genauso wie in der Politik. Geht man die Sachen wirklich konstruktiv an oder werden sie einfach nur zerredet beziehungsweise will jeder nur seinen Standpunkt als den richtigen oder wahren bestätigt haben.« (T48)

Eine interviewte Person, der Medienkonsum »nicht guttut«, hielt es für »so ein grundsätzliches Medienproblem, das sind halt vorrangig die negativen Nachrichten. […] [A]ber positive Nachrichten verkaufen sich halt nicht« (T48). Ähnlich meinte jemand anderes, man »habe oft das Gefühl, es sind Strategien da, um Probleme zu lösen. Aber wir beschäftigen uns nicht mit diesen Strategien.« Medien pickten das heraus, »was Aufmerksamkeit erheischt«, aber mit den »kleinen, langsamen Lösungen […] gewinnt man halt keinen Blumentopf«. Konkret vermisste die Person ausreichende Berichterstattung über »die Permakultur als Lösungsansatz für unsere […] Klimawandelprobleme« sowie über »das Thema freie Bildung« (T09). Eine andere, naturverbundene Person mit Interesse an Spiritualität und alternativen Gemeinschaften fände es »fantastisch«, wenn der Journalismus entsprechende zukunftsgerichtete »Visionen einstreut« und eine abendliche Nachrichtensendung die Menschen nicht mit einem »Riesenproblem« (etwa: »die Flüchtlinge an der Grenze, im Winter, dann das ganze Leid«) ins Bett schickt, sondern mit positiven Aspekten (»wie denen geholfen wird, was man machen kann, welche Wirkung das hat«, T25). Ein ehemaliger Stadtrat einer sächsischen Mittelstadt nahm einen Mangel an konstruktiven Berichten zu kommunalen Themen wahr:

> »[I]ch schaue auch gerade nach überregionalen Informationen, um Beispiele zu finden, was geht kommunalpolitisch in anderen Regionen Deutschlands? Wo werden bestimmte gute Ideen verwirklicht? Was weiß ich: in Elektromobilität, Digitalisierung von Verwaltung, solche Dinge, Best Practice. Da muss man schon suchen, um dort gute Informationen zu finden.« (T60)

Diese Kritik an zu negativer und zu wenig konstruktiver Berichterstattung sehen wir, wie gesagt, weder als Tendenz- noch als Kommerz-Kritik an. Auch wenn eine Dominanz negativer Themen mitunter wirtschaftliche

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Gründe haben kann, stehen wohl eher Fragen des journalistischen Rollenverständnisses und der Routinen und Kriterien der Nachrichtenauswahl in Redaktionen hinter diesem wahrgenommenen Problem.

5.2.5 Ängste vor Schäden durch Journalismus

Wir vermuten, dass hinter Misstrauen bzw. Skepsis oder Ärger bzw. Wut gegenüber etablierten Medien ein anderes Gefühl stehen kann: Angst.[23] Um entsprechenden Ängsten auf die Spur zu kommen, fragten wir relativ direkt, nachdem uns die Gründe für das Ver- oder Misstrauen gegenüber den Medien erzählt wurden: »*Haben Sie Befürchtungen, dass die Medien Schaden in unserer Gesellschaft anrichten? Was wären da Ihre Befürchtungen?*« Die relativ wenigen Antworten zu dieser Frage insgesamt zeigen, dass viele Befragte keine entsprechenden Sorgen hegten bzw. keine Schäden durch Medien in der Gesellschaft sahen (siehe Tab. 9). Viele nutzten diese Frage auch dazu, allgemein Medienkritik zu üben oder andere Gründe für Misstrauen zu nennen – konkrete Angaben zu Ängsten und befürchteten Schäden liegen uns daher nicht von allen misstrauenden Interviewten vor.

Tab. 9: Ängste vor Schäden durch Medien

Code	Anzahl
Gesellschaftliche Spaltung/Polarisierung/Radikalisierung	18
Etablierte Medien erreichen viele nicht mehr	10
Psychische Belastung/Druck/Gewalt	9
Keine (oder keine großen) Gefahren	9
Menschen können sich keine eigene Meinung bilden	5

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61), ab 4 Interviews

23 So hatten etwa in der Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen die »Medienzyniker«, auch wenn sie wirtschaftlich nicht schlechter gestellt waren als die »Medienfans«, größere Angst vor einer künftigen Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation (vgl. Jackob et al. 2017: 127). Generell ist die Gefühlsverschiebung zur Vermeidung schwer aushaltbarer Gefühle wie Angst, Ohnmacht oder Trauer ein verbreiteter Abwehr- und Schutzmechanismus des Menschen; in der Literatur wird auch vom »Deckgefühl« gesprochen, welches das (noch schmerzhaftere) Ursprungsgefühl zudeckt (vgl. Geuter 2019: 174).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Gesellschaftliche Spaltung/Polarisierung/Radikalisierung

Am häufigsten genannt wurde die Sorge, dass die Medien durch einseitige Berichterstattung bzw. durch eine Diffamierung abweichender Meinungen (v.a. zu Corona, genannt wurden aber auch der Klimawandel und Rassismus) zu einer gesellschaftlichen Spaltung bzw. Polarisierung beitragen:

> »Dass die Polarisierung in der Bevölkerung zunimmt. Wenn die sich dort nicht wiederfinden oder die Themen nicht ernst genug genommen werden. Gerade jetzt im Erzgebirge sind alle ein bisschen sehr konservativ und da denke ich, dass die dann noch sensibler darauf reagieren, wenn jetzt zum Beispiel über Demonstrationen berichtet wird und das auch sehr einseitig. Und die das Gefühl haben, sie werden in die rechte Ecke gestellt, obwohl sie nur ihrem Ärger Luft machen wollten.« (T15)

> »Aber überall an den ganzen Bruchstellen verlieren wir ja Menschen mit einer demokratischen Grundeinstellung. Die verlieren wir. Die werden zunehmend in ihrem Denken diktatorisch. Die sagen: ›Hauptsache etwas anderes. Ein Starker muss her, der Besen muss kehren.‹ […] Da müssen wir Angst davor haben. In dieses Loch hauen Medien rein und verstehen gar nicht, welche fundamentale, grundlegende Rolle ihnen zukommt. Durch ehrliche Berichterstattung, *alle* Seiten beleuchten und die Menschen selbst denken lassen.« (T23)

Zwei Befragte sahen Schäden für die Demokratie, entweder weil aufgrund unterschiedlicher Berichterstattung in öffentlich-rechtlichen Medien und in Boulevardmedien »Bevölkerungsschichten […] immer weiter auseinanderdriften« und sich durch Skandal-Überschriften im Boulevard »Unzufriedenheit immer weiter [festigt]« (T40) – oder weil aufgrund von Repräsentationslücken in etablierten Medien viele Menschen zu Alternativmedien abwandern würden, was eine gesellschaftliche Teilung in verschiedene Bubbles zur Folge habe:

> »Es ist schon bedenklich, wenn die Leute sagen: ›Ich lese keine Zeitung mehr.‹ Alle, die das sagen, gebe ich Ihnen Brief und Siegel, die wandern ab, zu, nennen Sie es alternative Medien, also sprich Internet. Und dort gucken die gezielt nach Dingen, die sie interessieren. Und da wird der Blick immer weiter eingeengt und das ist gefährlich, in dem Moment, also wenn die Medien, sagen wir

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

> mal, nichts dafür tun, wieder mehr Leute zu fesseln, durch eine ausgewogene, scheinbar objektive Berichterstattung, ganz objektiv wird es nie sein. Da ist schon die Gefahr, dass die Demokratie Schaden nimmt, langfristig oder mittelfristig, weil man eben sagt, die Leute informieren sich anders. Und das trägt meiner Ansicht nach auch zur Radikalisierung bei. Das ist nicht gut.« (T18)

Andere Befragte konstatierten eine »Trennung« und »Spaltung der Gesellschaft« dadurch, »dass viele Journalisten und Moderatoren Meinungen vorbringen, die vorgefertigt sind« (T54). Die Spaltung erscheint hier nicht als unintendierte Nebenwirkung, sondern als Absicht der Herrschenden, um das Volk zu kontrollieren: Man »muss sich dessen bewusst sein, dass das schon gesteuert ist« (T54).

Vom Steuern und Gesteuert-Werden sprachen auch zwei weitere Personen. Eine sah in der »Spaltung der Gesellschaft« das »Prinzip ›Teile und Herrsche‹«, das »wahrscheinlich fortgesetzt werden müssen [sic!], damit man eben die Herrschaft aufrechterhalten kann« (T21). Eine andere machte im Corona-Kontext den Punkt, dass die der Politik »angegliederten« Medien ihr Publikum in Richtung »Bürgerkrieg« steuern würden:

> »Die richten in dem Sinne Schaden an, dass sie in meiner Wahrnehmung falsche Wirklichkeiten errichten. Und Menschen steuern und an einen Punkt gebracht haben. Wir waren und vielleicht sind wir es auch immer noch, fand ich, einen Steinwurf von einem Bürgerkrieg entfernt. Sehr viele Leute sind hier und haben vielleicht auch immer noch die Einstellung, die man ihnen via Politik und angegliederten Medienhäusern nähergebracht hatte, dass für ihr Unglück und ihr Leid die Ungeimpften schuld seien.« (T44)

Ebenfalls im Corona-Kontext wird in einem weiteren Interview von »der Spaltung« und dem »Gefühl, dass wir mit Meinungen gegeneinander aufgehetzt werden«, gesprochen (T09). Zwei andere Befragte sahen die Rolle der Medien bei der gesellschaftlichen Polarisierung nicht als eine aktiv-bewusst steuernde an, sondern sahen das Problem in der Passivität von Medien und deren Neigung zur Mehrheitsmeinung:

> »[W]enn irgendjemand der allgemeinen Meinung widerstrebt und irgendwie im Ansatz was vielleicht Falsches sagt, wird er in Grund und Boden gehasst. Aber die Medien tun auch nichts dagegen, um das aufzuhalten. Und

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

> machen es auch immer mit diesem Ansatz, jetzt nicht aktiv, aber passiv in dem Sinne, dass man dann halt manche Wissenschaftler einfach nicht mehr hört oder die in Talkshows nicht mehr auftauchen, die da irgendwas dagegen sagen und davor aber oft gehört wurden und das ist so hinterrücks irgendwie.« (T02)

> »[S]ie werden der Aufgabe, diese Polarisierung mit ihren Mitteln zu bekämpfen oder zu verändern, nicht gerecht. Das Gefühl habe ich schon. Sie könnten eigentlich etwas ganz anderes machen. Sie könnten für mehr Freiheit in der Debatte sorgen und für mehr Offenheit. Und das würde die realen Prozesse in der Gesellschaft natürlich beeinflussen, möglicherweise zum Besseren, als sich auf die Seite der Mehrheitsmeinung zu schlagen und die Minderheitsmeinung nicht zu Wort kommen zu lassen oder zu diffamieren. Das kann man auch feststellen, dass Leute, die sich Gedanken machen, als ›Covidioten‹ oder ›Corona-Leugner‹ oder sonst irgendwas bezeichnet werden.« (T33)

Bei manchen Befragten schien die Angst durch, in gewisser Weise durch den medialen Diskurs *selbst* von der (Mehrheits-)Gesellschaft abgespalten und zu Aussätzigen gemacht zu werden – auch wenn dies in objektivierte Formulierungen über die Gesellschaft gekleidet wurde:

> »Diese Spaltung, ganz schlimm. Ich sehe da sehr schwarz, obwohl ich eben kein pessimistischer Mensch bin, im Grunde genommen. Aber ich befürchte, dass diese Feindseligkeit, dieses: Die Guten müssen die Bösen irgendwann ausrotten… […] Davor habe ich Angst, vor solchen Sachen.« (T49)

Auch diese Person nahm wahr, dass diese Tendenzen von den Medien »[r]ichtig gefördert« würden:

> »Die Medien hätten ja die Aufgabe, erstens neutral zu berichten und zweitens auch die Menschen einander ein bisschen näher zu bringen. Indem man den Gegner fair zeigt und indem man ihm das Menschsein nicht abspricht. Weil wir wissen ja – Soziologen haben es untersucht – diese Schritte, wie man jemanden entmenschlicht und dann ist er Freiwild, irgendwann kann man ihn abschießen, weil er ein ›Schädling‹ ist. Dieses Wort wurde leider benutzt. Von Politikern.« (T49)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

In eine ähnliche Richtung argumentierte eine Person, die einen Kommentar zum Thema Impfpflicht (vgl. Blome 2020) als »Gewalt« erlebte und in der Nähe von »Goebbels« und den »Nazis« sah:

> »Diese rhetorische Gewalt, die man immer wieder erlebt, auch im Bundestag oder in öffentlichen Medien, die da reden, ob es Politiker oder Journalisten sind. Na klar, richtig Schaden und dort mache ich auch wirklich zwischenmenschliche Werte kaputt. Wie heißt er? Nikolaus Blome? Vom *Spiegel*. Der war vor kurzem in der ARD. Ich weiß es nicht mehr. Der gesagt hat: ›Die, die sich nicht impfen lassen wollen – das Land oder die Republik sollte mit Fingern auf sie zeigen.‹ […] Ich meine, das muss man sich auch einmal vorstellen, das darf der einfach so sagen. Es gibt für mich überhaupt keinen Unterschied mehr zwischen der Rhetorik der Nazis und unserer. Das muss ich so *deutlich* sagen: Ich sehe da keinen.« (T57)

Psychische Belastung/Druck/Gewalt

Die zuletzt zitierte Person ist eine von neun, die eine psychische Belastung durch mediale Berichterstattung als Gefahr konstatierten. Jemand anderes erzählte, die Corona-Berichterstattung habe »einfach so einen starken psychischen Druck hinterlassen […] und so eine Angst. Und das finde ich ganz schrecklich« (T14). Medien würden »Angst schüren« (T51) bzw. »erzählen [den Menschen], sie sollen Angst voreinander haben, sie sollen sich voreinander fernhalten, sie sollen ihr Gesicht in Staubmasken hüllen« (T44). Drei Befragte begründen mit dieser psychischen Belastung ihre Nachrichtenvermeidung, die ein »Selbstschutz« (T45) sei, weil Artikel »mich beschädigen« (T28) könnten oder weil man sagt »Schluss, es geht nicht mehr« (T23).

> »Wir leben in einer vollkommen traumatisierten Gesellschaft langsam. Da ist einfach auch eine ganz große Mitschuld und Verantwortlichkeit, die ich bei den Medien sehe. Es ist eine permanente psychologische Beregnung mit immer diesen gleichen Worthülsen und Framing sozusagen. Das macht den Menschen kaputt und das wirkt auch auf mich selbst, wenn ich selbst sage, ich habe physische Erscheinungen, dass ich das Radio ausmachen muss, dass ich mich dem entziehen muss, weil das mein Körper, Geist und Seele nicht aushalten.« (T45)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Leute können sich keine eigene Meinung bilden

Vor allem misstrauende Befragte benannten zuweilen die Sorge, dass die Medien durch einseitige Berichterstattung oder Meinungsmache ein unzutreffendes Bild der Wirklichkeit zeichneten und es den Menschen unmöglich machten, sich eine eigene Meinung zu bilden.

> »Man hat gesagt, dass Medien die vierte Gewalt sind. Das spricht für sich. Die können vieles beeinflussen. Manchmal machen die Medien ja auch eine Meinung und lassen einen nicht eine bilden, sondern geben etwas vor.« (T50)

> »[D]ass die Leute eine Denkweise entwickeln, die so gar keine Flexibilität zulässt, sodass man mal nach links oder rechts guckt oder nach oben oder unten. Oder wo kommt das her? Oder wo führt das hin? […] Das ist alles irgendwie weg. Als ob es geschafft worden ist, dass die Leute wegschalten, dass sie einen wesentlichen Bestandteil ihres Denkens weglassen.« (T48)

Auch ein großer Einfluss der Medien auf die Meinungsbildung und anschließende Handlungen der Menschen wurde postuliert:

> »[V]iele Leute denken, das, was sie lesen, ist das wahre Leben. Und das ist ja nur ein Teil des wahren Lebens. Und wenn man einen Teil weglässt, entsteht ein falsches Bild. Und das falsche Bild kann zu Reaktionen führen, die man sich nicht wünscht. Also ich will jetzt… Ich finde das auch überzogen, aber diese Demos, die manchmal stattfinden: Ich gehe mal davon aus, da sind viele Leute dabei, die sind dazu gekommen, weil sie unzufrieden sind, weil sie unglücklich sind mit bestimmten Situationen. Dass dort sehr unschöne Erscheinungen auch entstehenden und dass die dort eventuell auch missbraucht werden, das ist eben nicht auszuschließen. Aber dadurch, dass die Medien etwas einseitig darstellen, drängen die bestimmte Leute zu Sachen, die sie sonst nicht machen würden.« (T41)

Etablierte Medien erreichen viele nicht mehr

Sieben Personen (eher dem Lager der Medienvertrauenden zuzurechnen) hegten die Befürchtung, dass etablierten Medien immer mehr Menschen nicht mehr erreichen – weil sich das Mediennutzungsverhalten im Zuge der

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Digitalisierung ändere oder aber weil sie unter Propaganda-Verdacht stünden –, was dann weitere Schäden etwa für den Informations- und Bildungsstand dieser Menschen oder für die Demokratie nach sich ziehe. Es bestehe die Gefahr, diese Personen »rutschen […] irgendwann ab in eine Meinungsrichtung, die nicht passt, die nicht realitätsnah ist« (T59). Die Metapher des Abrutschens findet sich dabei auch in einem anderen Interview:

> »Ein Aspekt ist, dass die Leute aufhören, sich zu informieren, einerseits. Das heißt, viele ziehen sich zurück und nehmen, zum Beispiel, die *Tagesschau* gar nicht mehr wahr. Ein großer Teil. Und die verliert man, dass man die normal informieren kann, die rutschen ab in alternative Informationsmedien. Und viele Medien – ich sage nicht alle – nehmen entweder das Politische ganz raus und berichten nur Trallala. Und andere Medien werden von vielen als Propaganda empfunden und werden nicht mehr wahrgenommen. Und dieser Schaden, der dort angerichtet wird, dass man denen nicht mehr wirklich glaubt, das ist schon wirklich riesig, finde ich.« (T43)

Auch weitere Befragte, die den etablierten Medien eher vertrauend gegenüberstehen, äußerten sich so.

> »Ja, ich frage mich immer, jetzt ist man natürlich immer bei Corona, wo beziehen solche Querdenker ihre Meinung her, wo sie doch eigentlich an jeder Ecke etwas anderes lesen und hören könnten. Ich denke manchmal, die stellen eben öffentlich-rechtliche Sender gar nicht ein. Aber leider sind das wahrscheinlich ganz schön große Prozentzahlen. Das ist schon bedenklich.« (T05)

> »Aber ich glaube, dass sie [die Medien] an Glaubwürdigkeit verloren haben in dieser Zeit, vielleicht nicht unbedingt nur durch sie selbst, sondern auch durch das, worüber sie berichten mussten. […] Und dass es eben immer mehr Menschen gibt, die sich Medien nicht mehr angucken oder anhören. Die sagen: ›Es kommt immer dasselbe. Und ob das wahr ist, wissen wir nicht, wer weiß, wer *die* jetzt bezahlt, damit sie das *so* sagen.‹ Diese Meinung höre ich oft und das finde ich eigentlich schade.« (T14)

Die Gefahr, dass durch das schnelle Informieren via Smartphone bzw. durch soziale Netzwerkplattformen die Menschen nur noch Schlagzeilen wahrnehmen, aber keine Hintergrundinformationen mehr bekommen wie durch

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Lektüre einer gedruckten Zeitung, wurde in zwei anderen Gesprächen formuliert.

Sonstige Schäden

Es sei noch erwähnt, dass zwei Befragte extrem große Schäden durch Medien konstatierten: Denn diese würden (Mit-)Verantwortung für Kriege und Pandemien tragen. Eine befragte Person, die als Schaden die »Spaltung der Gesellschaft, definitiv«, sah, schob hinterher:

> »Und die Kriegstreiberei, die zurzeit hier stattfindet, verursacht natürlich auch einen erheblichen Schaden, nicht nur einen materiellen, sondern im Bereich des Lebens. Also wir vernichten Leben und wir vernichten unsere eigenen Ressourcen. Und das wird übrigens durch Medien wirklich mit betrieben.« (T21)

Jemand anderes sah eine noch weitaus größere Schuld und stellte einen umfassenden Manipulationsverdacht in den Raum, nämlich dass die Medien

> »verantwortlich sind für *jeden einzelnen Krieg*, der stattfindet. Für jeden Einzelnen. Das sage ich jetzt aus Überzeugung. Sie sind auch verantwortlich für das, was in den zwei Jahren passiert ist. Es gäbe ohne die Medien kein Corona. Das muss einem auch klar sein, es gäbe das nicht. Es ist eine rein fiktive und mediale Geschichte, die da gefahren wurde. […] [I]ch halte sie eigentlich für die größten Verbrecher weltweit. Viele, viele Dinge gäbe es nicht, wenn das Medium nicht da ist, es zu verbreiten. Wer hätte denn diese Pandemie hier verbreiten können? Wer? Wenn es keine Tageszeitung gäbe, kein Fernsehen? Die angeblich Toten auf der Straße gab es nicht.« (T57)

Als die Interviewerin übrigens einwandte, dass sich früher Informationen über die Pest ja auch verbreitet hätten, ohne dass es Massenmedien im heutigen Sinne gab, nahm die Person den Vergleich dankbar auf und zweifelte auch die Korrektheit der überlieferten historischen Fakten an – da sie ja jetzt erlebe, wie »Zahlen gebogen« würden: »Nicht, dass es die Pest nicht gab, aber wie sie uns übermittelt wurde. […] Wer hat denn damals… Das sind doch auch tendenziöse Berichterstattungen gewesen.«

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

5.2.6 Wurzeln des Verhältnisses zum Journalismus

Neben aktuellen Ängsten und Befürchtungen können auch frühere Erfahrungen mit Medien ein Erklärfaktor für das Medienvertrauen sein, etwa die Sozialisation mit Medien in Elternhaus und Schule, das Verhältnis zu den Medien im Staatssozialismus der DDR oder Journalismus-Erfahrungen in der Transformationsphase der Nachwendezeit. Die häufigsten Angaben zur entsprechenden Frage (»*Können Sie irgendwelche Erfahrungen im Umgang mit Medien festmachen, die Sie geprägt haben? Wie sind Sie mit Medien aufgewachsen, wie war der Umgang mit Medien in der Schule, im Elternhaus?*«) können der Tabelle 10 entnommen werden.

Tab. 10: Wurzeln des Verhältnisses zu Medien

Code	Anzahl
Medienkonsum der Eltern	42
Erfahrungen mit Medien in der DDR	32
Vergleich DDR-Medien mit heutigen Medien	15
Studium oder Beruf	7
Schule	5
Eigene reflektierte Beschäftigung mit Medien	5

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61), ab 4 Interviews

Medienkonsum der Eltern

Die meisten Befragten (42) beantworteten die Frage nach den Ursprüngen ihres Verhältnisses zu Medien mit Erzählungen über ihr Elternhaus und den Medienkonsum der Eltern. Zuweilen beschränkte sich das auf ein bloßes Referieren von Medientiteln (»Da wurde regelmäßig die *Freie Presse* gelesen und Fernsehen geguckt.« T54), Mediengattungsvorlieben (»Was mir spontan einfällt ist, dass meine Eltern sehr viel Fernsehen geguckt haben.« T33) oder Ritualen (»Und dann war das ein kleinbürgerliches Haus, wo es jeden Abend Fernsehprogramm gab, es wurde vor dem Fernseher gegessen« (T55). Viele Befragte gaben darüber hinaus zu Protokoll, dass sich Elemente des Medien-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

konsums der Eltern auf sie selbst vererbt haben, zum Beispiel Mediennutzungsrituale:

> »Ich habe es ja von meinen Eltern immer mitbekommen, dass die abends immer Nachrichten geguckt haben. (Das haben sie?) Ja. (*Tagesschau*? Oder MDR?) Auch meistens *RTL aktuell*. […] Ja, oder auch früh, mein Vater liest Zeitung, jetzt lese ich auch immer Zeitung.« (T29)

> »Also ich bin tatsächlich mit diesem Ritual aufgewachsen und kann mich auch gar nicht erinnern, dass es jemals anders war: Zu dem Zeitpunkt, wo ich lesen konnte, habe ich mit Zeitung am Frühstückstisch gesessen. Das ist auch der Grund, warum es noch heute ein Printprodukt gibt. Das ist einfach ein Muster, was ich nicht ablegen kann.« (T60)

Für manche Befragte war ein hoher oder geringer Konsum bestimmter Medien in der Kindheit der Grund für ähnlich hohen oder geringen Konsum heute: »Wir haben wenig Fernsehen geguckt bei uns zu Hause, das machen wir auch immer noch nicht« (T14). Oder:

> »Ich denke schon, dass es eine Art Erziehung ist, dass meine Eltern viel Zeitung gelesen haben, dass meine Eltern viele Bücher gelesen haben, dass wir mit Kunst und Kultur uns befasst haben, dass sich das dann natürlich durchpaust. Das ist ja bei meinen Geschwistern nicht anders, wie sie Zeitung lesen. Diese Gefasstheit oder Kindheit hat sich schon durchgeprägt.« (T26)

Selbst konkrete Medientitel oder -marken scheinen sich vererbt zu haben – weil man deren Qualität anerkennt oder weil sie tradierte Pfade zum Auffinden von Nachrichten darstellen:

> »Der *Spiegel* lag im Haus und die *Süddeutsche* war abonniert, das ist einfach übernommen worden. Deswegen lese ich *Süddeutsche* und nicht *Zeit*. Ja. Freunde von mir haben *Die Zeit* zu Hause liegen und ich habe die *Süddeutsche* zu Hause liegen und das ist definitiv aus dem Elternhaus.« (T07)

> »Ja, mein Vater hat – für uns als Kinder war das ein bisschen belastend – regelmäßig Deutschlandfunk gehört, zu DDR-Zeiten schon. Jetzt weiß ich, warum: weil er wirklich gut ist.« (T13)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

> »Also, wenn ich mich jetzt erinnere, dann glaube ich, dass ich die *Tagesschau* weiter gucke, ist nur so eine Kombination aus Nichtwissen, weil meine Eltern das immer getan haben, und wenn ich jetzt überlege, wo kriege ich Informationen her, wir haben das damals immer angeguckt, dann würde ich jetzt auch die *Tagesschau* gucken, weil ich es nicht besser weiß, irgendwie.« (T02)

Auch eine Einstellung zu Medieninhalten haben Eltern offenbar manchen Befragten mitgegeben. Von einer Art indirekter medienpädagogischer Schulung berichtete eine Person, die mit ihrer Mutter auf Phoenix »viele Live-Übertragungen aus dem Bundestag geguckt« und mit der Zusammenfassung im Deutschlandfunk »eine halbe Stunde später« verglichen hat:

> »Dadurch bin ich schon geprägt, dass man sich auch die Debatten anhört, die Politiker führen, und nicht nur die Berichterstattung darüber. Dass die Berichterstattung schon nur eine Essenz ist, von jemandem, der sich das angeguckt hat, dessen bin ich mir schon bewusst.« (T24)

Zuweilen wurde ausdrücklich erwähnt, wie das Ver- oder Misstrauen der Eltern einen Einfluss auf das Kind hatte: Eine Person mit hohem Medienvertrauen meinte, dass die *Tagesschau* »eine gesetzte Größe« in ihrem Elternhaus war, und geht »davon aus, dass mein Vertrauen sich dadurch auch ein bisschen geprägt hat« (T19). Eine weitere vertrauende Person resümierte im selben Zusammenhang, »dass man erst einmal das übernimmt, was die Eltern denken, sagen und tun. Dass man sich dann erst später weiterentwickelt« (T05). Auch drei Befragte mit grundsätzlichem Medienmisstrauen berichteten von starkem Einfluss der Eltern:

> »Sie hatten einen gesunden Abstand zur Macht. Eine gesunde Distanz zur Macht, genau das. Das haben sie mir in gewisser Weise mitgegeben. Stimmt, dafür muss ich ihnen dankbar sein.« (T44)

> »Also ich durfte Fernsehen gucken, keine Frage. Aber meine Eltern haben immer gesagt: ›Guck dir das bitte aktiv an, was da läuft und überlege dir, wie du das einzuordnen hast.‹ Also ich würde sagen, das habe ich denen zu verdanken, die haben mich einfach wirklich… Also verdanken im Sinne von, dass ich mich unabhängig halten kann.« (T53)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

> »Und er [der Vater] hat immer gesagt: ›Weißt du was, Kapitalismus, Sozialismus‹, so hat er angefangen: ›Sozialismus ist scheiße und Kapitalismus taugt auch nicht für den Menschen.‹ Also er hat mich auch frei losgelassen, mir selbst eine Meinung zu bilden.« (T25)

Es gab im Sample auch diametral entgegengesetzte Verhältnisse zwischen dem eigenen Medienvertrauen und dem der Eltern. Eine Person mit hohem Vertrauen in die heutigen Medien wurde zu DDR-Zeiten zum Misstrauen erzogen: »Ich […] bin wirklich aufgewachsen mit dem Fokus, dass das, was in der Zeitung steht, stimmt erst einmal nicht. Vielleicht stimmen zwei oder drei Sachen, aber ansonsten stimmt das nicht« (T16). Dagegen erzählten drei weitere, alle misstrauisch gegenüber den heutigen Medien, dass zu Hause die SED-Bezirkszeitung und die staatlichen Nachrichten nicht hinterfragt worden seien:

> »Was in den Medien kam, was in der Presse stand und was im Fernsehen kam, das war immer die Wahrheit. […] Das hat immer gestimmt. So ist er [der Vater] auch jetzt noch. Was in der Presse steht und was im Fernsehen kommt, das ist die Wahrheit.« (T21)

> »Wir hatten damals auch noch zwei Zeitungen, die da kamen, regelmäßig, und zumindest mein Vater hat sie auch geschaut und schaut bis heute auch die Nachrichten. Und vertraut da auch den Dingen.« (T06)

Während in den Gesprächen mit den beiden zuletzt Zitierten das heutige Medienmisstrauen als Distinktionsmerkmal zum leichtgläubigen Vater fungierte und dessen Medienvertrauen als nicht gerechtfertigt dargestellt wurde, verteidigte jemand in einem anderen Interview das damalige Vertrauen der Familie in die DDR-Medien und den Staat: »Das waren einfach gute, sehr gute Gesetze und Regelungen für jedermann« (T32).

Erfahrungen mit Medien in der DDR

Am zweithäufigsten wurden auf die Frage nach den Wurzeln des Medienvertrauens Erfahrungen mit Medien in der DDR angeführt (die sich teilweise mit den oben skizzierten Erzählungen über das Elternhaus überschnitten). 32 Befragte riefen entsprechende Erinnerungen an die realsozialistische Zeit

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

ab, die sowohl von DDR-Medien handelten (meist vom Staatsfernsehen, seltener auch vom SED-Zentralorgan *Neues Deutschland*, von SED-Bezirkszeitungen oder von Blockpartei- und Kirchenzeitungen) als auch von mehr oder weniger heimlich konsumierten bundesdeutschen Medien (v.a. das »Westfernsehen«, seltener auch Hörfunkprogramme wie RIAS, Deutschlandfunk, Sender Freies Berlin oder Bayern 3 sowie *Der Spiegel*) handelten. Die DDR-Medien wurden dabei fast durchgängig als unglaubwürdig, einseitig bzw. verlogen bewertet:

> »Da [in der DDR-Hauptnachrichtensendung *Aktuelle Kamera*] berichteten die gefühlt die Hälfte, weiß ich nicht, von den Erfolgen der Ernte. Da wurden Bauern interviewt. Als gäbe es in der Welt keine Meldungen oder so etwas. Da wusste man natürlich, dass das, was gebracht wird, absolut linientreue Sachen waren. Aber man hat es nie in Frage gestellt. Das wusste man einfach. Und dann hat man versucht, sich hier und da das, was an sachlichen Informationen verfügbar war, herauszuziehen.« (T48)

> »Ich kann nicht behaupten, dass ich zu DDR-Zeiten das *Neue Deutschland* gelesen hätte, weil das konntest du ja nicht lesen. Die haben ja schon mit dem Titel von Erich Honecker die halbe Zeitung vollgemacht. Und diese ständigen Phrasendreschereien um die Erfüllung des Fünf-Jahr-Planes. […] Das war ja nicht wahr. Das wusste man schon, dass das gelogen war.« (T23)

> »Ja, in der DDR konnten Sie ja nun nichts glauben. […] Die Glaubwürdigkeit bei Medien gab es in der DDR überhaupt nicht. Ich selbst habe vielleicht zwei Prozent DDR-Fernsehen geguckt, Zeitung nicht gelesen.« (T08)

Nur drei Befragte ließen erkennen, dass sie DDR-Medien damals vertraut hätten. Für eine den Medien heute vertrauende Person (selbst vor und nach der Wende im Medienbereich tätig) war die *Sächsische Zeitung* »eine DDR-Zeitung und aus heutiger Sicht eine ohne Ende rote«, doch »[d]er Lokalteil war wichtig«, die Zeitung habe ihn »die ganzen Jahre begleitet« und es »kann nur so gewesen sein, dass ich Vertrauen hatte«, sonst »hätte ich sie nicht gelesen oder abonniert« (T12). Eine heute den Medien misstrauende Person sagte:

> »[D]ie Staatsmedien habe ich jetzt nicht verurteilt, das kann ich jetzt nicht sagen. Ich habe also das *ND* [*Neues Deutschland*, Anm. d. Aut.] oder die *Junge*

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

> *Welt* gelesen. Da hat man natürlich auch seine Witze drüber gemacht, aber letztlich habe ich das jetzt nicht abgelehnt.« (T15)

Doch das waren Ausnahmen. In der Regel wurden die DDR-Medien als nicht vertrauenswürdig angesehen und bundesdeutsche Medien standen hoch im Kurs. Eine Person mit hohem Medienvertrauen sagte:

> »Und ich weiß auch, […] dass da [im Elternhaus] selbstverständlich Westfernsehen geguckt wurde. Und dass den in Anführungszeichen Westmedien, der ARD und dem ZDF vertraut wurde oder die Nachrichten dort angeschaut wurden und eben explizit nicht die DDR-Nachrichten. […] Das habe ich erst einmal hingenommen. Und auch dass das, was dort gesendet wird, schon zum großen Teil der Wahrheit oder dem Abbild der Realität entspricht.« (T19)

Ähnlich sagte eine weitere interviewte Person: »Wir haben sehr auf die Westmedien vertraut«; es sei zwar auch eine regionale Blockparteizeitung der Ost-CDU (*Die Union*) gelesen worden, vor allem für Lokales und Kultur, »aber für alles, was politisch komplizierter war, wurde sich in unserem Haushalt mehr auf die Westmedien verlassen« (T47). Die DDR-Medien, hieß es in einem anderen Interview, »hingen mir mehr oder weniger zum Hals raus. Heimlich hat man dann versucht, ARD und ZDF zu empfangen, um die Weltsicht etwas zu vergrößern« (T34). Das »Nonplusultra« sei es gewesen, »wenn man mal einen *Spiegel* in der Hand hatte« (T38). Zwei Personen betonten, dass die West-Medien eine Vergleichsfolie geboten hätten, vor deren Hintergrund man sich dann eine »eigene Meinung« bilden konnte (die Zitate von T10 und T27 finden sich im Abschnitt zur »sonstigen Tendenz-Kritik« in Kap. 7.2.4.1). Sechs Befragte meinten denn auch, diese Erfahrungen mit Medien zu DDR-Zeiten mache Ostdeutsche »skeptischer als die Westdeutschen« (T31) und sensibler für heutige Einseitigkeiten und Lügen, man habe ein feineres Gespür für Propaganda:

> »Wie gesagt, diese Vergleiche, das haben wir schon dadurch kennengelernt. Zu sagen: ›Wie wird denn etwas berichtet, dass es nicht nur die eine Wahrheit gibt.‹ Und ich denke, das hat uns schon geprägt, dass wir da vielleicht kritischer drauf gucken, weil wir wissen, du kannst über ein und denselben Sachverhalt ganz unterschiedlich berichten. Das denke ich, hat uns schon geprägt.« (T27)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

»[D]ie DDR-Medien [waren] auch sehr einseitig orientiert […], das war ja noch schlimmer, da wurde ja fast vorgeschrieben, was sie zu sagen hatten. Und dass ich da jetzt meine, so etwas in Ansätzen zu merken, da reagiere ich sensibel drauf.« (T18)

»Aber ich habe dann gemerkt, dass ich die offizielle Sichtweise schon immer kritisch gesehen habe. Nun bin ich auch Kind der DDR, da ist man sowieso ein bisschen anders konditioniert, […] also, dass man den Dingen generell erst einmal kritisch gegenübersteht oder ein feineres Gehör hat oder so ein Hintergrundgefühl, bei dem man merkt: ›Was ist dran? Was ist nicht dran?‹ Ja, das war also der Punkt, wo ich stutzig geworden bin.« (T48)

Dinge zu hinterfragen, so meinte eine Person, die in einem südosteuropäischen Land Diktaturerfahrungen gesammelt hatte, »hat man mit der Muttermilch praktisch aufgesogen« – und weiter:

»Aber jetzt vergleiche ich immer meine damalige Gesellschaft mit der jetzigen und ich sage: ›Die elenden [südosteuropäisches Land] Staatsbürger, die wir alle waren, wir waren so viel wahnsinnig aufgeklärter und sensibler.‹ Man hat den Riecher gehabt, man wusste, das ist wieder eine Lüge. Man konnte zwischen den Zeilen lesen und man hat sich einfach nur ein bisschen angestoßen und gesagt: ›Guck, siehst du, schon wieder…‹ Man hat sich verstanden.« (T49)

Neben dieser Selbstaufwertung in Sachen Erkenntnisfähigkeit und Kritikvermögen findet sich noch ein weiteres interessantes Muster in Passagen über die DDR-Erfahrungen mit Medien, und zwar eine spätere Enttäuschung über die bundesdeutschen Medien, denen man in der DDR- oder Wendezeit so vertraut hatte:

»Viele DDR-Bürger wussten ja, dass wir uns eigentlich untereinander belügen. Planerfüllung und Blablabla. […] Und jetzt war man der Annahme, dass es im Westen ganz anders ist. Dort wird von früh bis abends die Wahrheit gesagt. So bilde *ich* mir das ein. Und dann muss man feststellen, dass es da auch nicht so richtig ist, wie da was versprochen wird.« (T59)

»Aber ich wusste immer, es gibt irgendwie zwei Äußerungsebenen oder zwei Kontexte von Vertrauen oder eben eher Misstrauen. In dem einen kann ich so

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

> und so, und in dem anderen muss ich vorsichtig sein. Das habe ich, glaube ich, wirklich verinnerlicht. Und habe es aber, also diese Doppelbödigkeit oder dieses doppelte Gesicht, wenn man so will, den Januskopf, den habe ich nach der Wende abgesetzt. Das habe ich verloren, glaube ich. Weil dann diese Situation für mich beendet war. Und ab da habe ich, glaube ich, gedacht oder geglaubt, wirklich geglaubt, alles, was jetzt gesagt wird, offiziell, ist die Wahrheit. […] Also es scheint mir jetzt rückblickend, dass ich das Misstrauen gegenüber offizieller Berichterstattung aufgegeben habe, das gab es nicht mehr.« (T28)

Letzteres Zitat stammt von einer Person, die erklärtermaßen in der Corona-Pandemie das Vertrauen in die etablierten Medien verloren hat.

Vergleich DDR-Medien mit heutigen Medien

Während bisher u. a. das Nebeneinander von DDR- und westdeutschen Medien zur damaligen Zeit und dessen empfundene Wirkungen und Folgen geschildert wurden, geht es nun um Vergleiche, die zwischen den DDR-Medien *damals* und den bundesdeutschen Medien *heute* gezogen wurden. 15 Personen unternahmen explizit solche Vergleiche, die meist von Parallelen handelten: Auch wenn es Unterschiede im System gebe, laufe doch alles im Endeffekt auf dasselbe hinaus: auf einseitige Berichterstattung, Konformität mit einem Mainstream und eingeschränkte Meinungsfreiheit.

> »[In der DDR] wusste jeder Bescheid: Was in der Presse steht, was im Fernsehen kam, war die eine Geschichte. Und dann wusste man aber, es war ja von der Partei alles vorgegeben. Jetzt tut man so, als wenn das nicht mehr so wäre. Aber es ist genau das gleiche. Es ist vorgegeben, nur eben jetzt vom Kapital. Nicht mehr von der Partei, sondern jetzt wird es eben vom Geld bestimmt.« (T21)

> »Dann mache ich meine Vergleiche und sage: ›Du kannst die Hälfte glauben.‹ Man macht sich ja auch seine Vorstellungen und Gedanken. Und dann fällt mir auf oder ich empfinde es so – das war schon früher so und wird auch nicht anders – es wird immer die Fahne nach dem Wind gehängt. Wenn eine Linie drin ist, will jeder mitschwimmen. Und dann wird sofort vergessen, was gestern war. […] Die [Journalisten] trauen sich wahrscheinlich manchmal vielleicht auch gar nicht, damit sie ihren Posten nicht verlieren. Es war zu DDR-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

> Zeiten so, wenn du die Wahrheit gesagt hast in manchen Sachen… Und das bleibt.« (T11)

> »Eigentlich haben uns die Medien früher beschissen und heute auch.« (T14)

Eine befragte Person verglich den DDR-Propagandisten Karl-Eduard von Schnitzler mit einem Journalisten der *Sächsischen Zeitung* (*SZ*), der in einem Kommentar zur Krim-Annexion Russland als verantwortlich am Ausbruch des Georgien-Kriegs 2008 dargestellt hatte, was ihres Wissens nach falsch sei: »Da bin ich dann hin zur *SZ* nach Hoyerswerda und habe gesagt, ich bin kurz davor, ihre Zeitung abzubestellen. Also so geht's nicht. Das ist ja wie Schnitzler früher« (T18).

Nach Meinung von zwei Befragten sei die Medienkontrolle in der DDR »ehrlich« bzw. »ehrlicher« als heute gewesen. Eine Person prangerte eine »ganz klare politische Tendenz und Richtung« in der Berichterstattung an, die auf eine »Verbandelung« zurückgehe:

> »Ich denke nicht, dass dort ein Minister hingeht und sagt der ARD: ›Das könnt ihr nicht senden.‹ Das glaube ich nicht. Wobei… ganz ehrlich, das wäre ja noch ehrlich. Ich meine, ich hatte ja so über die DDR geschimpft. Die haben sich aber ganz klar dazu bekannt und gesagt: ›Okay, es gibt eine Kontrollkommission, die kontrolliert jedes Lied und jeden Text.‹ Aber das, was heute passiert, ist viel subtiler, diese Kontrolle. Die Kontrolle passiert über dieses Unbewusste, indem man Leute wirklich über Jahre indoktriniert.« (T57)

> »Es war ehrlicher. Die Medien waren klipp und klar ehrlicher. […] Zumindest hier bei uns in Ostdeutschland. Die Wahrheit. Die Wahrheit war: Heute ist Pioniernachmitttag, ich muss dahin. Das hat die Frau Honecker [gemeint ist Margot Honecker, 1963-1989 Ministerin für Volksbildung der DDR, Anm. d. Aut.] festgelegt. Das war die Wahrheit, das war aber gut. Das war eine gute Sache.« (T32)

In sechs Gesprächen äußerten die Befragten einen Eindruck, den man mit »Es geht wieder los…« betiteln könnte. Bestimmte bedrückende Phänomene wie eine inadäquate Abbildung der Realität, ideologische Parolen und ein enger Meinungskorridor würden an die DDR erinnern:

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

»Und ja, es scheint so, dass man *wieder* nicht mehr alles sagen kann, oder seine Meinung nicht mehr äußern kann, ohne zu fürchten, dass man Schwierigkeiten bekommt.« (T28)

»[In der DDR haben] die Leute gemerkt […], meine Wirklichkeit hat mit der Wirklichkeit nichts mehr zu tun, die ich erlebe, jeden Tag. Und man konnte die Wirklichkeit nur aufrechterhalten dadurch, dass man einen höheren Staatssicherheitsapparat installiert hat und immer mehr Druck auf die Leute ausgeübt hat, damit die Leute die Wirklichkeit, die verlangt wird, auch zeigen und leben, und zu Hause eine andere Wirklichkeit haben. Und dort rutschen wir wieder rein. Das heißt, es gibt sozusagen eine Wirklichkeit, die wird vorgegeben ›Wie denke ich nach außen hin‹ und eine Wirklichkeit ›Wie bin ich zu Hause?‹« (T43)

»[M]an muss heute wieder zwischen den Zeilen lesen. Also in den 90ern war es nicht so, in den Nullerjahren auch nicht so. Aber jetzt bin ich der Meinung, das Spiel beginnt wieder.« (T03)

Den Es-geht-wieder-los-Eindruck verknüpften zwei Befragte mit einem wahrgenommenen Meinungsdruck in Richtung progressiver Werte:

»Also ich beobachte eine Wiederkehr von Parolen. Die kommen natürlich in einer anderen Färbung und sind eher progressiv, weltoffen, et cetera. Aber wenn ich mich mit dieser Art von Weltanschauung, Politik nicht identifizieren kann, nehme ich es auch wahr als etwas An-die-Wand-Gemaltes. Und das erinnert mich schon an DDR-Zeiten, ›Vorwärts immer, rückwärts nimmer‹ und was es da nicht alles für Parolen gab. Und da ist ›Wir schaffen das!‹ auch nicht so weit weg gewesen. Das wurde natürlich medial dann auch noch einmal aufgeblasen und immer wieder, immer wieder.« (T60)

»Vom Journalismus erwarte ich Informationen und bilde mir dann meine Meinung selbst. Und zu Ostzeiten war es so: ›Ich drücke dir meine Meinung auf, ich will dich zum sozialistischen Bürger erziehen. Ich will dein Weltbild so formen, wie ich es gerne möchte.‹ Das war DDR. Jetzt habe ich wieder das Gefühl: ›Ich will dich so haben, wie du sein sollst. Und alles andere brauchen wir nicht, wollen wir nicht haben. Du musst jetzt ein Weltretter sein.‹« (T03)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Auch wenn es nicht ausdrücklich gesagt wurde, ist zu vermuten, dass mit »weltoffen« und »Weltretter« die Befragten auf die Themen Migration und Klimaschutz anspielten und dass sie den medialen Sound bei diesen Themen als etwas Aufgesetztes, als eine aufgezwungene Erziehungsmaßnahme oder – um im DDR-Vokabular zu bleiben – als Agitprop erleben.

Sonstige Wurzeln des Medienverhältnisses

Vier weitere Faktoren, die ihr Verhältnis zu den etablierten Medien beeinflusst haben, wurden von mindestens vier Befragten genannt. Dass das eigene Studium oder der eigene Beruf entsprechende Erfahrungen oder Einblicke ermöglichte, erzählten sieben Personen. Eine den Medien stark vertrauende Person meinte:

> »Ich habe Medienmanagement studiert, tatsächlich zwar eher in die Marketing-Richtung mich entwickelt, aber auch da habe ich Grundlagen gelernt, dass es einen Pressekodex gibt und dass es da – sagen wir mal – Werkzeuge gibt, die schon dafür sorgen, dass man den Medien, den etablierten Medien oder den Medien, die nach den Grundsätzen arbeiten, vertrauen kann.« (T19)

Doch auch ihr Studium zu DDR-Zeiten erschien manchen Befragten als prägend. So erzählte eine Person – heute sehr medienkritisch – vom Studium der Politischen Ökonomie während der »Gorbatschow-Zeit«: Dort habe ein Professor, der ehemaliges Mitglied des Politbüros des ZK des SED gewesen sei, sie das kritische Denken gelehrt; zudem habe sie dort »viele Dinge über den Kapitalismus« gelernt, die dann nach der Wende »sehr genau […] eingetroffen« seien (T21).

Auch Erfahrungen aus der Schulzeit wurden geteilt: »Wir haben in der Schule täglich Zeitung gehabt, und ich halte das für eine wichtige Geschichte […]« (T35). »Aber ich würde auch schon sagen, dass auch die Schule einen sehr geprägt hat, weil die [Lehrer] uns, zum Beispiel, immer gesagt haben, dass wir die *Tagesschau* schauen sollen, oder sie haben Sachen wie RTL schlechter geredet. […] Es war vieles im GRW-Unterricht [Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft, Schulfach in Sachsen, Anm. d. Aut.]« (T50). Drei Befragte nannten DDR-Erlebnisse in der Schule prägend: »Da war mal ein Lehrer und der hat immer nachgefragt, ob man wirklich *Aktuelle Kamera* geguckt hat, und dann Fragen dazu gestellt. […] Und wehe, du konntest

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

nicht antworten« (T37). Von regelmäßiger »Zeitungsschau« oder einer Auswertung der Nachrichten des Vortages wurde in einem anderen Interview berichtet:

> »Ich habe das gehasst, aber wir haben uns einen Artikel aus der Zeitung raussuchen müssen, mussten den vorstellen und interpretieren. Abgesehen davon, dass das auch immer der größte Mist war zum großen Teil, aber es hat uns in irgendeiner Weise trotzdem geprägt. Es hat dazu geführt, dass wir das Verständnis dafür entwickelt haben, dass wir gesagt haben: ›Wir lesen diesen Artikel, wir verstehen den Inhalt, und dann wird er bewertet.‹ Natürlich wurde er immer positiv bewertet, aber trotzdem ist diese Abfolge, was man also mit einem Artikel macht, die ist uns ja noch bewusst.« (T14)

Im Material findet sich ein weiterer Bericht von einem besonderen Erlebnis mit dieser medienpädagogischen Erziehung: Eines Tages sollte ein Artikel aus dem SED-Organ *Freie Presse* mit einem Artikel der *Bild*-Zeitung verglichen werden, beide handelten vom Wehrunterricht in der DDR, genauer von der Schießausbildung in der 9. Klasse am Luftgewehr. »Das sollten wir diskutieren, das fand ich recht eindrucksvoll. Ich war auch erstaunt über diese Methode, dieses Einander-Gegenüberstellen« (T47).

Dass sie sich selbst die eigene Haltung gegenüber den Medien erarbeitet haben, deuteten fünf Interviewte an. Da heißt es von einer misstrauenden Person: »Also das habe ich mir alles selbst beibringen müssen, so ein kritischer Rezipient zu werden, weil ich aber auch den ganzen Weg gegangen bin« (T44). Den ganzen Weg, nur andersherum, ist auch eine Person gegangen, die heute den Medien eher vertraut, aber noch vor Jahren fasziniert war von Erich von Däniken, Ufos und Verschwörungstheorien zum 11. September:

> »Ich habe nicht alles geglaubt, aber ich fand das schon faszinierend. Ich bin dann erst durch die Erfahrung dazu gekommen, dass es gut ist, dass es Öffentlich-Rechtliche gibt, sodass nicht einzelne Spinner komplette Blogs, komplette Wahrheiten und Weltsichten zusammenschustern, dass es wenigstens im Ansatz ein demokratisches Mediensystem gibt, durch die Medienräte und so weiter, die das kontrollieren, sodass nicht ein Spinner mit seinen Gedanken der Leitfaden für die Medienproduktion ist. Das hat mich wirklich geprägt. Von Anfang an im Web dabei, alternative Kanäle konsumiert und durch die Erfahrung dann wieder davon weggekommen.« (T58)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Es scheint also, dass intensiver Kontakt zu Alternativmedien nicht zwingend zu bleibendem Misstrauen, sondern mitunter sogar zu einer Dankbarkeit gegenüber den etablierten Medien führt.

5.3 Verhältnis zu Politik

5.3.1 Politisches und gesellschaftliches Engagement

Als Einstieg in den Teil des Interviews, der sich mit dem Politikvertrauen beschäftigte, wurde zunächst danach gefragt, inwiefern man sich »*selbst an Politik beteiligen oder im weitesten Sinn politisch engagieren*« würde. Die Frage enthielt als Beispiele dafür Wählen, die Mitarbeit in einem Verein oder einer Bürgerinitiative, die Teilnahme an Demonstrationen sowie eine Partei- oder Gewerkschaftsmitgliedschaft.

Von den 61 Interviewten gaben über drei Viertel (47) an, von ihrem aktiven Wahlrecht Gebrauch zu machen.[24] Fünf Personen erwähnten hingegen, dass sie aus einer Enttäuschung gegenüber dem politischen System nicht oder nicht mehr wählen würden (»Da habe ich […] gesagt: ›Ihr könnt mich mal.‹«, T10), zwei von ihnen hatten zuletzt bewusst ungültig gewählt. In einem Fall wurde sich gegen die Wahlteilnahme entschieden, da man sich nicht entscheiden konnte. Zehn Interviewte nutzten zudem ihr passives Wahlrecht: Vier waren zum Zeitpunkt des Interviews gewähltes Mitglied kommunaler Vertretungen (Stadtrat, Gemeinderat, Kreistag). Vier weitere waren dies früher. Eine Person war in der Vergangenheit nicht nur auf kommunaler Ebene gewählt, sondern auch Mitglied des Sächsischen Landtages. Eine weitere bekleidete früher ein Bürgermeisteramt. Zwei Personen hatten ohne Erfolg für ein kommunalpolitisches Amt kandidiert.

Zur Mitgliedschaft oder aktiven Mitarbeit in Parteien machten 19 Personen in den Leitfadeninterviews Angaben, wobei sich zehn aktuell für eine Partei engagierten, während ebenso viele früher Mitglied einer Partei waren (eine Person war früher Mitglied einer anderen Partei als heute). Diese verteilten sich weitgehend auf das gesamte politische Spektrum (siehe Tab. 11).

24 Die Parteipräferenz wurde parallel zu den Interviews über einen Fragebogen erhoben, der aus forschungsethischen Gründen nicht mit den Interviews verknüpft wurde (siehe Kap. 4.3).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Die Verteilung entspricht in etwa den Mitgliederzahlen der Parteien in Sachsen[25]. Mitgliedschaften bei den Grünen wurden nicht genannt; die mit der Corona-Pandemie thematisch stark verbundene Partei Die Basis kam zwei Mal vor. Mit Blick auf die Vergangenheit erwähnten vier Befragte zudem eine frühere Mitgliedschaft in der SED.

Tab. 11: Mitgliedschaft bzw. Engagement in Parteien

Partei	Anzahl (aktuell)	Anzahl (früher)
CDU	2	1
Die Linke	2	-
Die Basis	2	-
SPD	1	3
Freie Wähler	1	-
Piraten	1	-
SED	-	4
FDP	-	1
AfD	1	-
Unabhängige Wählervereinigungen	1	1
gesamt	10	10

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61)

Viel häufiger als Parteiarbeit kam jedoch Engagement in weiteren Organisationen vor, das als Erfahrungshintergrund unabhängig davon erfasst wurde, ob es noch fortgesetzt wurde. Das Engagement musste dabei nicht unmittelbar politische Ziele verfolgen, sondern wurde von uns vielmehr als allgemeiner Indikator dafür verstanden, dass die Interviewten an der Gestaltung ihrer gesellschaftlichen Umwelt aktiv mitwirken wollen. Vereinen

25 So hatte im Untersuchungszeitraum die CDU 9.145 Mitglieder, die Linke 6.559, die SPD 4.552, die Grünen 3.508 und die AfD 2.185 (zum 31.12.2022, vgl. Niedermayer 2023). Lediglich Die Basis bildet hier eine gewisse Ausnahme.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

kommt dabei eine herausgehobene Stellung zu (siehe Tab. 12). Mit 23 Personen gab über ein Drittel der Interviewten ein Vereinsengagement an.[26] Sechs Personen waren in Bürgerinitiativen aktiv. Es folgten mit Gewerkschaften und den christlichen Kirchen klassische zivilgesellschaftliche Institutionen, wenn auch mit fünf bzw. vier Personen in geringerer Zahl. Ebenfalls vier Befragte leisteten ehrenamtliche Elternarbeit in der Schule oder Kindertagesstätte ihres Kindes.

Tab. 12: Engagement in weiteren Organisationen

Organisationen	**Anzahl**
Vereine	23
Bürgerinitiativen	6
Gewerkschaften	5
Kirche	4
Elternarbeit in Schule/Kindertagesstätte	4
Sonstige	3

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61)

Die Formen des politischen Engagements (siehe Tab. 13) reichten von der Teilnahme an Demonstrationen (26 Interviewte) über den persönlichen Kontakt zu Politikerinnen und Politikern (7) sowie der Arbeit als Wahlhelferin bzw. Wahlhelfer (5) bis hin zum politischen Engagement im Rahmen der eigenen beruflichen Tätigkeit (5). Hinzu kamen jene, die angaben, in ihrem Umfeld politische Diskussionen zu suchen und zu führen (4) oder Petitionen bzw. offene Briefe zu unterschreiben (3).

Im sozialen Bereich wurde der Einsatz für Geflüchtete, etwa die Aufnahme von oder Patenschaft für geflüchtete Familien, viermal genannt. Engagement in weiteren Bereichen (die Unterstützung von älteren Menschen, Umweltschutz und Kultur) wird von fünf Personen angegeben, vier spendeten.

26 Dem Kontext der Leitfrage folgend machten die Interviewten hier im Wesentlichen Angaben zu Vereinen, die politische Interessen vertreten oder gesellschaftlich wirken wollen (ideelle Vereine). Freizeitvereine, insbesondere Sportvereine, wurden kaum genannt (vgl. zur Unterscheidung Müller-Jentzsch 2008).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Tab. 13: Formen des politischen und sozialen Engagements

Form des Engagements	Anzahl
Teilnahme an Demonstrationen	26
Kontakt zu und Gespräche mit Politikerinnen und Politikern	7
Wahlhelferin oder Wahlhelfer	5
Soziales Engagement für Ältere, Kultur, Umwelt	5
Politisches Engagement im Beruf (einschl. politische Bildung)	5
Spenden	4
Soziales Engagement für Geflüchtete	4
Politische Diskussionen suchen/führen	4
Petitionen oder offene Briefe unterschreiben	3

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61)

Insgesamt können wir unser Sample als grundsätzlich politisch und gesellschaftlich interessiert beschreiben. Allein 52 unserer 61 Befragten gaben dabei mindestens eine Art des politischen oder sozialen Engagements an, auch wenn dies nicht in jedem Fall zum Zeitpunkt des Interviews noch bestand. Dieser hohe Wert erklärt sich zumindest partiell durch eine mutmaßlich größere Bereitschaft engagierter Personen zur Teilnahme an einem umfangreichen Interview (siehe Kap. 6.2).

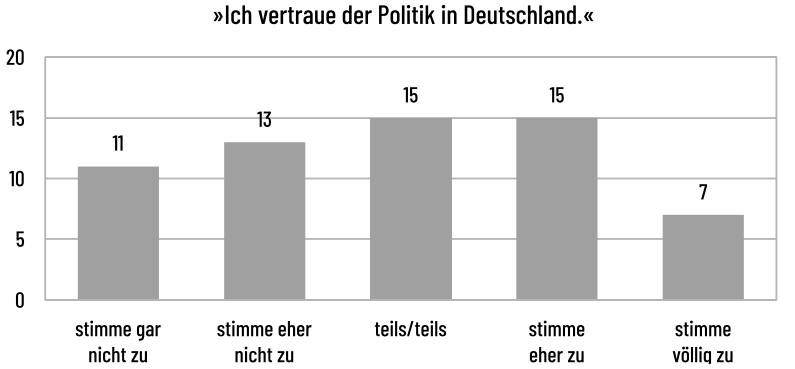
5.3.2 Ausmaß des Politikvertrauens

Der Interviewteil, der sich mit Politikvertrauen beschäftigte, wurde mit einer Definition von Politik eingeleitet: Es sollte um staatliche und kommunale Institutionen (wie Regierungen, Parlamente, Bürgermeister, Gemeinderäte usw.) und die in ihnen tätigen Politikerinnen und Politiker gehen. Schließlich wurde gefragt: *»Wie sehr vertrauen oder misstrauen Sie der Politik oder Politikerinnen und Politikern oder Parteien?«* Nachfragen erkundigten sich im weiteren Verlauf, in welchen Bereichen besonders viel oder wenig vertraut werde, ob eigene Themen in der Politik ausreichend vorkämen und wo zentrale Probleme lägen.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Ergänzend zu den Interviews, kann eine Abschätzung des Ausmaßes des Politikvertrauens im Sample zunächst mithilfe von standardisierten Antworten aus dem gesonderten Fragebogen erfolgen, den unsere Interviewten ausgefüllt hatten (siehe Abb. 13). Nimmt man als allgemeinen Indikator die Zustimmung zur Aussage »*Ich vertraue der Politik in Deutschland*«, variiert das Politikvertrauen stark: Zwischen den elf Personen, die »gar nicht« vertrauten und den sieben Befragten, die »völlig« vertrauten, ordneten sich die meisten Befragten mittig ein, was einer gewissen Differenzierung entspricht, wie wir sie auch in vielen Interviews finden konnten.

Abb. 13: Ausmaß des Politikvertrauens



Häufigkeiten gemäß quantitativer Erfassung mittels Fragebogen am Rande der Interviews (n=61)

In den Interviews sind negative und kritische Äußerungen zur Politik, wie wir folgend noch sehen werden, zwar deutlich überrepräsentiert. Dies könnte aber auch Ausdruck einer gewissen Problemzentrierung gewesen sein, die mit Gesprächen dieser Art grundsätzlich einhergeht, und ist nicht zwingend ein guter Indikator für das Vertrauensniveau an sich. Das Bedürfnis, seine Sorgen, Kritik und Ängste zu teilen, ist gerade für Menschen von besonderer Bedeutung, die an anderer Stelle angeben, dass ihre Lebensrealität nicht genug gesehen wird.

Ungeachtet dieser Tendenz zum Kritischen, äußerten einige der Befragten in den Interviews sehr grundsätzliches Vertrauen in die Politik. Eine Person betonte beispielsweise, dass Politikerinnen und Politiker einen schweren Job haben würden, und dass man froh sein könne, »dass es noch Politiker gibt, die das machen wollen« (T14).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

> »Prinzipiell überwiegt mein Vertrauen. Zumindest in die Politiker in Deutschland der etablierten demokratischen Parteien. Wenn man immer sagt: ›Tendiert das Gefühl eher zum Vertrauen oder zum Misstrauen?‹ Dann würde ich sagen, es ist hier in Deutschland schon sehr stabil bei mir, dass ich eher vertraue. Und ich vertraue gern.« (T13)

Teilweise wurde dies ergänzt durch die Markierung von Grenzen des Vertrauens, etwa durch die Einschränkung auf bestimmte Parteien und politische Ebenen.

> »Es [die institutionalisierte Politik] funktioniert schon noch ziemlich gut, würde ich sagen. Mit Europa ist es so ein Ding. Das ist ja auch bloß so ein halb-demokratisches Gebilde. […] Die haben nämlich eigentlich nicht so viel zu sagen, wie es eigentlich sein müsste. […] Ansonsten funktioniert es eigentlich schon noch ziemlich gut.« (T31)

Am anderen Ende des Vertrauensspektrums finden wir Interviews, in dem das eigene politische Misstrauen sehr emotional und zugespitzt zum Ausdruck gebracht wurde. Das Vertrauen sei gerade einmal noch bei »20 Prozent« (T32), das Misstrauen »auf einer Skala [bis zehn] die Nummer zehn« (T49).

> »Mein Misstrauen ist überdimensional groß. Weil ich es ja erlebe. Ich erlebe es ja. Also es ist ja nicht nur vom Hörensagen, sondern ich erlebe es ja. Gemeinderat, Kreistag, Bürgermeister, Landrat, selbst der Ministerpräsident, den habe ich ja schon gehört und erlebt. […] Da ist mein Misstrauen in allergrößter Alarmbereitschaft.« (T21)

Vereinzelt werden dabei auch sehr starke, teils emotional aufgeladene Formulierungen verwendet:

> »Eigentlich, wenn ich ganz ehrlich bin, habe ich mit diesem Land, wie sagt man: ›Ich habe fertig.‹ […] Ich sage es ehrlich, ich wünsche mir nichts anderes, als dass diese Bundesrepublik den – Entschuldigung – Arsch hoch macht und dass sich hier endlich etwas Neues, Menschliches aufbaut. Das würde ich mir wünschen. Von dieser Seite aus: Ich vertraue hier keiner einzigen Institution mehr.« (T57)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Die meisten der Befragten befinden sich aber, im Einklang mit den Ergebnissen des Fragebogens, irgendwo dazwischen. Bei ihnen wurde Misstrauen vor allem gegenüber bestimmten Teilen der Politik (z. B. der Bundesregierung) geäußert, ohne dies aber auf die gesamte Politik zu verallgemeinern.

> »Ich würde sagen, also auf die heutige Zeit, auf das heutige Kabinett unter Olaf Scholz [bezogen], würde ich sagen, da ist mein Vertrauen etwas gestört, also zur Bundespolitik, nicht auf die Landespolitik, weil mir da zu viele Leute dabei sind, da wird zu viel, wie soll ich denn sagen? Da ist Aktionismus.« (T18)

> »Zu Parteien habe ich kein festes Verhältnis. In die Politik habe ich schon Vertrauen, zum Beispiel in unsere Stadtpolitik. Ich finde unseren Oberbürgermeister nicht schlecht. Das, was für [Stadt in Sachsen] gemacht wird, ist streckenweise sehr gut. Es ist nie alles gut. Die große Politik, naja…« (T56)

5.3.3 Gründe für Vertrauen in Politik

Während der Interviews wurden verschiedenste Faktoren genannt, die das persönliche Ver- oder Misstrauen gegenüber Politik begründeten. Diese sind im Rahmen dieser Studie von besonderem Interesse, ermöglichen sie doch komplexere Einsichten, als es quantitative Befragungen leisten können. Wir haben uns hier, wie auch beim Medienvertrauen, im Rahmen der Kodierung entschieden, diese Faktoren grob in Gründe für Misstrauen und Gründe für Vertrauen einzuteilen.

Wie bereits zuvor erwähnt, wurde der Begründung von Vertrauen von den Befragten weit weniger Platz eingeräumt als der Begründung von Misstrauen. Diese Faktoren des Vertrauens konnten zu fünf zentralen Kategorien zusammengefasst werden (siehe Tab. 14).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Tab. 14: Gründe für Vertrauen in Politik

Code	Anzahl
(Kommunal-)Politik ist nahbar	20
Die richtigen Personen machen Politik	16
Politik macht gute Arbeit	10
Eigene Meinungen und Themen werden repräsentiert	9
Persönliche Kontakte zu Politikerinnen oder Politikern	5

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61), ab 4 Interviews

(Kommunal-)Politik ist nahbar

Am häufigsten wurde als Grund für Vertrauen genannt, dass Politik – und hierbei vor allem Kommunalpolitik – als nahbar empfunden wird (in 20 von 61 Interviews). Das Vertrauen wurde hier an konkreten Personen festgemacht, entscheidend war eine lebensweltliche oder örtliche Nähe bzw. Erreichbarkeit. Statt Strukturen oder Institutionen zu vertrauen, wird Vertrauen hier auf einer persönlichen bzw. menschlichen Stufe hergestellt.

> »Insofern würde ich sagen, ich habe Vertrauen in ein paar Kommunalpolitiker, weil sie mir persönlich näher sind, weil sie mit mir hier aufgewachsen sind. Es gibt hier zum Beispiel im Stadtrat jemanden, den ich seit meiner Jugend kenne und noch jemand anderes, bei dem ich schon… und so drei, vier Leute, von denen ich weiß, wie die ticken und dadurch auch ungefähr einschätzen kann, wie die reagieren werden auf was. Da habe ich auch Vertrauen, und zwar in alles.« (T53)

> »In die Gemeindeebene hätte ich mehr Vertrauen, weil, genau deswegen: direkte Demokratie. Da hat man mehr… Man kennt sich einfach. Das Beispiel gerade, Landrat, das ist der [anonymisiert] jetzt bei uns, vor kurzem gewählt. Der engagiert sich wirklich in dieser [anonymisiert]-Sache sehr. Der hört die Bürger, der fährt wirklich hin, der spricht mit den Bürgern. Da hat man wirklich einen sehr positiven Eindruck. Also der nimmt die Bürger ernst.« (T49)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Zwei der Befragten erwähnten hier, als interessante Alternative zur Herstellung von wahrgenommener Nähe, die Präsenz von Politikerinnen und Politikern in sozialen Medien:

> »Also bei den Politikern, von denen ich sage, deren Arbeit verfolge ich auch gerade durch das immer stärker werdende Engagement in den sozialen Medien, wo man auch ganz gut sehen kann, was die so machen, wo die sich zeigen oder mitdiskutieren, da habe ich schon großen Respekt vor deren Arbeit, deren vollen Terminkalendern. Ich habe Vertrauen in deren Arbeit.« (T39)

Die richtigen Personen machen Politik

Ebenfalls auf Vertrauen in Personen zielt der zweithäufigste Vertrauensfaktor ab, der in 16 Interviews vorkam. Demnach basiert das Vertrauen darauf, dass man konkrete Politikerinnen oder Politiker für fachlich fähig bzw. geeignet hält. Hier seien »die richtigen Personen« in politischer Verantwortung. Es geht also weniger um persönliche Nähe und mehr um wahrgenommene Eigenschaften und Kompetenzen konkreter, zumeist auch namentlich genannter Personen. Eine interviewte Person ist beispielsweise »absolut begeistert« von der Ministerpräsidentin Mecklenburg-Vorpommerns Manuela Schwesig, weil sie sich unter schwierigen Bedingungen sehr sichtbar für ihr Bundesland einsetze. Jemand anderes würdigte trotz inhaltlicher Differenzen die Authentizität und Ehrlichkeit der Bundesaußenministerin Annalena Baerbock, weil sie »offen aus[spricht], was sie so denkt und nicht unbedingt das, was vielleicht von ihr von der Regierungsspitze erwartet wird« (T30). Da sich dieses auf fachlichen und persönlichen Eigenschaften beruhende Vertrauen auf konkrete Persönlichkeiten bezieht, wird es auch Politikerinnen und Politikern jenseits der eigenen Parteipräferenz geschenkt:

> »Für mich hängt das sehr von Personen ab. Ich würde zum Beispiel nicht sagen, die CDU ist von vornherein schlecht und ich bevorzuge SPD oder diese oder jene Meinung und Institution. Aber wie gesagt, es ist für mich sehr von Personen abhängig. Ich finde zum Beispiel auch die CDU in Sachsen mit ihrem Vorsitzenden Kretschmer richtig gut.« (T05)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Politik macht gute Arbeit

In etwa jedem sechsten Interview (10) wurde die gute Arbeit der Politik als vertrauensstiftend angegeben. Hier begründet also der Output politischen Handelns das Vertrauen. Die Zufriedenheit mit in der Vergangenheit getroffenen Entscheidungen wird zum Vertrauensvorschuss für die Zukunft.

> »Ich gehe immer wählen und ich habe ein Vertrauen in die Politiker […]. Und die haben am Anfang [der Corona-Pandemie] wirklich einen guten Job gemacht. Und dort würde ich auch sagen, dass das auch unglaublich schwer war. Und ich habe ganz oft gesagt, ich möchte nicht in der Haut dieser Politiker stecken wollen.« (T14)

> »Wir vertrauen auch der Landespolitik in Sachsen. Das habe ich ja schon mehrfach anklingen lassen. Sicherlich nicht in allen Punkten, aber in wesentlichen Punkten, die die Entwicklung Sachsens an sich betreffen. Dort glauben wir, dass unsere Landesregierung momentan unterwegs ist, Sachsen positiv aufzustellen.« (T23)

Eigene Meinungen und Themen werden repräsentiert

Ähnlich viele Befragte (9) erwähnten schließlich, dass ihr Vertrauen darauf basiert, dass ihnen persönlich wichtige Themen in der Politik adressiert werden, meist auch in einer Form, die die eigene Meinung repräsentiert. So meinte eine Person, sie glaube schon, »dass sich die Politik mit Dingen beschäftigt, die für meinen Alltag auch wichtig sind« (T60). Dies ist insofern interessant, da es – wie wir im Folgenden sehen werden – einer Vielzahl weiterer Interviewter ganz anders geht. Die Wahrnehmung, inwiefern die eigene Lebensrealität (und teilweise auch die eigenen Meinungen dazu) durch die Politik gesehen wird, spielt bei der Bildung von Ver- oder Misstrauen in jedem Fall eine zentrale Rolle. Jene, die daraus Vertrauen ziehen, reflektierten dabei gelegentlich auch, dass die Politik zwangsläufig nicht immer nur die eigenen Perspektiven repräsentieren kann, und scheinen diese Tatsache zu akzeptieren.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

»[Interviewfrage: Wird Ihr Hauptanliegen da angepackt?] Auf alle Fälle, dass das schon angekommen ist, dass wir ein klimatisches Problem haben. Ich sehe schon auch, dass die Politiker sich für außenpolitische Themen engagieren. Es gibt trotzdem auch Diskussionen über: Wie gehen wir weiter mit den sozial Schwachen um? Das sind schon Themen, die mich genauso betreffen oder die mir wichtig sind, die ich schon irgendwo in der Politik widergespiegelt sehe, auch wenn das Ergebnis vielleicht nicht immer das ist, was ich für richtig halte. Aber es ist schon so, dass sie sich grundsätzlich schon um Dinge kümmern. Ja.« (T07)

»Ich denke schon, dass Meinungen, die ich vertrete, in Parteien wiederzufinden sind. Vielleicht nicht nur in einer, aber dafür haben ja wir die Möglichkeit, Koalitionen zu bilden.« (T24)

Persönliche Kontakte zu Politikerinnen oder Politikern

Ein weiterer wiederholt genannter Grund, der in fünf Interviews vorkam, greift wieder den Aspekt der Nähe zu Politikerinnen und Politikern auf – nun aber ganz unmittelbar. Es handelt sich dabei um Berichte über persönliche Bekanntschaften oder Kontakte mit Politikerinnen oder Politikern, die sich dann auch generell als prägend für das Vertrauen in »die Politik« erwiesen.

»Zu unserem sächsischen Ministerpräsidenten habe ich eine relativ… eine Zustimmung, auch ein gewisses Vertrauen. Ich hatte schon einmal die Gelegenheit persönlich mit ihm zu sprechen. Ja, er war hier in [Ort in Sachsen] und es ging um allgemeine Fragen, zu der Anfangszeiten noch. […] Und daraufhin habe ich ihn angesprochen in einer Frage. Ich habe mich gemeldet und so weiter, er hat ganz offen gesagt: ›Kann ich Ihnen nichts dazu sagen, ich gebe Ihnen meinen Referenten, der wird sich darum kümmern‹, was absolut okay ist, es ist mir lieber so, als wenn man irgendetwas sagt: ›Bla bla bla‹ und dann ist nichts« (T30).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

5.3.4 Gründe für Misstrauen gegen Politik

Vor dem Hintergrund der zu beobachtenden Demokratieunzufriedenheit ist die Frage nach den Gründen für Misstrauen gegen die institutionalisierte Politik eine entscheidende. Die Angaben dazu in den Interviews waren zahl- und umfangreich. Am Ende der Auswertung konnten wir 13 Kategorien bilden, die wiedergeben, wo es den Befragten beim Politikvertrauen am meisten »unter den Nägeln brennt«.

Tab. 15: Gründe für Misstrauen gegen Politik

Code	Anzahl
Fehlende Repräsentation/Nicht-gesehen-werden	30
Politikerinnen und Politiker bereichern sich persönlich (Korruption/Machtgier)	24
Politikerinnen und Politikern fehlt fachliche oder charakterliche Eignung	24
Politik hält Versprechen nicht bzw. ist unzuverlässig	24
Politische Konkurrenz statt Sachpolitik	22
Ausgrenzung von Meinungen und fehlende Meinungsvielfalt	21
Distanz zur Politik in Land, Bund und EU	20
Lobbyismus/Verflechtungen mit Wirtschaft	17
Unfähigkeit, Probleme zu lösen	17
Politik vertritt eigene Agenda	13
Strukturelle Defizite des politischen Systems	11
Schlechte Kommunikation mit Bevölkerung/Intransparenz	10
Persönliche Erfahrungen mit Politikerinnen und Politikern	7

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61), ab 3 Interviews

Bei den Gründen für Misstrauen gegen Politik (siehe Tab. 15) kamen auch die fünf Faktoren für Vertrauen vor, die wir im vorherigen Abschnitt betrachtet hatten, wurden aber eben entgegengesetzt wahrgenommen. Dazu gehört auch bereits der häufigste Misstrauensgrund: die Wahrnehmung, dass die eigenen Themen und Lebensumstände in der Politik nicht repräsentiert werden.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Fehlende Repräsentation/Nicht-gesehen-werden

Immerhin fast die Hälfte aller Interviewten (30) gab an, sich nicht gesehen zu fühlen (während, wie bereits erwähnt, neun andere Personen der Politik gerade vertrauten, weil ihre Themen repräsentiert seien). Unter unseren Befragten scheint sich demnach nur eine Minderheit angemessen repräsentiert zu fühlen. Die Beispiele waren dabei sehr vielfältig.

Besonders häufig (in neun Interviews) tauchte dabei der Vorwurf auf, der ländliche Raum werde vernachlässigt. Ein Interview ist dabei besonders eindrücklich: In diesem wurde das eigene langjährige ehrenamtliche Engagement in Kommunalpolitik sowie örtlichen Vereinen geschildert, um schließlich mit einer gewissen Verzweiflung und Resignation zum Schluss zu kommen: »[I]ch habe wirklich aufgegeben. Weil wir keinen Widerhall finden, also die Meinung des ländlichen Raums findet keinen Widerhall dort, wo es Widerhall finden müsste« (T06). Die Politik kümmere sich nicht um ländliche Probleme wie aussterbende Dörfer, fehlende wirtschaftliche Entwicklung oder unzureichende Infrastruktur und lasse die Engagierten vor Ort damit im Stich.

Andere Interviewte beklagten allgemeiner, der Politik fehle es am Verständnis für Alltagsfragen der Bürgerinnen und Bürger. Die konkreten, praktischen Sorgen und Nöte der Menschen würden nicht gesehen.

> »Was für Probleme packen die an, die ich für wichtig halte? Die machen eigentlich das Gegenteil. Was packen die denn an? Helfen Sie mir, worüber diskutieren die denn gerade? Bringen Sie mir mal eine Auswahl. Was könnte denn gerade sinnvoll sein, was die machen?« (T42)

> »Dann Bürgerinitiativen funktionieren auch kaum, weil die Menschen so mit ihren Sorgen allein gelassen werden, dass sie wirklich zu kämpfen haben. Ums Überleben. Jetzt gerade Corona, Jobverlust und solche Sachen. Viele sind am Rand, jetzt noch Häuser-, Gebäudesanierung und so weiter. Viele denken: ›Wie werde ich überleben? Also Luxusprobleme brauche ich nicht.‹« (T49)

Bei drei Befragten wurde darüber hinaus »der Osten« als benachteiligte Region genannt. Spezifisch ostdeutsche Interessen würden nicht ausreichend gesehen oder im politischen Prozess repräsentiert.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

> »Und wenn ich dann die großen Politiker höre: ›Ja, die Wahlen, die werden im Westen entschieden, da haben wir so viel mehr Wähler, was interessiert uns der Osten?‹ Das haben die wirklich gesagt, das habe ich live erlebt, im Fernsehen, dass so was gesagt wurde. Und da frag ich mich… das ist… ich weiß nicht. Da ist kein Vertrauen da.« (T54)

Politikerinnen und Politiker bereichern sich persönlich (Korruption/Machtgier)

Der Vorwurf der persönlichen Bereicherung kam, ebenso wie die folgenden beiden Gründe, in 24 Interviews vor und wurde unterschiedlich stark formuliert. Einzelne äußerten etwa »zunehmend immer mehr Verdacht von Korruption und Opportunismus« (T45) oder sahen bei Abgeordneten persönliche Bereicherung. Eine Person erwähnte beispielsweise die Vermutung, Politikerinnen und Politiker hätten nach dem Ausbruch des Coronavirus persönlich »an der Pandemie verdient« (T59). Korrupte Motive werden aber auch generell unterstellt:

> »Und heute ist es wieder so, dass man das Gefühl hat, hier gibt es Leute, die wollen ihren Machtbereich sichern und wollen sich bereichern, noch in viel größerem Umfang als damals [zu DDR-Zeiten, Anm. d. Aut.]. Und die Leute fallen in den DDR-Modus, in dem sie davon ausgehen: ›Ich kann denen sowieso nicht trauen, die erzählen was und meinen etwas ganz anderes. Und ich kann eigentlich von der Politik nichts Gutes mehr erwarten.‹« (T43)

Andere Befragte verdächtigten Politikerinnen und Politiker nicht der monetären Bereicherung, sondern vielmehr des eigennützigen Machtstrebens, auch wenn beide Aspekte häufig verknüpft vorkamen. Der eigene Machtgewinn und -erhalt sei manchen wichtiger als das Wohl der Bevölkerung, »weil die alle an ihren Posten hängen« (T30).

> »Ich habe Schwierigkeiten, einzelnen Politikern zu vertrauen, bei denen ich sehe, dass die Karriere eher im Mittelpunkt steht als die Sache. Nur sind es natürlich auch nur Menschen, wenn so etwas zeitweise oder ein- oder zweimal auftritt, dann verzeihe ich denen das auch immer einigermaßen. Aber wenn man nur mit so etwas… Wenn ich an den Verkehrsminister denke, vielleicht ist da die bayerische Klientel-Politik auf Bundesebene, das ist für mich nicht vertrauenerweckend.« (T47)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Politikerinnen und Politikern fehlt fachliche oder charakterliche Eignung

Unabhängig von oder zusätzlich zu solchen problematischen Intentionen wurde Politikerinnen und Politikern auch häufig vorgeworfen, fachlich oder charakterlich nicht geeignet zu sein (in 24 Interviews). In einem Fall wird etwa die Karriere von Ursula von der Leyen als Beispiel dafür herangezogen, dass man nicht zuerst als Familien-, dann als Verteidigungsministerin und schließlich als EU-Kommissionspräsidentin gleichermaßen fachlich geeignet sein könne, »dabei kann die gar nicht Ahnung von allem haben« (T17).

> »Also, das ist ja schon deutlich sichtbar, dass das Personal nicht immer nach oder sehr selten nach Qualifikation ausgewählt wird, sondern vorrangig nach Karriereschritten. Und das führt halt dazu, dass oftmals Personen in Ämtern sind, die jetzt von ihrer Qualifikation und von ihrem Wissen, ihrem Können jetzt vielleicht eigentlich nicht dorthin gehören würden. Und das finde ich halt grundsätzlich auch nicht optimal.« (T40)

Weitere Interviewte betonten stärker die fehlende charakterliche Eignung. So ging es in einem Interview um Lügen in der Politik, indem ein Bogen von Olaf Scholz' »Gedächtnislücken« (T30) zu Cum-Ex-Geschäften bis zu Helmut Kohls Schweigen in der CDU-Schwarzgeldaffäre geschlagen wurde. Andere prangerten aber beispielsweise auch Narzissmus an:

> »Ich kenne keinen Politiker oder Politikerin, bei denen ich nur annähernd das Gefühl habe, dass deren einzige Intention das Gemeinwohl ist. Wenn man genau hinguckt, sind es in der Regel narzisstische Persönlichkeiten, die da ganz oben stehen. Egal in welcher Partei.« (T48)

Politik hält Versprechen nicht bzw. ist unzuverlässig

Wie in Kapitel 5.1 dargestellt, gehört Verlässlichkeit für unsere Interviewten zu den wichtigsten Aspekten, wenn es um persönliches Vertrauen geht. Dies spiegelte sich nun auch hier wider, wenn 24 von ihnen kritisieren, dass die Politik ihre Versprechen nicht halte oder unzuverlässig agiere: »[…] Himmelherrgott, man sollte sich auch an Abmachungen halten« (T18).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

> »Ich gucke schon, was sagen *die*, was sagen *die* und vor allen Dingen: Wie wird es umgesetzt am Ende? Wenn man sich eine Legislatur anguckt und sieht am Ende oder man guckt nach: Was haben sie damals versprochen? Was ist heute daraus geworden? Das ist natürlich auch so eine Sache, wo Vertrauen flöten gehen kann.« (T05)

> »Wenn Sie die letzten zwei Jahre Corona-Zeit betrachten, Sie haben es ja bewusst miterlebt. Also ich höre nicht mehr hin. Weil das keiner mehr nachvollziehen kann, wie eine Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin zusammenkommt, ob persönlich oder digital ist egal. Da werden Beschlüsse gefasst, und die sind schon zwölf Stunden später hinfällig, weil jeder selber macht, was er denkt. Und das ist nicht nur *da* so. Das ist auch oft in Wahlprogrammen, die von der Bevölkerung nur oberflächlich inhaltlich registriert werden. Da kommt auch oft nicht das, was da drinstand.« (T59)

Dabei wurde von zehn Interviewten die Vorstellung vorgetragen, Parteien würden ihre eigenen Ansprüche oder Ideale verraten. Dieser Vorwurf scheint zu einem besonderen Vertrauensverlust zu führen, da hier der Verdacht eines Betrugs an der Wahlbevölkerung im Raum steht, die sich in der Regel an den artikulierten Zielen der Parteien orientiere. Auffällig ist, dass sich allein sechs der zehn betreffenden Äußerungen auf die Partei Bündnis 90/Die Grünen bezogen, während weiteren Passagen mit diesem Vorwurf allgemeiner formuliert waren und keine andere Partei namentlich genannt wurde.

> »Wenn man das vergleicht, was die Grünen in ihrem Programm gesagt haben, bevor sie in die Verantwortung kamen und das, was sie jetzt machen, das ist ja… Mehr als 180 Grad kann man sich nicht drehen.« (T34)

> »Oder warum machen zum Beispiel die Grünen innenpolitisch jetzt so einen Irrsinn, hier auch vor Rügen, da mit ihrem Gas. Das ist mal die Partei gewesen, die angetreten ist als Umweltschutz, jetzt werden Windräder gebaut an Stellen, die früher tabu waren. Der Habeck versucht das durchzudrücken wie so ein kleiner Diktator. Und da habe ich kein Verständnis. Da muss ich sagen, die sind für mich unglaubwürdig. Tut mir leid.« (T18)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Politische Konkurrenz statt Sachpolitik

Wie auch schon in einigen Zitaten anklang, sind viele Befragte (22) skeptisch, ob statt Sachpolitik nicht vielmehr Parteiinteressen und eine Eigenlogik des politischen Systems im Zentrum des Handelns von Regierungen und Parlamenten stehen: »Da denke ich, die Parteipolitik steht dort im Vordergrund und nicht das Land« (T15). Es werde nur noch »in Lagern gedacht«, statt dass es darum gehe, »was ist das Beste für die Bevölkerung im Land« (T27). Dies wurde oft mehr oder weniger explizit mit einem Bedürfnis nach sachorientierten Konsenslösungen verbunden. Die Konkurrenz der Parteien führe dazu, dass für Politikerinnen und Politiker ihre eigene Präsentation und Darstellung ins Zentrum rücke und damit eine zielorientierte Diskussion verhindert werde, die versucht, alle Positionen angemessen zu berücksichtigen.

> »Und mich ärgert auch – ich weiß nicht, ob die Frage noch kommt – mit den einzelnen Parteien. Ich war immer der Meinung, dass die *miteinander* was diskutieren müssen und sich dann festlegen. Es ist ja aber nicht so. Es sind diejenigen, die regieren, und die Opposition, die immer dagegen ist, immer, immer, immer, immer.« (T22)

Eine früher selbst parteipolitisch aktive Person bringt dies so zum Ausdruck:

> »Ich würde ja davon träumen, dass wir politisch von der Debattenkultur zurückkommen in eine Diskussionskultur, wo wirklich die Vor- und Nachteile von bestimmten Dingen alle auf den Tisch kommen, wie zu diesem Zeitpunkt bekannt. Und man sich dann wirklich darüber austauscht, wie es denn jetzt am besten sein kann. Ich habe das in der Politik nicht so erlebt, dass das passiert, sondern ich habe es erlebt, dass diejenigen, die sich am besten verkaufen können, jeden Murks da durchbringen. Hauptsache sie sind fantastische Verkäufer.« (T09)

Ausgrenzung von Meinungen und fehlende Meinungsvielfalt

Der Vorwurf, bestimmte Meinungen würden ausgegrenzt und es gebe insgesamt zu wenig Meinungsvielfalt, den wir bereits als wichtigen Kritikpunkt an journalistische Medien beobachten konnten, nahm auch eine wichtige

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Rolle als Grund für Misstrauen gegen Politik ein (in 21 Interviews). Dazu gehörten Anschuldigungen, dass jede Person mit abweichenden Meinungen gleich als »Nazi« oder »Querdenker« diffamiert werden würde. Aus Sicht dieser Interviewten wird berechtigte Kritik an Corona-Maßnahmen oder der Asyl- und Einwanderungspolitik mit Ausgrenzung vom Diskurs und öffentlicher Abwertung beantwortet.

> »[D]a kamen Politiker in diesen Medien mit Schlagworten wie ›Covidioten‹, mit Pauschalisierungen und persönlichen Diffamierungen […]. Also ich war einfach empört und frustriert über diese Art der verbalen Entgleisung, der verbalen Radikalisierung, was hier passiert.« (T45)

> »Und das nächste Ding ist, du bist ja schon seit…, weiß gar nicht, seit 2015, wo die ganzen Ausländer hier reingekommen sind, dass du dann immer, wenn du gegen irgendetwas sprichst, gleich Nazi bist. Es gibt vielleicht schon ein paar Nazis bei uns hier in dem Land. Aber das heißt doch nicht, wenn ich anderer Meinung bin, dass ich doch nazistisch veranlagt bin.« (T37)

Während hier oft eine gewisse persönliche Betroffenheit anklang, da die als diffamiert wahrgenommenen Positionen meist geteilt werden oder doch zumindest eine gewisse Sympathie ihnen gegenüber besteht, kritisierten einige Befragte den Umgang der anderen Parteien mit der AfD, selbst wenn sie dieser erklärtermaßen nicht nahestanden. Manche beschrieben dies als undemokratische Ausgrenzung: »Wenn es eine Partei ist, die gewählt wird und auch zur Wahl antreten darf, da kann ich nicht vorher sagen, dass ich sie ausschließen will […]« (T10). Andere sahen die Gefahr, dass dadurch notwendige Mehrheiten für wichtige Entscheidungen immer seltener erreicht werden:

> »Was verändern können Sie nur mit Mehrheiten. Diese Mehrheiten lassen sich aber nicht erreichen, sollen auch nicht erreicht werden, weil es gibt ja jetzt eine große Mehrheit, die ist dadurch entstanden, dass man eine Minderheit ausgrenzt und sagt: ›Hier mit den Schmuddelkindern, da spielen wir nicht, mit der AfD.‹« (T44)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Distanz zur Politik in Land, Bund und EU

In gewisser Weise als passendes Gegenstück zur Betonung, dass Vertrauen in Politik noch am ehesten auf kommunaler Ebene bestehen würde, äußerten 20 der Interviewten ein distanziertes Verhältnis zur Politik auf Ebenen oberhalb der Kommune. Dabei wurde in der Regel umso mehr Misstrauen geäußert, je höher die Ebene ist: »Je weiter oben, desto schlimmer« (T42). Gerade die Politik in Berlin und Brüssel wurde als fremd und entfernt beschrieben. Dabei schwang auch die Vorstellung mit, dass Politikerinnen und Politiker auf höheren Ebenen zunehmend den Bezug zu Bürgerinnen und Bürgern verlieren würden.

> »Ich kann mit dem Bürgermeister reden, ich kann mit Kreistagsmitgliedern reden. Alles kein Problem. Auf dieser persönlichen Ebene ist es gut, da habe ich auch teilweise Vertrauen zu den Leuten. Aber sobald die handeln müssen in ihren Strukturen des Kreistages, des Landtages, der Bundesregierung oder des Bundestages, da war es das dann.« (T21)

Grundlage dieser Distanz schien häufig auch fehlendes Wissen, aber vor allem fehlende Transparenz und Kommunikation zwischen Institutionen und Menschen zu sein:

> »Die EU ist selbst für mich als politisch interessierten Menschen so weit weg und so eine Blackbox, dass ich überhaupt gar keine Ahnung habe, wie das dort zusammenhängt. Ich weiß nur, dass dieses riesige Parlament auch gar keine parlamentarische Funktion in dem Sinne hat, dass es auch keine Regierung in dem Sinne gibt.« (T60)

Lobbyismus/Verflechtungen mit Wirtschaft

In 17 der Interviews wurde Lobbyismus in den politischen Institutionen bzw. eine zu enge Verflechtung von Politik und Wirtschaft beklagt. Der große Einfluss von Interessengruppen verhindere gute Politik im Interesse der Bevölkerung.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

> »Und bei der Bundesrepublik oder Bundesregierung und den Institutionen, die sind so durch Lobbyismus durchwoben, da ist man per se schon immer erstmal sehr skeptisch.« (T41)

> »Ich denke, die [Politikerinnen und Politiker] agieren nicht mehr voll nach den Gegebenheiten, sondern sind immer irgendwie von der Wirtschaft, von der Macht und allem Möglichen gesteuert. Das macht mir auch gerade Angst, weil ich das Gefühl habe, dass die Wirtschaft immer mehr das alles übernimmt und ich weiß nicht, ob die denken, dass sie Geld essen können, wenn hier eine Wüste wäre [angesichts einer verfehlten Umweltpolitik, Anm. d. Aut.] oder irgendetwas?« (T16)

Unfähigkeit, Probleme zu lösen

In ebenfalls 17 Interviews wurde das eigene Misstrauen gegen Politik damit begründet, dass diese nicht in der Lage sei, richtige Entscheidungen zu treffen und damit drängende Probleme zu lösen. Während die Verantwortung dafür schon weitgehend bei der Politik selbst gesehen wurde, wurde teilweise aber auch auf Alternativlosigkeiten oder eine zunehmend überfordernde Komplexität der Welt verwiesen. Die Beispiele, welche »richtigen Entscheidungen« fehlen würden, variierten dabei stark.

> »Ich habe eher den Eindruck, dass die Politik seit Jahren nur den Ereignissen hinterherrennt. Und dadurch ist es… Was gerade anliegt muss bearbeitet werden und das wird ja auch bearbeitet. Aber ich habe nicht das Gefühl, dass man jetzt weit schaut. […] Ich habe nicht das Gefühl, dass die noch ihre Planungshoheit haben. Also, ich glaube, die haben die schon vor Jahren abgegeben. Die rennen eigentlich nur noch.« (T03)

> »Die [Themen, die mir wichtig sind] werden angesprochen, aber ich sehe nicht, dass wirklich diese zukunftsträchtigen Lösungen rumkommen. Die Lösungsvorschläge, die sind immer alle sehr kurzfristig, und die sind auch nicht zu Ende gedacht.« (T09)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Politik vertritt eigene Agenda

Im Zusammenhang mit einem grundsätzlich erschütterten Politikvertrauen konnten wir bei 13 Interviewten Positionen finden, die der Politik Lügen, Manipulationen oder gar Betrug an den Wählerinnen und Wählern unterstellen. Hier schwang die Vorstellung mit, die etablierten politischen Kräfte würden einer eigenen Agenda folgen. Gelegentlich wurde dabei zur Begründung wieder eine sich verselbstständigende Eigenlogik der Politik herangezogen, in der Unehrlichkeit und Lügen dazu gehören würden.

> »Die sind ja oben, aber irgendjemand müsste es auch mal sagen: ›So Leute, so geht es nicht!‹ Man muss doch auch sehen, dass sie vom Volk gewählt sind, die sind doch nicht einfach von Geburt an Vorsitzende und dieses und jenes. Aber das Volk fällt hinten herunter und die werden immer reicher.« (T51)

> »Aus [Friedrich] Merz spricht Blackrock [die US-Investmentgesellschaft, Anm. d. Aut.] – den habe ich schon nicht gemocht, bevor er wieder aus der Versenkung kam. Der hatte ja mal die tollen Steuergesetz-Ideen und so weiter, früher, wo er noch was zu sagen hatte. Und das war damals schon schlimm für mich. Aber jetzt mit seinem Blackrock-Hintergrund kann man dem gar nicht vertrauen. Das geht gar nicht. Dahinter stehen ganz andere Interessen. Da steht nicht das Interesse des deutschen Volkes dahinter, niemals und um nichts in der Welt.« (T23)

Drei bis fünf Befragte äußerten – je nachdem, wie eng man die Definition zieht – Verschwörungsannahmen. Der zentrale Bezugspunkt war auch an dieser Stelle die Corona-Pandemie:

> »Wir gehören als digitalisiertes Wesen jetzt geimpft, markiert, laut internationalem Patentrecht gehören wir dem Erfinder dieses Patents, die Geimpften sind GMOs [genetisch modifizierte Organismen, Anm. d. Aut.] und unterstehen dem Patentrecht. Also sie haben eigentlich ihr Eigentumsrecht, also Persönlichkeitsrechte, abgetreten. Auf verschiedensten Ebenen. Und sind sich dessen gar nicht bewusst. Das finde ich gefährlich.« (T44)

In einem Interview wurde im Zusammenhang mit der Pandemie behauptet, dass »fünf oder sechs Leute auf dieser Welt«, darunter Bill Gates, »die Fäden

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

an der gesamten Weltpolitik ziehen« (T37). Dieselbe Person spielte auch auf die Erzählung eines »Großen Austauschs«[27] an:

> »Muss ich auch sagen, jetzt haben wir viel mehr Menschen, auch durch die Einwanderung, in Deutschland reinbekommen. […] Vielleicht haben die die deshalb reingeholt, um die Politik durchzusetzen, weil die denken ja wieder anders als wir. Die bringen ja, so wie die groß geworden sind, bringen sie ja die Denkweise hier rüber. […] Und ihre mit diesen… wie heißt das jetzt? Religion. Die ist ja nicht von heute auf morgen weg, nur weil sie hier leben. Und da ja die Denkweise der Masse eine große Rolle spielt für die Politik, habe ich manchmal das Gefühl, dass es ja auch, also nicht… alles ist geplant in der Politik.« (T37)

Weitere Gründe für Misstrauen

Andere Begründungen für Misstrauen konnten wir drei verschiedenen Kategorien zuordnen: Zunächst finden wir Kritik an spezifischen Defiziten des politischen Systems, von der Größe des Bundestags bis zu Regelungswut und überbordender Bürokratie (11 Interviews).

> »Und wenn ich an Berlin denke, ein Haufen Menschen, knapp 800 glaube ich, das kann nie was werden. So ein Haufen Menschen, die voll damit beschäftigt sind, sich selber zu verwalten, die interne Kommunikation aufrechtzuerhalten, ihre Netzwerke zu pflegen, ihre Posten zu sichern, sich zu überlegen, wie komme ich bei der nächsten Wahl auf der Liste möglichst weit hoch. 800 Leute, können Sie vergessen.« (T42)

> »Wir haben das Leben in Deutschland und uns selbst und die ganzen Regeln so kompliziert gemacht. Ich wöllte auch gar nicht Politiker werden, weil, ich würde gar keine Politik machen, ich würde den ganzen Tag nur Paragrafen lesen. Und dann kommt wieder jemand und sagt: ›Du hast aber vergessen, dass der Zusatz zwei vom Paragrafen drei eigentlich sagt, dass du das gar nicht machen darfst.‹ Okay, dann mache ich das nicht. Und das frustriert mich an der Politik.« (T39)

27 Dabei handelt es sich um die Vorstellung, »das ›deutsche Volk‹ [habe] nicht nur dramatische Geburtenrückgänge zu verzeichnen, sondern werde gleichzeitig durch Menschen ersetzt, die als nicht-volkszugehörig, als fremd, verstanden werden« (Kutscher 2023: 9).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Bei zehn Befragten, spielte Kritik an einer schlechten Kommunikation der Politik mit der Bevölkerung und an fehlender Transparenz eine Rolle.

> »Denn der Bürger hat ja per se Verständnis für Vieles, wenn man ihm das aufzeigt, aber es muss eben gemacht werden.« (T41)

> »[D]a ist ein bisschen was dran, dass man sich nicht traut, den Leuten alles an Wahrheit zuzutrauen. Dass Politiker in Floskeln reden, nicht direkt. Ich persönlich würde es besser finden, würde Herr Scholz ganz eindeutig sagen: ›Es tut mir leid, die Haushaltslage gibt es einfach nicht her.‹ Anstatt drum herumzureden und irgendwelche anderen Gründe zu finden.« (T58)

Persönliche negative Erfahrungen mit Politikerinnen und Politikern wurden in sieben Interviews als Grund für Misstrauen genannt.

> »Damals zu Corona habe ich an alle Abgeordneten geschrieben und überall bei Petitionen mitgemacht. […] Manche haben auch geantwortet. Es waren auch sehr böse Antworten dabei, auch wirklich unter der Gürtellinie, muss man sagen. Das habe ich auch alles schön gespeichert, für Notfälle, es waren wirklich böse Sachen. Damals bei Corona haben wir auch mit dem Sozialministerium Sachsens gesprochen, also Köpping-Ministerium [gemeint ist Sozialministerin Petra Köpping, Anm. d. Aut.], das war auch böse.« (T49)

Kritik nach Politikfeldern

Neben den Gründen für Misstrauen wurde bei der Kodierung auch erfasst, an welchen Politikfeldern – von Außen- bis Digitalisierungspolitik – Kritik geäußert wurde.[28] Die Gesundheitspolitik in der COVID19-Pandemie wurde aufgrund der zahlreichen Äußerungen hierzu getrennt von anderen Themen der Gesundheitspolitik betrachtet (siehe Tab. 16).

28 Die Bezeichnungen der angegebenen Politikfelder wurden induktiv aus dem Material gebildet und richten sich nicht nach politikwissenschaftlichen Einteilungen oder Ressortzuschnitten in Ministerien. So wird Digitalisierungspolitik einzeln angegeben, obwohl das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) auch für Digitalisierungsfragen zuständig ist.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Tab. 16: Kritik nach Politikfeldern

Code	Anzahl
Kritik an Gesundheitspolitik (nur COVID19-Maßnahmen)	21
Kritik an Bildungspolitik	18
Kritik an Klima- und Umweltpolitik	17
Kritik an Asyl-, Einwanderungs- und Integrationspolitik	15
Kritik an Sozial-, Renten- und Arbeitsmarktpolitik	12
Kritik an Außenpolitik	10
Kritik an Föderalismus oder Kommunal- und Kreisreformen	9
Kritik an Energiepolitik	8
Kritik an Gesundheitspolitik (ohne COVID19-Maßnahmen)	7
Kritik an Finanzpolitik (inkl. Steuerpolitik)	6
Kritik an Gleichstellungs- und Frauenpolitik	5
Kritik an Verkehrspolitik	5
Kritik an Innen- und Sicherheitspolitik	4
Kritik an Digitalisierungspolitik	3

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61), ab 3 Interviews

Angesichts des Untersuchungszeitraums erwartbar, kam die Kritik an Maßnahmen zur Eindämmung des SARS-CoV-2 mit 21 Interviews am häufigsten vor. Es fanden sich aber verschiedene Spielarten der Kritik unter den Befragten.

Die meisten (13) bemängelten, dass die Maßnahmen zu weit gegangen seien bzw. die Freiheit zu sehr eingeschränkt hätten. Zum Teil wurde dabei auch der Vorwurf geäußert, die Politik habe aus einer eigenen Agenda heraus unberechtigterweise in »panischer Weise Angst gemacht« (T57). Auch weitere Äußerungen lassen es an Deutlichkeit nicht vermissen:

> »Ich denke durch gewisse Regeln, die man aufstellt, schränkt man ein. Ich fand die Ausgangsperre zu Corona-Zeiten für eine krasse Einschränkung. Ich sage, das hat nichts mehr mit Demokratie zu tun. Das ist ein autoritärer Zug von einem Staat oder von einem System. Wenn man den Vergleich mit anderen Ländern hat, war das fraglich.« (T61)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

> »Ich glaube, zumindest seit Corona, dass die Politik nicht ehrlich ist, dass uns Dinge vorgegaukelt werden und dass Dinge gemacht werden, die tatsächlich Schaden anrichten. Die Stigmatisierung der Ungeimpften, das ist für mich furchtbar. Furchtbar.« (T34)

Weitere fünf Personen waren gegenteiliger Ansicht und kritisierten, dass die Maßnahmen zu spät, nicht lange genug oder nicht umfangreich genug Anwendung fanden.

> »Wir haben keine konsequente Handlungsweise mehr und das wird immer schlimmer. Die Bevölkerung bekommt Informationen, die dann tatsächlich nicht durchgesetzt werden. Wie kann man denn der Bevölkerung zum Beispiel vermitteln, dass wir ab 16. März eine berufsbezogene Impfpflicht haben, aber im Gesetz steht, das ist eine Kann-Bestimmung.« (T59)

> »Ich habe selbst das Gefühl, wer geimpft ist hat Glück, dass es vielleicht nicht so schlimm wird und der Rest wird jetzt durchgeseucht und gut. Anders ist das nicht zu erklären, warum man keinen Lockdown mehr macht und Schulen offenlässt und eigentlich so gut wie gar keine Maßnahmen mehr hat, obwohl jetzt eine so schlimme Welle auf uns zurollt.« (T46)

Schließlich äußerten drei weitere Personen Kritik am Verfahren, insbesondere an der Kurzfristigkeit und regionalen Uneinheitlichkeit vieler Maßnahmen.

> »Wenn man jetzt allein die Gesundheitspolitik nimmt: Ich hätte nichts dagegen gehabt, wenn die [Maßnahmen] konkreter gewesen wären. Aber die waren nie konkret. Das war immer nur so… Und dann haben die Länder einzeln entschieden und ich als Bürger hätte gesagt: ›Wenn ihr das so entscheidet, dann mache ich das so.‹ Aber es wurde nichts entschieden.« (T39)

Während sich bei diesen Kritiken mit Pandemiebezug noch Muster ähnlicher inhaltlicher Kritik ausmachen ließen, streut der Inhalt der Kritik bei allen anderen Politikfeldern so stark, dass eine angemessene Zusammenfassung nicht mehr möglich ist. Wenn wir beispielsweise die Kritik an der Bildungspolitik betrachten (18 Interviews), wurden hier so unterschiedliche Fragen wie ein bundesweit einheitliches Abitur, Schulschließungen im

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

ländlichen Raum, längeres gemeinsames Lernen, Lehrkräftemangel oder kostenlose Schulspeisung thematisiert. Teilweise wurde die Bildungspolitik auch eher allgemein kritisiert:

> »Jetzt am Beispiel der Bildung, wenn die Gesellschaft wirklich daran interessiert wäre, den eigenen Kindern die bestmögliche Bildung zukommen zu lassen, bräuchten sie es bloß zu machen. Es ist alles bekannt, man weiß, was geht, was gut ist, was nicht und so weiter. Das wird aber nicht gemacht, da frage ich mich warum.« (T48)

Die Kritik an der Klima- und Umweltpolitik (17 Interviews) bezieht sich ebenfalls auf ganz unterschiedliche Bereiche und politische Maßnahmen. Hier fanden sich so verschiedene Forderungen wie ein generelles Tempolimit auf Autobahnen, längere Laufzeiten für Atomkraftwerke, unterirdische CO_2-Speicherung oder die Förderung von Wasserstoff-Brennstoffzellen. Von manchen Befragten wurde auch eine »Angstmache« oder Hysterie in der Klimapolitik bemängelt:

> »Jetzt kommt das Klima zunehmend in den Vordergrund und die werden uns zumüllen […] bis zum Gehtnichtmehr. Klima, Klima, Klima und jeder wird erzählen, wie schlimm das alles ist, es werden Leute mit ernster Miene irgendwo stehen, die von Tuten und Blasen keine Ahnung haben, aber uns erklären, wie schlimm das alles ist.« (T18)

Es lässt sich bei allen Differenzen allerdings beobachten, dass viele der vorgeschlagenen Lösungen für Umweltprobleme (und insbesondere den Klimawandel) technologischer Natur sind, statt etwa gesellschaftliche Veränderungen oder einen Konsumverzicht anzuregen.

> »Es wird nicht einmal überlegt, was können wir denn machen? Die Zeit ist weiter gegangen, wir haben andere Technologien. […] CO_2-Verpressung wurde aufgrund von Bürgerprotesten und politischen Leuten, die keinen Arsch in der Hose haben, fallengelassen. Jetzt machen wir es in Dänemark, jetzt machen wir es in Kanada, deutsches Patent, bitte. Warum nicht?« (T18)d

Von 15 Interviewten wurde eine Kritik an der Asyl-, Einwanderungs- und Integrationspolitik geäußert. Der Fokus lag hierbei in der politischen Bearbeitung

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

von Flucht und Migration seit der entsprechenden Krise von 2015/16. Während in einem Interview zu wenig Unterstützung für Geflüchtete beklagt wurde und vier weitere Interviews einzelne Maßnahmen, aber nicht die grundsätzliche Haltung der seit 2015 amtierenden Bundesregierungen kritisierten, äußerten sich zehn Personen klar ablehnend gegenüber der Aufnahme (weiterer) Geflüchteter. Die entsprechenden Textstellen relativieren dabei teilweise die Not der Betroffenen und enthalten abwertende Stereotype.

> »Und auch mit den Flüchtlingen, das war genauso. Ja, die [Angela Merkel] ist umgefallen, die hat im Prinzip gesagt, ihren Quatsch: ›Wir nehmen die alle auf.‹ Lass sie doch drei, vier Wochen irgendwo sein, ihre Pässe nachweisen, sie kommen nirgends… Fahren Sie mal in ein anderes Land und sagen, ich gehe so hin. Da werden Sie aber zurückgepfiffen. Und so etwas hätten sie eher machen müssen. Ja, da wird dann immer gesagt: ›Menschlichkeit und Tralala‹, aber die Leute wären nicht verhungert, das ist Unsinn, die hätten auch warten können, auf ein Verfahren, und die hätten auch ihre Pässe ganz schnell gefunden, das sage ich Ihnen. Das waren so Dinge, die ich der Frau Merkel übelgenommen habe.« (T18)

> »Ich denke manchmal, die jungen Leute, man hört es manchmal, die erschlagen einen Rentner und erstechen den. Und das sind auch manchmal Ausländer. Das Problem mit den Ausländern ist ja noch schlimmer, weil die irgendwie einen Freibrief hier haben. Dass die eine große Strafe kriegen oder verurteilt werden, da traut sich keiner ran. […] [Wenn das Hallenbad unserer Schule saniert werden muss,] [d]ann muss ich eben Abstriche bei den Flüchtlingen machen. Also mit den Flüchtlingen… (atmet hörbar aus) Wie gesagt, alles schön und gut, aber ich muss erst meine Leute versorgen.« (T32)

Weitere häufig angesprochene Politikfelder waren Sozial-, Renten- und Arbeitsmarktpolitik (12 Interviews), Außenpolitik (10), Föderalismus (einschließlich Kritik an Kommunal- oder Kreisreformen, 9) oder die Energiepolitik (8). Letztere wurde vor allem im Zusammenhang mit Sanktionen gegen Russland nach dem Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 und den damit verbundenen Einschränkungen in der Erdgasversorgung zum Thema.

> »Alleine, wenn ich an dieses Theater denke mit der Gasversorgung, da sind wir nun stolz, dass wir vom Russen nichts bekommen. Da holen wir uns Gas

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

aus dem Nahen Osten, aus Amerika, das ist über Fracking gewonnen. Fracking wird hier verteufelt. Das ist für mich alles Heuchelei, deswegen kann ich in diese Leute – das ist genau wie auf der Privatebene – da kann ich kein Vertrauen haben in solche Sachen.« (T18)

5.3.5 Ängste vor Schäden durch Politik

Wie bereits zuvor im Zusammenhang mit Medien, haben wir auch im Bereich Politik nach Ängsten und Sorgen gefragt. Konkret wurden die Interviewpartnerinnen und -partner gefragt, was für gesellschaftliche Schäden sie durch die aktuelle Politik befürchten.

Tab. 17: Sorgen vor möglichen Schäden durch die Politik

Code	Anzahl
Gesellschaftliche Spaltung/wachsende Ungleichheit	16
Menschen werden ausgegrenzt und abgehängt	9
Finanzieller Schaden für Bevölkerung und Volkswirtschaft	5
Lobbyismus/Wirtschaft wird noch mächtiger	5
Gesundheitliche (physische oder psychische) Schädigung der Bevölkerung	5
Erstarken rechter Parteien und Einstellungen	5

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61), ab 3 Interviews

Die mit Abstand häufigste Sorge (siehe Tab. 17) kam in 16 Interviews vor: die Sorge vor einer wachsenden gesellschaftlichen Spaltung und wachsender Ungleichheit. Es wurde eine Polarisierung und eine Verschärfung des Tons beklagt. Als Frontlinie wurden insbesondere die unterschiedlichen Positionen in der Bekämpfung der Corona-Pandemie genannt, aber auch die Spannungen bezüglich rechtspopulistischer oder rechtsextremer Ansichten. Die Interviewten beklagten, sie hätten immer weniger Möglichkeiten, wieder in Dialog zu kommen und dies unabhängig davon, wo sie sich entlang dieser Differenzen verorteten. Viele der Antworten enthielten eine Situationsbeschreibung, ohne dass eindeutig erkennbar war, wie diese unmittelbar der Politik zuzuschreiben wäre.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

»Das ist auch völlig klar, weil, die Gesellschaft ist gespalten. Die Kinder gehen auf dieselben schönen Schulen und so weiter, und sind in denselben Vereinigungen. Es bilden sich diese Parallelgesellschaften, bei denen man immer irgendwie auf die Araber oder auf die Türken zeigt. Diese Parallelgesellschaften sind doch der Normalfall. Das Ganze hier ist eine Parallelgesellschaft mittlerweile. In viele kleine Unterparallelgesellschaften zerfallen.« (T44)

»Naja, es gibt ja immer mehr Leute, die, ich will nicht sagen ›sich auflehnen‹, aber die im Hintergrund… Gucken Sie sich mal die Reichsbürger an, was sich da gründet. Man hört es unter den Bekannten, es wird ja nur geschimpft. Es braut sich schon vielleicht etwas zusammen. Und das kann dann ganz schnell überschwappen, ganz schnell. Das muss nicht dieses Jahr oder nächstes Jahr werden, aber lassen Sie mal noch mehr Flüchtlinge kommen.« (T32)

Eine Person vermutete aber auch, dass die Spaltung eine gezielte Strategie der Politik sein könnte:

»[Interviewfrage: Glauben Sie, dass die aktuelle Politik Schäden anrichtet?] Na aber gravierende! Gravierende Schäden zurzeit. Auch wieder Spaltung der Gesellschaft, definitiv. Auch aus dem Prinzip ›Teile und Herrsche‹.« (T21)

Neun der Interviewten äußerten Angst davor, dass bestimmte Menschen zunehmend ausgegrenzt, abgewertet und gesellschaftlich abgehängt werden. Während einige sich selbst als Teil der Ausgegrenzten beschrieben, sorgten sich andere, was aus unserer Gesellschaft werden würde, wenn man nicht versucht, alle mitzunehmen. Als Illustration für das Gefühl des Ausgegrenzt-Werdens oder des Abgehängt-Seins wurden ganz unterschiedliche Beispiele genannt, etwa dass der ländliche Raum »zunehmend ausblutet an jungen Menschen« (T27), die Ablehnung von Waffenlieferungen an die Ukraine oder die Unterstützung rechter Parteien.

»Wenn man die Leute immer nur als Idioten darstellt, diejenigen, die meinetwegen keine Waffenlieferungen mehr wollen, sind das ›Putin-Versteher‹. Und das ist noch das Harmloseste. Ich weiß nicht, was für Schimpfwörter da kursieren. Diese verbale Abwertung.« (T49)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

> »Aber es gibt eben viele, die sich jetzt ungerecht behandelt fühlen und die so ganz krude Meinungen haben, also ich meine die Reichsbürger, die einen Kaiser wieder haben wollen, wo ich immer sage: Mein Gott, das war doch das Undemokratischste, was man hatte. […] Also wie stellen sie sich Demokratie vor? Was sind eben so diese Prozesse, was wollen wir denn gemeinsam? Und das müssen wir einfach besprechen. Die Zeit müssen wir uns nehmen. Ansonsten haut uns die Gesellschaft ab. Davor habe ich echt Angst.« (T26)

In weiteren fünf Interviews wurde die Sorge vor finanziellen Schäden ausgedrückt, die entweder Privatpersonen oder die Volkswirtschaft im Ganzen davontragen könnten. Eine Person ging beispielsweise davon aus, dass Demonstrationen auch nach Aufhebung der Corona-Beschränkungen nun wegen finanzieller Nöte weitergehen würden, »weil alles teurer wird, weil der Sprit teurer wird« (T01).

Als weiterer Punkt, der auch schon als Grund für Misstrauen gegen Politik erwähnt wurde, tauchten auch an dieser Stelle Befürchtungen angesichts einer wachsenden Macht von Lobbyinteressen und Wirtschaft auf.

> »Das Problem ist, glaube ich, dass die Einflussnahme von außen, durch Lobbyorganisation, von Stiftungen oder NGOs immer größer wird. Die in den Beratungsgremien schon sitzen, wo ich mir sage: ›Wo wird die Bevölkerung abgebildet?‹ Und wo die Finanzierung von NGOs mir unklar ist, von irgendwelchen Stiftungen unklar ist, bei irgendwelchen Lobbyisten weiß ich es ja noch. Und wo ich echte Zweifel habe, was das soll und wo das hingehen soll.« (T43)

> »Das ist für mich dann nur Geldmacherei, dass die Großfirmen ja Geld verdienen. Und dass der kleine Mann immer schön geschädigt wird. Weil: ›Ach, der hat ja so viel.‹ Also ich habe das Gefühl, dass, wenn das Volk zu viel Geld hat, das weiß einer, der arbeitet entweder im Journalismus oder in der Politik, da wird ausgerechnet… Und da werden sich Sachen einfallen gelassen, dass die Leute das Geld ausgeben. Richtig strukturiert. Also man gönnt dem Volk nicht das Geld, das soll woanders hin. Die sind halt gierig. Ich nenne das Gier. Und Gier hat schon immer Systeme kaputtgemacht.« (T37)

Schließlich fürchteten fünf der Befragten physische oder psychische Schäden bei der Bevölkerung, vor allem im Zusammenhang mit den Corona-Maßnahmen.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

> »Die Manipulation, die stattfindet, die verursacht meiner Ansicht nach auch gesundheitliche Schäden. Da kommst du teilweise auch in Widersprüche, also in psychologische Probleme. Und dann ist es auch die Politik, die zurzeit gemacht wird. Die bringen auch Kinder in allerhöchste Gefahr. Das hat man sowohl in der Corona-Krise jetzt gemerkt. Aber nicht nur dort, auch das, was an der Schule vermittelt wird teilweise, auch an politischem Wissen. Das verursacht meiner Ansicht nach bei den Kindern Schäden. Wenn du der Beste sein musst, wenn du dich grundsätzlich immer im Konkurrenzkampf mit anderen befindest. Das verursacht Schäden psychischer Art, meiner Ansicht nach. Das kann nicht gesund sein.« (T21)

Ebenfalls fünf Personen nannten die Sorge vorm Erstarken rechter Parteien und Einstellungen im gesamten Land, aber meist vor allem in Sachsen und insbesondere in ihrer Region.

> »Auf Demonstration war ich in [sächsische Kreisstadt] mehrfach gegen die wirklich Rechten. Also nicht AfD, sondern was leider in [Kreisstadt] hier ist, der Dritte Weg und solche Sachen. […] Wie sie in ihren braunen Anzügen durch [Kreisstadt] gegangen sind. Also das war mir wichtig dort schon Flagge zu zeigen. […] Und es waren auch sehr bedrückende Momente dort, das muss ich wirklich sagen, wenn man zu so einer Demo geht. […] Aber wenn du das siehst, dann kann es dir angst und bange werden, weil du dich aus deiner Blase, aus deinem Freundeskreis herausbegibst und mal siehst, wie andere Leute ticken. Und wenn du dann von denen noch fotografiert wirst und die vielleicht noch eine Kartei führen, wer auf Gegendemonstrationen ist. Und du dann denkst: ›Führen die jetzt ein Register und wenn sie an der Macht sind, wirst du dann abgeholt?‹« (T27)

5.3.6 Wurzeln des Verhältnisses zu Politik

Um besser zu verstehen, wie sich Ver- oder Misstrauen bei unseren Interviewten entwickelt hat, haben wir sie nach Erfahrungen gefragt, die dafür prägend waren. Hier zielten wir auf länger zurückliegende biografische Ereignisse ab, so dass die Fragestellung entsprechende Beispiele beinhaltete (*»… das kann mit Ihrem Elternhaus, der Schule, der DDR oder der Wendezeit zu tun haben. Wie sind Sie denn mit Politik aufgewachsen?«*). Daher ging es an dieser Stelle kaum um aktuellere Krisen oder Ereignisse. Zwei Personen erwähn-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

ten explizit die Fluchtkrise 2015/16. Ansonsten lag der Fokus stark auf Kindheit, Adoleszenz und jungem Erwachsenenalter und – bei vielen damit verbunden – DDR-Erfahrungen.

Die Antworten lassen sich grob zwei Bereichen zuordnen: Zum einen wurden bestimmte Personen, Orte oder soziale Einflüsse genannt und erläutert, etwa Elternhaus, Schule oder die eigene Religion (siehe Tab. 18). Zum anderen wurden historische Zeiträume als prägend dargestellt, wobei unterschiedlichen Erfahrungen mit der DDR besondere Bedeutung zukommt (siehe Tab. 19).

Tab. 18: Prägende Instanzen für Politikvertrauen und -misstrauen

Code	Anzahl
Elternhaus/Familie	31
Studium/Berufsausbildung	8
Schule/Lehrkräfte	6
Persönliche Reflexion	6
Kirche/Religion	4
Kulturelle Identität	2

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61)

Am häufigsten beschrieben die Befragten eine Prägung durch ihre Eltern oder das weitere direkte Familienumfeld (31 Interviews). Die Art dieser Prägung reicht von einem unpolitischen Elternhaus bis zu politisch oder gesellschaftlich sehr aktiven Eltern.

> »[Interviewfrage: Wie war denn Ihr politisches Aufwachsen im Elternhaus?] Ich würde sagen unpolitisch. Wirklich unpolitisch. Auch sehr angepasst und unkritisch.« (T09)

> »Meine Eltern sind [Mitte der 1990er] von Westdeutschland nach Ostdeutschland gezogen […]. Meine Mutter war immer, wie soll ich das sagen, damit es nicht falsch herüberkommt? Sie war nicht erwerbslos, sie hat die ganze Zeit gearbeitet, nur ehrenamtlich […], indem sie in verschiedenen Bereichen tätig war, ehrenamtlich, also von klassischerweise Kirche, über Elternarbeit, Kin-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

dergarten, Schule. Dann war sie in der Flüchtlingsarbeit. […] Davon sind wir Kinder natürlich geprägt. Zum einen so, dass wir keine ostdeutsche Sozialisierung haben, sondern irgendetwas Lustiges dazwischen.« (T24)

Weitere wichtige Orte und Personen waren Studium bzw. Berufsausbildung (8) sowie Lehrkräfte und Schule (6), wobei etwa auch betont wurde, dass zu DDR-Zeiten dort durchaus Kritik möglich war oder in einem Fall, dass in jüngster Vergangenheit nur schwer Pro-AfD-Haltungen in Schulen geäußert werden könnten.

»Aber sowohl in der Schule, als auch im Studium [zu DDR-Zeiten, Anm. d. Aut.] dann noch mehr, da ging es häufig… Da haben wir uns sehr offen und auch, ich würde sagen, kritisch zu bestimmten Sachen geäußert. Es gab auch den einen oder anderen, also einen, das weiß ich ganz genau, den haben sie exmatrikuliert wegen irgendeiner Kleinigkeit. Die waren damals so blöde. Und an der Schule, also wir hatten dort auch durchaus Leute dabei, die waren nicht so, wie sagt man, so konform, dass sie jetzt alles kritiklos geschluckt haben.« (T18)

»Ich erinnere mich an einen Professor, der hat in der Einführungsvorlesung zu uns gesagt: ›Ihre Aufgabe ist es, allen Sachen gegenüber erstmal misstrauisch zu sein. Und wenn ich sage allen, dann meine ich auch ein Gesetz. Gucken Sie sich ein Gesetz genau an, ob wirklich das am Ende bewirkt wird, was die Grundlage der Erstellung dieses Gesetzes ist. Sie können nicht davon ausgehen, dass die Regierung immer alles richtig macht. Sie müssen hinterfragen, ob das richtig ist oder ob da vielleicht ein Fehler gemacht worden ist. Das kann ganz marginal sein.‹ Das ist zu DDR-Zeiten gewesen! Ja. Der Professor hat damals gesagt: ›Also hinterfragen Sie alles, das ist Ihre Aufgabe. Man wird Sie schon bremsen.‹« (T41)

»Es hat wirklich erst in der Zehnten angefangen, als wir diese Jugendwahlen hatten, die man an den Schulen machen konnte. Da ist mir aufgefallen, dass die Lehrer sehr stark gegen die AfD geprescht sind. […] Wir durften offen unsere Meinung sagen, wir haben auch Debatten geführt, aber man hat gemerkt, dass die Lehrer wollten, dass wir eher für, zum Beispiel, die SPD sind oder so etwas. […] Wir haben darüber schon einmal geredet, das fanden wir

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

> nicht gut, weil man Angst haben musste, etwas zu sagen, was dem Lehrer nicht gefallen hätte können.« (T50)

Weitere sechs Befragte gaben an, dass ihre eigene Auseinandersetzung mit Themen folgenreich für ihr späteres Ver- oder Misstrauen gegenüber Politik war.

> »Ich kann Ihnen nicht sagen, mit welchem Alter ich angefangen habe, mich für Politik zu interessieren. Ich habe immer schon mein Umfeld wahrgenommen, mich hat damals schon als junger Mensch mitgenommen, dass hier vor Ort Schulen zugemacht wurden. Das war damals die Bildungspolitik der CDU Sachsen, die Schulen geschlossen hat. Anderen war das völlig egal in dem Alter. Aber mich hat das schon mitgenommen.« (T58)

Vier der Interviewten gaben zudem die Kirche bzw. ihre Religion als wichtigen Einfluss an, weitere zwei auch ihren kulturellen Hintergrund.

> »In der Kirchgemeinde ging es dann eben wirklich auch um Sachen wie Gerechtigkeit. Mehr in Richtung Gerechtigkeit, globale Gerechtigkeit et cetera. Das sind Sachen, die mich auch schon früh geprägt haben. Ich bin ganz dankbar für diese auch in der DDR politisch offene Kirchgemeinde, weil die einen großen Bestandteil meiner Sozialisation in dem Moment ausgemacht hat.« (T47)

Die Auseinandersetzung mit der DDR, der Zeit der deutschen Teilung und deren Nachwirkungen, bilden in den meisten Interviews ein zentrales Thema, wenn es um die Wurzeln des eigenen Politikvertrauens geht. Wir haben diese Aspekte daher noch einmal gesondert betrachtet (siehe Tab. 19).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Tab. 19: Bezugspunkt DDR und (Nach-)Wendezeit

Code	Anzahl
Erleben der Wende- und Nachwendezeit	21
Vergleiche zwischen DDR und Bundesrepublik	20
Ambivalente Erfahrungen in und mit der DDR	18
Negative Erfahrungen in und mit der DDR	12
Positive Erfahrungen in und mit der DDR	7
Vergleiche zwischen Ost- und Westdeutschland (nach 1990)	3

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61), ab 3 Interviews

Eigene Erfahrungen in und mit der DDR wurden in insgesamt 27 Interviews angesprochen. Um dem sehr unterschiedlichen Charakter dieser Erfahrungen gerecht zu werden, haben wir diese noch einmal danach unterschieden, ob sie als positive, negative oder eher ambivalente Situationen dargestellt wurden (wobei in einigen Interviews mehrere Ausprägungen vorkamen). Am häufigsten kamen ambivalente Äußerungen vor (18 Interviews), die oft Erzählungen davon sind, wie DDR-spezifische Probleme dank eines »gewissen Realitätssinns« (T59) mehr oder weniger erfolgreich überwunden wurden.

> »Ich kann weder sagen die DDR war – aufgrund meiner Erfahrungen jetzt – ganz mies. Und ich kann auch nicht sagen, die Erfahrungen in der DDR, die waren rosarot. Also ich habe Sowohl-als-auch-Erfahrungen gemacht.« (T21)

> »[I]ch weiß, dass ich, wie gesagt, zu DDR-Zeiten damals von der Staatssicherheit angeworben werden sollte. Ich hatte ein Gespräch gehabt, wo ich damals noch völlig naiv überhaupt nicht wusste, wen ich da vor mir hatte. Aber ich habe dort meine klare Ablehnung des Ganzen geäußert und habe nie wieder was von denen gehört. Insofern kann ich nicht sagen, dass ich irgendwo negativ… Und ich habe gesagt: ›Nein, das mache ich nicht.‹ Und damit war das Gespräch beendet, und es ist nichts passiert. Und das war für mich die Überzeugung: ›Okay, du kannst ja auch was Negatives sagen, ohne dass dir jetzt irgendwelche Repressalien drohen.‹ Ich bin aber eben ein Arbeiterkind gewesen, das heißt, ich konnte studieren, da gab es überhaupt nicht… Wenn

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

> ich jetzt ein Pfarrerskind gewesen wäre oder so, dann wäre es vielleicht schwieriger gewesen.« (T35)

Zwölf der Interviews enthalten Beschreibungen negativer Erfahrungen, von fehlender Reisefreiheit über Druck, der SED beizutreten, bis zu Berufsverboten und Verfolgung durch die Staatssicherheit.

> »Es war natürlich so, dass wahrscheinlich dann die Stasi bei meinen Eltern mal eingebrochen ist und ab da war dann schon bei meinen Eltern auch Krisenstimmung und wir mussten als Kinder dann zur Kripo und sind dann befragt wurden, als ob wir unsere Eltern beklauen wollten. Es ist aber nichts weiter geklaut worden. […] Da war dann schon eine Erschütterung da. Das ist etwas… Von der Stasi ist ja in der DDR nicht viel geredet wurden, aber als das dann so war, war schon eine Erschütterung da.« (T27)

> »Ich wollte das System verbessern. Ich wollte nicht in den Westen, sondern ich wollte es verbessern, deshalb diese großen Schwierigkeiten. Damals, als ich das Berufsverbot bekommen habe, da war ich gerade auf dem Weg zum Doktortitel. Und als ich dann Berufsverbot bekommen habe, da habe ich einfach nur in öffentlichen Vorträgen meine Meinung dazu gesagt, dass das System immer weiter darauf hinausläuft, dass wir ein staatskapitalistisches System bekommen. […] Um das wieder in eine richtige Bahn zu bringen, wollte ich eigentlich auf eine Verbesserung des Sozialismus hinaus. Und ich wollte nicht in die andere Richtung. Aber genau das ist mir dann übelgenommen worden.« (T21)

Schließlich erwähnten aber auch sieben Interviewte positive Erfahrungen, die sie im Zusammenhang mit ihrem Leben in der DDR gemacht haben, häufig im Zusammenhang mit Aktivitäten in der FDJ oder bei den Thälmann- bzw. Jungpionieren.

> »Wir waren gerne Pioniere und wir waren auch gerne in der FDJ, weil man da etwas erlebt hat. […] Pioniere, das war nachmittags und wenn es Altpapiersammeln war. Nicht, dass es so sein sollte, wie es war, aber so etwas fehlt jetzt den Kindern, die Gemeinschaft. Wenn Schluss ist, gehen sie heim oder in den Hort und dort wird auch bloß rumgeschrien oder geschlagen, da guckt auch keiner hin.« (T51)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Neben Erfahrungen in DDR-Zeiten spielte in 21 Interviews zudem die Wende- bzw. Nachwendezeit eine wichtige Rolle. Typischerweise wurden die Ereignisse von 1989 als befreiend und als Moment des Aufbruchs beschrieben, »[…] auf einmal konnte man ja wirklich gestalten« (T23).

> »Für mich war natürlich das prägende Ereignis 1989, die entsprechende plötzliche Pressefreiheit, plötzliche Meinungsfreiheit, plötzlich Runde Tische, plötzlich Diskussion auf allen Ebenen. Ja, das hat mich extrem beeinflusst. Vor allem 1989/1990 war der größte… […]. Diese Aufbruchszeit, diese politische Begeisterung und das politische Einbringen-Wollen in meiner gesamten Umgebung, das hat mich unwahrscheinlich beeindruckt. Das sind Sachen, die ich jetzt auch fast ein bisschen vermisse.« (T47)

Wenn es aber um die Wiedervereinigung und deren Folgen in den 1990er Jahren ging, fielen die Bewertungen dieser Zeit kritischer aus: Auf Momente der Begeisterung und Hoffnung seien vielfach Enttäuschung und Desillusionierung gefolgt. Ein Vertrauensverlust in die Politik entstand dabei aus dem Widerspruch zwischen großen Versprechen (»blühende Landschaften«), verbunden mit unrealistischen Erwartungen in der Bevölkerung, und der erlebten Realität der 1990er Jahre, die auch von Arbeitslosigkeit, Deindustrialisierung sowie dem Wegzug vieler (junger) Menschen nach Westdeutschland geprägt war.

> »Und dann muss man [nach der Wende] feststellen, dass es da auch nicht so richtig ist, wie da was versprochen wird. […] Und dann mussten viele erleben, dass ihre Arbeitsplätze verloren gegangen sind. Dann waren sie ein bisschen Personen zweiter Klasse. Dann haben viele solche Erfahrungen gemacht, die Personen, die im Westen in der zweiten oder dritten Reihe standen, die durften dann mit Buschzulage [ugs. für eine Sonderzahlung, die westdeutsche Beamte 1990-1995 beim Einsatz in der ehemaligen DDR erhalten konnten, Anm. d. Aut.] in den Osten kommen und sagen, wie es geht. Dann sind die ganzen guten Leute, die hellen Köpfe, wie das immer so ist, die haben die Möglichkeiten genutzt und sind erstmal alle weg. […] Und der Frust der Leute wurde immer größer.« (T59)

> »Die Demonstrationen standen erst unter dem Motto: ›Wir sind das Volk‹. Ihr dort oben hört euch das an. Dann plötzlich schlug es um in: ›Wir sind ein

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

> Volk.‹ Plötzlich spürte man, das könnte vielleicht eine Einheit werden. Jetzt sind wir das. Und dann haben wir uns natürlich über die Westmark gefreut und die Reisefreiheit. Plötzlich haben wir ganz schnell vergessen, was eigentlich bei uns gut [war]. Alles, Polikliniken, alles wurde aufgelöst, die eigenen Produkte, auf die wir jetzt zurückgreifen. Die wurden…, man kaufte lieber das von drüben. An die Idee, dass der Fleischermeister hier oder der Bauer in die Knie gehen, daran hat keiner gedacht. Und deswegen ist das aus meiner Sicht auch so eine Basis für den Frust, der jetzt hier ist.« (T38)

> »Und die Treuhand? Was hat die gemacht? Was haben die aus unserem Land gemacht, wie haben die unser Land ausgelöffelt und die Leute über den Tisch gezogen und beschissen und da wurde keiner zur Verantwortung gezogen. […] Und weil wir jetzt so weit zurückgegangen sind, nach der Wende, da fallen mir viele Sachen ein, die schiefgelaufen sind, was wir jetzt auch nicht mehr ändern können […]. Gerade was die Arbeitslosigkeit im Erzgebirge betrifft und das Familien zerrissen worden sind, die dann in den Westen arbeiten gegangen sind, der Opa seine eigenen Enkel vielleicht einmal im Jahr sieht, wenn er Glück hat […].« (T54)

Zugleich enthielten aber auch viele Gespräche Beschreibungen davon, dass sich persönlich erfolgreich mit den Veränderungen arrangiert wurde. Der Systemwechsel wurde dabei als besondere persönliche Herausforderung in der eigenen Biografie betrachtet, der sich unweigerlich gestellt werden musste.

> »Die sind damals auf die Straße gegangen, um das System als solches zu verbessern, zu verändern. Und was aber passiert ist, ist, ich will jetzt nicht sagen Übernahme von der BRD, aber im Endeffekt ist es ja so. […] Wir sind im Kapitalismus gelandet, das ist so, und ich habe mich 1990 entscheiden müssen, ob ich diesen Weg dann gehe oder ob ich mich in meine Schmollecke zurückziehe und sage: ›Ihr habt mich alle nicht lieb und ich will das nicht.‹ Und wo ich dann gedacht habe: ›Okay, du wolltest Lehrer sein. Okay, du kannst auch in dem neuen System Kinder unterrichten.‹« (T35)

> »Und da habe ich denen [meinen Schülerinnen und Schülern] gesagt: ›Wisst ihr, wir haben bis jetzt in einem Käfig gelebt. Wir wurden immer ärztlich versorgt. Wir kriegten genug Nahrung. Es wurde darauf geachtet, dass es nicht reinregnet. Aber wir hatten immer das Gitter vor den Augen. Wir konnten

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

> nicht reisen, wo wir hinwollten. Jetzt wird vor uns das Türchen aufgemacht. Jetzt könnt ihr rauslaufen. Ihr müsst jetzt aufpassen. Ihr könnt auf einer wunderschönen Wiese in den Alpen landen, aber ihr könnt auch auf die Müllkippe laufen.‹ Wenn ich im Nachhinein sehe, ein paar unserer Schüler, die sind selbständig geworden, die sind auf der großen grünen Wiese gelandet. Aber es sind auch einige auf der Müllhalde gelandet.« (T38)

Darüber hinaus verglichen drei Befragte »Ost« und »West« im wiedervereinten Deutschland. In einem Fall wurde etwa betont, dass es auch in Westdeutschland Regionen gebe, denen es nicht gut gehe. In einem anderen Fall wurde gewünscht, dass sich Menschen aus Westdeutschland etwas von der (regierungs-)kritischen Haltung der Ostdeutschen abschauen. In fast jedem dritten Interview (20) kam aber vor allem ein Vergleich zwischen den Systemen und Lebensverhältnissen in der DDR und der Bundesrepublik vor.[29] Diesem Vergleich kamen dabei verschiedene Funktionen zu: Für manche diente die DDR als negatives Beispiel, um zu begründen, dass die Verhältnisse unter westlichen Vorzeichen viel besser seien, für andere funktionierte sie aber auch als positives Beispiel, von dem man auch lernen könne.

> »Mich hat der Besuch von Helmut Schmidt bei Honecker politisch geprägt. Das ist präsent. Weil mir dieser Gegensatz imponiert hat, zwischen diesem weinerlichen alten Mann… […] Und ich sah diesen alten Mann und daneben sah ich diesen irgendwie legeren, offenen Typen, und das war für mich so…, also von dem Moment an habe ich dann auch schon für Bundespolitik interessiert und habe dann diese Wahlen im Westen auch mitverfolgt.« (T60)

> »Ich habe Kindergeld gekriegt, der Kindergartenplatz war kostenlos. Eine niedrige Miete haben wir gehabt, und wir haben ja ein Haus, was uns auch nicht gehörte, ausgebaut nebenbei. Aber es war einfach… Ich hatte keine Angst. Und wenn ich in meinem Freundeskreis rumfrage, die so in meinem Alter sind und zu DDR-Zeiten groß geworden sind. Die haben gesagt: ›Angst haben sie erst kennengelernt, als der Westen zu uns kam. Als wir Westen

29 Darunter fallen Interviews, die die DDR mit der Bundesrepublik zum selben Zeitpunkt in der Vergangenheit vergleichen, aber auch Vergleiche der DDR mit den heutigen gesamtdeutschen Umständen. In beiden Fällen steht dabei aber die Differenz der Systeme im Mittelpunkt.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

> wurden.‹ […] Da gab es Vieles, was uns unzufrieden gemacht hat, aber ich hatte keine Existenzangst! Die hatte ich hier jahrelang […].« (T25)

Schließlich fand bei einigen auch eine Gleichsetzung von Umständen in der DDR mit der heutigen Politik statt, um Letztere auf diesem Weg zu kritisieren.

> »Je länger die DDR her ist, ich habe mir schon große Gedanken darüber gemacht. Nehmen wir mal das Thema Stasi raus, einfach einmal das wegnehmen. Dann sagt man, die DDR wäre ein Unrechtsstaat gewesen. Das Narrativ habe ich jahrelang auch geglaubt. Jetzt frage ich mich aber, wir hatten auch letztendlich Gesetze. Das Gesetzgebungsverfahren war im Prinzip so wie heute, ähnlich. Die Volkskammer hat beschlossen, okay, die Gesetzesentwürfe kamen aus dem Politbüro. Wo kommen sie denn heute her? Aus dem Ministerium. Also auch verkappt aus einer Partei. Da geht es schon los.« (T57)

> »Ich meine, wir haben das zu DDR-Zeiten auch nicht gemerkt, wie viele ins Gefängnis oder warum manche ins Gefängnis gekommen sind. Das wurde ja alles unter den Tisch gekehrt, das kriegte man gar nicht mit. Wir haben zwar gewusst, dass es eine Stasi gibt, das haben wir schon gewusst, aber wir wussten nicht was das ist, so richtig. So etwas gab es ja nicht. Es wurde alles so… Und ob das heutzutage auch ein bisschen so ist, weiß ich nicht. Manches kriegt man ja gar nicht mit.« (T01)

5.4 Zusammenhang zwischen Journalismus- und Politikvertrauen

Nachdem voranstehend das Vertrauen bzw. Misstrauen in Journalismus und das Vertrauen bzw. Misstrauen in Politik jeweils ausführlich für sich betrachtet worden sind, geht es im Folgenden um den Zusammenhang der beiden Komplexe. Aus der bisherigen Forschung ist bekannt, dass Medien- und Politikvertrauen in einer Wechselbeziehung stehen: Menschen, die der Politik vertrauen, vertrauen in der Regel auch der journalistischen Berichterstattung. Und Menschen, die einem der beiden Bereiche misstrauen, zeigen oft ebenfalls Misstrauen für den anderen Bereich (siehe Kapitel 2.4). Dieser Zusammenhang lässt sich tatsächlich auch in unserem Interviewsample statistisch nachweisen.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Dazu greifen wir wiederum auf den standardisierten Fragebogen zurück, den die Befragten ergänzend nach dem Leitfadeninterview ausgefüllt haben. Das grundlegende Ausmaß des Medien- bzw. Journalismusvertrauens wurde mit der Aussage erfasst: »*Wenn es um wirklich wichtige Dinge geht, kann ich der journalistischen Berichterstattung vertrauen.*« Als allgemeiner Indikator für das Politikvertrauen beziehen wir uns auf die Aussage: »*Ich vertraue der Politik in Deutschland.*« Für beide Items gaben die Befragten jeweils ihre Zustimmung auf einer Fünferskala von »stimme gar nicht zu« bis »stimme völlig zu« an. Die Antworten auf diese beiden Items haben wir bereits in Kapitel 5.2.2 zum Journalismusvertrauen (siehe Abb. 10) und Kapitel 5.3.2 zum Politikvertrauen (siehe Abb. 13) dargestellt. Es hatte sich gezeigt, dass in beiden Dimensionen die Zustimmung breit streut und relativ ausgewogen war.

Kreuztabuliert man die jeweils 61 Antworten auf diese beiden Aussagen (siehe Tab. 20), wird ersichtlich, dass je stärker die Befragten der journalistischen Berichterstattung vertrauen, umso stärker auch ihr Vertrauen in die Politik ist – und umgekehrt. Es gibt nur wenige Befragte in unserer Stichprobe, bei denen Medien- und Politikvertrauen nicht annähernd im Gleichschritt verlaufen. Korreliert man die jeweils 61 Antworten auf diese beiden Aussagen, ergibt sich ein höchstsignifikanter Zusammenhang von r = ,820; dieser kann somit als sehr stark gelten.

Nachdem wir gesehen haben, dass nach den Fragebogendaten das Medien- und das Politikvertrauen in unserem Sample sehr stark miteinander korrelieren, interessieren nun die Vorstellungen der Befragten, wie beide Komplexe wohl zusammenspielen. Im die Leitfadeninterviews ergänzenden Fragebogen findet sich auch eine direkte Aussage, der einen (misstrauenden) Zusammenhang von Journalismus und Politik postuliert: »*Die Medien und die Politik arbeiten Hand, um die Bevölkerungsmeinung zu manipulieren.*« Abbildung 14 zeigt, dass nur knapp die Hälfte des Samples diese Verschwörungsannahme klar oder eher ablehnt.

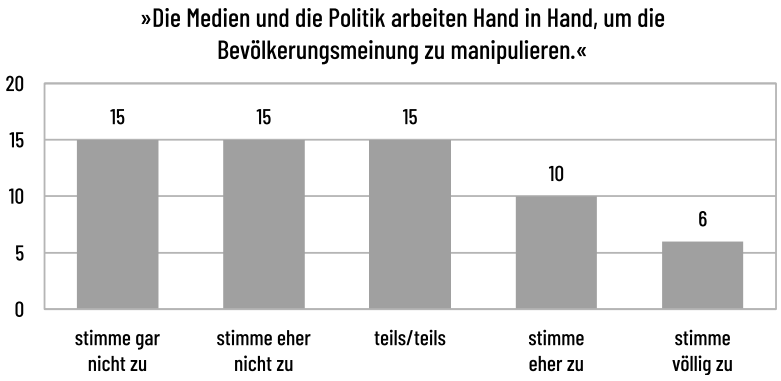
https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Tab. 20: Zusammenhang von Vertrauen in Journalismus und in Politik

		»Ich vertraue der Politik in Deutschland.«				
		stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/teils	stimme eher zu	stimme völlig zu
»Wenn es um wirklich wichtige Dinge geht, kann ich der journalistischen Berichterstattung vertrauen.«	stimme völlig zu				3	4
	stimme eher zu		2	8	10	2
	teils/teils		3	6	2	1
	stimme eher nicht zu	5	6	1		
	stimme gar nicht zu	6	2			

Häufigkeiten gemäß quantitativer Erfassung mittels Fragebogen am Rande der Interviews (n=61)

Abb. 14: Verbreitung des Verschwörungsverdachts bezüglich Medien und Politik



Häufigkeiten gemäß quantitativer Erfassung mittels Fragebogen am Rande der Interviews (n=61)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Die Zustimmung zu dieser Aussage liegt deutlich über dem in der deutschen Gesamtbevölkerung, den die Langzeitstudie Medienvertrauen der Universität Mainz zeigt (vgl. Quiring et al. 2024: 8). Sie korrespondiert aber mit dem Befund des jüngsten »Sachsen-Monitors«, laut dem 42 Prozent der sächsischen Bevölkerung dem (allerdings weniger drastisch formulierten) Satz *»Die Medien und die Politik stecken unter einer Decke«* »voll und ganz« oder »eher« zustimmen und nur 27 Prozent ihn voll oder eher ablehnen (vgl. Schlinkert et al. 2024b: 381).

Die entsprechende Frage im Leitfadeninterview lautete: *»Hängen Ihrer Meinung nach Politik und Journalismus irgendwie zusammen? Wie stellen Sie sich die Beziehungen oder das Zusammenspiel vor? Sind Politik und Medien weitgehend unabhängig voneinander, oder sind die zu nah beieinander – was haben Sie da für einen Eindruck?«* Wie Tabelle 21 verdeutlicht, liegen in unserem Sample zwei Vorstellungen gleichauf: dass die Medien von der Politik abhängig bzw. gesteuert sind (Übermacht der Politik) und dass beide Regelsysteme in einer partnerschaftlich-symbiotischen Beziehung miteinander verflochten sind (wobei kein System die Übermacht hat). Direkt danach rangiert die These, Medien seien mehr oder weniger autonom von der Politik, fast gleichauf mit Aussagen, dass es zwar einen Zusammenhang gebe, dieser ihnen aber unklar sei. Tatsächlich geschah auf diese Frage oft die »allmähliche Verfertigung der Gedanken beim Reden« (Heinrich von Kleist); viele schienen zum ersten Mal über dieses Thema nachzudenken und näherten sich tentativ einer Antwort, die sich zuweilen auch im Nichts verlor.

Tab. 21: Vorstellungen über den Zusammenhang zwischen Medien und Politik

Code	Anzahl
Medien sind von Politik abhängig oder gesteuert	16
Symbiose/Partnerschaft zwischen Medien und Politik	16
Medien sind frei/unabhängig von Politik	14
Es gibt einen Zusammenhang, aber Vorstellung unklar	13
Medien machen zu oft selbst Politik	8
Verlage/Verleger können Parteien/Politikern zugeneigt sein	5
Medien vermitteln Politik	4

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Medien sind von Politik abhängig oder gesteuert

16 Personen äußerten die Vorstellung, die Medien seien eher unfrei und müssten sich mehr oder weniger nach Vorgaben aus der Politik richten. Wie schon in Kapitel 5.2.4 beim Code »Medien sind gekauft/gelenkt/nicht unabhängig« beschrieben wurde, vertrat aber niemand ausdrücklich die Auffassung, dass dies ähnlich wie in einer Diktatur geschehe: Der politische Einfluss vermittele sich vielmehr über Aufsichtsgremien öffentlich-rechtlicher Anstalten (T15, T43, T48), bezahlte Anzeigen der Bundesregierung (T42, T57) oder sonstige Beziehungen (T57, siehe die Zitate dieser Befragten im oben genannten Abschnitt). Weitere Personen meinten, »dass die Politik den Medien gewisse Spielregeln vorgibt, und das nicht wenig« (T32), oder dass es »schon klare Abhängigkeiten und Direktiven« (T45) gebe. Wieder andere beklagten, dass die Medien lediglich ein »Sprachrohr der Politik« (T49, T52) seien bzw. dass es einen engen Meinungskorridor in den Medien gebe, der aus Richtung der Politik komme:

> »Ab 2015 haben sie die staatliche Meinung eins zu eins übernommen. […] Da muss man ehrlich sein. Ob ARD oder ZDF, da sitzt ja letztendlich die Politik drin. Mir ist auch klar, ob der *Freie-Presse*-Journalist oder der vom *heute journal*, sein Korridor, um irgendetwas zu machen…, ich will nicht sagen ›Vorgabe‹, aber der Korridor, in dem er seine Meinung äußern kann, ist sehr schmal.« (T10)

> »Ich weiß nicht, ob das stimmt, aber man hat manchmal das Gefühl, dass die das aufgedrückt bekommen, was die schreiben. Wenn jeder seine eigene Meinung schreiben würde, stünde bestimmt auch etwas anderes in der Zeitung. Das ist meine Meinung.« (T51)

> »Ich glaube, vor allem beim Journalismus ist das gleiche Problem, wenn da irgendetwas Falsches gesagt wird, wie bei allen anderen, was ich gesagt hatte, dann ist der Journalist weg vom Fenster. Dann geht das nicht mehr. Der Staat und die Politik geben teilweise erstmal eine Richtung vor.« (T02)

Auch andere Befragte betonten, dass ein Verlassen dieses schmalen Meinungskorridors personelle Konsequenzen zur Folge habe:

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

> »Da wird so durchregiert. Also wenn da was Falsches erscheint, dann erscheint das nicht ein zweites Mal, beziehungsweise der verantwortliche Redakteur oder der Journalist wird zurückgepfiffen oder entlassen oder bis hin zu wirklichen Hasskampagnen […].« (T44)

Konkret genannt (oder auf sie angespielt, wenn der Name entfallen war) wurden die Fälle Ole Skambraks vom SWR (T28), Martin Ruthenberg vom SWR (T28) und Katrin Seibold vom ZDF (T53), die sich alle an der Haltung zu Corona-Maßnahmen entzündet hatten. Namentlich als Opfer benannt wurde auch Boris Reitschuster, früher *Focus*-Mitarbeiter und heute Betreiber einer alternativen Nachrichtenseite:

> »Also ich sage immer, die Bundespressekonferenz ist das beste Beispiel. Wenn ich sehe, wie Journalisten in der Bundespressekonferenz sitzen und Fragen stellen oder ausgeschlossen werden. Das ist für mich ein Problem. Man kann zu Reitschuster stehen, wie man will. Aber man kann ihn nicht aus der Bundespressekonferenz ausschließen, weil er unbequeme Fragen stellt. Das geht nicht.« (T43)

Symbiose/Partnerschaft zwischen Medien und Politik

Ebenfalls 16 Befragte äußerten sich dahingehend, dass wechselseitige Abhängigkeiten zwischen beiden Teilsystemen existieren und keine Seite über die andere herrscht. Man benutze sich gegenseitig und tausche Informationen gegen Publicity:

> »Die hängen schon sehr eng zusammen […]. Der Journalismus lebt ja davon, dass politische Kräfte auch Dinge publiziert [sic] und ja Sachen verbreitet, wie denn unsere Welt und wie unser Lebensumfeld gestaltet wird. Davon leben ja die Journalisten, von den Informationen, und die Politiker leben ja genauso davon, dass das auch so verbreitet wird […].« (T06)

> »Die [Journalisten] sind immer up to date, bekommen die neusten Nachrichten, kriegen ihr Geld dafür, alles gut. Andersherum: Die Politiker haben ihre Journalisten, die das bringen, was sie wollen. Das ist ganz eng.« (T54)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

> »Die Politik nutzt ja die Medien. Und die Medien nutzen auch die Politik. Das ist, denke ich, eine Wechselwirkung.« (T16)

Andere Befragte sprachen von einer »Symbiose« (T35), einer »gegenseitigen Abhängigkeit« (T25), einem »Geben und Nehmen« (T26), einer »Zweckbeziehung« (T50) oder einem »Ehepaar« (T45). Zwei Interviewte sprachen aus eigener Erfahrung im Regionalen, dass Bemühungen um eine solche Partnerschaft zu einer wohlwollenden Grundstimmung sowie zu Beißhemmungen führen können:

> »Die Medien, die kommen zum Pressegespräch, wenn die Frau Merkel oder wenn der Herr Kretschmer […] einladen. […] Die Politiker wissen, dass sie ohne die Medien nicht können. Also müssen sie auch, sagen wir mal, medienfreundlich sein. Dann wird auch ein opulentes Medien-Frühstück veranstaltet oder mit Privilegien werden die Journalisten versehen, um die ein bisschen wohl zu stimmen. […] Das machen wir genauso, wenn wir Projekte machen und zu einem Pressegespräch einladen, weil es halt die [Veranstaltungsname] ist, dann freut man sich und versucht: ›Na, dann werden wir denen noch einen Kaffee kochen und so‹, sodass die einfach in einer Wohlfühlatmosphäre da sind.« (T58)

> »[Interviewfrage: Wie stark sind die Beziehung oder das Zusammenspiel?] Ich würde sagen schon sehr stark, weil ich zum Beispiel auch hier aus dem regionalen Umfeld mitkriege, dass es dort enge Partnerschaften gibt. Das hat auch etwas zu tun mit dem Informationsfluss. Dass auch Journalisten und Politiker sich wirklich darum bemühen, besonders freundlich zueinander zu sein. Und dann auch eine Krähe der anderen kein Auge aushackt.« (T09)

Kritisch merkte eine ungeimpfte Person an, die sich in der Corona-Diskussion ausgegrenzt und abgewertet sah, zu diesem Thema an: »Man ist sich da sehr einig, […] es ist immer der bequeme Weg, dieses Sich-einig-fühlen. Und dann machen wir da…, der gemeinsame Kampf gegen etwas« (T53). Ähnlich meinte T55, dass beide Seiten aufgrund ähnlicher Sozialisation und ähnlicher Werte dieselben Erzählungen und Feindbilder teilen würden:

> »Natürlich müssen die Nähe haben, weil die sehen sich ja immer. Es geht ja gar nicht anders. Es gibt ein Narrativ, was das Gute und was das Böse ist. Ich

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

> finde, da trinken die dasselbe Wasser. Vielleicht fehlt mir von beiden die Unabhängigkeit. […] Natürlich sagen die alle dasselbe, aber ich glaube nicht unbedingt, dass es daran liegt, dass sie sich bestechen oder bedrohen, sondern weil sie alle dieselben Werte haben. Ich weiß auch nicht, was an der Uni los ist. Aber ich habe das Gefühl, die laufen alle durch solche Gedankenschulen. Junge Menschen, die alle dazugehören wollen und Angst haben, nicht dazuzugehören. Ich kenne mich nicht aus, aber ich habe das Gefühl, es läuft etwas schief. So würde ich sagen, die sind einfach gleich sozialisiert und für meinen Geschmack problematisch sozialisiert.« (T55)

Medien sind frei/unabhängig von Politik

Die vertrauenden Personen im Sample waren diejenigen, die dem Journalismus Freiheit und Autonomie bescheinigten – zum Beispiel im historischen oder im Ländervergleich:

> »Ja, ganz, ganz wichtig ist mir natürlich die Freiheit der journalistischen Medien, das ist ja nun ein bedeutender Unterschied zu dem, was ich vor der Wende in der DDR-Zeit erlebt habe. [Nachfrage: Sehen Sie die gegeben?] Die sehe ich gegeben, ja, auf jeden Fall. […] Das, finde ich, ist auch ein ganz, ganz großer Vorzug unserer Demokratie, dass wir den haben und den auch verteidigen müssen.« (T05)

> »Ich halte da ehrlich gesagt das deutsche Pressesystem für recht vorbildlich, was die Trennung von Presse und Macht betrifft. Ich glaube, da kann man in anderen Ländern ganz andere… Was passieren kann, sieht man in Ländern wie Ungarn zum Beispiel. […] Natürlich ist […] immer noch eine größere Breite denkbar. Aber ich bin eigentlich recht zufrieden damit.« (T47)

Allenfalls punktuelle, aber keine systematische Einflussnahme der Politik sahen weitere Befragte. T58 meinte, es gebe zwar »Abhängigkeiten […], weil der und der Journalist befreundet ist mit dem und dem Landespolitiker und versucht dann, das und das als Thema zu bringen«. Doch sei das aufs Ganze gesehen »nicht so relevant«, denn es gebe »eine vielfältige Medienlandschaft«, so »dass man sich immer wieder die Kontraste raussuchen kann«. Und T20 betonte, es werde »unabhängig über politische Entscheidungen« berichtet, vor allem weil »die Journalisten […] eine Ausbildung« absolviert und »ihr Handwerkszeug« gelernt hätten:

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

> »Also haben sie etwas gelernt und wenden ihren Methodenkoffer an. Da ist jetzt die Frage, warum sollten die nicht richtig berichten? […] [D]ann müssten sie schon einen politischen Hintergrund haben, dagegen zu berichten. Diese Grundintentionen sehe ich nicht. Diese Grundintentionen wird es bei einigen bestimmt geben. Aber jetzt nicht bei *dem* Journalismus im Ganzen.« (T20)

T56 differenzierte die Landschaft nach qualitativ hochwertigen, unabhängigen Leitmedien und weniger unabhängigen: »Ich denke, es gibt gute Medien, die sind übergeordnet, die lassen sich von der Politik auch nicht an der Nase herumführen oder überhaupt nicht. Und es gibt auch umgekehrte Fälle, bei denen es nicht so ist.« T17 war guter Hoffnung, dass die Medien »halbwegs unabhängig sind« und dass die »Journalerie schreiben darf, was sie sieht«; eher würden »bestimmte Politiker an […] Lobbyisten dranhängen, als die Journalisten den Politikern hörig sind«. Ebenso hat T46 »nicht das Gefühl, dass die so berichten, wie das die Politiker wünschen«, denn: »Am Anfang war Jens Spahn der Superpolitiker und dann sind ein paar Sachen ans Licht gekommen und plötzlich ist er nicht mehr der Superpolitiker.« T53 teilte seine »persönliche Erfahrung […], dass die Journalisten, die ich in meinem Leben bisher kannte, der Politik immer misstrauisch gegenüberstanden und das auch versucht haben, in ihrer Arbeit sozusagen zu verwirklichen«. Schließlich verwiesen zwei Befragte darauf, dass die Marktwirtschaft einen großen Einfluss der Politik auf den Journalismus verhindere:

> »Die Medien […] sind wirtschaftliche Unternehmen, die müssen sehen, dass die wirtschaftlich weiterhin tragbar sind, deshalb entscheiden die zwischen einer Spannungssituation, die sie mit politischen Organisationen, Personen eingehen, und ihrem unternehmerischen Erfolg. […] Also dort gibt es ein Zusammenspiel, das ist aber nicht so, dass sich jetzt die Medien immer schlank machen und sagen: ›Wir sind auf politischer Seite.‹« (T41)

> »Angebot und Nachfrage. Der Markt regelt im Grunde genommen das, was die Journalisten schreiben müssen. Und ich glaube nicht, dass die Politiker sagen: ›Sie müssen über das schreiben oder jenes.‹ […] [A]lso wenn Sie bei der Zeitung X sind, dann wird der Chefredakteur sagen: ›Also mein Lieber, der Artikel ist nichts, das interessiert wahrscheinlich keinen.‹« (T38)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Interessanterweise – dies als Exkurs – fand sich der Hinweis auf die Wirtschaft als dritten Player bei drei Befragten in einer gänzlich anderen, negativen Rahmung: Diese habe nämlich sowohl die Medien als auch die Politik im Griff. So meinte T53, die Welt werde »regiert« von »Konzernen«, die Politik sei »sehr hilflos« und »teilweise wirklich Marionetten«, und deshalb könnten die »staatlichen Medien« auch nicht unabhängig arbeiten. Und T21 fasste zusammen: »Der Tropf heißt ›Kapital‹, also das Geld. Da hängt Politik, da hängt Journalismus, da hängt die Kultur, da hängt der Sport, da hängen sie eigentlich alle dran.«

Weitere Vorstellungen

Bei ihren Überlegungen, welche Zusammenhänge es zwischen beiden Systemen geben könnte, kamen vier Befragte auf die neutrale Feststellung, dass die Medien der Öffentlichkeit die Politik vermitteln:

> »Naja, dass die Politik, sage ich jetzt mal, über die Medien nach außen getragen wird, also über Fernsehen, Radio, Internet, Zeitung, also für mich hängen die da schon zusammen.« (T29)

> »Ich erfahre es ja nur durch die Medien. Zweifellos sind es die Medien, ein Politiker spricht ja nicht mit mir. […] Ich kann es ja nur durch die Medien haben.« (T38)

> »Naja, letztendlich erwartet man von Journalisten, dass die eigentlich das berichten, was die Politiker sagen. […] Insofern hängt das schon zusammen. Weil, man berichtet schon das, was die Politik macht, wenn sie über Politik berichten. Klar gibt es da einen Zusammenhang.« (T46)

Zwei weitere, zuweilen deutlich kritischere Punkte wurden von je einer nennenswerten Zahl von Interviewten gemacht. Erstens, dass Verlage bzw. Verlegerinnen und Verleger eine Neigung zu bestimmten Parteien bzw. Politikerinnen und Politikern haben können (5). So konstatierte T04, noch wohlwollend und auf Pluralismus und Vielfalt bauend: »Es gehören ja teilweise Medien irgendwelchen Verlagen. Und die Verlage sind mal dem und mal dem mehr zugewandt. Und das ist okay, deswegen braucht man ja auch mehrere« (T04). Die *Sächsische Zeitung*, meinte T53, sei »SPD-nah« und die *Dresd-*

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

ner Neuesten Nachrichten »eher CDU-nah«, was man »in dem Streit um die Waldschlösschenbrücke […] sehr deutlich gemerkt hat, wie sich verschiedene Positionen dort wiederfinden und dass das politisch beeinflusst ist«. Weitere Befragte stellten auf persönliche Beziehungen von Ex-Kanzlerin Angela Merkel zu superreichen Medieneigentümerinnen ab:

> »Wenn man tiefer hinguckt, dann sieht man auch Friede Springer. Ohne Friede Springer keine Angela Merkel und so weiter. Und wer ist Friede Springer? Wer ist der Springer-Verlag? Genau, Macht und Medien sind hier *so* miteinander verklüngelt und verklebt.« (T44)

> »Was ich wiederum glaube, dass die Frau Merkel einen sehr guten Draht zu Bertelsmann hatte. Das waren ja die besten Freundinnen, die Bertelsmann-Chefin – was einer der größten Medienkonzerne weltweit mit ist –, die waren beste Freundinnen wiederum.« (T03)

Der zweite kritische Punkt, damit leicht verwandt, wurde von acht Befragten angebracht: dass Medien zu oft selbst Politik machen würden. In unseren Interviews klang das so:

> »Ich denke, die Journalisten denken, die sind Politiker und können hier Politik machen. […] Ich weiß das von CDU-Politikern, die gerade vor der Wahl, gerade im Kommunalbereich oder im Landtagsbereich, um ein Interview bitten. Nein, die kriegen keins.« (T03)

> »Die sollen keine Politik machen, die Journalisten, sondern die sollen darüber berichten, und zwar so objektiv wie möglich. Das machen sie leider oftmals nicht.« (T33)

Medien hätten dramatische »Meldungen aus Covid-Krankenhäusern förmlich erpresst«, um die Maßnahmenpolitik zu unterstützen, und seien damit aus ihrer Beobachterrolle gefallen (T39, langes Zitat siehe Kap. 5.2.4.1 im Abschnitt Medien geben Meinung vor/Medien belehren). Sie »protegieren den einen und versuchen dem anderen gegen das Schienbein zu treten« (T34), und wenn sie »den Oberbürgermeister nicht mögen, dann können die auch mal sagen: ›Naja, da brauchen wir einen anderen‹« (T56).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

5.5 Verhältnis zur Demokratie

5.5.1 Demokratieverständnis

Unserem Interesse an Vertrauen in Journalismus und Politik liegt die Annahme zugrunde, dass dieses eine wesentliche Voraussetzung einer funktionierenden Demokratie ist. In diesem Zusammenhang stellten wir uns auch die Frage, was für ein Konzept von Demokratie unsere Interviewpartnerinnen und -partner eigentlich haben. Wir haben daher den letzten Block des Interviews zur Demokratie mit der Frage eingeleitet: »*Was verstehen Sie eigentlich unter Demokratie?*«

Das Demokratieverständnis war in den Antworten stark von Grundprinzipien geprägt, »so wie wir es in der Schule gelernt haben« (T29).[30] Zwei Aspekte wurden besonders häufig genannt: Der Anspruch, ungehindert an politischen Entscheidungen mitwirken zu können, und die Garantie von Grundrechten und Freiheiten (siehe Tab. 22).

Tab. 22: Aspekte des Demokratieverständnisses

Code	Anzahl
Teilhabe und Mitsprache aller	27
Grundrechte und Freiheiten	25
Prozess der Aushandlung von Interessen und Argumenten	12
Volkssouveränität/Volksherrschaft	11
Parteienpluralität	10
Mehrheitsprinzip	8
Freie Wahlen	4

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61), ab 3 Interviews

30 Demokratie wurde dabei fast ausschließlich als eine Regierungs- bzw. Herrschaftsform begriffen. Ein weitergehendes Verständnis, das sie auch als gleichsam unterhalb des politischen Systems an der Basis zu findende »Gesellschaftsform« oder gar im Alltag ständig realisierte »Lebensform« begreifen würde, kam im Sample kaum vor (zur Unterscheidung der drei Formen vgl. Himmelmann 2017: 19-24).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Knapp die Hälfte der Interviewten (27) betonte, dass eine Demokratie ermöglichen müsse, dass prinzipiell alle[31] die Möglichkeit haben sollten, mitzubestimmen und an Entscheidungen teilzuhaben. Elf Befragte verwiesen mit der Verwendung von Begriffen wie »Volksherrschaft« oder »Macht des Volkes« noch expliziter auf das Prinzip der Volkssouveränität.

> »Demokratie bedeutet für mich natürlich die Partizipation der Bevölkerung an Entscheidungen, die alle betreffen.« (T24)

> »Für mich ist es [die Demokratie] eigentlich ganz klassisch, dass grundsätzlich jeder mitentscheiden kann am gesellschaftlichen und politischen Prozess.« (T40)

> »Demokratie, Herrschaft des Volkes. Es ist schon wichtig, ich will keine Elite, dass irgendeine selbsternannte Elite oder der, der die meisten Waffen hat, die Geschicke des Landes bestimmt, sondern ich will selber so viel wie möglich mitentscheiden können. Ich will, dass die Bevölkerung gemeinsam entscheiden kann wie, was, welche Themen als Erstes angegangen werden sollen und auf welche Art und Weise.« (T47)

Mit 25 Interviews am zweithäufigsten wurde Demokratie als Garant von Menschen- und Bürgerrechten sowie Grundfreiheiten dargestellt. Besonders oft kam dabei die Meinungsfreiheit vor, der damit eine herausgehobene Bedeutung für das Demokratieempfinden zukommt. Als weitere Freiheiten und Rechte wurden zudem (direkt oder in Form von Beispielen) Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Reisefreiheit, Religionsfreiheit, Freiheit der Berufswahl, allgemeine Handlungsfreiheit, richterliche Unabhängigkeit, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung sowie das Wahlrecht genannt.

> »Mein Demokratieverständnis ist, dass ich eine Meinung äußern kann und darf, ohne dass mir etwas passiert, solange ich nicht irgendjemand anderen beleidige oder angreife. Und das verstehe ich unter Demokratie. Ich verstehe unter

31 Wer zur Gruppe derer gehört, die mitbestimmen bzw. wählen dürfen, wurde dabei nicht thematisiert. Begriffe wie »Volk«, »Bevölkerung« und »Bürger« wurden vielmehr synonym verwendet.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Demokratie, dass man Montagabend auf die Straße gehen kann und irgendwelchen Murks von sich geben kann und die Demokratie das ermöglicht.« (T07)

»[F]ür mich [ist Demokratie] einfach so zu bestimmen, wie ich mein Leben bestimmen darf, ob ich arbeiten gehen darf, wie ich arbeiten gehen darf, was ich arbeiten darf. Das ist halt meine Freiheit. Und natürlich dahin fahren, wo ich hinmöchte, das zu kaufen, was ich möchte, das nicht zu kaufen, was ich nicht möchte. Die Bahn zu benutzen, die ich möchte und nicht die Bahn benutzen, die ich nicht möchte. Also nichts Vorgeschriebenes. Freie Entscheidung.« (T37)

Demokratie wurde zudem in zwölf Fällen als Aushandlungsprozess beschrieben, in dem unterschiedliche Interessen und Argumente aufeinandertreffen und zu gemeinsamen, fairen Entscheidungen gebracht werden. Diese Vorstellungen sind dabei von der Suche nach Ausgleich und Kompromiss geprägt.

»Eine Demokratie zeichnet sich aus durch eine Vielfalt von Meinungen, von Ansichten zu allen Dingen des Lebens und dem Streit darüber, einen Kompromiss oder eine Einigung zu finden. Und dieser Streit oder diese Einigung muss für meine Begriffe auf einer sehr fairen und gleichberechtigten Ebene stattfinden. Es heißt also, alle Meinungen sollten an sich erstmal zugelassen werden. Es sei denn, die verstoßen gegen Werte und Normen, die nicht der Menschlichkeit entsprechen oder die irgendetwas verherrlichen. Das ist für mich Demokratie.« (T14)

»Gefühlt ist für mich Demokratie, wenn ein Diskurs in der Gesellschaft stattfindet und gemeinsam nach einer Lösung gesucht wird, die dann umgesetzt wird, nach dem Mehrheitsprinzip. Nach der Einigung der Mehrheit. Sozusagen, dass die Gesellschaft stabil zu einer Entscheidungsfindung kommt.« (T43)

Weitere mehrfach angesprochene Aspekte waren die Parteienpluralität, einschließlich der Wahrung der Rechte parlamentarischer Minderheiten (10 Interviews), das Prinzip, dass in der Demokratie die Mehrheit entscheidet (8), sowie freie Wahlen (4).

»Wir haben auch verschiedene Parteien im Bundestag. Da werden verschiedene Meinungen theoretisch widergespiegelt. Ich würde nicht wollen, dass

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

es anders ist. Ich finde es gut, dass ganz viele verschiedene Parteien dort vertreten sind.« (T50)

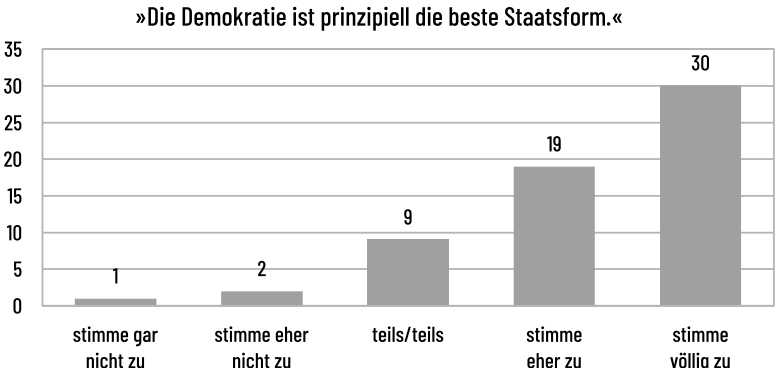
»So wie die Mehrheitsmeinungen eben auch einfließen können, müsste man prüfen, ob Minderheitenmeinungen nicht auch irgendeine Berechtigung haben. Dass du zumindest erst einmal wahrgenommen wirst, dass zumindest erstmal diese Themen auch angenommen werden. Das verstehe ich unter Demokratie.« (T21)

»Demokratie… heißt, dass die Mehrheit entscheidet, wo es langgeht.« (T41)

»Und ich darf sogar auch noch, wenn ich das möchte, teilhaben, eben indem ich mich an Wahlen beteilige, an freien Wahlen beteilige.« (T19)

Die Vorstellungen, was Demokratie ausmacht, sind im gesamten Sample sehr ähnlich, wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen. Die Interviewten teilen also weitgehend widerspruchsfrei, was auf grundsätzlicher Ebene eine Demokratie definiert.

Abb. 15: Zustimmung zur Demokratie als Staatsform



Häufigkeiten gemäß quantitativer Erfassung mittels Fragebogen am Rande der Interviews (n=61)

Auch in der Frage, ob Demokratie wünschens- bzw. erhaltenswert ist, herrscht weitgehend Einigkeit. Grundsätzlich wird Demokratie, das zeigten auch die Ergebnisse unseres Fragebogens am Rande der Interviews, unge-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

achtet aller Kritik an der Praxis von einer großen Mehrheit als beste Staatsform angesehen: 49 unserer 61 Interviewten stimmten dieser Aussage »eher« oder »völlig« zu (siehe Abb. 15). Dies deckt sich mit Ergebnissen repräsentativer Umfragen: Im »Sachsen-Monitor« 2023 gaben 83 Prozent an, die Demokratie sei eine gute Regierungsform (vgl. Schlinkert et al. 2024b: 199).

Nur wenige Personen äußerten fundamentale Zweifel an der Funktionsfähigkeit von Demokratien und stellten diese zumindest teilweise in Frage. Zwei unserer Teilnehmenden zweifelten dabei an der Umsetzbarkeit echter Demokratie:

> »Eine Demokratie müsste – wenn das überhaupt möglich ist, eine Demokratie zu installieren –, dann müsste die tatsächlich die Belange der Einzelnen berücksichtigten können. Es wird immer so dargestellt, als wäre das das höchste Gut. Aber solange zum Beispiel Abstimmungen stattfinden und es ist nicht nur eine Frage, wie haben Leute abgestimmt, sondern auch, wie sind die Leute vorher beeinflusst worden? Wenn die Form der Beeinflussung undemokratisch ist, kann dann eine demokratische Abstimmung noch demokratisch sein? Für mich nicht. […] Es müsste also quasi von vorn bis hinten alles demokratisch stattfinden. Und das ist das, was ich vorhin meinte, dafür sind die Menschen noch nicht reif, wir sind wir noch nicht soweit. Dafür müssten wir wirklich selbstlos sein, auf das Gemeinwohl ausgerichtet, und voller Vertrauen, dass schon alles gut geht.« (T48)

> »Die Demokratie, wie ich sie mir vorgestellt habe, hat nie existiert, die wird auch nie existieren. Die Demokratie wird in sich zusammenbrechen, das beste Beispiel ist das Römische Reich, war ja auch eine Demokratie. Demokratie würde ja normalerweise auch Selbstbestimmung ermöglichen, im Kleinen, in der Familie, im etwas Größeren, in der Kommune, im Landkreis, dort ist ja schon gar keine Demokratie mehr da, durch die finanziellen Abhängigkeiten ist das alles ausgehebelt.« (T54)

Zwei weitere Interviewte spielten darüber hinaus mit dem Gedanken, ob totalitäre oder zumindest andersgeartete Systeme nicht auch ihre Vorteile hätten:

> »Manchmal wünschte ich mir in der heutigen Zeit – aber das liegt vielleicht auch daran, dass ich DDR-sozialisiert bin – wieder dieses weniger Demo-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

> kratische und mehr Totalitäre, weil ich es manchmal einfach nicht mehr mit ansehen kann, wie dieses Gewabere und dieses Rumgedruckse und was ich eben angesprochen habe…, dieses Veto hier, Veto da, nein, das geht doch nicht, da hat der wieder da nein gesprochen.« (T39)

> »Ich sage mal, was mich persönlich ein bisschen stört, ist, dass die Demokratie weltpolitisch gesehen jetzt als das Nonplusultra hingestellt wird. Das ist wie Glaubenskriege, wo früher die Christen gesagt haben: ›Euer Glaube ist Quatsch und konvertiert mal.‹ So wird jetzt in alle möglichen Länder dieser Demokratiegedanke hineingetragen: ›Das ist doch das Beste, und das müsst ihr in Afrika haben, und das müsst ihr in Asien haben, und das müsst ihr überall haben.‹ Und da sträube ich mich ein bisschen dagegen. Das ist sicherlich nicht die schlechteste Form, so gegenüber einer Diktatur, wo auch wirklich keine Meinungsfreiheit herrscht. Aber ob es das Nonplusultra ist, das wage ich zu bezweifeln. Da gibt es sicherlich auch andere Formen.« (T27)

5.5.2 Demokratiezufriedenheit

Aufbauend auf der Klärung des individuellen Demokratieverständnisses, haben wir folgend gefragt »*Wie gut funktioniert die Demokratie in Deutschland?*« und was passieren sollte, um den Zustand gegebenenfalls zu verbessern.

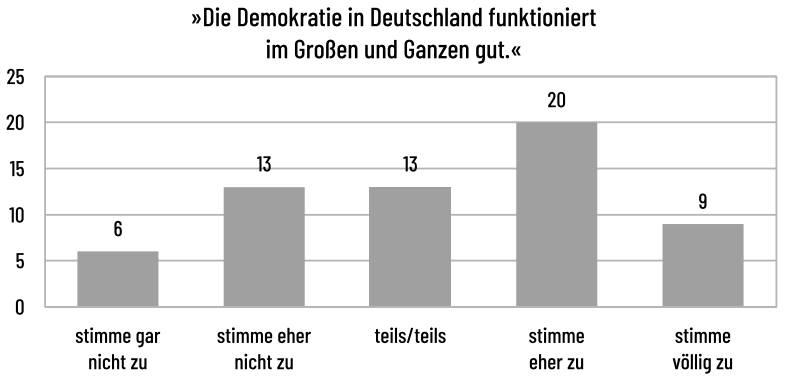
Die grundsätzliche Bewertung, in welchem Zustand die Demokratie aktuell ist, fällt in unserem Sample sehr unterschiedlich aus. In den Interviews selbst dominierten abwägende und kontextualisierende Antworten, so dass eine eindeutige Einschätzung nicht immer möglich ist. Diese Vielfältigkeit spiegelt sich auch in den die Interviews ergänzenden Fragebögen wider. Hier stimmten der Aussage »*Die Demokratie in Deutschland funktioniert im Großen und Ganzen gut*« 19 Personen gar nicht oder eher nicht zu, 13 taten dies teils/teils und weitere 29 eher oder völlig (siehe Abb. 16). Korreliert man die Antworten zur Demokratiezufriedenheit mit dem Item zum Vertrauen in Politik (»*Ich vertraue der Politik in Deutschland.*«), zeigt sich ein sehr starker und höchstsignifikanter Zusammenhang von r = ,795. Auch mit dem Medienvertrauen (*»Wenn es um wirklich wichtige Dinge geht, kann ich der journalistischen Berichterstattung vertrauen.«*) ergibt sich eine höchstsignifikante und starke Korrelation (r = ,680). Wer der Politik und dem Journalismus vertraut, der zeigt sich also auch mit der Demokratie zufrieden.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Während im ergänzenden Fragebogen positive Bewertungen leicht überwogen, fanden wir in den Interviews – wohl auch der Interviewsituation geschuldet – tendenziell häufiger kritische oder negative Beschreibungen. Selbst positive Bemerkungen waren meist vorsichtig formuliert, eher nach dem Motto »Es funktioniert ja noch einigermaßen« (T03).

Immerhin fast jede zehnte Person (6) äußerte aber auch, dass Deutschland keine wirkliche Demokratie mehr sei, teils auch schon Diktatur, oder doch zumindest auf dem Weg dahin. Der Hintergrund war auch hier (bei fünf der sechs Personen) die Corona-Pandemie, die mit den darauf folgenden politischen Maßnahmen als tiefgreifende Erschütterung des Vertrauens in die Demokratie empfunden wurde:

Abb. 16: Ausmaß der Demokratiezufriedenheit



Häufigkeiten gemäß quantitativer Erfassung mittels Fragebogen am Rande der Interviews (n=61)

> »Wir haben die letzten hundert Jahre mehrere Diktaturen gehabt. Da gab es eine Diktatur, da konnte man nichts erreichen, wenn man nicht ein entsprechendes Bonbon hatte [gemeint ist das SED-Parteiabzeichen, Anm. d. Aut.]. Und dann gab es eine Diktatur, da ist man vergast worden, wenn man ein anderes Zeichen an der Brust hatte. Und jetzt gibt es Politiker und Wissenschaftler, die als Voraussetzung zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben sagen: ›Du musst dich aber freiwillig impfen lassen.‹ Da frage ich mich, wo ist denn da der Unterschied? Das System ist das Gleiche.« (T34)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

> »Herrschaft des Volkes, was heißt das? Also, das Volk ist der Souverän, hört man jetzt immer. Aber das ist ja nicht der Fall, gerade. Der Souverän ist Karl Lauterbach oder von mir aus Olaf Scholz oder irgendwie. Aber die sagen Dinge und das Volk steht in Schockstarre. Oder… Also ich habe nicht das Gefühl, dass wir, also wenn ich mich jetzt als Volksvertreterin sehe, was zu sagen haben. Nur dann, wenn es passt, wenn es nicht passt, dann leider nicht.« (T28)

Lediglich in einem Interview war dieser Corona-Kontext nicht klar zu erkennen. Hier speisten sich die Zweifel aus unterschiedlichen Beobachtungen, die das eigentliche Grundvertrauen der interviewten Person im Ergebnis erschütterten. Genannt wurde etwa eine als kriegerisch wahrgenommene deutsche Außen- und Sicherheitspolitik (im Zusammenhang mit der Ukraine und zuvor Afghanistan), aber auch die langjährige Inhaftierung Julian Assanges.

> »Da hieß es ja, die Macht geht vom Volke aus, unter anderem. Klar sind auch in der Demokratie die verschiedenen Säulen. Politik, Gericht, Justiz, klar, dass die unabhängig sind. Aber manchmal hat man den Eindruck, dass gerade wenn… Ob es jetzt die Ukraine ist, weil die AfD dagegen… Da ist die Demokratie nicht mehr ganz so sattelfest, weil da Beispiele fabriziert werden müssen. Aber Demokratie ist Macht vom Volk. Aber es ist nicht so.« (T10)

5.5.3 Kritik und Veränderungswünsche

Als konkrete Kritikpunkte am Zustand der Demokratie, verbunden mit darauf abzielenden Wünschen nach Veränderung, lassen sich sechs häufiger genannte Kategorien und Codes identifizieren (siehe Tab. 23).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Tab. 23: Kritik und Veränderungswünsche in Bezug auf Demokratie

Code	Anzahl
Mangelnde Repräsentation und Partizipation	37
Fehlende Diskursoffenheit und Meinungsvielfalt	27
Skepsis gegenüber bzw. Ablehnung von Parteien und Berufspolitik	18
Wunsch nach mehr Bildung	16
Distanz zur Politik auf Bundes- und EU-Ebene	15
Freiheiten werden zu sehr eingeschränkt	9

Anzahl der Interviews, in denen der Code vorkam (n= 61), ab 3 Interviews

Es werden dabei häufig Aspekte wie mangelnde Repräsentation, fehlende Meinungsvielfalt oder eine Distanz zu Politik auf Bundes- und EU-Ebene angesprochen, die bereits in Bezug auf Politikvertrauen genannt wurden (siehe Kapitel 5.3). Wir nehmen an, dass diese Dopplungen darauf zurückzuführen sind, dass viele der Befragten Demokratie weitgehend mit dem politischen System gleichzusetzen scheinen, statt im Sinne eines weiteren Demokratiebegriffs etwa auch Medien oder die Zivilgesellschaft mit einzubeziehen. Aber es werden auch neue, jedoch wieder primär an Politik adressierte, Kritiken und Wünsche geäußert: die Skepsis oder Ablehnung von Parteien und Berufspolitik, der Wunsch nach mehr Bildung sowie die Sorge um Grundfreiheiten (wobei letzteres bereits im Kontext der Kritik an Corona-Maßnahmen anklang).

Mangelnde Repräsentation und Partizipation

Die mit Abstand häufigste Kritik war, dass die Menschen von der Politik (und in geringerem Umfang auch den Medien) nicht ausreichend wahrgenommen werden, oft wurde dies auch als Wunsch nach mehr Partizipationsmöglichkeiten ausgedrückt. Dies kam in der einen oder anderen Form in 37 Interviews vor. Die Befragten äußerten dabei u. a., dass ihre Lebensrealität nicht gesehen oder ignoriert werde bzw. dass ihre Bedürfnisse, Sichtweisen und Wünsche zu wenig Beachtung finden. Dabei geht es nur teilweise um die Erfüllung konkreter Interessen oder um materielle Benachteiligung. Vielmehr kommt auf einer impliziten emotionalen Ebene zum Ausdruck, dass sie sich von der Politik nicht ernst- und wahrgenommen fühlen, es fehle an Achtung

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

und Respekt (ein Punkt, der sich auch schon in den Gründen für Medien- und Politikmisstrauen an prominenter Stelle fand).

> »Und ja, das ist ja in den meisten Fällen jetzt nicht so, dass da irgendwie darauf geachtet wird, wie es den Menschen bei bestimmten politischen Entscheidungen geht, sondern einfach durchgezogen wird und gemacht wird.« (T29)

> »Es müssten Probleme in den Vordergrund gerückt werden, wirklich publik gemacht werden, die vor Ort existieren, real existierende Probleme. Nicht bloß, was gerade in den Mainstream passt, sondern das, was wirklich ist […].« (T54)

> »Es war in der Vergangenheit öfter, es hat auch ein bisschen nachgelassen, dass Kretschmer [der sächsische Ministerpräsident, Anm. d. Aut.] auch aufs Land fährt und dort in einem Gasthof mal die Leute von einem Dorf einlädt. Das war in der Vergangenheit öfter. Ich denke, wir haben genügend Leute, die in der Regierung sitzen. Wenn die sich ein bisschen aufteilen, dann hätten sie viele Möglichkeiten, eine Regierungspolitik zu erklären. Und sie würden etwas erreichen, aber das macht natürlich Arbeit. Das kostet Zeit. Aber die muss man sich nehmen. Irgendwie wollen sie auch gewählt werden.« (T15)

Vor allem forderten sie aber mehr Raum für Diskussion und Partizipation, etwa in Form von Bürgerdiskussionen oder stärkeren Elementen direkter Demokratie. Mit der Idee eines »Runden Tisches« klingt auch hier erneut die Vorstellung an, Lösungen außerhalb der parlamentarischen Institutionen in sachorientierten Gesprächen zu suchen:

> »[Der Idealzustand ist für mich] Durchaus mehr direkte Demokratie. […] Was ich mir wünschen würde, wären bei Demokratie mehr Formate, an denen sich wirklich Bürger unterschiedlicher Meinungen an einem Runden Tisch zusammenfinden können und sich auch, von mir aus auch Corona-Gegner und Corona-Befürworter oder AfD-Sympathisanten und -Wähler und Grünen-Wähler und was weiß ich, zusammensetzen miteinander, mehr miteinander reden im Großen und Ganzen.« (T47)

Sehr ähnlich klingen in manchen Interviews die Wünsche nach öffentlichen »Gesprächsrunden«, um der Demokratie auf sublokaler, kommunaler oder sogar Bundesland-Ebene neues Leben einzuhauchen:

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

»Was ideal passieren könnte wäre, dass einfach jetzt der Druck, den die Menschen auf der Straße erzeugen [durch die Proteste gegen Corona-Maßnahmen, Anm. d. Aut.], indem sie zeigen – und das wird wahrgenommen, das kann nicht anders sein, das muss wahrgenommen werden – dass das wirklich dazu führt, dass Gesprächsrunden wieder stattfinden. Dass wirklich unter einem sogenannten ordentlichen Setting verschiedene Menschen an Tischen zusammenkommen und dann versuchen, lösungsorientiert, kommunal, aber auch was dann das jeweilige Bundesland betrifft.« (T45)

»Ich glaube, also ich würde erst einmal in ganz vielen Einrichtungen und verschiedensten Sachen eigentlich nur Gesprächsrunden machen. Also ich glaube, so öffentliche Gesprächsrunden, da kann jemand, und dann bietet man hier mal kostenlose Gesprächsrunden an, eigentlich in jedem Stadtteil. Jeder Bürgermeister sollte in jedem Stadtteil irgendwie einmal wöchentlich eine Gesprächsrunde machen. Irgendwie vielleicht, damit die Gesellschaft sich wieder ein bisschen näherkommt und vor allem dieser Dialog wieder losgeht.« (T02)

»[…] also was ich für wirklich wichtig halte, oftmals ist es ja in Dorfgemeinschaften vielleicht noch so, dass man sich kennt, dass man sich zum Bier trifft, man diskutiert. […] Aber man kann ja vielleicht auch solche Gesprächsrunden organisieren, dass man sich ein Thema setzt und dann wird eben Pro und Contra ausgetauscht. Aber das muss eben dauerhaft und das muss vielseitig sein und es muss öfter stattfinden. Ich glaube, anders kriegen wir es nicht mehr bewältigt. Wenn wir es nicht kleinteilig unten schaffen, dann geht es auch keinesfalls über Landtage oder Bundestag oder sonst irgendetwas. Denn die zu korrigieren, deren Umgehensweise miteinander, das sehe ich im Moment leider gar nicht.« (T26)

Eine Person äußerte die Idee, Stadtratsausschüsse für Bürgerinnen und Bürger zu öffnen:

»Also ich wäre für mehr direkte Demokratie und auch für bessere Mitnahme der Bevölkerung. Zum Beispiel, nehmen wir jetzt das Stadtparlament. Da gibt es Ausschüsse, zum Beispiel den Ausschuss für Bau, Verkehr und Umwelt. Dass dann in diesen Ausschüssen die Leute mitreden können. Aber heute ist es so, da müssen zwar Einwohnerfragestunden gemacht werden,

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

> weil es das Gesetz ist. Aber: Für die Politiker wird das als sehr, sehr unangenehme Pflichtübung verstanden. […] Es darf nur eine Frage gestellt werden, die mit Ja oder Nein beantwortet werden kann. Dialoge oder Debatten oder irgendwas ist unerwünscht. Und wir bräuchten es eigentlich, dass die Leute zu den Themen reden können, wenn dort über Themen gesprochen wird, auch wenn sie nicht abstimmen können. Also dort mit rein…, dass die Ausschüsse praktisch eine Bürgerversammlung mit sind.« (T52)

Auch wenn die Forderung nach mehr Teilhabe und Diskussion meist an die Politik und die Medien gerichtet wurde, sahen einzelne Interviewte auch durchaus Bürgerinnen und Bürger selbst in der Pflicht, sich aktiver einzubringen.

> »Verantwortung abzugeben und dann nur in Wahlzettel zu stecken, das ist die einfachste Variante für beide Seiten. Aber Verantwortung *wahrzunehmen* von *jedem* Einzelnen – also jeder, der auf diesem Planeten lebt, hat eine Verantwortung – diese Verantwortung wahrzunehmen, das ist eigentlich entscheidend.« (T21)

Dass übrigens Ostdeutsche sich tendenziell nicht genug beteiligen bzw. weniger beteiligen würden als Westdeutsche, meinten zwei befragte Personen. Eine davon – welche aus einer westdeutschen Familie mit hohem demokratischem Partizipationsethos stammt und hohes Vertrauen in Politik und Medien hat – begründete dies so, dass als Folge der Sozialisation in der DDR, wo Mitwirkung »nicht eingeplant und auch nicht gewollt« gewesen sei, »Nachholbedarf besteht, dass man in Ostdeutschland lernt, wie man selbst Verantwortung übernimmt« (T24).

Fehlende Diskursoffenheit und Meinungsvielfalt

Eine weitere Sorge, die unabhängig von politischen Haltungen in 27 der Interviews vorkam, betraf eine zunehmende gesellschaftliche Spaltung und ein sich verschlechterndes Diskussionsklima. Es wurde, wie auch schon bei den Gründen für Medien- und Politikmisstrauen aufscheinend, eine offenere Debatte und ein Zugehen auf Andersdenkende gewünscht. Es müsse möglich sein, »frei von Ideologie [zu] diskutieren […], auch mit meinem Gegner« (T18). Viele Befragte, insbesondere wenn sie starke Kritik an den Co-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

rona-Maßnahmen oder der Aufnahme von Geflüchteten hatten, beklagten ausgehend von ihren eigenen Erfahrungen eine zunehmende Ausgrenzung abweichender Meinungen.

> »Aber ich hätte gerne eine Gesprächskultur, die wirklich alles zulässt. Die muss im Kleinen anfangen. Dieser begrenzte Korridor, der macht mich innerlich wirklich mürbe. Und es muss möglich sein, eine Pandemie in Frage zu stellen. Und es muss möglich sein, den Klimawandel in Frage zu stellen. Ja, und ich darf auch mit jemandem reden, der gerne das Deutsche Reich zurückhaben möchte, ja, der ist Teil unserer Gesellschaft. Bitteschön.« (T57)

> »Wenn ich einen wichtigen Posten habe, warum kann ich dann nicht eine andere Meinung haben, als die, die gefordert wird oder wie es sich der Staat wünscht? Warum? Das ist für mich keine Demokratie.« (T32)

Die Öffnung des Diskurses für Andersdenkende soll dabei auch einer gesellschaftlichen Spaltung entgegenwirken, »dass es nicht zu Situationen kommt wie in den USA« (T15).

Skepsis gegenüber bzw. Ablehnung von Parteien und Berufspolitik

Den bestehenden politischen Parteien als auch Berufspolitikerinnen und -politikern gegenüber äußerten 18 der 61 Befragten eine gewisse Distanz und Skepsis, teilweise auch offene Ablehnung. Die Wünsche an Veränderungen im politischen System reichten demnach von mehr Berufs- und Lebenserfahrung der Gewählten über die Erleichterung von Amtsenthebungen bis zur Verkleinerung des Bundestages.

> »Ich würde lieber Fachleute aus der Praxis haben wollen. Bei mir würde nur jemand Bildungsminister werden, der schon eine bestimmte Anzahl an Jahren Lehrer war. Ein Gesundheitsminister, der muss praktisch schon einmal in einem Krankenhaus gearbeitet haben. Und dann hat er eine Legislaturperiode von maximal zweimal vier Jahren. Und dann ›Danke‹ und ›Auf Wiedersehen‹, und ab in die Praxis. Damit der Einfluss von Fachwissen aus dem praktischen Leben in der Politik erhalten bleibt.« (T59)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

> »Was unser großes Problem ist, ist eigentlich dieser immer weiter aufgeblähte Abgeordneten-Apparat, wo keiner ran will, den wieder herunterzuschrauben.« (T30)

Einige dieser Interviewten gehen so weit, die Abschaffung von Politikerinnen und Politikern sowie Parteien insgesamt zu fordern.

> »Ich *will* eigentlich auch keine Politiker mehr. Wozu braucht man diese Menschen eigentlich? Die kosten Geld, das ist alles. Ich sehe den *Nutzen* dieser Menschen nicht. Ein Ministerium braucht maximal einen Chef, aber das muss kein Politiker sein. Das ist ein Verwaltungsangestellter. Ich sehe immer weniger den Nutzen dieser Menschen.« (T57)

> »Wenn ich etwas zu sagen hätte, würde ich die ganzen Parteien abschaffen. Es muss um das Wohl des Volks gehen. Und wenn einer von der rechten Seite dazu einen klugen Gedanken hat, ist das egal, ob das rechts ist, oder von der linken Seite. Es muss doch darum gehen, das Land vorwärtszubringen und für die Bevölkerung das Beste herauszuholen.« (T27)

Gemeinsam haben diese Kritiken, dass sie sich gegen professionelle Politik richten und im Gegenzug Sach- und Menschenverstand betonen. Auch scheint dahinter zuweilen der Gedanke zu stehen, dass Politik als Beruf und Parteien als Orte der Interessenaggregation überflüssig seien, weil das Wohl des Volkes relativ klar auf der Hand liege.

Weitere Kritikpunkte und Veränderungswünsche

Ein konkretes Anliegen, das sich nicht unmittelbar auf das politische oder das Mediensystem bezieht, hatte etwa jeder Vierte unserer Befragten: die Förderung von Bildung (in 16 Interviews). Konkret wurde der Wunsch nach besserer Vermittlung von Medienkompetenz oder breiterer Allgemeinbildung genannt, aber auch die Stärkung politischer Bildung.

> »Bildung, Bildung, Bildung, wirklich von Anfang an. Das hat nichts damit zu tun, dass die Kinder ausgerichtet werden sollen auf irgendeine politische Linie, sondern einfach, die sollen wissen, wie so etwas funktioniert, die sollen sich von Anfang an engagieren, sich mit einbringen.« (T35)

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

»Also, grundsätzlich ist natürlich der einzige Weg [damit Demokratie besser funktioniert, Anm. d. Aut.], der mir einfällt – der natürlich ein langwieriger ist – ist Bildung. Also ohne Bildung – und da ist eben diese Diskussionsfähigkeit ein wichtiger Punkt, aber auch Wissen ist in verschiedenen Bereichen wichtig, um auch eine Offenheit dann letztendlich für andere Spektren, oder eine Offenheit für das gesamte Spektrum der Meinungen zu entwickeln. Also das ist für mich eigentlich die einzige Möglichkeit, dass Bildung sozusagen verbessert wird, in welcher Form auch immer.« (T40)

Ähnlich viele (15) betonten, wie es bereits im Zusammenhang mit dem Politikmisstrauen beobachtet werden konnte, auch hier eine besondere Distanz zur Politik auf Landes-, Bundes- und besonders EU-Ebene. Häufig entsteht dabei der Eindruck, die Politik würde »von oben herab« regieren, ohne die Bedingungen vor Ort zu kennen.

»Je weiter die Politik weg ist, sprich Brüssel, umso weniger kenne ich das und kann es auch nicht beurteilen. Ich finde, die Politik müsste vielmehr regionalisiert und lokalisiert werden. Das heißt, um es so platt zu sagen: die Macht muss nach unten verteilt werden und nicht nach oben konzentriert werden. Weil die Leute, die vor Ort sind – und damit meine ich nicht das Dorf oder die Stadt, sondern die Region oder vielleicht auch das Bundesland – viel besser Bescheid wissen, was in dem Land und in der Region passiert, als die Leute in Berlin oder in Brüssel.« (T33)

Insbesondere im Zusammenhang mit den Corona-Maßnahmen, aber teils auch ganz allgemein, äußerten neun Personen zudem, dass Freiheiten zu sehr eingeschränkt würden.

»Früher habe ich es eher aus dem liberalen Prinzip heraus gesehen. Bürger haben eine gewisse Freiheit: Reisefreiheit, Meinungsfreiheit, alles was darunter fällt. Eine gewisse Ohnmacht, die ein Staat durch Repressalien ausüben kann, wie dass man zu Hause bleiben muss oder dass man in Quarantäne gesetzt wird, zeigt eine gewisse Autorität vom Staat. Ich finde, das hat nicht unbedingt etwas mit Demokratie zu tun.« (T61)

»Und ich glaube, die Demokratie, die ich gerade erlebe – ich kann jetzt nur für mich sprechen – die ich erlebe, das ist eine Demokratie, die mir die Ver-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

> antwortung raubt, die mich abhängig macht. Und ich will selbst entscheiden können. […] Das sind die Restriktionen von außen, die uns überlegen lassen, uns keine Wahlfreiheit mehr lassen.« (T25)

Wünsche an Medien

Journalistische Medien, die auch im Demokratiekontext explizit Teil der Fragestellung waren, wurden hier nur vereinzelt thematisiert. Demokratie schien im Bewusstsein der Teilnehmenden viel mehr mit den politischen Institutionen im engeren Sinne verknüpft zu sein als mit dem Journalismus als Produzent von Öffentlichkeit und Kontrolle der Politik. Nur vereinzelt wurden an die Medien Wünsche adressiert: So sollten sie als »Vierte Gewalt« kritischer recherchieren, sich weniger an Einschaltquoten und Profiten ausrichten, mehr Offenheit in den Debatten herstellen und konstruktiver bis positiver berichten (wie es bereits in Kap. 5.2.4 in mehreren Zitaten anklang).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

6. Fazit

6.1 Zusammenfassung und Diskussion

Die liberale Demokratie leidet schon länger unter einem doppelten Vertrauensdefizit: in den etablierten Journalismus sowie in das politische System. Die Distanz zwischen Medien und Politik auf der einen und vielen Bürgerinnen und Bürgern auf der anderen Seite scheint – auch und gerade in Sachsen – tendenziell größer zu werden. Angesichts dessen haben wir uns auf die Suche nach den Gründen für dieses Misstrauen begeben und dazu 61 qualitative Interviews mit Personen mit ganz unterschiedlichen politischen Einstellungen sowie aus verschiedensten soziodemografischen Lagen geführt. Unser Ziel war dabei, die Bevölkerung in ihrer Breite einzubeziehen, das Phänomen des Misstrauens gegenüber Journalismus in Sachsen in seiner Tiefe zu ergründen und es systematisch in Beziehung zum Politik- und Demokratievertrauen zu setzen. Auch wenn zu diesem Thema national und international bereits ein beachtlicher Korpus an (vornehmlich quantitativer) empirischer Forschung existiert, konnten wir mit unseren Interviews das Verständnis des Problems ausbauen und neue Antworten finden. Die Arbeit orientierte sich dabei an unseren vier Forschungsfragen. Wir fragten nach 1) den Gründen für Misstrauen in etablierten Journalismus, 2) den Gründen für Misstrauen in Politik und 3) dem Zusammenhang dieser beiden Bereiche. Schließlich fragten wir auch, 4) welche Rolle das Demokratieverständnis der Befragten für ihr Ver- und Misstrauen in Politik und Medien spielt. Im Folgenden werden unsere wichtigsten Antworten auf die vier Forschungsfragen dargestellt und mit Rückbezügen zum Forschungsstand sowie weiterführenden Überlegungen interpretiert und diskutiert.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Welche Gründe gibt es für Misstrauen gegen den etablierten Journalismus?

Als überragender Grund für Medienmisstrauen erwies sich die Wahrnehmung politischer Tendenzen und Einseitigkeiten in journalistischer Berichterstattung. Eine solche Beobachtung artikulierte mehr als jede zweite interviewte Person, was ungefähr mit der Gesamtzahl an misstrauenden Befragten laut Kurzfragebögen korrespondiert. Fast jede zweite Person sah außerdem Repräsentationsdefizite von Themen oder Themenaspekten, was häufig die Wahrnehmung politischer Tendenzen in der Berichterstattung ergänzte, manchmal aber auch ein eigenständiger Kritikpunkt war. Neben dieser »Tendenz-Kritik« konnten wir einen zweiten Komplex von Argumenten ausmachen, den wir »Kommerz-Kritik« nennen. Moniert wurde hier immerhin von mehr als jeder dritten Person eine aus Profitstreben resultierende Boulevardisierung von Berichterstattung, ein Fokus auf Skandale und Sensationen sowie eine verfälschende Verknappung und unsachgemäße Zuspitzung von Inhalten. Die Gesamtlage an vorhandenen Kritikpunkten ähnelt stark denen aus einer früheren qualitativen Studie der Universitäten in Münster und München (vgl. Mede et al. 2020: 98), deren Feldarbeit in zwei ost- und zwei westdeutschen Bundesländern durchgeführt wurde. Bemerkenswert ist, dass die Motive der Medienkritik in der Skepsis-Hochburg Sachsen also offenbar ganz ähnliche sind wie in anderen Teilen Deutschlands.

Beklagt wurden vor allem politisch motivierte Einseitigkeiten und Parteilichkeiten. Die meistgenannten Themen, die die Medien aus Sicht der Befragten angeblich einseitig beleuchtet haben, waren die Corona-Pandemie (15-mal) sowie der Krieg Russlands gegen die Ukraine (13-mal), weit dahinter kamen mit jeweils vier Erwähnungen der Klimawandel und der Komplex Migration/Flucht/Asyl/Pegida. Auch letzteres korrespondiert zunächst weitgehend mit dem Forschungsstand: So waren in der erwähnten Befragung von Mede et al. (2020: 94), die von August bis Oktober 2017 durchgeführt wurde, die Top-Aufregerthemen in absteigender Reihenfolge die »Flüchtlingsthematik bzw. Migration«, die »US-Wahl/US-Politik/Trump«, »die Berichterstattung über politische Gruppierungen« und der »Komplex Russland/Putin/Ukraine-Krise«. Offenbar hat in unserem Zeitraum Corona als neues Schlüsselerlebnis alles andere ausgestochen und den Migrationskomplex in den Hintergrund gedrängt, der während der Befragung von 2017 durch die Ereignisse von 2015/16 als aktuell wahrgenommen

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

wurde. Das Thema »Ukraine« ist vermutlich durch den Angriff Russlands während unserer Feldphase akut geworden, während es 2017 eher im Stadium der Latenz geschlummert hatte.

Dass die Berichterstattung zu diesen Themen so häufig übereinstimmend als einseitig wahrgenommen wurde, heißt nicht zwangsläufig, dass sie tatsächlich einseitig (gewesen) ist. Denn aus der Medienwirkungsforschung ist der »Hostile-Media-Effekt« bekannt, laut dem selbst gut ausbalancierte Berichterstattung über einen Konflikt von Personen, die eine starke politische Haltung zu diesem Konflikt haben, als parteilich wahrgenommen wird – und zwar als ihrer eigenen Position entgegengesetzt. Der Grund für dieses Wahrnehmungsmuster ist offenbar die Befürchtung, ein unentschiedenes, aber empfängliches Publikum würde bei diesem Thema zugunsten der anderen Partei beeinflusst und die eigene Position verliere an öffentlicher Deutungsmacht (vgl. Dohle & Hartmann 2008).

Während unser Befund also kein Urteil über die Qualität der Berichterstattung erlaubt, führt er jedoch zu weitergehenden Überlegungen: Die vier Reizthemen sind nämlich solche, bei denen es im Untersuchungszeitraum November 2021 bis Mai 2023 und in den Jahren davor mutmaßlich ein hohes Maß an Konsens in den führenden deutschen Medien gegeben hat: dass das SARS-CoV-2 ein lebensgefährliches Virus ist und durch strenge Maßnahmen bekämpft werden muss, dass die Ukraine das Opfer russischer Aggression ist und bei ihrer Verteidigung unterstützt werden muss, dass es einen menschengemachten Klimawandel gibt und Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen angezeigt sind und dass Deutschland mittlerweile ein Einwanderungsland ist und zudem eine humanitäre Pflicht zur Aufnahme geflüchteter Menschen hat.[32]

Diese Konsensbestände waren bzw. sind aus unterschiedlichen Gründen hoch: wegen vorhandener wissenschaftlicher Evidenz (Klima, Corona), wegen eines historisch wie grundgesetzlich gebotenen Schutzes der Menschenwürde (Flucht und Migration) oder wegen völkerrechtlicher und bündnispolitischer Erwägungen (Ukraine/Russland). Sie zeichnen sich weiterhin

32 Die Behauptung hoher Konsensbestände in der deutschen Medienlandschaft stützt sich teilweise auf Studien (zur Fluchtkrise 2015/16 Haller 2017, zur Corona-Pandemie Maurer et al. 2021, zur Ukraine Maurer et al. 2023 und Krüger & Mundt 2020), teilweise auf Überlegungen zu Meinungsklüften zwischen Elite und Bevölkerung aufgrund ungleich verteilter liberaler Werte und ungleich verteilter Zustimmung zur Verankerung Deutschlands im westlichen Bündnis (vgl. Krüger 2017).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

dadurch aus, dass sie mutmaßlich nicht nur in den Leitmedien, sondern auch im politischen Establishment hoch waren bzw. sind (die Vergangenheitsform ist vor allem in der Migrationsfrage angebracht, wenn man sich den politischen Rechtsruck seit der Fluchtkrise von 2015/16 vor Augen hält) und dass sie gewisse Konsequenzen im Sinne von Handlungsdruck oder der Hinnahme von Zumutungen mit sich bringen: Abstands- und Maskenregeln befolgen und sich impfen lassen, den ökologischen Fußabdruck des Lebens- und Konsumstils sowie der Energieinfrastruktur verringern, finanzielle Opfer für die Ukraine bringen und das Risiko eingehen, in einen Krieg mit Russland hineingezogen zu werden, Ressourcen mit Zugewanderten und Geflüchteten zu teilen und kulturelle Veränderungen im eigenen Heimatland zu akzeptieren.

In diesem Licht kann man nun die Befunde betrachten, dass 1) viele medienskeptische Befragte unter einer moralischen Aufladung des Diskurses litten und sich in eine (meist: die rechte) Ecke gestellt bzw. als Aussätzige behandelt sahen, wenn sie den Konsens nicht teilten, 2) dass viele eine Vermischung von Nachricht und Meinung wahrnehmen, die zum Zweck der Belehrung und Erziehung diene, und 3) dass sie ihre Medienkritik zu Vorwürfen zuspitzten, bei den Einseitigkeiten handele es sich um manipulative Propaganda und ein Resultat der Lenkung und Steuerung von außen, namentlich der Politik oder Regierung.

Aus der subjektiven Sicht dieser Befragten ist nun nachvollziehbar, wie der Propaganda-Vorwurf zustande kommt: Ausgehend von beobachteter Einseitigkeit, Meinungsmache sowie empfundenem moralischem Druck ist dieser Schluss naheliegend, schließlich arbeitet klassische Propaganda definitionsgemäß oft mit der Technik der zielgerichteten Manipulation von Sprache und Bildern sowie der Dichotomisierung und moralischen Erpressung (»Wer nicht für uns ist, ist gegen uns«). Sie will bestimmte Handlungsoptionen naturalisieren bzw. als alternativlos erscheinen lassen und belegt Zuwiderhandlungen mit sozialen Sanktionen. Zudem zeichnet sie regelmäßig ein überhöht positives Selbstbild – »Wir sind die Guten« – und ein denunzierend-abwertendes Fremdbild (vgl. Bussemer 2008: 33-34, Herman & Chomsky 2023: 167-178).

Wir halten es für gesetzt, dass die Redaktionen etablierter deutscher Medien weder von der Regierung gelenkt sind noch absichtsvoll manipulative Propaganda betreiben. Versetzt man sich jedoch in die Lage einer Person, die einen Konsens in Medien und Politik zu einer politischen Streitfrage oder

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

eine entsprechende Werthaltung nicht teilt und keine unmittelbaren Einblicke in die realen Mechanismen des politischen wie medialen Räderwerks hat, ist die resultierende medienskeptische Einstellung – aus der empfundenen politischen Randständigkeit und Ohnmacht heraus – geradezu folgerichtig.

Besonders bitter erscheint diese Wirkkette beim Thema Klimawandel: Offenbar fordern Befragte hier die Verbreiterung des Meinungsspektrums ein, um eine Ausgewogenheit zu erreichen, die in der kommunikationswissenschaftlichen Debatte als *False Balance* kritisiert wird. Seit Mitte der 2000er Jahre wurde von Akteurinnen und Akteuren aus Wissenschaft und Wissenschaftsjournalismus darum gekämpft, Positionen zum Klimawandel ohne wissenschaftliche Evidenz aus seriösen Medien herauszuhalten oder aber entsprechend negativ einzuordnen, um die Öffentlichkeit vor Desinformation zu bewahren und den Stand der Klimaforschung nicht verzerrt darzustellen, was im Segment der Qualitätsmedien mittlerweile erfolgreich umgesetzt wird (vgl. etwa Engesser & Brüggemann 2016). Trifft nun eine aus guten Gründen von Scheinargumenten bereinigte Diskurslandschaft auf einen *motivated skepticism* (siehe Kap. 2.2.3) in jenen Teilen des Publikums, das aus Sorge vor Einschränkungen der eigenen Lebensweise und Konsumfreiheiten entlastende Informationen und Meinungen zum Klimawandel sucht und kognitive Dissonanzen verringern möchte, steigt offenbar das Medienmisstrauen in diesen Publikumssegmenten – als eine unintendierte Nebenfolge des Kampfes gegen *False Balance*.

Wahrgenommene mediale Fehlleistungen im Hinblick auf Themen- und Faktenselektivität sowie die Richtigkeit von Bewertungen (vgl. die Systematik der Dimensionen des Medienvertrauens bei Kohring 2004) werden von manchen Befragten als Betrugsversuch empfunden und die unterstellte böse Absicht wird mit entsprechender emotionaler Aufladung beantwortet (man werde »verarscht« oder das sei »Volksverdummung«). Beim Top-Thema Corona kommt hinzu, dass impfskeptische Personen den medialen Diskurs als persönlich verletzend und übergriffig bis gewalttätig empfanden (die Rede war von »Stigmatisierung« und »Diskriminierung«, man sei zur »Zielscheibe« geworden, mit Impf-Aufforderungen ging es buchstäblich an die eigene Haut).

Auf der anderen Seite gab es vertrauende Personen, die die etablierten Medien ausdrücklich vor harscher Kritik in Schutz genommen haben. Dies illustriert in gewisser Weise den quantitativen Befund der Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen, dass eine Polarisierung des Medienvertrauens

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

stattgefunden hat und angesichts der gegenwärtigen aufgeheizten Debatte viele Personen aus dem ehemals unentschiedenen Lager entweder in das klar misstrauende oder in das klar vertrauende Lager gewechselt sind (vgl. Schultz et al. 2020).

Ebenfalls bestätigte sich das Postulat, dass Personen gleichzeitig Vertrauen in *und* Misstrauen gegen Journalismus haben können (vgl. Blöbaum 2018), wenn es jeweils verschiedene Bezugspunkte des Ver- oder Misstrauens gibt. In unserem Sample bekundeten 36 Befragte (also mehr als die Hälfte) sowohl Vertrauen als auch Misstrauen gegenüber etablierten Medien. Hingegen artikulierten 22 Interviewte ausschließlich Misstrauen und drei ausschließlich Vertrauen.

Dass wiederum nur vier von 61 Befragten von sich aus – also ohne in einer Frage darauf angesprochen worden zu sein – im Kontext von Medien- und Politikkritik eine Gegnerschaft zum Gendern und zu »Wokeness« formulierten, scheint eine These von Mau et al. (2023: 158-204) zu bestätigen: nämlich dass es sich bei Bemühungen um geschlechtergerechte Sprache und Nicht-Diskriminierung um einen »Triggerpunkt« handelt, der von »Polarisierungsunternehmern« gern zum eigenen Vorteil bespielt wird und der zuweilen als Zumutung empfunden wird, aber nicht zu den zentralen Sorgen der meisten Menschen gehört, die bei einer Befragung ungestützt aus ihnen heraussprudeln. Gleichwohl sehen wir in den Interviews auch gegenwärtig in der Gesellschaft ablaufende emanzipatorische Kämpfe – zwei Frauen bemängelten die Überrepräsentation von Männern in den Medien – sowie abwehrende Reaktionen auf (queer)feministische und antirassistische Anliegen.

Auffällig ist weiterhin, dass von den misstrauenden Personen Reizworte wie »Lügenpresse« oder »Gleichschaltung« (dazu weiter unten) nur selten verwendet wurden und wenn, dass in einem durchaus rational verhandelbaren Sinn. In nur vier Interviews wurde das Unwort des Jahres 2014 »Lügenpresse« mehr oder weniger bejahend benutzt, jedoch nicht als Synonym für wirkliche Lügen im Sinne von absichtsvoll falschen Sachverhaltsbehauptungen, sondern als Beschreibung dafür, dass unliebsame Dinge weggelassen würden. Der Begriff »Gleichschaltung« wurde von nur zwei Personen benutzt, aber ausdrücklich nicht im Sinne einer totalitären Kontrolle der Medien durch den Staat: Gemeint war eher eine Übernahme der Themenagenda und der Meinungsspanne der politischen Eliten in der Berichterstattung.

Wohlwollend kann man die entsprechenden Interviewpassagen als alltagssprachliche Versatzstücke der Indexing-Hypothese interpretieren, laut

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

der die etablierten Medien vor allem den Diskurs politischer (und anderer) Eliten spiegeln und keine davon wirklich unabhängige Debatte führen (vgl. Bennett 1990). In diesem Sinne wurde sogar in der Kommunikationswissenschaft – vor dem Aufschwung rechtspopulistischer Medienkritik – zuweilen von einer »Gleichschaltung der medialen Debattenstruktur mit dem Diskurs der politischen Elite« (Pohr 2005: 262) gesprochen. An anderer Stelle war damit eine Anzeigenabhängigkeit von Medien gemeint: Im Grunde wurde hier die »Gleichschaltung« über eine Abhängigkeit von Werbeeinnahmen imaginiert, was wiederum ein akzeptiertes Thema der kritischen Journalismusforschung ist (vgl. Krüger 2016: 54-57, Hagen et al. 2014, Gadringer et al. 2012).

Generell finden sich in den Aussagen über »gekaufte«, »gelenkte« oder anderweitig abhängige Medien keineswegs absurde Verschwörungsannahmen (mit Ausnahme der Idee staatlicher Vorzensur bei öffentlich-rechtlichen Nachrichten und der Vorstellung, nach einem Anruf des Ministerpräsidenten seien unliebsame Journalistinnen und Journalisten »weg vom Fenster«). Vielmehr werden Gefahren für die journalistische Unabhängigkeit sowie für die »innere Pressefreiheit« (vgl. Krüger et al. 2022) angeschnitten, die auch in der Medienbranche und in der Journalismusforschung diskutiert werden. Wenn eine Einengung des Meinungskorridors durch Einflüsse von Werbekunden, Medieneigentümerinnen und -eigentümern, Aufsichtsgremien öffentlich-rechtlicher Anstalten oder mächtigen Quellen bzw. der PR ressourcenstarker Organisationen vermutet werden, so sind dies eher umgangssprachlich formulierte Elemente der bereits genannten Indexing-These sowie einer anderen, materialistisch-ideologiekritischen Theorie über den medialen Mainstream in der liberal-kapitalistischen Demokratie: des »Propagandamodells« von Herman und Chomsky (2023).

Dessen Grundpostulat, dass durch diverse Abhängigkeiten zwischen etablierten Medienhäusern und Eliten aus Politik und Wirtschaft die Spanne von Themen und Meinungen gewissen Einschränkungen unterliegt, mag gängigen liberal-pluralistischen Annahmen über ein funktionierendes demokratisches Mediensystem widersprechen. Auch mag die Verwendung des Begriffs »Propaganda« – bei Herman und Chomsky wie auch in unseren Interviews aber nicht im Sinne einer zentral gelenkten, totalitären Staatspropaganda gemeint – überzogen und für Medienschaffende schwer annehmbar sein. Einen Grund für eine moralische Verurteilung oder Pathologisierung der Befragten stellt es aus unserer Sicht nicht dar – eher einen

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Anknüpfungspunkt für einen neuen, konstruktiven Dialog. Zumal im Sample hinter dem Misstrauen gegenüber Medien nicht immer nur Vorstellungen und Vermutungen stehen: Bei immerhin 15 unserer Befragten standen auch negative persönliche Erfahrungen mit der Arbeitsweise von (lokalen oder regionalen) Medien dahinter, die man als Leserbrief-Schreiber, Aktivistin, früherer Journalist, Bekannte von Journalisten bzw. Politikern oder – qua Beruf, Amt oder Ehrenamt – als Objekt bzw. Quelle von Berichterstattung gemacht hatte.

Anschlussfähig an eine rationale, wissenschaftlich fundierte Debatte scheint die Medienkritik in unserem Sample auch deshalb zu sein, weil kommunikationswissenschaftliche Fachtermini bereits in die Alltagssprache diffundiert sind: Einseitigkeit und »Propaganda« werden in den Interviews zuweilen verbunden mit »Framing«, »Agenda-Setting« und Nachrichtenselektion. Die Reflexion darüber, dass journalistische Inhalte kein simples »Spiegeln« bzw. »Abbilden« der Welt darstellen, sondern eine Konstruktion von Wirklichkeit mit Auswahl-, Strukturierungs, Akzentuierungs- und Einordnungsleistungen, hat offenbar begonnen, muss allerdings noch zu Ende gedacht werden: Framing (also das Rahmen und Strukturieren eines Themas), Agenda-Setting (also das Setzen einer Themenagenda für die Öffentlichkeit, die diese dann behandelt) und Nachrichtenselektion (also das Auswählen aus der unendlichen Fülle an potenziell berichtenswerten Ereignissen auf der Welt) erscheinen in manchen Interviews als verwerfliche Taten, sind allerdings bei jedem kommunikativen bzw. journalistisch-redaktionellen Akt unvermeidlich. Man kann nicht *nicht* framen (vgl. Matthes 2014, Pötzsch 2019), nicht *nicht* auswählen (vgl. Maier et al. 2018) und nicht *nicht* beeinflussen, worüber die Rezipierenden nachdenken (vgl. Maurer 2017). Sieben Interviewte gestanden zu, dass absolute Objektivität oder Vollständigkeit unmöglich sei, und artikulierten damit von sich aus eine konstruktivistische Sicht auf das Verhältnis von Massenmedien und Realität (vgl. Beiler et al. 2020, Prochazka & Schweiger 2020). Diese Einsicht gilt es in der Bevölkerung zu verbreiten und zu vertiefen, sei es durch Schulbildung, öffentliche Veranstaltungen, Medienjournalismus oder selbst ausgeübte publizistische Tätigkeiten (Bürgerjournalismus, Schulmedien, Offene Kanäle).

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Welche Gründe gibt es für Misstrauen gegen die institutionalisierte Politik?

Institutionalisierte Politik und ihre Akteure orientieren sich stark an der Frage, wie die Ergebnisse ihrer Arbeit, also ihre Performance bzw. ihr Output bewertet werden. Wie auch bereits in der weiteren Forschung diskutiert wurde (siehe Kapitel 2.3.3), scheinen sich solche Output-Faktoren auch nach unseren Beobachtungen in einem gewissen Umfang auf das politische Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger auszuwirken. So wurde viel Kritik an einzelnen Politikfeldern bzw. *policies* angebracht, dabei meist die Corona-Politik, Bildungspolitik, Klima- und Umweltpolitik sowie die Asyl-, Einwanderungs- und Integrationspolitik, wobei die konkreten Kritikpunkte sehr stark streuen. Wesentlicher für das teilweise doch sehr große Misstrauen gegenüber institutionalisierter Politik scheinen bei uns aber Faktoren zu sein, die man eher der Input-Seite des politischen Prozesses zuordnen würde, vor allem ein unzureichendes Repräsentationsgefühl, negativ bewertete persönliche Eigenschaften von Politikerinnen und Politikern sowie eine fehlende Nähe und Bodenhaftung derselben.

Als häufigster Grund für Misstrauen gegenüber Politik wurde angeführt, dass die eigene Lebensrealität durch die Politik nicht gesehen, die eigenen Themen nicht verhandelt und die eigene Meinung nicht repräsentiert wird. Das politische Repräsentationsgefühl spielt also offenbar, das können auch wir feststellen, bei der Bildung von Ver- oder Misstrauen eine zentrale Rolle, da auch Personen mit hohem Vertrauen in die Politik oft gerade als Grund für ihr Vertrauen angaben, sich gesehen oder repräsentiert zu fühlen. Dies lässt vermuten, dass das Bemühen um Vertrauen angesichts sehr verschiedener Lebenswelten und Milieus in einer modernen, ausdifferenzierten und individualisierten Gesellschaft hochgradig schwierig ist. Die Herausforderung ist es, hier einem Nullsummenspiel zu entkommen: Neu gewonnenes Vertrauen bei den Einen droht durch wachsendes Misstrauen bei den Anderen wieder kompensiert zu werden.

Nach dem fehlenden Repräsentationsgefühl (30 Befragte), wurden am zweithäufigsten mit je 24 Befragten drei Negativ-Zuschreibungen an Politikerinnen und Politiker genannt: Diese seien 1) korrupt und auf persönliche Bereicherung aus, hätten 2) keine ausreichende fachliche oder charakterliche Eignung für das Amt oder Mandat und würden 3) ihre Versprechen nicht halten, seien also notorisch unzuverlässig (Verlässlichkeit und Ehrlichkeit

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

gehörten übrigens zu den häufigsten Begriffen, die unsere Befragten mit Vertrauen im zwischenmenschlichen Bereich assoziierten). Mit den Begriffen von Seyd (2024) gesprochen, fehlt Politikerinnen und Politikern aus Sicht vieler Befragten *competence*, *concern* und *integrity* (siehe Kapitel 2.3.3).

Schließlich artikulierte jede dritte Person im Sample eine Fremdheit oder Distanz zu den politischen Ebenen jenseits der Kommunalpolitik: Was im Land, im Bund und erst recht in Brüssel geschieht, entziehe sich oft des Verständnisses. Unser Eindruck ist, dass das Misstrauen umso größer ist, je höher die Ebene ist: »Je weiter oben, desto schlimmer«, wie es eine Person ausdrückte. Plausibel wird dies durch den Gegenschuss-Befund, dass ein wichtiger Grund für Politikvertrauen die Nahbarkeit von Kommunalpolitik und auch persönliche Bekanntschaften mit entsprechenden Amtsträgerinnen und Amtsträgern ist. Bemerkenswert ist zudem, dass zwei Befragte die Präsenz von Politikerinnen und Politikern in sozialen Medien positiv erwähnen, da sie dadurch einen Bezug zu ihnen gewännen. Auf Plattformen aktiv zu kommunizieren und zu interagieren sowie Einblicke in den Arbeitsalltag und in eigene Überlegungen zu geben, scheint auch für Akteurinnen und Akteure jenseits der Kommunalpolitik eine Möglichkeit zu sein, durch die Herstellung von indirekter Nähe bzw. parasozialer Beziehungen das Politikvertrauen zu steigern (vgl. Praprotnik et al. 2019).

Die letztgenannten Gründe für Politikmisstrauen können mit dem Topos der »fernen Eliten« (Kollmorgen et al. 2024) oder der »abgehobenen Eliten« zusammengefasst werden: Politikerinnen und Politiker werden von vielen Misstrauenden nicht als Personen gesehen, die vom Volk gewählt »mit dem Gesicht zum Volke«[33] das Beste für das Volk aushandeln wollen. Es scheint in vielen Äußerungen vielmehr das Bild durch, die Gewählten schwebten bürgerfern in ihrem Berufspolitik-Kosmos und hätten kein Verständnis für die realen Fragen des Alltags.

Dieses Gefühl, von der politischen Elite übersehen und nicht ausreichend repräsentiert zu werden, wird sicherlich besonders durch eine komplexe Mischung aus historischen Wunden, aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen sowie politischen und kulturellen Dynamiken genährt.

33 So heißt ein Lied des ostdeutschen Liedermachers Gerhard Schöne von 1988, der hier eine Bürgersprechstunde in Nicaragua besang und mit Zeilen wie »Mit dem Gesicht zum Volke/nicht mit den Füßen in ›'ner Wolke« indirekt die SED-Staats- und Parteiführung kritisierte.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Diese Faktoren sind teils mit der allgemeinen ostdeutschen Erfahrung verknüpft, teils aber auch bezeichnend für das Bundesland Sachsen.

Bereits in der DDR war das Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen aufgrund der repressiven Natur des Regimes weit verbreitet. Die Wiedervereinigung wurde von vielen als »Übernahme« durch den Westen wahrgenommen und der rasche Transformationsprozess der 1990er Jahren führte zu einem tiefgreifenden Verlust der eigenen sozialen und kulturellen Identität (vgl. Köpping 2018: 9 und 26). Biografische Unsicherheit, kollektive Entwertung, enttäuschte Hoffnung und westliche Übernahmepraktiken haben, das zeigen auch unsere Ergebnisse, Narben im ostdeutschen Empfinden hinterlassen (siehe Kapitel 5.3.6; vgl. Dahn 2019, Kowalczuk 2019, Mau 2019, Schmidt 2016).

Obwohl es Fortschritte gibt, bestehen in Sachsen weiterhin wirtschaftliche Unterschiede im Vergleich zu westdeutschen Bundesländern. Niedrigere Löhne, höhere Arbeitslosigkeit, eine geringere Wirtschaftsleistung und die Abwanderung junger, qualifizierter Menschen tragen zu einem Gefühl der Benachteiligung bei: Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich, das zog sich durch zahlreiche Interviews, von der Politik übersehen und unzureichend unterstützt.

Schließlich finden wir Gründe für Misstrauen, die eher an bestimmten Prozessen im politischen Institutionengefüge (*politics*) ansetzen, am Weg vom Input zum Output. Sehr kritisch wurde etwa die Konkurrenz der Parteien gesehen, wenn diese einer lösungsorientierten Sachpolitik abträglich ist. Offenbar gibt es im Sample den verbreiteten Wunsch, statt eines harten Kampfes um die Stimmen der Wählerinnen und Wähler in einer Wettbewerbs- bzw. Konkurrenzdemokratie eher eine konsens- und gemeinschaftsorientierte Entscheidungsfindung in einer Konkordanzdemokratie zu erleben. Andere kritisierten die Größe des Bundestages oder Lobby-Einflüsse vonseiten der Wirtschaft. Drei bis fünf Befragte gaben recht umfassende Verschwörungsannahmen zu Protokoll, die etwa die Rolle von Bill Gates in der Pandemiebekämpfung oder einen gezielten Bevölkerungsaustausch betrafen.

In Übereinstimmung mit prominenten Gründen für Medienmisstrauen findet sich dann die Kritik, im politischen Raum fehle es an Meinungsfreiheit und bestimmte Positionen würden systematisch ausgegrenzt. Dies zielte so gut wie immer auf den Umgang mit der AfD und mit AfD-Positionen ab und wurde auch von Personen vorgebracht, die erklärtermaßen nicht der AfD nahestanden.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Zusammenfassend konnten wir beobachten, dass politisches Vertrauen an reale oder empfundene Nähe gekoppelt ist. Politisches Vertrauen wird dabei, so lässt sich aus unserer Analyse schließen, vor allem jenen geschenkt, die aus einer ähnlichen Lebenswelt kommen und ähnlich denken (Repräsentationsgefühl), die fachlich geeignet, ehrlich und authentisch wirken und für Normalbürgerinnen und -bürger sicht- und ansprechbar bleiben.

Welche Zusammenhänge gibt es zwischen den Komplexen Journalismus- und Politikvertrauen?

Die statistische Analyse der begleitenden Kurzfragebögen mit Items zum Vertrauen in Journalismus, Politik und Demokratie hat (in Übereinstimmung mit dem Forschungsstand, siehe Kap. 2.4) deutlich gezeigt, dass es einen starken Zusammenhang zwischen diesen Domänen gibt: Wer den etablierten Medien vertraut, vertraut tendenziell auch der Politik und zeigt eine hohe Demokratiezufriedenheit. Wer umgekehrt Misstrauen gegen den Journalismus hegt, schaut ebenso skeptisch auch auf das Geschehen in Parlament(en) und Regierung(en) und ist unzufrieden mit der Funktionsweise der Demokratie. Man könnte daraus ableiten, dass Medien- oder Journalismusvertrauen gar kein eigenes, sinnvolles Forschungsthema ist, weil Menschen dazu neigen, bei der Abfrage von Medienvertrauen eher ihre Zufriedenheit mit »den Verhältnissen« oder der generellen Verfasstheit des Gemeinwesens kundzutun.

Mindestens scheint die politische Zufriedenheit bei der Wahrnehmung der Medienqualität eine wichtige Rolle zu spielen – vielleicht deshalb, weil in nachrichtlichen Formaten die großen Medien das politische Geschehen neutral-affirmativ abbilden, also keine Fundamentalkritik an der Themenagenda, dem Meinungsspektrum und den Deutungsmustern im politischen Elitendiskurs mitliefern (so wie es alternative Medien oft tun). Wer sich über die (Regierungs-)Politik ärgert, präferiert vermutlich auch Medien, die Ärger über die (Regierungs-)Politik artikulieren. Und es zeigt sich in unseren Interviews, ähnlich wie in früheren Studien zur Publikumserwartung an Journalismus (vgl. Loosen et al. 2020), eine interessante Inkongruenz: Man möchte einerseits objektiv, neutral und ausgewogen informiert werden, um sich eine eigene Meinung bilden zu können (»just the facts«) – andererseits sollen die Medien alles kritisch hinterfragen und die Mächtigen kontrollieren, wozu es schon eines politischen Standpunktes oder zumindest einer Wertegrundlage bedarf. Es liegt nahe zu vermuten, dass die Wahrnehmung

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

sowohl mangelnder Objektivität als auch mangelnder Kritik und Kontrolle »eine Folge nicht befriedigten [sic!] Nachfrage nach politisch konsonanten Medieninhalten« (C. Hoffmann 2021) darstellt.

Für das Verständnis des Zusammenhangs zwischen Journalismus- und Politikvertrauen ist zudem die Frage relevant, wie die Bürgerinnen und Bürger selbst den Zusammenhang zwischen Journalismus und Politik verstehen. In der Forschung zum Verhältnis der beiden gesellschaftlichen Funktionssysteme rangen lange unterschiedliche Ansätze miteinander: von einer Autonomie beider Systeme, einer Übermacht der Politik über die Medien, einer Dominanz der Medien über die Politik bis hin zu einer kompletten Verschmelzung beider Systeme zu einem Supersystem (vgl. Schulz 2011: 48-54, Sarcinelli 2011: 122-124). Neuere Literatur sieht in beiden Systemen »Produktionsgemeinschaften« am Werk, in denen Player aus Politik, PR und Journalismus politische Kommunikation herstellen und ein »Tauschverhältnis wechselseitiger Abhängigkeit« (Donges & Jarren 2022: 210 und 222) eingehen.

In unserem Sample lagen der Ansatz der Übermacht der Politik über die Medien (auch: Medien sind von der Politik abhängig bzw. gesteuert) und die Vorstellung einer partnerschaftlich-symbiotischen Beziehung mit je 16 Befragten zusammen auf Platz 1. Den Verdacht der gesteuerten Medien – der in seinen Begründungen, wie oben beschrieben, zuweilen an das »Propagandamodell« oder die »Indexing-Hypothese« erinnert – teilten also ebenso viele Personen wie die kommunikationswissenschaftliche Mainstream-Position, dass wechselseitige Abhängigkeiten zwischen beiden Systemen existieren und keine Seite über die andere herrscht: Ganz ähnlich wie die Forschung von einem symbiotischen Tauschgeschäft »Information gegen Publizität« (Sarcinelli 1994: 39) spricht, formulierten es auch mehrere Interviewte. Auf Platz 2 rangierte die Vorstellung, Medien und Politik koexistierten unabhängig voneinander (14 Befragte). Ebenfalls vertreten wurde die Ansicht, dass Medien zu oft selbst Politik machen würden – eine These, die in Richtung »Dominanz der Medien über die Politik« geht und an Werke des Politologen Meyer über »Mediokratie« bzw. »mitregierende Journalisten« (vgl. Meyer 2001, Meyer 2015) erinnert.

Alles in allem findet sich auch hier Potenzial für einen rationalen, wissenschaftsbasierten Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern über diese Vorstellungen, die im Übrigen in den Interviews häufig noch gar nicht konkret präsent oder bewusst verfüg- und abrufbar waren. Eine verstärkte diskursive Bearbeitung dieses Themas in der Schule, in der Erwachsenenbildung und

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

im Medienjournalismus würde vermutlich vor allem diffusen und undifferenzierten Verschwörungsannahmen entgegenwirken und dazu beitragen, dass mehr Menschen den etablierten Journalismus und die institutionalisierte Politik als – zwar auf bestimmte Art zusammenhängende, aber auch je spezifische Funktionslogiken verfolgende – eigenständige Elemente der Demokratie-Infrastruktur wahrnehmen.

Welche Rolle spielt dabei das Demokratieverständnis?

Um die Wahrnehmungen von Medien und Politik weiter zu kontextualisieren, nahmen wir in den Interviews eine Triangulation dieser Vertrauensfragen mit dem Demokratieverständnis und der Demokratiezufriedenheit der Befragten vor. Während die formale Minimaldefinition »freie Wahlen« nur in vier Interviews genannt wurde – vermutlich weil sie in der Bundesrepublik Deutschland selbstverständlich erscheint –, sind die Top-Positionen in den Antworten vielsagend: 27 Personen betonten die Teilhabe und Mitsprache aller als Merkmal von Demokratie, was vermutlich mit dem Eindruck zusammenhängt, man werde von der Politik und/oder von den Medien nicht genügend repräsentiert, gesehen oder beteiligt. Oft wurde dies auch als Wunsch nach mehr Partizipationsmöglichkeiten ausgedrückt. 25 Befragten waren die Grundrechte und -freiheiten besonders wichtig, wobei die Meinungsfreiheit auffallend oft genannt wurde, der offenbar eine herausgehobene Bedeutung für das Demokratieempfinden zukommt – möglicherweise eine spezifisch ostdeutsche Priorität angesichts der fehlenden Meinungsfreiheit in der DDR. Eine Bedrohung speziell der Meinungsfreiheit wurde in den Interviews häufig zu Protokoll gegeben. Dass dies in Ostdeutschland stärker als im Westen so empfunden wird, zeigen auch Befragungen des Allensbach-Instituts (vgl. Rech 2023). Unter den Kritikpunkten und Veränderungswünschen in Bezug auf die Demokratie als Ganzes finden sich auf den vorderen Plätzen wiederum mangelnde Repräsentation und Partizipation sowie fehlende Diskursoffenheit – und dann schon eine Ablehnung von Parteien und Berufspolitikerinnen und -politikern.

Besser verständlich wird dies alles mit der These eines spezifisch ostdeutschen Demokratieverständnisses, wie sie Morina (2023) aufgestellt hat. Anders als in den alten Bundesländern, in denen die real existierende repräsentative Parteiendemokratie mit verbandsförmiger Interessenaggregation höhere Akzeptanz genießt, scheint im Osten die langjährige Einparteien-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

herrschaft der SED und die kurzlebige »straßendemokratische Emanzipationserfahrung« (Mau 2024: 47, vgl. Morina 2023: 146) von 1989/90 inklusive Runder Tische zu einer Abneigung gegen den »Parteienstaat« geführt zu haben, der »den souveränen Willen des Volkes zu stark beschränke« (Mau 2024: 48) und dessen Strukturen überdies nur von der alten Bundesrepublik übernommen wurden, also nicht als etwas Eigenes angesehen werden. Möglicherweise wirkt auch der schon zu DDR-Zeiten immer wieder propagierte Anspruch der »wirklichen« Beteiligung aller nach, dessen Umsetzung zur Wendezeit kurz greifbar schien – denn im Herbst 1989 konnten Menschen mit DDR-Sozialisation zwar nicht auf eigene Demokratieerfahrungen zurückgreifen, wohl aber auf eine »Demokratieanspruchsgeschichte« (Morina 2023: 292), stellte sich die DDR doch immer als die »wahre« Demokratie dar. Bei vielen Interviewten in unserem Sample ist ein Wunsch nach Dialogformaten und plebiszitären Verfahren zu erkennen, die die eigenen Interessen und Perspektiven unmittelbar – und unverfälscht durch Einflüsse von ressourcenstarken Lobbys, Karriereinteressen von Berufspolitikerinnen und -politikern etc. – im politischen Prozess zur Geltung bringen können.

Gleichsam als Gegenstück zu diesem Wunsch nach direkter(er) Demokratie waren Äußerungen der Ohnmacht, der Lethargie und des Zynismus in den Interviews zu vernehmen: »dass der kleine Mann immer schön geschädigt wird«, dass »wir wahrscheinlich sowieso immer nur Lügen verkauft kriegen« und »manipuliert werden« oder: »Was kommt, das kommt, das können wir sowieso nicht ändern«. Mit dem Vokabular der Psychologie könnte man solche Haltungen als »erlernte Hilflosigkeit« (Maier & Seligman 1976) deuten, die ihre Wurzeln in DDR- oder Nachwendeerfahrungen von Einflusslosigkeit und Fremdbestimmung haben mag: Als Ergebnis von Prozessen, in denen Personen einen Mangel an Kontrolle gegenüber negativen Stimuli erfuhren, entstehen häufig ein mangelnder Sinn für Selbstwirksamkeit, Passivität sowie der Glaube, die eigenen Handlungen würden sowieso nichts bewirken (vgl. ebd.). Dazu mag nach der SED-Diktatur und der weit verbreiteten beruflichen Deklassierung und Arbeitslosigkeit in der Nachwendezeit auch beigetragen haben, dass in Sachsen (wie auch in anderen ostdeutschen Bundesländern) nach der Wiedervereinigung lange Zeit Ministerpräsidenten wie Kurt Biedenkopf mit einem »präsidentiellen Politikstil« quasi als »überparteiliche Landesväter« (Mau 2024: 50) regierten, ohne große politische Auseinandersetzungen auszutragen, zivilgesellschaftliches Engagement zu ermutigen oder politische Bildung in Schulen

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

zu fördern. Bis heute gibt es deutliche Ost-West-Unterschiede in der Struktur der Zivilgesellschaft: Die Engagementquote ist im Osten niedriger, vor allem im ländlichen Raum; zudem steht bei ehrenamtlichem Engagement in Ostdeutschland häufiger als im Westen der persönlich-praktische und berufsbezogene Nutzen im Vordergrund und dieses muss häufiger vom Staat gestützt werden (vgl. Lorenz & Pischtschan 2024: 102, 109).

Während in der Bevölkerung tendenziell die Ansprüche an den Output der Politik hoch sind, wird ein eigener Input in politische Prozesse selten für nötig oder sinnvoll befunden – bzw. »sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen und sich das Recht herauszunehmen, mitreden, mitgestalten, mitentscheiden zu wollen« (Kowalczuk 2024: 10). Der langjährige sächsische Wirtschaftsminister und SPD-Vorsitzende Martin Dulig beschrieb dieses Demokratieverständnis einmal mit einer farbigen Metapher: »Wir haben Leute in Ostdeutschland, die halten Demokratie für einen Pizzaservice: Ich bestelle, ihr liefert. Das führt zu einer permanenten Unzufriedenheit« (Jungholt 2019). In unserem Sample gab es zwar auch Befragte, die sich langjährig ehrenamtlich bzw. kommunalpolitisch engagierten und schließlich desillusioniert ihre Einmischungsversuche aufgaben, aber ebenso reine »Privatpersonen« oder solche, denen das saftige Schimpfen auf Politik und Medien – aus einer vermeintlich höheren, besserwissenden Warte – offenbar Einmischung genug war.

Schließlich muss durchaus beunruhigen, dass fast jede zehnte befragte Person Deutschland nicht mehr als wirkliche Demokratie ansah, sondern teilweise schon als Diktatur oder doch zumindest auf dem Weg dahin. Den Hintergrund bildeten wieder einmal (bei fünf der sechs Personen) die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie, die als tiefgreifende Erschütterung des Demokratievertrauens empfunden wurden. In der Perspektive von Befragten erschien die vorübergehende Einschränkung von Freiheiten im Zuge einer Krise der öffentlichen Gesundheit als »autoritärer Zug« des Staates. Doch könnte die Nivellierung von Unterschieden zwischen liberaldemokratischen und totalitären Systemen auch ein Anzeichen dafür zu sein, dass von vielen Ostdeutschen das Erbe der DDR und die Mechanismen der SED-Herrschaft im damaligen Alltag nicht in Gänze verarbeitet wurden. Mit den Worten von Kowalczuk (2024: 30): »Viele […] wissen bis heute nicht, was das Wesen einer Diktatur ist.«

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

6.2 Limitationen

Diese Studie weist aufgrund ihrer methodischen Anlage sowie durch Spezifika des Samplings, der Interviewführung und der Auswertungsmethode bestimmte Limitationen auf, die bei der Beurteilung der Aussagekraft ihrer Ergebnisse berücksichtigt werden müssen.

Wir haben ein Sample mit großer Varianz zusammenstellen können (siehe Kap. 4.7). Am Ende entsprach die Verteilung bestimmter Merkmale in unserem Sample sogar ungefähr der Verteilung dieser Merkmale in der Gesamtbevölkerung von Sachsen (was etwa Geschlecht, Alter sowie tendenziell die Parteineigung angeht). Das heißt aber nicht, dass die Ergebnisse als repräsentativ angesehen werden können. Mit unserem explorativen, qualitativ-rekonstruktiven Verfahren können wir generelle »Existenzaussagen« (Lamnek 1999: 121-122) über das, was im Feld vorzufinden ist, treffen, aber keine Aussagen über die statistische Verteilung von Merkmalen oder Merkmalskombinationen in der sächsischen Bevölkerung. Die Stärke unserer Methode liegt darin, dass wir die Varianz der verschiedenen Ausprägungen des vorliegenden Phänomens abbilden und tiefer als quantitative Verfahren in die subjektiven Sinnwelten unserer Befragten eintauchen konnten.

Sicher haben wir nicht komplett erfasst, was es im Feld »alles gibt«. Da etwa Herkunft und Hautfarbe nicht zu unseren Auswahlkriterien zählten, besteht unser Sample ausschließlich aus Mitgliedern der weißen Mehrheitsgesellschaft (eine Person hatte Migrationshintergrund und stammte aus einem südosteuropäischen Land). So hätten von Rassismen in Medien und Politik betroffene Personen, etwa Geflüchtete aus muslimischen Ländern oder ehemalige DDR-Vertragsarbeiter aus Ländern wie Vietnam oder Mosambik und deren Kinder, vermutlich weitere wertvolle Perspektiven eröffnet.

Zudem sei betont, dass die Rekrutierung vor allem unter politisch Interessierten stattgefunden hat: Sie entwickelte sich im Lauf der Zeit weg von Bevölkerungskreisen, die an öffentlichen Angelegenheiten wenig Anteil nehmen, weil sich entsprechende Gespräche als in unserem Sinne nicht ertragreich erwiesen und mit unserem Kategoriensystem schlecht auswertbar waren. Dadurch sind gesellschaftlich engagierte Personen mit höheren sozialen und kommunikativen Kompetenzen im Sample überrepräsentiert. In der Auswertung wiederum mögen Personen, die pointierte und prägnante Aussagen trafen und bestimmte Punkte besser als andere Interviewte ver-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

deutlichten, öfter zu Wort gekommen sein als solche, die sich weniger klar ausdrückten. Wir sind damit an Grenzen des von uns gewählten methodischen Zugangs gestoßen. Blinde Flecken sind somit bei diesem Forschungsgegenstand nicht zu vermeiden.

In den Interviews konnten wir zudem nur manifeste Gründe für Ver- und Misstrauen erfahren, also solche, derer sich die Befragten selbst bewusst waren (vgl. Granow et al. 2020: 102). Latente Gründe, die im Zusammenhang mit der Sozialisation oder mit Persönlichkeitsmerkmalen stehen mögen, konnten nur teilweise sichtbar gemacht werden, auch weil wir bewusst auf eine tiefenhermeneutische Analyse der Interviewtranskripte verzichtet haben. Zudem ist das Problem der sozialen Erwünschtheit bei qualitativen Interviews generell virulent. Auch werden wir mit unseren direkten Fragen nach vorhandenen Ängsten in Bezug auf Medien und Politik nur bei den wenigsten Befragten an die tiefsten Gefühle herangekommen sein. Wenn Wut tatsächlich oft ein »Deckgefühl« ist und dahinter andere, noch unangenehmere Emotionen wie Angst oder auch Trauer und Schmerz stehen, dann konnten wir das trotz eines empathischen Interviewstils wohl nur selten in einem einmaligen Gespräch freilegen.

Schließlich musste sich unser Leitfaden – da mit Journalismus, Politik und Demokratie drei große Themen behandelt werden sollten – auf wenige (Nach-)Fragen pro Block beschränken. Damit enthielt er etwa im Vergleich zum Leitfaden der Studie »Medienskepsis in Deutschland« (Blöbaum et al. 2020: 231-238) keine Fragen zu den Konsequenzen von Medienmisstrauen bzw. zum Umgang medienskeptischer Personen mit wahrgenommenen journalistischen Fehlleistungen (Anschlusskommunikation im sozialen Umfeld, Veränderung der Mediennutzung nach Schlüsselerlebnissen etc.). Die Verbreiterung des Forschungsthemas ging somit zulasten der Feinauflösung innerhalb der Themenblöcke, auch da den Befragten Raum für eigene Erzählungen gelassen und deren Kapazität an Zeit und Konzentration nicht über Gebühr beansprucht werden sollte.

6.3 Schlussfolgerungen

Die Ergebnisse unserer Sachsen-spezifischen Studie validieren frühere quantitative Studien für ganz Deutschland und auch den »Sachsen-Monitor«, indem sie Kontext zu dort abgefragten Items liefern. Sie bestätigen und

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

vertiefen zudem das Wissen über Medienskepsis und Politikablehnung, das andere qualitative Befragungen generiert haben, und spezifizieren es für ein ostdeutsches Bundesland. Unsere Beschreibung der Varianz im Feld mit O-Tönen von 61 Personen wird für Folgeforschung hoffentlich einen Wert besitzen, da Fragebogen-Items und -Itembatterien weiterentwickelt sowie Ideen, Ansätze und Thesen für spezifischere Forschungsthemen gewonnen werden können.

Einen Wert hatten unsere Interviews offenbar auch für die Interviewten, die sich ernstgenommen, gesehen und von den Fragen zum Nachdenken angeregt fühlten. Häufig drückten sie ihre Dankbarkeit dafür gegenüber der Interviewerin aus, manche standen noch wochen- oder monatelang mit ihr in Kontakt. Hier gilt ebenso wie bei vergleichbaren qualitativen Befragungsprojekten zum Thema: »Diese Form des Gehör-Findens ist offenbar etwas, was einige Bürgerinnen und Bürger im gesellschaftlichen Diskurs vermissen« (Badura & Blöbaum 2020: 38). Möglicherweise trägt unsere Forschung also auch zur Bildung von Vertrauen in Wissenschaft (und andere gesellschaftliche Institutionen) bei. Diesen Beitrag möchten wir vergrößern, indem wir die Ergebnisse dieser Forschung in allen sächsischen Regionen öffentlich vorstellen und diskutieren und dabei die befragten Personen und ihr Umfeld möglichst einbeziehen, wobei die Frage nach den aus der Studie ableitbaren Handlungsempfehlungen mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort diskutiert werden soll.

Wenn diese Studie zwei Dinge gezeigt hat, dann sind es 1) die erlebte Distanz und Fremdheit zwischen einem Großteil der Befragten und den gesellschaftlichen Teilsystemen Journalismus und Politik, und 2) den engen Zusammenhang zwischen Misstrauen gegenüber beiden Systemen. Entweder man ist grosso modo einverstanden damit, wie Öffentlichkeit für welche zu bearbeitenden Themen hergestellt wird *und* wie und welche verbindlichen Entscheidungen zur Problembearbeitung getroffen werden – oder man ist mit beidem nicht einverstanden. Für eine stabile und vitale Demokratie aber ist ein Mindestmaß an Vertrauen in beide Bereiche existenziell. Und: Für beide Bereiche können Repräsentation, Partizipation und Responsivität als wesentliche Gütekriterien gelten. Hohes Misstrauen ist jeweils ein recht verlässlicher Indikator für Defizite und Klüfte in diesen Bereichen. Es muss also darum gehen, erlebte Distanzen zu verringern und Verbindungen zu verstärken, neue Möglichkeiten zur Teilhabe zu eröffnen und das Ausmaß sowohl der Repräsentation bzw. Repräsentativität (vor allem des Personals

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

in Politik und Medienredaktionen) als auch der Responsivität zu steigern, also die Berücksichtigung von und Reaktion auf Anliegen und Interessen der Bevölkerung (vgl. Elsässer et al. 2017: 164).

Steffen Mau hat angesichts des distanzierten Verhältnisses vieler Ostdeutscher zur bundesdeutschen repräsentativen Demokratie postuliert, »dass der politische Raum anders gedacht und gestaltet werden muss«, und angeregt, »Entscheidungs- und Partizipationsmöglichkeiten jenseits der klassischen Parteien zu vergrößern« (Mau 2024: 129 und 133). Sein zentraler Vorschlag besteht nicht in der stärkeren Ermöglichung von Volksentscheiden, sondern in der Einführung von Bürgerräten, die – als ergänzende Institutionen zu Parteien und Parlamenten – zu konkreten Problemen tagen, gemeinsame Positionen finden und Empfehlungen aussprechen. Deren Mitglieder würden durch Los- bzw. Lotterieverfahren bestimmt und als ein verkleinertes Abbild der Bevölkerung für einen bestimmten Zeitraum tagen, ohne von berufspolitischen Karriereinteressen beeinflusst zu sein oder als abgehobene Eliten kritisiert werden zu können. Solche Bürgerräte könnten »Lernorte der Demokratie« (ebd.: 136) sein, die das Potenzial haben, neuen Personenkreisen Teilhabechancen zu eröffnen und emotionalisierte Diskurse zu versachlichen – sofern die von ihnen ausgearbeiteten Empfehlungen auch tatsächlich eine gewisse Verbindlichkeit haben und Wirkung auf politische Entscheidungen entfalten.

In diesem Zusammenhang sei auch an das ältere Konzept der »Zukunftswerkstätten« erinnert, in denen die Zivilgesellschaft zur Beteiligung ermutigt werden und »mit Phantasie gegen Routine und Resignation« (Jungk & Müllert 1981) angehen sollte. In Workshop-Serien könnten, wie es jenes Konzept vorsieht, zu festgelegten Themen eine Beschwerde- und Kritikphase, eine Phantasie- und Utopiephase sowie eine Verwirklichungs- und Praxisphase durchlaufen werden. Um von Lethargie und Pessimismus über die Entwicklung einer Vision ins Handeln zu kommen, gibt es auch aktuelle Konzepte der UNESCO für »Futures Literacy« (Zukünfte-Kompetenz) und für das Trainieren des eigenen »Utopien-Muskels« (Pinzler 2024: 203-214). In entsprechend inspirierten Bürgerinitiativen den vorpolitischen Raum konstruktiv mitzugestalten oder gar als Mitglied eines Bürgerrates selbst Politik zu machen, ist möglicherweise der vielversprechendste Weg, um in breiteren Bevölkerungskreisen das Gefühl von Ownership an der Demokratie zu stärken.

Der Erfolg solcher Konzepte hängt freilich sowohl davon ab, dass Bürgerinnen und Bürger sich auch tatsächlich einbringen, als auch davon, dass

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Politikerinnen und Politiker bereit sind, Kritik anzunehmen und den Menschen gegenüber offen, transparent und authentisch zu agieren. Die in den Interviews zum Ausdruck kommende Skepsis und Distanz speist sich auch aus einer sichtbaren Differenz zwischen politischer »Show« auf der einen Seite und politischen Entscheidungsprozessen »hinter verschlossenen Türen« auf der anderen Seite. Um überzeugend für Demokratie werben zu können, sollten Politikerinnen und Politiker vielmehr aufrichtig, selbstkritisch und transparent auftreten. Anderenfalls drohen Versprechen, mehr Demokratie und Teilhabe zu wagen, auf ein in der Praxis selbstbezügliches und verschlossenes politisches System zu treffen und folgend erst recht zu einer tiefgreifenden Enttäuschung mit der Demokratie zu führen.

Ähnlich wie Bürgerräte die politische Selbstwirksamkeit sowie die Akzeptanz von kollektiven Entscheidungen steigern könnten, wäre Bürgerjournalismus eines von mehreren geeigneten Mitteln, um Distanzen zwischen Mediennutzenden und Medienmacherinnen und -machern abzubauen – und von der Medienöffentlichkeit frustrierte Bürgerinnen und Bürger zu entradikalisieren. Eine befragte Person, die für ein Online-Medium ihre Herzensthemen bürgerjournalistisch aufbereitet und publiziert, benannte den »Reflexionswert« dieses Prozesses, weil sie sich mit dem Thema sorgfältig auseinandersetzen müsse, und beschrieb die eigenen Veröffentlichungen als »Ventil« (Interview T20). So ist zum Beispiel denkbar, in größeren Projekten in Zusammenarbeit mit Journalistenverbänden und -gewerkschaften medienskeptische Bürgerinnen und Bürger, die Interesse zeigen, professionell zu coachen und bei der Recherche und Aufbereitung bürgerjournalistischer Beiträge zu selbstgewählten Themen zu begleiten. Publiziert werden könnten sie zeitgemäß und zielgruppenorientiert in jenen sozialen Medien, derzeit etwa Telegram, auf denen sich überdurchschnittlich viele medien- und politikskeptische Nutzerinnen und Nutzer aufhalten, die aber zugleich von Politik und Journalismus vergleichsweise wenig bedient werden. Sowohl das Ausüben des journalistischen Handwerks als auch der persönliche Kontakt zu Medienprofis könnten neben dem Stolz auf die eigene Publikation positive Effekte auf die Einstellung der Teilnehmenden (und deren soziales Umfeld) gegenüber dem Journalismus zeitigen.

Aufgrund ihrer emotionalen Qualitäten dürften persönliche zwischenmenschliche Erfahrungen – zusätzlich zur Vermittlung von Hintergrundwissen bzw. »kognitiver Journalismuskompetenz« (Beiler et al. 2023) – entscheidend für Haltungsänderungen sein. In unseren Interviews begründeten vier

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Befragte ihr hohes Medienvertrauen mit persönlichen Bekanntschaften mit Journalistinnen und Journalisten. Es scheint also sinnvoll, die Beziehungsarbeit zu intensivieren: Medienprofis an Schulen zu schicken (so wie es der Verein Journalismus macht Schule, die Organisation Lie Detectors oder vier bayerische Zeitungsverlage mit dem Projekt »Volo-Band der Demokratie« tun), Bürgerinnen und Bürger einen Tag in einer Redaktion miterleben zu lassen (wie es der MDR 2016 als Reaktion auf die Pegida-Proteste begann und seitdem jährlich mit der Aktion »Programm machen für einen Tag« fortsetzt) oder den journalistischen Terminkalender weniger eng zu takten, um bei Drehs und Reportage-Einsätzen mehr Zeit für spontanen Austausch mit Menschen vor Ort zu haben.

Nicht zuletzt dürfte aber auch die Qualität des journalistischen Outputs ausschlaggebend für die Entwicklung des Medienvertrauens sein. Der Wahrnehmung eines starken Zusammenhangs zwischen Medien und Politik kann eben auch dadurch entgegengewirkt werden, dass man sich als Redaktion tatsächlich stärker von der Themensetzung und Meinungsverteilung im Diskurs der politischen Eliten emanzipiert und eben nicht integraler Teil des Elitendiskurses ist, sondern – in den Worten von Pöttker (2003: 150) – einen eigenständigen »öffentlichen Wahrheitsdiskurs« führt, der den »Herrschaftsdiskurs« transzendiert und permanent kritisch hinterfragt. Es ginge also darum, der Tendenz des »Indexing« entgegenzuwirken und die Unabhängigkeit von der Politik offensiver zu demonstrieren.

Außerdem führt der Befund, dass sich viele Befragte ein breiteres Meinungsspektrum und teilweise auch eine »falsche Ausgewogenheit« (so beim Klima-Thema) wünschen, zu der Überlegung, ob man das Thema der *False Balance* neu diskutieren sollte – nicht mehr nur unter dem Gesichtspunkt der Wahrheit, sondern zusätzlich unter dem Vertrauensaspekt. Wenn eine auf wissenschaftlich evidente Positionen »beschränkte« Berichterstattung unbeabsichtigte Nebenfolgen produziert – nämlich den Verdacht, die Medien seien »linientreu« bzw. »auf Linie gebracht« – und Misstrauen gegen den professionellen Journalismus bis hin zur Abwendung von den etablierten Medien nach sich zieht, erscheint es überlegenswert, geächtete oder faktisch falsche Positionen auf die eine oder andere Art und Weise in die Berichterstattung zurückzuholen. Damit ist nicht gemeint, dass zum Beispiel in der *Tagesschau* Klimawandel-Leugnung Platz finden soll oder, wie Ferdinand Meyen (2021) als Beispiel erwähnt, in Talkshows Impfskeptikerinnen sitzen sollen, die behaupten, dass sie nach einer Corona-Impfung nicht mehr schwanger werden

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

könnten. Es könnten aber in Erklärstücken oder neu zu entwickelnden Formaten entsprechende Positionen – die außerhalb der etablierten Medien ja immer noch auf digitalen Plattformen ventiliert werden und dort Wirkung entfalten – aufgegriffen und verantwortungsvoll behandelt werden, um sowohl der Wahrheit die Ehre zu geben als auch den Eindruck eines zu engen Meinungskorridors zu kontern. Dies würde dem Umstand Rechnung tragen, dass die Medien ihre alte machtvolle Rolle als *Gatekeeper* längst verloren haben. Die ehemaligen Herrscher über die Schleusen der Massenkommunikation können nicht mehr kontrollieren, welche Informationen überhaupt die Öffentlichkeit erreichen. Sie sind heute eher in der Rolle der *Gatewatcher*, die Informationen nurmehr kuratieren (vgl. Bruns 2009).

In Zeiten starker affektiver Polarisierung braucht es zudem eine emotional intelligente, konfliktsensitive Berichterstattung (vgl. Rottmann 2024), die zur gesellschaftlichen Integration statt zur Vertiefung von Gräben durch die Bekämpfung bestimmter Werthaltungen oder durch das publizistische Ausschlachten von Konflikten beiträgt. Es erscheint in diesem Zusammenhang sinnvoll darüber nachzudenken, ob Berichterstattung weniger thesengetrieben, meinungsstark und (be-)wertend werden sollte, um den moralischen Druck auf jene Teile des Publikums mit jeweils anderen Wertepräferenzen zu verringern – und damit auch deren Gefühle der Bevormundung sowie die daraus resultierende Reaktanz, die als »Motivation zur Wiederherstellung eingeengter oder eliminierter Freiheitsspielräume« (Jacobsen 2024) verstanden werden kann. Vielleicht ist es Zeit, das Ideal der Trennung von Nachricht und Meinung wiederzubeleben, nachdem im Zuge von Digitalisierung und Kommerzialisierung eine (oft wohl unabsichtliche) Vermischung durch verstärktes »Storytelling« und vermehrte Emotionalisierung von Berichterstattung im Rennen um die knappe Ressource Aufmerksamkeit stattgefunden hat. Um polarisierende Konflikte integrativ zu behandeln und das Vertrauen von Milieus mit geringem Repräsentationsgefühl zu stärken, hilft möglicherweise auch das Konzept der Gewaltfreien Kommunikation nach Rosenberg (2009): Das empfiehlt in Konfliktfällen, die Positionen der Konfliktparteien in die jeweiligen 1) Wahrnehmungen, 2) Gefühle, 3) Bedürfnisse und 4) Bitten der Beteiligten aufzusplitten und damit besser verhandelbar zu machen. In der vielfach gespaltenen Gegenwartsgesellschaft mit verhärteten Fronten könnten Journalistinnen und Journalisten mit solchem Handwerkszeug eine stärker verständigungsorientierte und einfühlende Berichterstattung leisten.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

In diesem Zusammenhang ist auch zu erwägen, die professionelle Haltung eines Mediators bzw. einer Mediatorin – vor allem die »Allparteilichkeit« als empathische Zuwendung zu allen Konfliktparteien – in das journalistische Rollenverständnis zu integrieren, wie es etwa das Bonn Institute für Journalismus und konstruktiven Dialog anregt (vgl. Heinrichs 2023, Knorr 2019).

Grundsätzlich erscheint das Konzept des Konstruktiven Journalismus (vgl. Haagerup 2020, McIntyre & Gyldensted 2018) geeignet, einerseits Themenverdrossenheit bzw. Nachrichtenmüdigkeit und -vermeidung entgegenzuwirken – welche neun Befragte im Sample artikulierten, während sechs ausdrücklich positivere bzw. lösungsorientiertere Inhalte wünschten – als auch den gesellschaftlichen Mehrwert der Berichterstattung zu erhöhen (vgl. Beiler & Krüger 2018) sowie Polarisierungstendenzen zu verringern. Ein Musterbeispiel für ein konstruktives Debattenformat, das von Journalistinnen und Journalisten organisiert wird, ist »Deutschland spricht«, das tausende interessierte Bürgerinnen und Bürger mit konträren Haltungen in einer bestimmten Frage jeweils in Zweiergesprächen zusammenbringt. Ursprünglich 2017 initiiert von *Zeit Online*, wurde es im Umfeld der Landtagswahlen 2024 von einer Reihe weiterer Medien übernommen, in Sachsen von der *Leipziger Volkszeitung* (vgl. ZEIT-Verlagsgruppe 2024). In der *LVZ* konnte man schließlich ganze Zeitungsseiten mit Auszügen aus diesen Gesprächen lesen, auf denen jeweils zwei ganz normale Menschen von nebenan respektvoll Argumente austauschten, ob man die Ukraine mit Waffen unterstützen sollte, ob Deutschland zu viele Geflüchtete aufgenommen hat oder ob West- und Ostdeutsche heute die gleichen Chancen haben. Als genaues Gegenteil von einseitiger und Eliten-zentrierter Berichterstattung scheint ein solches Format geeignet, sowohl das mediale Repräsentationsgefühl als auch öffentliche Teilhabechancen für Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen.

Misstrauen in Medien, Politik und Demokratie hat nicht die eine Ursache, sondern ein Ursachenbündel. Erfolgreich dagegen zu arbeiten, erfordert ebenfalls ein Maßnahmenbündel, das personelle und zeitliche Ressourcen verschiedenster Institutionen beansprucht. Angesichts der bereits entstandenen Flurschäden an der politischen Kultur ist es höchste Zeit, entsprechende vertrauensbildende Maßnahmen zu ergreifen und bei den Bürgerinnen und Bürgern Sachsens, Ostdeutschlands und darüber hinaus das Gefühl von Ownership und Selbstwirksamkeit im demokratischen System zu erhöhen. Vielleicht kann Misstrauen nicht gleich in Vertrauen verwandelt

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

werden. Aber vielleicht wird aus einem zentripetalen Misstrauen, das aus der Gesellschaft hinausführt, zunächst einmal ein zentrifugales: also jenes Misstrauen, das Bürgerinnen und Bürgern den Willen und die Kraft verleiht, die Gesellschaft zu verbessern und sie sich anzueignen.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Literaturverzeichnis

Ackermann, Kathrin & Freitag, Markus (2016). Social Capital in der Vergleichenden Politikwissenschaft. In Hans-Joachim Lauth, Marianne Kneuer & Gert Pickel (Hg.), *Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft* (S. 271-283). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Adam, Hermann (2007). *Bausteine der Politik: Eine Einführung*. Wiesbaden: VS. https://doi.org/10.1007/978-3-531-90575-4

Adam, Silke, Urman, Aleksandra, Arlt, Dorothee, Gil-Lopez, Teresa, Makhortykh, Mykola & Maier, Michaela (2023). Media Trust and the COVID-19 Pandemic: An Analysis of Short-Term Trust Changes, Their Ideological Drivers and Consequences in Switzerland. *Communication Research*, *50*(2), 205-229. https://doi.org/10.1177/00936502221127484

Alesina, Alberto & La Ferrara, Eliana (2002). Who trusts others? *Journal Of Public Economics*, *85*(2), 207-234. https://doi.org/10.1016/s0047-2727(01)00084-6

ARD Media (2024). *Nutzungsstudie ma 2024 Audio I: Weitester Hörerkreis 4 Wochen* (Datenbank reichweiten.de). Abgerufen am 9. Oktober 2024 von https://www.reichweiten.de/radioSwift

ARD-Forschungsdienst (2022). Mediennutzung in der Corona-Pandemie. *Media Perspektiven*, 2/2022, 81-88.

Arlt, Dorothee, Wolling, Jens, Schaller, Sophia & Schumann, Christina (2023). Die politische Krise der Corona-Pandemie und die Rolle der Medien. *Media Perspektiven*, *7/2023*, 1-13.

Backes, Uwe & Kailitz, Steffen (2020). Einleitung. In dies. (Hg.), *Sachsen – eine Hochburg des Rechtsextremismus?* (S. 7-19). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Backes, Uwe (2019). Rechte Gewalt in Sachsen: 1990-2010. In Uwe Backes, Sebastian Gräfe, Anna-Maria Haase, Maximilian Kreter, Michail Logvinov

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

& Sven Segelke (Hg.), *Rechte Hassgewalt in Sachsen. Entwicklungstrends und Radikalisierung* (S. 30-45). Dresden: V&R unipress.

Backes, Uwe, Gräfe, Sebastian, Haase, Anna-Maria, Kreter, Maximilian, Logvinov, Michail & Segelke, Sven (2019). Einleitung. In dies. (Hg.), *Rechte Hassgewalt in Sachsen: Entwicklungstrends und Radikalisierung* (S. 13-29). Dresden: V&R unipress.

Badura, Laura & Blöbaum, Bernd (2020). Medienskepsis messbar machen: Methodologische Annäherungen an einen sensiblen Forschungsgegenstand. In Bernd Blöbaum, Thomas Hanitzsch & Laura Badura (Hg.), *Medienskepsis in Deutschland. Ursachen, Ausprägungen und Konsequenzen* (S. 29-41). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-31369-2_2

Baerns, Barbara (1982). Öffentlichkeitsarbeit und Journalismus – Darstellung latenter Beziehungen durch Ermittlung von Einflüssen ins Mediensystem. In Heribert Schatz & Klaus Lange (Hg.), *Massenkommunikation und Politik: Aktuelle Probleme und Entwicklungen im Massenkommunikationssystem der Bundesrepublik Deutschland* (S. 55-80). Frankfurt a.M.: Haag & Herchen.

Baier, Annette (2001). Vertrauen und seine Grenzen. In Martin Hartmann & Claus Offe (Hg.), *Vertrauen: die Grundlage des sozialen Zusammenhalts* (S. 37-84). Frankfurt a.M.: Campus Verlag.

Bangel, Christian, Blickle, Paul, Erdmann, Elena, Faigle, Philip, Loos, Andreas, Stahnke, Julian, Tröger, Julius & Venohr, Sascha (2019, 2. Mai). *Die Millionen, die gingen*. Zeit Online-Schwerpunkt »Die große Wanderung«. https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-05/ost-west-wanderung-abwanderung-ostdeutschland-umzug

Bau, Matthias (2020, 16. Oktober). *Mein Freund, der Neonazi: Querdenken-Moderator pflegt seit Jahren Kontakt in die rechtsextreme Szene*. Correctiv. https://correctiv.org/faktencheck/hintergrund/2020/10/16/mein-freund-der-neonazi-querdenken-moderator-pflegt-seit-jahren-kontakt-in-die-rechtsextreme-szene/

Baum, Anna-Luise & Haberl, Theresa (2020). Medienskepsis und Politikwahrnehmung im Wechselspiel: Populismus als Einflussfaktor auf Politik- und Medienvertrauen. In Bernd Blöbaum, Thomas Hanitzsch & Laura Badura (Hg.), *Medienskepsis in Deutschland: Ursachen, Ausprägungen und Konsequenzen* (S. 113-132). Wiesbaden: Springer VS.

Behre, Julia, Hölig, Sascha & Möller, Judith (2024). *Reuters Institute Digital News Report 2024: Ergebnisse für Deutschland* (Arbeitspapiere des Hans-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Bredow-Instituts, 72). Hamburg: Verlag Hans-Bredow-Institut. https://doi.org/10.21241/ssoar.94461

Beiler, Markus & Kiesler, Johanna (2018). »Lügenpresse! Lying press!« Is the press lying? A Content Analysis Study of the Bias of Journalistic Coverage about »Pegida«, the Movement Behind this Accusation. In Kim Otto & Andreas Köhler (Hg.), *Trust in Media and Journalism: Empirical Perspectives on Ethics, Norms, Impacts and Populism in Europe* (S. 155-179). Wiesbaden: Springer.

Beiler, Markus & Krüger, Uwe (2018). Mehr Mehrwert durch Konstruktiven Journalismus? Idee des Konzepts und Implikationen zur Steigerung des Public Values von Medien. In Nicole Gonser (Hg.), *Der öffentliche (Mehr-) Wert von Medien: Public Value aus Publikumssicht* (S. 167-191). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-20498-3_11

Beiler, Markus, Krüger, Uwe & Pfeiffer, Juliane (2020). Journalismusausbildung breiter denken! Journalismuskompetenz in Zeiten von Digitalisierung und Vertrauenserosion. In Tanja Köhler (Hg.), *Fake News, Framing, Fact-Checking – Nachrichten im digitalen Zeitalter* (S. 433-462). Bielefeld: transcript.

Beiler, Markus, Krüger, Uwe, Menner, Sophie & Pfeiffer, Juliane (2023). Mit Journalismuskompetenz den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken: Ein Modell für die Lehramtsausbildung und Ergebnisse einer Befragung von Lehramtsstudierenden. In Sonja Ganguin, Anneke Elsner, Ruth Wendt, Thorsten Naab, Jessica Kühn, Klaus Rummler, Patrick Bettinger, Mandy Schiefner-Rohs & Karsten D. Wolf (Hg.), *Jahrbuch Medienpädagogik 19. Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Kommunikation und Konsens* (S. 311-338). Zürich: Zeitschrift MedienPädagogik. https://doi.org/10.21240/mpaed/jb19/2023.03.12.X

Bender, Justus (2016, 23. Februar). *Fremdenfeinde in Sachsen: »Viele fühlen sich heimatlos, ausgesetzt und abgehängt« (Interview mit dem Politikwissenschaftler Hans Vorländer).* Frankfurter Allgemeine Zeitung. https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rechtsextremismus/hans-vorlaender-zu-fremdenfeindlichkeit-in-sachsen-14084911.html

Bennett, W. Lance (1990). Toward a Theory of Press-State Relations in the United States. *Journal of Communication*, 40(2), 103-125.

Bentele, Günter (1994). Öffentliches Vertrauen – normative und soziale Grundlage für Public Relations. In Wolfgang Armbrecht & Ulf Zabel (Hg.), *Normative Aspekte der Public Relations. Grundlegende Fragen und Perspektiven. Eine Einführung* (S. 131-158). Opladen: Westdt. Verlag.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Bentele, Günter (1998). Vertrauen/Glaubwürdigkeit. In Otfried Jarren, Ulrich Sarcinelli & Ulrich Saxer (Hg.), *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft: ein Handbuch mit Lexikonteil* (S. 305-311). Opladen: Westdeutscher Verlag.

Bentele, Günter (2013). Vertrauen. In Günter Bentele, Hans-Bernd Brosius & Otfried Jarren (Hg.), *Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft*. Wiesbaden: VS. https://doi.org/10.1007/978-3-531-93431-0

Bertelsmann-Stiftung (2024, 9. April). *Bevölkerungsentwicklung in Sachsen verläuft bis 2040 regional unterschiedlich* (Pressemitteilung). https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Presse/Bevoelkerungsvorausberechnung_2040/PMs_Bevoelkerungsvorausberechnung_2040/2024_04_09_PM_Bevoelkerungsentwicklung_in_Sachsen_verlaeuft_bis_2040_regional_unterschiedlich.pdf

Best, Volker, Decker, Frank, Fischer, Sandra & Küppers, Anne (2023). *Demokratievertrauen in Krisenzeiten: Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?* Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung. https://www.fes.de/studie-vertrauen-in-demokratie

Bidder, Benjamin & Kulf, Arne (2019, 3. Oktober). *Deutsche Einheit in Grafiken. So unterschiedlich wachsen Ost und West.* Der Spiegel. https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/deutsche-einheit-so-unterschiedlich-wachsen-ost-und-west-a-1288816.html

Biess, Frank (2020). Corona-Angst und die Geschichte der Bundesrepublik. *Aus Politik und Zeitgeschichte, 35-37/2020*, 33-39.

Bigl, Benjamin & Schubert, Markus (2021). *Medienkompetenz in Sachsen. Auf dem Weg zur digitalen Gesellschaft.* Dresden: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung. https://doi.org/10.25366/2021.63

Blöbaum, Bernd (2018). Bezugspunkte von Medienvertrauen: Ergebnisse einer explorativen Studie. *Media Perspektiven, 12/2018*, 601-607.

Blöbaum, Bernd (2022). *Vertrauen, Misstrauen und Medien*. Wiesbaden: Springer VS.

Blöbaum, Bernd, Hanitzsch, Thomas & Badura, Laura (2020). Medienskepsis in Deutschland: Zur Einführung. In dies. (Hg.), *Medienskepsis in Deutschland: Ursachen, Ausprägungen und Konsequenzen* (S. 1-28). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-31369-2_1

Blome, Nikolaus (2020, 7. Dezember). *Impfpflicht! Was denn sonst?* Der Spiegel. https://www.spiegel.de/politik/deutschland/impfpflicht-was-denn-sonst-a-2846adb0-a468-48a9-8397-ba50fbe08a68

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Böckmann, Nina & Datt, Thomas (2023, 7. August). *Gewalt, Drogen, teure Autos – Wie kriminelle Neonazis eine Kleinstadt in Sachsen im Griff haben* (Fernsehbeitrag). MDR-Fernsehen (Reportagereihe »exactly)«.

Böhmer, André (2024, 25. Juni). Haushaltseinkommen: Sachsen Drittletzter – 7500 Euro unter Bundesdurchschnitt. *Leipziger Volkszeitung*, S. 1.

Bohnsack, Ralf (2010). *Rekonstruktive Sozialforschung – Einführung in qualitative Methoden*. Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich/UTB.

Bourdieu, Pierre (1983). Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In Ullrich Bauer, Uwe H. Bittlingmayer & Albert Scherr (Hg.), *Handbuch Bildungs- und Erziehungssoziologie* (S. 229-242). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-531-18944-4_15

Brenner, Hans, Heidrich, Wolfgang, Müller, Klaus-Dieter & Wendler, Dietmar (Hg.). (2018). *NS-Terror und Verfolgung in Sachsen. Von den Frühen Konzentrationslagern bis zu den Todesmärschen*. Dresden: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung.

Brettschneider, Frank (2023). *Rechtspopulismus, Verschwörungs-Erzählungen, Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen in Deutschland* (Präsentation). Stuttgart: Universität Hohenheim. https://www.uni-hohenheim.de/fileadmin/uni_hohenheim/Aktuelles/Uni-News/Pressemitteilungen/2023-08_Populismus_und_Demokratie.pdf

Brosius, Hans-Bernd, Haas, Alexander & Unkel, Julian (2022). *Methoden der empirischen Kommunikationsforschung: Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.

Bruns, Axel (2009). Vom Gatekeeping zum Gatewatching: Modelle der journalistischen Vermittlung im Internet. In Christoph Neuberger, Christian Nuernbergk & Melanie Rischke (Hg.), *Journalismus im Internet: Profession – Partizipation – Technisierung* (S. 107-128). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91562-3_3

Bundesministerium des Innern und für Heimat (Hg.). (2023). *Verfassungsschutzbericht 2022*. https://doi.org/10.15496/publikation-89111

Bundesministerium des Innern und für Heimat (Hg.). (2024). *Verfassungsschutzbericht 2023*. https://www.publikationen-bundesregierung.de/pp-de/publikationssuche/verfassungsschutzbericht-2023-2292778

Bundesstiftung Aufarbeitung (2021a). *Das Rundfunküberleitungsgesetz*. https://deutsche-einheit-1990.de/ministerien/mfm/rueg

Bundesstiftung Aufarbeitung (2021b). *Neue Pressepolitik*. https://deutsche-einheit-1990.de/ministerien/mfm/neue-pressepolitik

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Buschow, Christopher (2012). *Strategische Institutionalisierung durch Medienorganisationen. Der Fall des Leistungsschutzrechtes.* Köln: Herbert von Halem.

Bussemer, Thymian (2008). *Propaganda. Konzepte und Theorien* (2. Auflage). Wiesbaden: VS.

Carr, D. Jasun, Barnidge, Matthew, Lee, Byung Gu & Tsang, Stephanie Jean (2014). Cynics and skeptics: evaluating the credibility of mainstream and citizen journalism. *Journalism & Mass Communication Quarterly, 91*(3), 452-470. https://doi.org/10.1177/1077699014538828

Coleman, Stephen (2012). Believing the news: from sinking trust to atrophied efficacy. *European Journal of Communication, 27*(1), 35-45. https://doi.org/10.1177/0267323112438801

Dahn, Daniela (2019). *Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute: Die Einheit – eine Abrechnung*. Hamburg: Rowohlt.

Datt, Thomas (2017). Flucht aus Colditz. Eine rechtsfreie Zone im mittelsächsischen Hügelland. In Heike Kleffner & Matthias Meisner (Hg.), *Unter Sachsen: Zwischen Wut und Willkommen* (S. 211-224). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Debski, Andreas (2024, 23. Mai). *Arbeitsmarkt in Sachsen: Jeder Fünfte wird bis 2033 in Rente gehen*. Leipziger Volkszeitung. https://www.lvz.de/mitteldeutschland/sachsen-jeder-fuenfte-wird-bis-2033-in-rente-gehen-WA47XCWHINFDLIHRN7YP3P3J6M.html

Decker, Frank, Best, Volker, Fischer, Sandra & Küppers, Anne (2019). *Vertrauen in Demokratie: Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik?* Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung. https://library.fes.de/pdf-files/fes/15621-20190822.pdf

Decker, Oliver, Kiess, Johannes, Heller, Ayline & Brähler, Elmar (2024). Die Leipziger Autoritarismus Studie 2024: Methoden, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In dies. (Hg.), *Vereint im Ressentiment: Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen* (Leipziger Autoritarismus Studie 2024). Gießen: Psychosozial-Verlag.

Decker, Oliver, Yendell, Alexander, Kiess, Johannes & Brähler, Elmar (2017). *Polarisiert und radikalisiert? Medienmisstrauen und die Folgen für die Demokratie* (OBS-Arbeitspapier 27). Frankfurt a.M.: Otto Brenner Stiftung. https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien/studien-2017/polarisiert-und-radikalisiert

Dederichs, Andrea M. (1997). Vertrauen als affektive Handlungsdimension: Ein emotionssozialogischer Bericht. In Martin K. W. Schweer (Hg.), *Ver-*

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

trauen und soziales Handeln. Facetten eines alltäglichen Phänomens (S. 62-77). Neuwied: Luchterhand.

Der Bundeswahlleiter (Hg.). (2022). *Ergebnisse früherer Bundestagswahlen*. https://www.bundeswahlleiterin.de/dam/jcr/397735e3-0585-46f6-a0b5-2c60c5b83de6/btw_ab49_gesamt.pdf

Der Spiegel (2020, 14. Mai). *Fragen und Antworten zur Förderung durch die Gates-Stiftung*. Der Spiegel. https://www.spiegel.de/backstage/fragen-und-antworten-zur-foerderung-durch-die-bill-and-melinda-gates-stiftung-a-dac661f6-210a-4616-b2d2-88917210fed4

Deutsche Gesellschaft für Soziologie & Berufsverband Deutscher Soziologinnen und Soziologen (2017). *Ethik-Kodex: §2 Rechte der Probanden, Abs. 3*. https://soziologie.de/fileadmin/user_upload/dokumente/Ethik-Kodex_2017-06-10.pdf

DGB-Bundesvorstand (2000). *Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus*. https://biz-berlin.verdi.de/++file++5d1dc802e999fb09385771f1/download/verdi-Bildungszentrum-Berlin_BBZ-Clara-Sahlberg_Veranstaltungen-Archiv_Literaturtagung-2019_DGB-Schlussbericht_Kommission-Rechtsextremismus.pdf

Dietl, Sylvia (2004). Sendeschluss. Das Ende des DDR-Rundfunks unter struktur- und handlungstheoretischen Aspekten. In Klaus Arnold & Christoph Classen (Hg.), *Zwischen Pop und Propaganda. Radio in der DDR* (S. 163-181). Berlin: Ch. Links.

Distelrath, Michelle & Kaukemüller, Josefine (2020). Medienskeptische Personen im Profil: Von harten und weichen Typen der Medienskepsis. In Bernd Blöbaum, Thomas Hanitzsch & Laura Badura (Hg.), *Medienskepsis in Deutschland: Ursachen, Ausprägungen und Konsequenzen* (S. 63-85). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-31369-2_4

Dohle, Marco & Hartmann, Tilo (2008). Alles eine Frage hoher Reichweite? Eine experimentelle Untersuchung zur Ursache der Entstehung von Hostile-Media-Effekten. *Medien & Kommunikationswissenschaft, 56*(1), 21-41.

Donges, Patrick & Jarren, Otfried (2022). *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft: Eine Einführung* (5. Auflage). Wiesbaden: Springer VS.

Donges, Patrick (2006). Medien als Institutionen und ihre Auswirkungen auf Organisationen: Perspektiven des soziologischen Neo-Institutionalismus für die Kommunikationswissenschaft. *Medien & Kommunikationswissenschaft, 54*(4), 563-578. https://doi.org/10.5771/1615-634x-2006-4-563

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Dörner, Andreas & Karl Rohe (2000). Politik. In Everhard Holtmann (Hg.), *Politik-Lexikon* (3., völlig überarbeitete Auflage, S. 484). München & Wien: R. Oldenbourg.

dpa-infocom (2022, 14. Januar). *Lohnlücke zwischen Ost und West schwindet nur langsam*. Süddeutsche Zeitung. https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/einkommen-berlin-lohnluecke-zwischen-ost-und-west-schwindet-nur-langsam-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220114-99-703699

dpa-infocom (2024, 9. April). *Sachsen Bevölkerungszahl schrumpft bis 2040 deutlich*. Süddeutsche Zeitung. https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/statistik-sachsen-bevoelkerungszahl-schrumpft-bis-2040-deutlich-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-240409-99-607088

Easton, David (1975). A Re-assessment of the Concept of Political Support. *British Journal of Political Science*, *5*(4), 435-457.

Edelman Trust Institute (Hg.). (2024). *Edelman Trust Barometer 2024: Global Report*. https://edl.mn/3Rn6zO0

Elsässer, Lea, Hense, Svenja & Schäfer, Armin (2017). »Dem Deutschen Volke«? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, *27*(2), 161-180. https://doi.org/10.1007/s41358-017-0097-9

Endreß, Martin (2022). Fake-News, Verschwörungsdenken und politischer Extremismus – Vertrauen in einer sich fraktionierenden Gesellschaft. In Mathias Lindenau & Marcel Meier Kressig (Hg.), *Vertrauen – ein riskantes Unterfangen? Sechs (Ein-)Blicke* (S. 31-48). Darmstadt: wbg Academic.

Engelke, Katherine M. (2018). *Die journalistische Darstellung von Vertrauen, Misstrauen und Vertrauensproblemen im Kontext der Digitalisierung: Theoretische Entwicklung und empirische Erfassung von Vertrauensdimensions-Frames*. Baden-Baden: Nomos. https://doi.org/10.5771/9783845291857

Engesser, Sven & Brüggemann, Michael (2016). Falsche Ausgewogenheit? Eine journalistische Berufsnorm auf dem Prüfstand. In Petra Werner, Lars Rinsdorf, Thomas Pleil & Klaus-Dieter Altmeppen (Hg.), *Verantwortung – Gerechtigkeit – Öffentlichkeit: Normative Perspektiven auf Kommunikation* (S. 51-63). München: UVK.

Equit, Claudia & Hohage, Christoph (Hg.). (2016). *Handbuch Grounded Theory: von der Methodologie zur Forschungspraxis*. Weinheim Basel: Beltz Juventa.

Erikson, Erik H. (1992). *Der vollständige Lebenszyklus*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Faus, Rainer & Storks, Simon (2019). Gesundes Misstrauen oder Vertrauenskrise? In Rainer Faus, Tom Mannewitz, Simon Storks, Kai Unzicker & Erik

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Vollmann (Hg.), *Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien – Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?* (S. 62-95). Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/schwindendes-vertrauen-in-politik-und-parteien

Faus, Rainer, Mannewitz, Tom, Storks, Simon, Unzicker, Kai & Vollmann, Erik (2019). *Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien – Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?* Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/schwindendes-vertrauen-in-politik-und-parteien

Fawzi, Nayla (2019). Untrustworthy News and the Media as »Enemy of the People?«: How a Populist Worldview Shapes Recipients' Attitudes toward the Media. *The International Journal of Press/Politics, 24*(2), 146-164. https://doi.org/10.1177/1940161218811981

Fawzi, Nayla, Steindl, Nina, Obermaier, Magdalena, Prochazka, Fabian, Arlt, Dorothee, Blöbaum, Bernd, Dohle, Marco, Engelke, Katherine, Hanitzsch, Thomas, Jackob, Nikolaus, Jakobs, Ilka, Klawier, Tilman, Post, Senja, Reinemann, Carsten, Schweiger, Wolfgang & Ziegele, Marc (2021). Concepts, causes and consequences of trust in news media: A literature review and framework. *Annals of the International Communication Association, 45*(2), 154-174.

Flick, Uwe (2020). Gütekriterien qualitativer Forschung. In Günter Mey & Katja Mruck (Hg.), *Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie*. Wiesbaden: Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-658-26887-9_30

Flick, Uwe, von Kardoff, Ernst & Steinke, Ines (2008). *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag.

Flößer, Maxim (2024, 6. März). Keine Lokalzeitung – mehr AfD (Medienstudie). *KONTEXT*. https://www.kontextwochenzeitung.de/medien/675/keine-lokalzeitung-mehr-afd-9414.html

forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH (2023). *dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst 2023: Der öffentliche Dienst aus Sicht der Bevölkerung*. https://www.dbb.de/fileadmin/user_upload/globale_elemente/pdfs/2023/forsa_2023.pdf

Freistaat Sachsen (2021). *Printmedien*. Abgerufen am 16. Februar 2021 von www.medien.sachsen.de/printmedien-3926.html

Frey-Vor, Gerlinde, Kessler, Bernhard & Mohr, Inge (2021). Mediennutzung im Ost/West-Vergleich – 30 Jahre deutsche Einheit: Ergebnisse der ARD/ZDF-Massenkommunikation Langzeitstudie. *Media Perspektiven, 1/2021*, 45-70.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Friebertshäuser, Barbara, Langer, Antje & Prengel, Annedore (Hg.). (2010). *Handbuch qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft*. Weinheim/München: Juventa Verlag.

Fuchs-Heinritz, Werner (2009). *Biographische Forschung: Eine Einführung in Praxis und Methoden*. Wiesbaden: Springer VS.

Fuhrmann, Maximilian (2019). Wer vage bleibt, gewinnt. In Uwe Backes, Alexander Gallus, Eckhard Jesse & Tom Thieme (Hg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie* (S. 81-96). Baden-Baden: Nomos. https://doi.org/10.5771/9783748904991-81

Fuß, Susanne & Karbach, Ute (2019). *Grundlagen der Transkription. Eine praktische Einführung*. Opladen & Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Gadringer, Stefan, Kweton, Sabrina, Trappel, Josef & Vieth, Teresa (Hg.). (2012). *Journalismus und Werbung – Kommerzielle Grenzen der redaktionellen Autonomie*. Wiesbaden: Springer VS.

Gambetta, Diego (1988). Can we trust? In Diego Gambetta (Hg.), *Trust: Making and Breaking Co-operative Relations* (S. 213-237). New York: Basil Blackwell.

Garsztecki, Stefan, Laux, Thomas & Nebelin, Marian (2024). Die »neue« Rechte im Kontext. Globale Trends und regionale Entwicklungen. In dies. (Hg.), *Brennpunkte der »neuen« Rechten. Globale Entwicklungen und die Lage in Sachsen* (S. 9-43). Bielefeld: transcript. https://doi.org/10.14361/9783839465790-002

Gaziano, Cecilie & McGrath, Kristin (1986). Measuring the Concept of Credibility. *Journalism Quarterly, 63*(3), 451-462. https://doi.org/10.1177/107769908606300301

Geramanis, Olaf (2002). *Vertrauen – Die Entdeckung einer sozialen Ressource*. Stuttgart: Hirzel.

Geserick, Rolf (2004). Vom Erziehungsinstrument zum Konsumgut? Zur Entwicklung des DDR-Rundfunks in der Honecker-Zeit. In Klaus Arnold & Christoph Classen (Hg.), *Zwischen Pop und Propaganda – Radio in der DDR* (S. 151-162). Berlin: Ch. Links.

Geuter, Ulfried (2019). *Praxis Körperpsychotherapie: 10 Prinzipien der Arbeit im therapeutischen Prozess*. Berlin & Heidelberg: Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-662-56596-4

Giddens, Anthony (1990). *The consequences of modernity*. Cambridge: Polity Press.

Ginzel, Arndt (2017). Die Welt außerhalb des Steinhauses – Wie in Bautzen Hass gegen die sorbische Minderheit und Gewalt gegen Flüchtlinge entstand. In Heike Kleffner & Matthias Meisner (Hg.), *Unter Sachsen Zwi-*

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

schen Wut und Willkommen (S. 200-209). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Glaser, Barney G. & Strauss, Anselm L. (2010). *Grounded theory: Strategien qualitativer Forschung*. Bern: Verlag Hans Huber.

Glück, Antje (2021). Kalter Krieg oder innere Einheit? Der Wandel des Mediendiskurses über Ostdeutschland durch ostdeutsche Journalist*innen in Die Zeit. In Nils S. Borchers, Selma Güney, Uwe Krüger & Kerem Schamberger (Hg.), *Transformation der Medien – Medien der Transformation: Verhandlungen des Netzwerks Kritische Kommunikationswissenschaft* (S. 77-100). Frankfurt a.M.: Westend. https://doi.org/10.53291/AAMU5370

Granow, Viola, Jackob, Nikolaus, Ziegele, Marc, Quiring, Oliver, Schemer, Christian & Schultz, Tanjev (2020). Interpersonales Vertrauen als Prädiktor für Medienvertrauen – Befunde der Mainzer Langzeitstudie. In Astrid Blome, Tobias Eberwein & Stefanie Averbeck-Lietz (Hg.), *Medienvertrauen: Historische und aktuelle Perspektiven* (S. 95-115). Berlin: De Gruyter Saur. https://doi.org/10.1515/9783110590470-006

Gross, Reiner (2001). *Geschichte Sachsens*. Leipzig: Edition Leipzig.

Grössenberger, Ines & Pausch, Markus (2018). Das Unbehagen mit der repräsentativen Demokratie: Demokratievertrauen und Reformwünsche in Österreich. *Momentum Quarterly – Zeitschrift für sozialen Fortschritt*, *7*(3), 124-135.

Haagerup, Ulrik (2020). The Time is now: Rethink Journalism – Constructive News as the Media Answer to Democratic Trust Meltdown. In Tanja Köhler (Hg.), *Fake News, Framing, Fact-Checking – Nachrichten im digitalen Zeitalter* (S. 319-331). Bielefeld: transcript.

Hach, Oliver (2017). »Deitsch un frei« im Erzgebirge. In Heike Kleffner & Matthias Meisner (Hg.), *Unter Sachsen Zwischen Wut und Willkommen* (S. 124-139). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Hagen, Lutz M., Fläming, Anne & In der Au, Anne-Marie (2014). Synchronisation von Nachricht und Werbung – Wie das Anzeigenaufkommen von Unternehmen mit ihrer Darstellung in Spiegel und Focus korreliert. *Publizistik*, *59*(4), 367-386.

Haller, Michael (2017a). *Die »Flüchtlingskrise« in den Medien. Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information*. Frankfurt a.M.: Otto Brenner Stiftung. https://www.otto-brenner-stiftung.de/die-fluechtlingskrise-in-den-medien

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Haller, Michael (2017b). Was wird aus der digitalisierten Medienwelt? Überlegungen zu einer Neubestimmung der Theorie des »öffentlichen Vertrauens«. In ders. (Hg.), *Öffentliches Vertrauen in der Mediengesellschaft* (S. 15-77). Köln: Herbert von Halem Verlag.

Hanitzsch, Thomas, van Dalen, Arjen & Steindl, Nina (2017). Caught in the nexus. A comparative and longitudinal analysis of public trust in the press. *The International Journal of Press/Politics*, *20*(2), 1-21. https://doi.org/10.1177/1940161217740695

Hans, Barbara (2017). *Inszenierung von Politik: Zur Funktion von Privatheit, Authentizität, Personalisierung und Vertrauen*. Wiesbaden: Springer VS.

Harbers, Dorothee (2003). *Die Bezirkspresse der DDR (unter besonderer Berücksichtigung der SED-Bezirkszeitungen): Lokalzeitungen im Spannungsfeld zwischen Parteiauftrag und Leserinteresse*. Marburg: Tectum.

Hartmann, Martin (2011). *Die Praxis des Vertrauens*. Berlin: Suhrkamp.

Hartmann, Martin (2017). *Krise des Vertrauens – Politik in der Krise? Philosophie und die Bedingungen von Vertrauensordnungen*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. https://library.fes.de/pdf-files/dialog/13725.pdf

Hartmann, Martin (2020). *Vertrauen. Die unsichtbare Macht*. Frankfurt a.M.: S. Fischer Verlag.

Haschke, Josef Ferdinand (2016). *Politische Vertrauenskrise?* Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Hebenstreit, Jörg, Holtmann, Everhard, Jaeck, Tobias, Lutz, Lynn-Malou, Pollak, Reinhard, Reiser, Marion, Sand, Matthias & Zissel, Pierre (2024). *Deutschland-Monitor ›23 – Gesellschaftliche und politische Einstellungen (Themenschwerpunkt: Stadt und Land)*. Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. (ZSH), Institut für Politikwissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. https://deutschland-monitor.info/fileadmin/Reports/Deutschland-Monitor23.pdf

Heinrichs, Ellen (2023). Was Journalismus von der Mediation lernen kann. *Journalist*, 2023/9, 68-72.

Heitmeyer, Wilhelm, Freiheit, Manuel & Sitzer, Peter (2021). *Rechte Bedrohungsallianzen*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Helfferich, Cornelia (2014). Leitfaden- und Experteninterviews. In Nina Baur & Jörg Blasius (Hg.), *Handbuch Methoden der Sozialforschung* (S. 559-574). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-531-18939-0_39

Herman, Edward S. & Chomsky, Noam (2023). *Die Konsensfabrik – Die politische Ökonomie der Massenmedien*. Frankfurt a.M.: Westend.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Hermann, Melanie (2018). *»Reichsbürger« und Souveränisten. Basiswissen und Handlungsstrategien*. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung. https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2019/04/Reichsbuerger_Internet.pdf

Herold, Maik & Schäller, Steven (2020). Pegida und die AfD. Zwischen Konvergenz, Konkurrenz und Kooperation. In Uwe Backes & Steffen Kailitz (Hg.), *Sachsen – eine Hochburg des Rechtsextremismus?* (S. 127-154). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Herrmann, Amelie & Wiafe, Jacqueline (2020). »Das war für mich ein Wendepunkt«: Medienskepsis und Schlüsselerfahrungen. In Bernd Blöbaum, Thomas Hanitzsch & Laura Badura (Hg.), *Medienskepsis in Deutschland: Ursachen, Ausprägungen und Konsequenzen* (S. 133-157). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-31369-2_7

Hilker, Heiko (2020). *Jugendradio DT64 und die DT64-Freundeskreise: Die Jugendbewegung zum Erhalt des DDR-Jugendradios DT64 im Blick*. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen.

Himmelmann, Gerhard (2016). *Demokratie Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Arbeitsbuch*. Schwalbach/Ts: Wochenschau-Verlag.

Himmelmann, Gerhard (2017). *Demokratie-Lernen in der Schule*. Schwalbach/Ts: Wochenschau Verlag.

Hirndorf, Dominik & Roose, Jochen (2023). *Welchen Nachrichten kann man noch trauen? Angst vor Desinformation und Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien*. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung. https://www.kas.de/de/monitor/detail/-/content/welchen-nachrichten-kann-man-noch-trauen

Hoffmann, Christian (2021, 11. Februar). *Das Herz des Journalismus schlägt links – so what?* European Journalism Observatory. https://de.ejo-online.eu/qualitaet-ethik/das-herz-des-journalismus-schlaegt-links-so-what

Hoffmann, Dierk (2021). Übernahme? Die Rolle der alten Bundesländer beim »Aufbau Ost« – Austausch- und Transferprozesse am Beispiel Baden-Württembergs und Sachsen 1989/1990. In Ilko-Sascha Kowalczuk, Holger Kulick & Frank Ebert (Hg.), *(Ost)Deutschlands Weg. 45 Studien & Essays zur Lage des Landes (Teil I: 1989 bis heute)* (S. 257-266). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Hoffmann, Dierk (2024). *Mythos Sachsen: Privatisierung, Kommunikation und Staat in den 1990er-Jahren* (Studien zur Geschichte der Treuhandanstalt, Band 10). Berlin: Ch. Links Verlag.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Hoffmann, Martin, Pohl, Annkathrin & Dutz, Jessica Jana (2023). *Feindbild Journalist:in 7: Berufsrisiko Nähe* (Eine Studie des Europäischen Zentrums für Presse und Medienfreiheit). https://www.ecpmf.eu/feindbild-journalistin-7

Holt, Kristoffer, Figenschou, Tine Ustad & Frischlich, Lena (2019). Key Dimensions of Alternative News Media. *Digital Journalism, 7*, 860-869.

Holtmann, Everhard (1991). Politisches System. In ders. (Hg.), *Politik-Lexikon* (S. 507-509). München/Wien: Oldenbourg.

Honecker, Erich (1975). *Reden und Aufsätze* (Bd. 2). Berlin (Ost): Dietz.

Honer, Anne (2003). Interview. In Ralf Bohnsack, Winfried Marotzki & Michael Meuser (Hg.), *Hauptbegriffe qualitativer Sozialforschung – Ein Wörterbuch* (S. 94-99). Opladen: Westdeutscher Verlag.

Huber, Joachim (2017). Aus für die Wernesgrüner Musikantenschenke – Wie der MDR die ostalgische Grundierung seines Programms langsam abbaut. In Heike Kleffner & Matthias Meisner (Hg.), *Unter Sachsen Zwischen Wut und Willkommen* (S. 114-120). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Info GmbH (2019). *Empfangs- und Reichweitenerhebung Lokal-TV Sachsen 2019. Ergebnisbericht i.A. der Sächsischen Landesmedienanstalt (SLM)*. Leipzig: Sächsische Landesmedienanstalt. https://www.slm-online.de/foerderung-und-programm/medienforschung/empfangs-und-reichweitenstudie-lokal-tv

Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (2024). *Auflagenarchiv und Ausweisung aktueller Auflagen*. Abgerufen am 9. Oktober 2024 von https://www.ivw.de/print/ausweisung

Infratest dimap (2020). *Glaubwürdigkeit der Medien 2020: Eine Studie im Auftrag des Westdeutschen Rundfunks*. https://www.ard.de/die-ard/Glaubwuerdigkeit-der-Medien-WDR-Studie-100.pdf

Infratest dimap (2023). *Glaubwürdigkeit der Medien 2023: Eine repräsentative Umfrage im Auftrag des Westdeutschen Rundfunks, November 2023*. https://www.ard-media.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/Dossiers/Glaubwuerdigkeit_der_Medien_2023_final.pdf

Inglehart, Ronald, Haerpfer, Christian, Moreno, Anna, Welzel, Christian, Kizilova, Katerina, Diez-Medrano, Juan, Lagos, Marta, Norris, Pippa, Ponarin, Evgeny & Puranen, Bogdan (2018). *World Values Survey: All Rounds – Country-Pooled Datafile Version*. Madrid: JD Systems Institute.

Institut für Demoskopie Allensbach (2022). *Politischer Radikalismus und die Neigung zu Verschwörungstheorien: Ergebnisse einer Repräsentativumfrage im*

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Auftrag der FF Framework TV & Media GmbH. https://www.swr.de/unternehmen/kommunikation/pressemeldungen/story-im-ersten-tankstellenmord-114.pdf

Ismayr, Wolfgang & Fleck, André (2019). Land (Freistaat) Sachsen. In Uwe Andersen, Jörg Bogumil, Stefan Marschall & Wichard Woyke (Hg.), *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland* (8., überarbeitete und aktualisierte Auflage). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-23670-0

Jäckle, Sebastian & Wagschal, Uwe (2022). Vertrauen in die Politik während der Corona-Krise. *dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management, 15*(1-2022), 149-174.

Jackob, Nikolaus (2012). *Gesehen, gelesen – geglaubt? Warum die Medien nicht die Wirklichkeit abbilden und die Menschen ihnen trotzdem vertrauen*. München: Olzog.

Jackob, Nikolaus, Schultz, Tanjev, Jakobs, Ilka, Quiring, Oliver, Schemer, Christian, Ziegele, Marc & Viehmann, Christina (2023). *Medienvertrauen in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Jackob, Nikolaus, Schultz, Tanjev, Ziegele, Marc, Schemer, Christian & Quiring, Oliver (2017). Medienzyniker und Medienfans. Merkmale eines gespaltenen Publikums. In Michael Haller (Hg.), *Öffentliches Vertrauen in der Mediengesellschaft* (S. 118-138). Köln: Halem.

Jacobsen, Lenz (2024, 2. September). *Pegida: Die besorgten Bürger haben gewonnen. Zeit Online*. https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-09/pegida-rechte-wahlerfolge-dresden-rechtsextremismus

Jandura, Olaf, Kösters, Raphael & Wilms, Lena (2018). Mediales Repräsentationsgefühl in der Bevölkerung. *Media Perspektiven, 3/2018*, 118-127.

Jesse, Eckhard (2020). Extremismus. In Uwe Andersen & Wichard Woyke (Hg.), *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland* (S. 1-10). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-23670-0_45-1

Jesse, Eckhard, Schubert, Thomas & Thieme, Tom (2014). *Politik in Sachsen*. Wiesbaden: Springer VS.

Johnson, Thomas J. & Kaye, Barbara K. (2014). Site effects: How reliance on social media influences confidence in the government and news media. *Social Science Computer Review, 33*(2), 1-18. https://doi.org/10.1177/0894439314537029

Jungholt, Thorsten (2019, 24. September). Sachsens SPD-Chef: »Leute in Ostdeutschland, die halten Demokratie für einen Pizzaservice«. *Die Welt*.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

https://www.welt.de/politik/deutschland/article195754657/Martin-Dulig-zur-SPD-Leute-in-Ostdeutschland-die-halten-Demokratie-fuer-einen-Pizzaservice.html

Jungk, Robert & Müllert, Norbert R. (1981). *Zukunftswerkstätten: Mit Phantasie gegen Routine und Resignation*. München: Heyne.

Kallmeyer, Werner & Schütze, Fritz (1976). Konversationsanalyse. *Studium Linguistik*, *1*, 1-28.

Keller, Katrin (2002). *Landesgeschichte Sachsen*. Stuttgart: Ulmer.

Kiess, Johannes & Nattke, Michael (2024). *Widerstand über alles: Wie die Freien Sachsen die extreme Rechte mobilisieren*. Leipzig: edition überland.

Kiess, Johannes & Wetzel, Gideon (2023). Die extrem rechte und verschwörungsideologische Telegram-Szene in Sachsen: Angebot und Nachfrage einer lokal eingebetteten Bewegung. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, *71*(3-4), 309-338. https://doi.org/10.5771/1615-634X-2023-3-4-309

Kiess, Johannes & Wetzel, Gideon (2024). *So entwickelt sich die Telegramszene in Sachsen*. Digitalreport. https://www.belltower.news/digitalreport-2024-2-so-entwickelt-sich-die-telegramszene-in-sachsen-156103/.

Klug, Petra, Amsbeck, Hannah, Loos, Reinhard & Weber, Jakob (2024). *Bevölkerungsvorausberechnung 2040 im Wegweiser Kommune: Länderbericht Sachsen*. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Presse/Bevoelkerungsvorausberechnung_2040/Laenderbericht-Sachsen.pdf

Knop, Carsten (2015, 20. Januar). *Wer zweimal lügt, dem glaubt man nicht*. Frankfurter Allgemeine Zeitung. https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/weltwirtschaftsforum-davos/studie-bestaetigt-misstrauen-vor-davos-wirtschaftsforum-13379301.html

Knorr, Charlotte (2019, 9. Mai). *Vom Forming über das Storming zum Reforming* (Vortrag). DGPuK Preconference Kommunikationswissenschaftliche Vertrauensforschung in einer digitalisierten Welt, Münster.

Köhler, Andreas & Otto, Kim (2018). The impact of the European Debt Crisis on trust in the media. In dies. (Hg.), *Trust in media and journalism: Empirical perspectives on ethics, norms, impacts and populism in Europe* (S. 93-110). Wiesbaden: Springer VS.

Kohring, Matthias & Matthes, Jörg (2004). Revision und Validierung einer Skala zur Erfassung von Vertrauen in Journalismus. *Medien & Kommunikationswissenschaft (M & K)*, *52*(3), 377-385. https://doi.org/10.5771/1615-634x-2004-3-377

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Kohring, Matthias (2004). *Vertrauen in Journalismus: Theorie und Empirie*. Konstanz: UVK.

Kollmorgen, Raj, Vogel, Lars & Zajak, Sabrina (Hg.). (2024). *Ferne Eliten: Die Unterrepräsentation von Ostdeutschen und Menschen mit Migrationshintergrund* (unter Mitarbeit von Jan Schaller). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-42492-3

König, Hans-Dieter (2000). Tiefenhermeneutik. In Uwe Flick, Ernst von Kardoff & Ines Steinke (Hg.), *Qualitative Sozialforschung: Ein Handbuch* (S. 556-559). Reinbek: Rowohlt Taschenbuch.

Köpping, Petra (2018). *Integriert doch erst mal uns! Eine Streitschrift für den Osten*. Berlin: Ch. Links Verlag.

Kowalczuk, Ilko-Sascha (2009). *Endspiel: Die Revolution von 1989 in der DDR*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Kowalczuk, Ilko-Sascha (2019). *Die Übernahme: Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde*. München: C. H. Beck.

Kowalczuk, Ilko-Sascha (2021). Woanders ist auch Scheiße! Die Auswirkungen der Transformation nach 1990 auf die Gesellschaft in Ostdeutschland – Ein Überblick. In Ilko-Sascha Kowalczuk, Holger Kulick & Frank Ebert (Hg.), *(Ost)Deutschlands Weg: 45 Studien & Essays zur Lage des Landes (Teil I: 1989 bis heute & Teil II: Gegenwart und Zukunft)* (S. 29-57). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Kowalczuk, Ilko-Sascha (2024). *Freiheitsschock: Eine andere Geschichte Ostdeutschlands von 1989 bis heute*. München: C.H. Beck.

Krampitz, Karsten (2018, 3. Oktober). *Erinnerungspolitik: DDR neu erzählen*. Deutschlandfunk (Essay und Diskurs). https://www.deutschlandfunk.de/erinnerungspolitik-ddr-neu-erzaehlen-100.html

Kraske, Michael (2020). *Der Riss: Wie die Radikalisierung im Osten unser Zusammenleben zerstört*. Berlin: Ullstein.

Krause, Laura-Kristine & Gagné, Jérémie (2019). *Die andere deutsche Teilung: Zustand und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft*. Berlin: More in Common. https://www.dieandereteilung.de/media/nthptlnv/moreincommon_dieandereteilung_studie_v1-0-2.pdf

Kretzschmar, Judith & Steinmetz, Rüdiger (2021). Abbruch, Umbruch, Aufbruch: Programme des sächsischen Lokalfernsehens in der Nachwendezeit 1990-1995. In Nils S. Borchers, Selma Güney, Uwe Krüger & Kerem Schamberger (Hg.), *Transformation der Medien – Medien der Transformation:*

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Verhandlungen des Netzwerks Kritische Kommunikationswissenschaft. Frankfurt a.M.: Westend. https://doi.org/10.53291/THLT5265

Krüger, Uwe & Mundt, Anna (2020). Wie objektiv war die Ukraine-Berichterstattung? Eine Sourcing-Analyse zum Euromaidan 2013/14 im deutschen Fernsehen. In Hans-Jürgen Bucher (Hg.), *Medienkritik: Zwischen ideologischer Instrumentalisierung und kritischer Aufklärung. Grundlagen – Fallanalysen – Problemfelder* (S. 292-311). Köln: Herbert von Halem.

Krüger, Uwe (2016). *Mainstream: Warum wir den Medien nicht mehr trauen*. München: C.H. Beck.

Krüger, Uwe (2017). Medien-Mainstream: Eine Streitrede wider Konformität im Journalismus und für eine kritische Journalistik. In Volker Lilienthal & Irene Neverla (Hg.), *Lügenpresse. Anatomie eines politischen Kampfbegriffs* (S. 248-265). Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Krüger, Uwe, Köbele, Pauline, Lang, Mascha Leonie, Scheller, Milena & Seyffert, Henry (2022). Innere Pressefreiheit revisited: Aktueller Regulierungsbedarf zu Eigentümermacht aus Sicht deutscher Medienjournalist*innen. *Journalistik, 5*(3), 228-247. https://doi.org/10.1453/2569-152X-32022-12669-de

Kuckartz, Udo (2018). *Qualitative Inhaltsanalyse: Methoden, Praxis, Computerunterstützung*. Weinheim & Basel: Beltz Juventa.

Kühn, Thomas & Koschel, Kay-Volker (2018). *Gruppendiskussionen: Ein Praxis-Handbuch*. Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-18937-2

Kulturbüro Sachsen e.V. (2022). *Sachsen rechts unten*. https://kulturbuero-sachsen.de/sachsen-rechts-unten-2022/

Küpper, Beate, Sandal-Önal, Elif &, Andreas (2023). Demokratiegefährdende Radikalisierung in der Mitte. In Andreas Zick, Beate Küpper & Nico Mokros (Hg.), *Die distanzierte Mitte – Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23* (S. 91-147). Bonn: J.H.W. Dietz Nachf.

Küppers, Anne & Decker, Frank (2023). Vertrauen und Demokratie tief im Westen – politische Kultur im Ruhrgebiet. *Zeitschrift für Politikwissenschaft, 33*(4), 659-684. https://doi.org/10.1007/s41358-024-00363-z

Kutscher, Nadja (2023). *Das Narrativ vom «großen Austausch«: Rassismus, Sexismus und Antifeminismus im neurechten Untergangsmythos*. Bielefeld: transcript.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Ladd, Jonathan McDonald (2010). The role of media distrust in partisan voting. *Political Behavior, 32*(4), 567-585. https://doi.org/10.1007/s11109-010-9123-z

Lamnek, Siegfried & Krell, Claudia (2016). *Qualitative Sozialforschung: mit Online-Material* (6., überarbeitete Auflage). Weinheim & Basel: Beltz.

Lamnek, Siegfried (1999). Erklären *und* Verstehen – ein Plädoyer gegen jede apodiktische Einseitigkeit. *Zeitschrift für Humanistische Sozialwissenschaft, 4*(1/2), 114-136.

Lasslop, Claudia (2010). Das Bild Ostdeutschlands in westdeutschen Leitmedien: Eine Untersuchung der Berichte über Ostdeutschland des Nachrichtenmagazins Der Spiegel und der Wochenzeitung Die Zeit. In Michael Haller & Lutz Mükke (Hg.), *Wie die Medien zur Freiheit kamen: Zum Wandel der ostdeutschen Medienlandschaft seit dem Untergang der DDR* (S. 194-207). Köln: Herbert von Halem.

Leber, Sebastian & Meisner, Matthias (2017). Wegschauen – Verdrängen – Versagen: Hass in Freital – auch nach der Anklage gegen eine Gruppe von mutmaßlichen Rechtsterroristen. In Heike Kleffner & Matthias Meisner (Hg.), *Unter Sachsen: Zwischen Wut und Willkommen* (S. 160-169). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Lee, Woo-Seung (2003). *Das Fernsehen im geteilten Deutschland (1952-1989): Ideologische Konkurrenz und programmliche Kooperation*. Potsdam: Verlag für Berlin-Brandenburg.

Lehmann, Lena & Jukschat, Nadine (2019). »Linksextremismus« – ein problematisches Konzept: Perspektiven verschiedener Praxisakteure. *SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis*, 4, 41-52. https://doi.org/10.7396/2019_4_D

Leibert, Tim (2020). Demografische Strukturen und Entwicklungen in den ländlichen Räumen Sachsens: Nur Abwanderung und Schrumpfung? In Lars-Arne Dannenberg & Matthias Donath (Hg.), *Die Verwandlung des Landes – Ländlicher Raum in Sachsen* (Sonderausgabe der Zeitschrift Sächsische Heimatblätter 1/2020, S. 16-27). https://doi.org/10.52410/shb.Bd.66.2020.H.1.S. 1-4

Lindemann, Gerhard & Schmeitzner, Mike (2019). Einleitung. In Gerhard Lindemann & Mike Schmeitzner (Hg.), *»… da schlagen wir zu«: Politische Gewalt in Sachsen 1930-1935* (S. 7-17). Göttingen: V&R unipress.

Linke, Norbert (1987). Die Rezeption der Programme von ARD und ZDF in der DDR als Gegenstand der SED-Kommunikationspolitik. *Publizistik, 32*(1), 45-68.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Lipset, Seymour M. (1959). Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy. *The American Political Science Review*, *53*(1), 69-105. https://doi.org/10.2307/1951731

Locke, Stefan (2017). Sächsische Wut – Pegida: Über Ursachen und Entwicklung einer sächsischen Bewegung. In Heike Kleffner & Matthias Meisner (Hg.), *Unter Sachsen: Zwischen Wut und Willkommen* (S. 35-45). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Loosen, Wiebke (2016). Das Leitfadeninterview – eine unterschätzte Methode. In Stefanie Averbeck-Lietz & Michael Meyen (Hg.), *Handbuch nicht standardisierte Methoden in der Kommunikationswissenschaft* (S. 139-155). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-01656-2

Loosen, Wiebke, Reimer, Julius & Hölig, Sascha (2020). *Was Journalisten sollen und wollen: (In-)Kongruenzen zwischen journalistischem Rollenselbstverständnis und Publikumserwartung* (Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts, 49). Hamburg: Leibniz-Institut für Medienforschung Hans-Bredow-Institut. https://doi.org/10.21241/ssoar.71726

Lorenz, Astrid & Pischtschan, Luisa (2024). Zivilgesellschaft in Deutschland – Unterschiedliche Dichte und Staatsquote in Ost und West. In Lars Vogel, Astrid Lorenz & Rebecca Pates (Hrsg.), *Ostdeutschland – Identität, Lebenswelt oder politische Erfindung?* (S. 93-113). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-43485-4_5

Luhmann, Niklas (2014) [1968]. *Vertrauen: Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität* (5. Aufl.). Konstanz & München: UVK.

Lüthje, Corinna (2016). Die Gruppendiskussion in der Kommunikationswissenschaft. In Stefanie Averbeck-Lietz & Michael Meyen (Hg.), *Handbuch nicht standardisierte Methoden in der Kommunikationswissenschaft* (S. 157-173). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-01656-2

Machill, Marcel, Beiler, Markus & Gerstner, Johannes R. (2010). Bestandsaufnahme von Medienlandschaft, Medienpolitik und Journalismus in Ostdeutschland nach der Wende. In dies. (Hg.), *Medienfreiheit nach der Wende: Entwicklung von Medienlandschaft, Medienpolitik und Journalismus in Ostdeutschland* (S. 9-54). Konstanz: UVK.

Maier, Michaela, Retzbach, Joachim, Glogger, Isabella & Stengel, Karin (2018). *Nachrichtenwerttheorie*. (2. Aufl.) Baden-Baden: Nomos.

Maier, Steven F. & Seligman, Martin E. (1976). Learned helplessness: Theory and evidence. *Journal Of Experimental Psychology: General*, *105*(1), 3-46. https://doi.org/10.1037/0096-3445.105.1.3

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Mannewitz, Tom & Vollmann, Erik (2019). Muster regionaler Demokratieunterstützung in Deutschland 2017. In Rainer Faus, Tom Mannewitz, Simon Storks, Kai Unzicker & Erik Vollmann (Hg.), *Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien – Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?* (S. 22-61). Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/schwindendes-vertrauen-in-politik-und-parteien

Manow, Philip (2018). *Die Politische Ökonomie des Populismus*. Berlin: Suhrkamp.

Marotzki, Winfried (2003). Leitfadeninterview. In Ralf Bohnsack, Winfried Marotzki & Michael Meuser (Hg.), *Hauptbegriffe qualitativer Sozialforschung: Ein Wörterbuch* (S. 114). Opladen: Westdeutscher Verlag.

Massing, Peter (2015). *Institutionen*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. https://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/politische-bildung/193089/institutionen

Matthes, Jörg & Kohring, Matthias (2003). Operationalisierung von Vertrauen in Journalismus. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, *51*(1), 5-23. https://doi.org/10.5771/1615-634x-2003-1-5

Matthes, Jörg (2014). *Framing*. Baden-Baden: Nomos

Mau, Steffen (2019). *Lütten Klein: Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.

Mau, Steffen (2021). Ostdeutsche Frakturen für immer? Zwischen Entwertungsgefühlen und Ohnmachtserfahrungen – welche Wege führen heraus? In Ilko-Sascha Kowalczuk, Holger Kulick & Frank Ebert (Hg.), *(Ost) Deutschlands Weg: 45 Studien & Essays zur Lage des Landes (Teil I: 1989 bis heute)* (S. 363-374). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Mau, Steffen (2024). *Ungleich vereint: Warum der Osten anders bleibt*. Berlin: Suhrkamp.

Mau, Steffen, Lux, Thomas & Westheuser, Linus (2023). *Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.

Mauler, Sandra, Ortner, Heike & Pfeiffenberger, Ulrike (2017). Medien und Glaubwürdigkeit, Objektivität und Vertrauen: Zur Einführung. In dies. (Hg.), *Medien und Glaubwürdigkeit: Interdisziplinäre Perspektiven auf neue Herausforderungen im medialen Diskurs* (S. 7-20). Innsbruck: Innsbruck University Press.

Maurer, Marcus (2017). *Agenda-Setting* (2. Aufl.) Baden-Baden: Nomos.

Maurer, Marcus, Haßler, Jörg & Jost, Pablo (2023). *Die Qualität der Medienberichterstattung über den Ukraine-Krieg*. Frankfurt a.M.: Otto Brenner

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Stiftung. https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/2023_Ukraine_Berichterstattung_Endbericht.pdf

Maurer, Marcus, Jost, Pablo, Haßler, Jörg & Kruschinski, Simon (2019). Auf den Spuren der Lügenpresse: Zur Richtigkeit und Ausgewogenheit der Medienberichterstattung in der »Flüchtlingskrise«. *Publizistik, 64*(1), 15-35. https://doi.org/10.1007/s11616-018-00466-y

Maurer, Marcus, Jost, Pablo, Pfoh, Milan, Porath, Maximiliane & Wilke, Lea (2018). Motivierte Zweifel: Wie die Voreinstellungen der Rezipienten zum Berichterstattungsgegenstand ihre Wahrnehmung der Medienglaubwürdigkeit beeinflussen. *Medien & Kommunikationswissenschaft, 66*(3), 302-319. https://doi.org/10.5771/1615-634X-2018-3-302

Maurer, Marcus, Reinemann, Carsten & Kruschinski, Simon (2021). *Einseitig, unkritisch, regierungsnah? Eine empirische Studie zur Qualität der journalistischen Berichterstattung über die Corona-Pandemie*. Hamburg: Rudolf-Augstein-Stiftung. https://rudolf-augstein-stiftung.de/wp-content/uploads/2021/11/Studie-einseitig-unkritisch-regierungsnah-reinemann-rudolf-augstein-stiftung.pdf

Mayring, Philipp (2022). *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*. Weinheim & Basel: Beltz.

Mayring, Philipp (2023). *Einführung in die qualitative Sozialforschung* (7., überarb. Auflage). Weinheim: Beltz.

McIntyre, Karen & Gyldensted, Catherine (2018). Positive Psychology as a Theoretical Foundation for Constructive Journalism. *Journalism Practice, 12*(6), 662-678. https://doi.org/10.1080/17512786.2018.1472527

McPherson, Miller, Smith-Lovin, Lynn & Cook, James M. (2001). Birds of a feather: Homophily in social networks. *Annual Review of Sociology, 27*, 415-444. https://doi.org/10.1146/annurev.soc.27.1.415

MDR Sachsen (2024, 2. Mai). *AfD-Bürgermeister in Großschirma: Wahl soll am 1. September wiederholt werden*. Mitteldeutscher Rundfunk. https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/chemnitz/freiberg/grosschirma-buergermeister-neuwahl-afd-termin-100.html

MDR Sachsen (2024, 3. Juli). *Wahlwiederholung: AfD-Mann einziger Bürgermeisterkandidat in Großschirma*. Mitteldeutscher Rundfunk. https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/chemnitz/freiberg/grossschirma-buergermeister-wahl-afd-kandidat-100.html

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

MDR Sachsen (2024, 3. März). *AfD-Landtagsabgeordneter Weigand ist neuer Bürgermeister von Großschirma*. Mitteldeutscher Rundfunk. https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/chemnitz/freiberg/buergermeister-wahl-ergebnis-grossschirma-afd-cdu-100.html

Mede, Niels G., Brucklachner, Alina & Heim, Mathias (2020). Versagen des Journalismus? Medienskepsis und Journalismuswahrnehmung. In Bernd Blöbaum, Thomas Hanitzsch & Laura Badura (Hg.), *Medienskepsis in Deutschland: Ursachen, Ausprägungen und Konsequenzen* (S. 87-112). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-31369-2_5

Meedia (2021, 15. Oktober). *MDR startet Kooperation mit sächsischer Polizei*. Meedia.de. https://meedia.de/news/beitrag/10586-mdr-startet-kooperation-mit-saechsischer-polizei.html

Meier, Klaus (2018). *Journalistik*. Konstanz & München: UVK/Lucius.

Merkel, Wolfgang (1999). *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. Opladen: Leske+Budrich.

Merkel, Wolfgang (2017). Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In Philipp Harfst, Ina Kubbe & Thomas Poguntke (Hg.), *Parties, Governments and Elites* (S. 9-23). Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Meyen, Ferdinand (2021). *Warum False Balancing in Talkshows nicht nur schlecht ist* (Kommentar). Bayern 2 Online. https:/www.br.de/radio/bayern2/sendungen/zuendfunk/false-balancing-darf-man-impfskeptiker-noch-in-talkshows-einladen-100.html

Meyen, Michael (2003). *Denver Clan und Neues Deutschland: Mediennutzung in der DDR*. Berlin: Ch. Links.

Meyen, Michael (2020). Die Erfindung der Glaubwürdigkeit: Umfragen zur Medienbewertung in Deutschland seit 1945. In Astrid Blome, Tobias Eberwein & Stefanie Averbeck-Lietz (Hg.), *Medienvertrauen: Historische und aktuelle Perspektiven* (S. 59-75). Berlin & Boston: DeGruyter Saur. https://doi.org/10.1515/9783110590470-004

Meyer, Thomas (2001). *Mediokratie: Die Kolonisierung der Politik durch die Medien*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Meyer, Thomas (2010). *Was ist Politik?* (3. akt. u. erg. Aufl.). Wiesbaden: Springer VS.

Meyer, Thomas (2015). *Die Unbelangbaren: Wie politische Journalisten mitregieren*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (2024). *Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2023*. https://www.im.nrw/system/files/media/document/file/240418_vsb2023_online_0.pdf

Mitteldeutscher Rundfunk (2023): *Geschäftsbericht 2023*. https://www.mdr.de/rundfunkbeitrag-und-finanzen/geschaeftsbericht-mdr-zweitausenddreiundzwanzig-102.html

Möhring, Wiebke & Schlütz, Daniela (2019). *Die Befragung in der Medien- und Kommunikationswissenschaft: Eine praxisorientierte Einführung*. Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-25865-8_1

Morina, Christina (2023). *Tausend Aufbrüche: Die Deutschen und ihre Demokratie seit den 1980er Jahren*. München: Siedler.

Mühlfried, Florian (2019). *Misstrauen: Vom Wert eines Unwertes*. Ditzingen & Stuttgart: Reclam.

Mükke, Lutz (2010). »Eine eigenartige Wendung.« – Warum die überregionale Presse in Ostdeutschland scheitert: Ein Gespräch mit Hans-Jörg Stiehler. In Michael Haller & Lutz Mükke (Hg.), *Wie die Medien zur Freiheit kamen: Zum Wandel der ostdeutschen Medienlandschaft seit dem Untergang der DDR* (S. 248-260). Köln: Herbert von Halem.

Mükke, Lutz (2021). 30 Jahre staatliche Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung: Schreiben Medien die Teilung Deutschlands fest? (OBS-Arbeitspapier 45). Frankfurt a.M.: Otto Brenner Stiftung. https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien/30-jahre-mediale-spaltung/

Müller, Jan (2013). *Mechanisms of trust: News media in democratic and authoritarian regimes*. Frankfurt a.M. & New York: Campus.

Müller-Jentsch, Walther (2008). Der Verein – ein blinder Fleck der Organisationssoziologie. *Berliner Journal für Soziologie, 18*(4), 476-502.

Nadeau, Richard, Daoust, Jean-François & Dassonneville, Ruth (2023). Winning, Losing, and the Quality of Democracy. *Political Studies, 71*(2), 483-500. https://doi.org/10.1177/00323217211026189

Neubauer, Dirk (2021). *Rettet die Demokratie! Eine überfällige Streitschrift*. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch.

Newman, Nic, Fletcher, Richard, Eddy, Kirsten, Robertson, Craig T. & Nielsen, Rasmus Kleis (2023). *Reuters Digital News Report 2023*. Oxford: Reuters Institute for the Study of Journalism. https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/sites/default/files/2023-06/Digital_News_Report_2023.pdf

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Newton, Ken & Zmerli, Sonja (2011). Three forms of trust and their association. *European Political Science Review, 3*(2), 169-200. https://doi.org/10.1017/S1755773910000330

Nicklich, Manuel, Röbenack, Silke, Sauer, Stefan, Schreyer, Jasmin & Tihlarik, Amelie (2023). Qualitative Sozialforschung auf Distanz: Das Interview im Zeitalter seiner virtuellen Durchführbarkeit. *Forum: Qualitative Sozialforschung, 24*(1), Art. 15. https://doi.org/10.17169/fqs-24.1.4010

Nida-Rümelin, Julian (2023). *Die Rolle der Zivilkultur in der Demokratie: Streit, Kooperation, Partizipation – Eine Studie im Auftrag der Körber-Stiftung*. Hamburg: Körber-Stiftung. https://koerber-stiftung.de/site/assets/files/30824/broschuere_zivilkulturdemokratie.pdf

Niedermayer, Oskar (2023). Parteimitgliedschaften im Jahre 2022. *Zeitschrift für Parlamentsfragen, 54*(2), 376-407. https://doi.org/10.5771/0340-1758-2023-2-376

Oelkers, Julia (2017). Hoyerswerda revisited: Ein Vierteljahrhundert nach dem rassistischen Pogrom in Hoyerswerda erinnern sich Betroffene und Zeitzeugen. In Heike Kleffner & Matthias Meisner (Hg.), *Unter Sachsen: Zwischen Wut und Willkommen* (S. 172-181). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Oschmann, Dirk (2023). Der Osten: Eine westdeutsche Erfindung: Wie die Konstruktion des Ostens unsere Gesellschaft spaltet. Berlin: Ullstein.

Pasch, Gerhart (2020). Dorfentwicklung in Sachsen in den letzten 25 Jahren. In Lars-Arne Dannenberg & Matthias Donath (Hg.), *Die Verwandlung des Landes – Ländlicher Raum in Sachsen* (Sonderausgabe der Zeitschrift Sächsische Heimatblätter 1/2020, S. 48-56). https://doi.org/10.52410/shb.Bd.66.2020.H.1.S. 1-4

Patzelt, Werner J. (2017). Ein gescheiterter Staat? Sächsische Besonderheiten. *Sächsische Heimatblätter, 63*(1), 39-45. https://doi.org/10.52410/shb.Bd.63.2017.H.1

Peikert, Denise (2024, 20. April). Zahl rechtsextremer Angriffe in Sachsen steigt: Opferberatung warnt vor Gewalt im Wahljahr. *Leipziger Volkszeitung*, S. 10.

Peltz, Patrick, Haynert, Alina & Dutz, Jessica (2024). *Feindbild Journalist 8 – Angst vor der Selbstzensur* (Eine Studie des Europäischen Zentrums für Presse und Medienfreiheit). https://www.ecpmf.eu/feindbild-journalistin-8-angst-vor-der-selbstzensur

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Pfahl-Traughber, Armin (2011). *Islamismus – Was ist das überhaupt? Definition – Merkmale – Zuordnungen*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. https://www.bpb.de/themen/islamismus/dossier-islamismus/36339/islamismus-was-ist-das-ueberhaupt

Pfahl-Traughber, Armin (2022). *Intellektuelle Rechtsextremisten: Das Gefahrenpotential der Neuen Rechten*. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf.

Pickel, Gert & Decker, Oliver (Hg.). (2016). *Extremismus in Sachsen: Eine kritische Bestandsaufnahme* (Sonderausgabe für die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung). Leipzig: Edition Leipzig. https://www.slpb.de/fileadmin/media/Publikationen/Ebooks/Extremismus-in-Sachsen.pdf

Pickel, Susanne (2024). Was ist Demokratie? *Aus Politik und Zeitgeschichte*, *74*(27), 4-11.

Pickel, Susanne, Pickel, Gert, Gittner, Natalie, Celik, Kazim & Kiess, Johannes (2022). Demokratie und politische Kultur. In Oliver Decker, Johannes Kiess, Ayline Heller & Elmar Brähler (Hg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022* (S. 185-207). Gießen: Psychosozial-Verlag. https://doi.org/10.30820/9783837979190-185

Pinzler, Petra (2024). *Hat das Zukunft oder kann das weg? Der Fortschrittskompass*. Frankfurt a.M.: Campus.

Pohr, Adrian (2005). Indexing im Einsatz: Eine Inhaltsanalyse der Kommentare überregionaler Tageszeitungen in Deutschland zum Afghanistankrieg 2001. *Medien und Kommunikationswissenschaft*, *53*(2-3), 261-276.

Pollack, Detlef (2020). *Das unzufriedene Volk: Protest und Ressentiment in Ostdeutschland von der friedlichen Revolution bis heute*. Bielefeld: transcript.

Pollak, Christopher & Krüger, Uwe (2024). Medienvertrauen in Ostdeutschland. In Lars Vogel, Astrid Lorenz & Rebecca Pates (Hg.), *Ostdeutschland – Identität, Lebenswelt oder politische Erfindung?* (S. 285-314). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-43485-4_13

Pöttker, Horst (2003). Kommunikationsstörungen? Zur Systematik der sozialen Beziehung zwischen Politikern und Journalisten. In Ulrich Sarcinelli & Jens Tenscher (Hg.), *Machtdarstellung und Darstellungsmacht. Beiträge zur Theorie und Praxis moderner Politikvermittlung* (S. 149-167). Baden-Baden: Nomos.

Pötzsch, Holger (2019). Das Framing-Manual – Nochmal. In Michael Meyen (Hg.), *Medienrealität 2019*. München. https://doi.org/10.58079/rceh

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Praprotnik, Katrin, Perlot, Flooh, Ingruber, Daniela & Filzmaier, Peter (2019). Soziale Medien als politischer Informationskanal. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 48(1), 1-17. https://doi.org/10.15203/ozp.2726.vol48iss1

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (1990). Der entscheidende Schritt auf dem Weg in die gemeinsame Zukunft der Deutschen – Fernsehansprache des Bundeskanzlers zum Inkrafttreten der Währungsunion am 1. Juli 1990. *Bulletin des Presse- und Informationsamt der Bundesregierung*, 86-90.

Prochazka, Fabian & Schweiger, Wolfgang (2020). Vertrauen in Journalismus in Deutschland: Eine Typologie der Skeptiker. *Media Perspektiven*, 4/2020, 196-206.

Prochazka, Fabian (2020). *Vertrauen in Journalismus unter Online-Bedingungen: Zum Einfluss von Personenmerkmalen, Qualitätswahrnehmungen und Nachrichtennutzung*. Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-30227-6

Przyborski, Aglaja & Wohlrab-Sahr, Monika (2021). *Qualitative Sozialforschung: Ein Arbeitsbuch*. Berlin & Boston: De Gruyter. https://doi.org/10.1515/9783110710663

Pürckhauer, Andrea & Lorenz, Paulina (2019). *Welche Migration gab es in der DDR?* Mediendienst Integration. https://mediendienst-integration.de/artikel/welche-migration-gab-es-in-der-ddr.html

Pürer, Heinz (2015). *Medien in Deutschland: Presse – Rundfunk – Online*. Konstanz: UVK.

Putnam, Robert D. (2000). *Bowling alone: The collapse and revival of American community*. New York: Touchstone Books/Simon & Schuster. https://doi.org/10.1145/358916.361990

Quiring, Oliver, Ziegele, Marc, Schultz, Tanjev, Fawzi, Nayla, Jackob, Nikolaus, Jakobs, Ilka, Schemer, Christian, Stegmann, Daniel & Viehmann, Christina (2024). Zurück zum Niveau vor der Pandemie – Konsolidierung von Vertrauen und Misstrauen. Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen 2023. *Media Perspektiven*, 9/2024, 1-14.

Rabenschlag, Ann-Judith (2016, 15. September). *Arbeiten im Bruderland: Arbeitsmigranten in der DDR und ihr Zusammenleben mit der deutschen Bevölkerung*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. https://www.bpb.de/233678

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Rädiker, Stefan & Kuckartz, Udo (2019). *Analyse qualitativer Daten mit MAXQDA: Text, Audio und Video*. Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-22095-2

Rauh, Christina, Thesing, Hendrik, Strzelecki, Melanie & Schwabe, Bernadette (2023). *Generationen 65+ in Sachsen: Lebenslagen und Potenziale*. Dresden: Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt. https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/41853

Rech, David (2023, 19. Dezember). *Nur 40 Prozent der Deutschen glauben, Meinung frei äußern zu können. Zeit Online*. https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-12/meinungsfreiheit-zensur-studie-freiheitsindex-deutschland-2023

Reibstein, Lena & Klingholz, Reiner (2020). Die demografische und ökonomische Zukunft Sachsens. In Lars-Arne Dannenberg & Matthias Donath (Hg.), *Die Verwandlung des Landes – Ländlicher Raum in Sachsen* (Sonderausgabe der Zeitschrift Sächsische Heimatblätter 1/2020, S. 5-15). https://doi.org/10.52410/shb.Bd.66.2020.H.1.S. 1-4

Reinemann, Carsten, Fawzi, Nayla & Obermaier, Magdalena Katharina (2017). Die »Vertrauenskrise« der Medien – Fakt oder Fiktion? Zu Entwicklung, Stand und Ursachen des Medienvertrauens in Deutschland. In Volker Lilienthal & Irene Neverla (Hg.), *Lügenpresse – Anatomie eines politischen Kampfbegriffs* (S. 77-94). Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Rellecke, Werner (2002). Freistaat Sachsen. In Hans-Georg Wehling (Hg.), *Die deutschen Länder. Geschichte – Politik – Wirtschaft* (S. 233-249). Opladen: Leske+Budrich.

Richter, Michael (2002). *Entscheidung für Sachsen: Grenzkreise und – kommunen bei der Bildung des Freistaates 1989-1994 – Bürgerwille und repräsentative Demokratie*. Dresden: Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung.

Riesmeyer, Claudia (2011). Das Leitfadeninterview – Königsweg der qualitativen Journalismusforschung? In Olaf Jandura, Thorsten Quandt & Jens Vogelsang (Hg.), *Methoden der Journalismusforschung* (S. 223-236). Wiesbaden: Springer VS.

Rietzschel, Antonie (2024, 30. April). Mehr Attacken auf Politiker und Parteien in Sachsen – Grüne trifft es besonders oft. *Leipziger Volkszeitung*, S. 1.

Rosenberg, Marshall B. (2009). *Gewaltfreie Kommunikation: Eine Sprache des Lebens* (8. Auflage). Paderborn: Junfermann.

Rosenthal, Gabriele (2005). *Interpretative Sozialforschung – Eine Einführung*. Weinheim & München: Juventa Verlag.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Rottmann, Sigrun (2024). Friedensjournalismus reloaded: Plädoyer für eine bessere Berichterstattung über Debatten, Streit und gesellschaftliche Konflikte. *Journalistik – Zeitschrift für Journalismusforschung*, *7*(1), 87-93. https://doi.org/10.1453/2569-152X-12024-13934-de

Sächsische Landesmedienanstalt (2024). *Privates Fernsehen in Sachsen: Senderliste*. Abgerufen am 09. Oktober 2024 von https://www.slm-online.de/zulassung-und-aufsicht/rundfunklandschaft/fernsehen/

Sächsische Staatskanzlei (Hg.). (1991). *Mitten in Europa: Der Freistaat Sachsen und seine Region*. Wiesbaden: Gabler-Bertelsmann. https://doi.org/10.1007/978-3-322-84293-0

Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2024). *Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2023*. https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/jahresberichte-4103.html

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (2020, 2. März). *Erster sächsischer Coronavirus-Fall bestätigt – Gesundheitsministerin Köpping: »Alle Beteiligten haben besonnen, schnell und richtig reagiert«* (Pressemitteilung). https://www.medienservice.sachsen.de/medien/news/234617

Sarcinelli, Ulrich (1994). Mediale Politikdarstellung und politisches Handeln: Analytische Anmerkungen zu einer notwendigerweise spannungsreichen Beziehung. In Otfried Jarren (Hg.), *Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen* (S. 35-50). Opladen: Leske+Budrich.

Sarcinelli, Ulrich (2011). *Politische Kommunikation in Deutschland: Medien und Politikvermittlung im demokratischen System*. Wiesbaden: VS. https://doi.org/10.1007/978-3-531-93018-3

Schaal, Gary S. (2004). *Vertrauen, Verfassung und Demokratie*. Wiesbaden: VS. https://doi.org/10.1007/978-3-663-12436-8_4

Schäfer, Michael (2010). Schocktherapie und Leuchtturmbau: Wirtschaft in Sachsen nach 1990. In Konstantin Hermann (Hg.), *Sachsen seit der Friedlichen Revolution: Tradition, Wandel, Perspektiven* (S. 170-180). Dresden, Beucha & Markkleeberg: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung.

Schäfer, Mike Steffen (2004). Matthias Kohring: Vertrauen in Journalismus – Theorie und Empirie (Buchbesprechung). *Publizistik*, *49*(3), 393-394. https://doi.org/10.1007/s11616-004-0105-1

Schatz, Roland & Petersen, Thomas (2023). *Freiheit: Die Mehrzahl der Deutschen fühlt sich eingeschränkt. Freiheitsindex Deutschland 2022 – das Forschungsprojekt des Instituts für Demoskopie Allensbach und Media Tenor International*.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Zürich: InnoVatio. http://de.mediatenor.com/images/files/Freiheitsindex_2022_final.pdf

Schindler, Johanna, Fortkord, Claudia, Posthumus, Lone, Obermaier, Magdalena, Fawzi, Nayla & Reinemann, Carsten (2018). Woher kommt und wozu führt Medienfeindlichkeit? Zum Zusammenhang von populistischen Einstellungen, Medienfeindlichkeit, negativen Emotionen und Partizipation. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 66(3), 283-301. https://doi.org/10.5771/1615-634X-2018-3-283

Schlehe, Judith (2008). Formen qualitativer ethnographischer Interviews. In Bettina Beer (Hg.), *Methoden ethnologischer Feldforschung* (S. 119-142). Berlin: Dietrich Reimer Verlag.

Schlinkert, Simon, Krüger, Stefan, Klaus, Susanne, Mühle, Robert, Voss, Max, Mertes, Michael & Schlinkert, Reinhard (2024a). *Ergebnisbericht Sachsen-Monitor 2023*. Bonn: Dimap Markt- und Politikforschung im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei. https://www.staatsregierung.sachsen.de/download/dimap-Ergebnisbericht-Sachsen-Monitor-2023.pdf

Schlinkert, Simon, Krüger, Stefan, Klaus, Susanne, Mühle, Robert, Voss, Max, Mertes, Michael & Schlinkert, Reinhard (2024b). *Tabellenbericht Sachsen-Monitor 2023*. Bonn: Dimap Markt- und Politikforschung im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei. https://www.staatsregierung.sachsen.de/download/staatsregierung/dimap-Tabellenbericht-Sachsen-Monitor-2023.pdf

Schmidt, Christian (Hg.). (2016). *Helden im Wilden Osten: Ostdeutschland in den Neunzigerjahren* (Begleitheft zur Ausstellung). Leipzig: Zeitläufer.

Schmidt, Rudi (2001). Restrukturierung und Modernisierung der ostdeutschen Industrie. In Hans Bertram & Raj Kollmorgen (Hg.), *Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern* (S. 161-193). Opladen: Leske+Budrich.

Schnaudt, Christian (2020). Politisches Wissen und politisches Vertrauen. In Markus Tausendpfund & Bettina Westle (Hg.), *Politisches Wissen in Deutschland* (S. 127-164). Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Schnetzer, Simon, Hampel, Kilian & Hurrelmann, Klaus (2024). *Trendstudie »Jugend in Deutschland 2024: Verantwortung für die Zukunft? Ja, aber«*. Kempten: Datajockey Verlag. https://doi.org/10.17879/86948700064

Schönherr, Michael, Antusch, Julia & Jacobs, Olaf (2022). *Der lange Weg nach oben – Wie es Ostdeutsche in die Eliten schaffen: Repräsentation und Karrierewege, Entwicklungen nach drei Jahrzehnten deutscher Einheit*. Leipzig: Hofe-

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

richter & Jacobs/MDR. https://www.mdr.de/themen/dnadesostens/projekt/studie-der-lange-weg-nach-oben-100-downloadFile.pdf

Schultz, Tanjev, Ziegele, Marc, Jakobs, Ilka, Jackob, Nikolaus, Quiring, Oliver & Schemer, Christian (2020). Medienzynismus weiterhin verbreitet, aber mehr Menschen widersprechen – Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen 2019. *Media Perspektiven*, 06/2020, 322-330.

Schultze, Rainer-Olaf (1998). Demokratie. In Dieter Nohlen (Hg.), *Lexikon der Politik: Band 7 – Politische Begriffe* (S. 112-115). München: C.H. Beck.

Schulz, Winfried (2011). *Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung*. Wiesbaden: VS.

Schwaiger, Lisa (2022). *Gegen die Öffentlichkeit: Alternative Nachrichtenmedien im deutschsprachigen Raum*. Bielefeld: transcript.

Schweer, Martin K. W. (2010). *Vertrauensforschung 2010: A State of the Art*. Frankfurt a. M. u. a.: Peter Lang.

Schweiger, Wolfgang (2017). *Der (des)informierte Bürger im Netz. Wie soziale Medien die Meinungsbildung verändern*. Wiesbaden: Springer.

Seiffert-Brockmann, Jens (2015). *Vertrauen in der Mediengesellschaft. Eine theoretische und empirische Analyse*. Wiesbaden: Springer VS.

Seils, Eric & Emmler, Helge (2022). *Der untere Entgeltbereich* (WSI Policy Brief Nr. 65). Düsseldorf: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung. https://www.wsi.de/content/xpublication.xml?source=wsi&id=HBS-008216

Seyd, Ben (2024). *Trust – How Citizens View Political Institutions*. Oxford: Oxford University Press.

Simmel, Georg (1908). *Soziologie: Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Leipzig: Duncker & Humblot.

Sonntag, Nico (2023). Viele Vorschläge zur Güte: Gütekriterien der qualitativen Forschung aus analytisch-empirischer Sicht. *Zeitschrift für Soziologie*, *52*(1), 7-25. https://doi.org/10.1515/zfsoz-2023-2005

Spannagel, Dorothee & Zucco, Aline (2022). *Armut grenzt aus: WSI-Verteilungsbericht 2022 (WSI Report Nr. 79)*. Düsseldorf: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung. https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-008464/p_wsi_report_79_2022.pdf

SPD, Bündnis 90/Die Grünen & FDP (2021). *Mehr Fortschritt wagen: Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021-2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90/*

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP). www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf

Stach, Sabine & Hartmann, Greta (2020). *Friedliche Revolution 2.0? Zur performativen Aneignung von 1989 durch »Querdenken« am 7. November 2020 in Leipzig*. Zeitgeschichte Online. https://zeitgeschichte-online.de/geschichtskultur/friedliche-revolution-20

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2021). *Wirtschaft: Bruttoinlandsprodukt 1991-2019 nach Bundesländern (preisbereinigt, verkettet)*. Statistikportal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Abgerufen am 9. Februar 2021 von www.statistikportal.de/de/ugrdl/ergebnisse/wirtschaft-und-bevoelkerung/bipbws

Statistisches Bundesamt (2024a, 1. Oktober). *Abwanderung junger Menschen aus ostdeutschen Bundesländern hält an* (Pressemitteilung). https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/10/PD24_N047_12.html

Statistisches Bundesamt (2024b). Mikrozensus 2023 (Destatis/Genesis-Online). Abgerufen am 29. August 2024 von https://www-genesis.destatis.de/genesis/online

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2023a). *Basis für Familiengründungen – Geburtenverhalten*. Abgerufen am 9. April 2024 von https://www.statistik.sachsen.de/html/statistischbetrachtet-familie-geburtenverhalten.html

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2023b). *Bevölkerungsstand, Einwohnerzahlen: Eckdaten für Sachsen*. Abgerufen am 7. Oktober 2024 von https://www.statistik.sachsen.de/html/bevoelkerungsstand-einwohner.html

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2024a). *Landtagswahlen 2014-2024*. Abgerufen am 4. Oktober 2024 von https://wahlen.sachsen.de/landtagswahlen.html

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2024b). *Wahlergebnisse 2024: Bürgermeisterwahlen Gemeinde Großschirma*. Abgerufen am 30. Oktober 2024 von https://wahlen.sachsen.de/buergermeisterwahl-wahlergebnisse-2024.php

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2024c). *Fortschreibung des Bevölkerungsstandes* (Datenbank Genesis-Online). Abgerufen am 29. August 2024 von https://www.statistik.sachsen.de/genonline

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2024d). *Mikrozensus 2019* (Datenbank Genesis-Online). Abgerufen am 29. August 2024 von https://www.statistik.sachsen.de/genonline

Stawowy, Peter & Brinkmann, Christopher M. (2024). *Medien in Sachsen. Wie sie funktionieren und wer Medienpolitik macht.* Dresden: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung. https://www.slpb.de/fileadmin/media/Publikationen/Ebooks/Medien-in-Sachsen_2024.pdf

Stawowy, Peter (2019, 8. Juli). *Polizisten-Ausbildung: Polizei und DJV Sachsen kooperieren*. Flurfunk – Das Medienblog. https://www.flurfunk-dresden.de/2019/07/08/polizisten-ausbildung-polizei-und-djv-sachsen-kooperieren

Steinmetz, Rüdiger & Viehoff, Reinhold (Hg.). (2008). *Deutsches Fernsehen Ost. Eine Programmgeschichte des DDR-Fernsehens.* Potsdam: Verlag für Berlin-Brandenburg.

Strübing, Jörg (2018). *Qualitative Sozialforschung: Eine komprimierte Einführung für Studierende.* Boston & Berlin: De Gruyter.

Sundermeyer, Olaf (2017). Eine alltägliche Tat: Zwei Familienväter verüben in Meißen einen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft. In Heike Kleffner & Matthias Meisner (Hg.), *Unter Sachsen Zwischen Wut und Willkommen* (S. 152-158). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Süß, Walter (2000). *Zur Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS.* Berlin: Bundesbeauftragterf. d. Unterlagen d. Staatssicherheitsdienstes d. ehem. DDR.

Teichler, Nils, Gerlitz, Jean-Yves, Cornesse, Carina, Dilger, Clara, Groh-Samberg, Olaf, Lengfeld, Holger, Nissen, Eric, Reinecke, Jost, Skolarski, Stephan, Traunmüller, Richard & Verneuer-Emre, Lena (2023). *Entkoppelte Lebenswelten? Soziale Beziehungen und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland – Erster Zusammenhaltsbericht des FGZ*. Bremen: SOCIUM, Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt. https://doi.org/10.26092/elib/2517

Thumfart, Alexander (1999). Westliche Perzeptionsmuster, das Fremde und der Wandel in den neuen Bundesländern – Von der Modernisierung »to something else«. In Arno Waschkuhn & Alexander Thumfart (Hg.), *Politik in Ostdeutschland – Lehrbuch zur Transformation und Innovation* (S. 185-266). München & Wien: Oldenbourg.

Tröger, Mandy (2019). *Pressefrühling und Profit: Wie westdeutsche Verlage 1989/1990 den Osten eroberten*. Köln: Herbert von Halem.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Tröger, Mandy (2021). Verpasste Chancen – die Transformation der DDR-Presse 1989/1990. In Ilko-Sascha Kowalczuk, Holger Kulick & Frank Ebert (Hg.), *(Ost)Deutschlands Weg. 45 Studien & Essays zur Lage des Landes (Teil I: 1989 bis heute & Teil II: Gegenwart und Zukunft)* (S. 645-659). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Tsfati, Yariv & Ariely, Gal (2014). Individual and contextual correlates of trust in media across 44 countries. *Communication Research, 41*(6), 760-782. https://doi.org/10.1177/0093650213485972

Tsfati, Yariv & Cappella, Joseph N. (2003). Do people watch what they do not trust? Exploring the association between news media skepticism and exposure. *Communication Research, 30*(5), 504-529. https://doi.org/10.1177/0093650203253371)

Tsfati, Yariv & Cohen, Jonathan (2005). Democratic Consequences of Hostile Media Perceptions: The Case of Gaza Settlers. *The International Journal of Press/Politics, 10*(4), 28-51. https://doi.org/10.1177/1081180X05280776)

TU Dortmund (o.J.). *Studie »Journalismus und Demokratie«: Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2024*. https://www.journalismusstudie.fb15.tu-dortmund.de/journalismus-und-demokratie/publikum-2024/

Unzicker, Kai (2019). Einleitung: Gesellschaftlicher Zusammenhalt und das Vertrauen in politische Institutionen im Zeitvergleich. In Rainer Faus, Tom Mannewitz, Simon Storks, Kai Unzicker & Erik Vollmann (Hg.), *Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien – Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?* (S. 12-21). Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/schwindendes-vertrauen-in-politik-und-parteien

UrbiStat (2022). *Rangliste und thematische Karte des »Ausländeranteils« in Provinzen von Region von Sachsen*. Abgerufen am 17. Februar 2022 von https://ugeo.urbistat.com/AdminStat/de/de/classifiche/percentuale-stranieri/province/sachsen/14/2

Uth, Bernadette (2021). *Hochwertig, transparent, publikumsnah: Eine qualitative Analyse redaktioneller Strategien der Vertrauensbildung im Journalismus*. Baden-Baden: Nomos.

van Eimeren, Birgit, Simon, Erk & Riedl, Andreas (2017). Medienvertrauen und Informationsverhalten von politischen Zweiflern und Entfremdeten. *Media Perspektiven, 11/2017*, 538-554.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

von Wolff, Nikolaus (2018). *Altes Land und neue Wege. Perspektiven des Strukturwandels in Sachsen*. (Sonderausgabe für die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung). Dresden & Chemnitz: Chromaland Medienverlag.

von Wolff, Nikolaus (2023). *Sachsen: Landeskunde kompakt (*Sonderausgabe für die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung). Chemnitz: Chromaland Medienverlag.

Vorländer, Hans, Herold, Maik & Schäller, Steven (2016a). *PEGIDA: Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung*. Wiesbaden: Springer VS.

Vorländer, Hans, Herold, Maik & Schäller, Steven (2016b). PEGIDA – eine rechtsextremistische Bewegung? In Gert Pickel & Oliver Decker (Hg.), *Extremismus in Sachsen. Eine kritische Bestandsaufnahme* (Sonderausgabe für die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung Dresden/Leipzig). Leipzig: Edition Leipzig.

Wagner, Bernd (1998). *Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern – Studie*. Berlin: Zentrum Demokratische Kultur.

Wagner, Bernd (2011). Migrationspolitisch relevante Akteure in der DDR. In Almut Zwengel (Hg.), *Die »Gastarbeiter« der DDR. Politischer Kontext und Lebenswelt* (S. 21-28). Berlin & Münster: LIT Verlag.

Wagner, Bernd (2014). *Rechtsradikalismus in der Spät-DDR: Zur militant-nazistischen Radikalisierung. Wirkungen und Reaktionen in der DDR-Gesellschaft*. Berlin: Edition Widerschein.

Wagner, Bernd (2018). *Vertuschte Gefahr: Die Stasi & Neonazis*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/stasi/218421/neonazis

Wagner, Bernd (2020). Rechtsradikalismus in der Spät-DDR. In Uwe Backes & Steffen Kailitz (Hg.), *Sachsen – eine Hochburg des Rechtsextremismus?* (S. 21-43). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Wagner, Bernd (2021). Rechtsextremismus in der DDR – die vertuschte Gefahr: Frühe Spuren von Neonazis in Ostdeutschland. In Ilko-Sascha Kowalczuk, Holger Kulick & Frank Ebert (Hg.), *(Ost)Deutschlands Weg. 45 Studien & Essays zur Lage des Landes (Teil I: 1989 bis heute & Teil II: Gegenwart und Zukunft)* (S. 347-359). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Wahl, Heribert (1992). Angst – zwischen Ohnmacht und Wut: Individual- und sozialpsychologische Aspekte. *Diakonia, 23*(2), 77-87. https://doi.org/10.60498/diak.v23i2.24919

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Waibel, Harry (2017). *Die braune Saat: Antisemitismus und Neonazismus in der DDR*. Stuttgart: Schmetterling.

Waschkuhn, Arno (1999). Politik in Ostdeutschland – Politische Konfliktlinien, institutionelle Fragen und demokratisches Profil. In Arno Waschkuhn & Alexander Thumfart (Hg.), *Politik in Ostdeutschland – Lehrbuch zur Transformation und Innovation* (S. 43-183). München & Wien: Oldenbourg.

Waschkuhn, Arno (2002). *Grundlegung der Politikwissenschaft: Zur Theorie und Praxis einer kritisch-reflexiven Orientierungswissenschaft*. München & Wien: Oldenbourg.

West, Brady Thomas & Blom, Annelies G. (2017). Explaining Interviewer effects: A research synthesis. *Journal of Survey Statistics and Methodology*, *5*(2), 175-211.

Wiesenthal, Helmuth (1999). *Die Transformation der DDR: Verfahren und Resultate*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann-Stiftung.

Wolle, Stefan (2020). *Umbruch Ost – Lebenswelten im Wandel. Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung* (hg. von der Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer). Berlin: Metropol-Verlag.

Yendell, Alexander & Pickel, Gert (2020). Sind Sachsen besonders anfällig für Rechtsextremismus? Politische Einstellungen in Sachsen im Ländervergleich. In Uwe Backes & Steffen Kailitz (Hg.), *Sachsen – eine Hochburg des Rechtsextremismus?* (S. 61-80). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

ZDF heute (2017, 17. Februar). *Höcke 2010 bei Neonazi-Aufmarsch* (Fernsehbeitrag). Abgerufen am 24. Oktober 2024 von https://www.zdf.de/nachrichten/heute-sendungen/videos/hoecke-2010-bei-neonazi-aufmarsch-100.html

ZEIT-Verlagsgruppe (2024, 12. August). *Dialogformat »Deutschland spricht« vermittelt im Umfeld der Wahlen in Ostdeutschland tausende politische Streitgespräche* (Pressemitteilung). https://www.zeit-verlagsgruppe.de/pressemitteilung/dialogformat-deutschland-spricht-vermittelt-im-umfeld-der-wahlen-in-ostdeutschland-tausende-politische-streitgespraeche

Zick, Andreas, Küpper, Beate & Mokros, Nico (Hg.). (2023). *Die distanzierte Mitte – Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Anhang

Leitfaden zur Durchführung der Interviews

1. Einführung

Vielen, vielen Dank, dass Sie sich zu diesem Gespräch mit mir bereit erklärt haben und sich die Zeit dafür nehmen. Mein Name ist Judith Kretzschmar, ich arbeite an der Universität Leipzig und forsche zu Vertrauen und Misstrauen in Journalismus und Politik. Heute sitzen wir hier zusammen, weil ich Ihre Gedanken, Meinungen und Erfahrungen zu dem Thema hören möchte. Ich möchte mit Ihnen ins Gespräch kommen und im direkten Austausch lernen, was Sie bewegt: Was finden Sie gut, was finden Sie schlecht und was sollte verbessert werden? Ich führe in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Sachsens mehrere solcher Gespräche durch.
Jetzt kurz zum Ablauf: Ich habe ein paar Fragen mitgebracht. Es gibt aber kein richtig und falsch. Hier ist jede Meinung willkommen. Alles, was hier gesagt wird, hilft unserer Forschung und wird selbstverständlich nur anonymisiert verwendet. Deswegen: Trauen Sie sich bitte alles auszusprechen, was Ihnen in den Sinn kommt. Das heutige Gespräch zeichne ich nur im Ton auf und verschriftliche es; dies ist für die wissenschaftliche Auswertung nötig. Alles erfolgt selbstverständlich anonymisiert; nichts, was Sie sagen, kann später auf Ihre Person zurückgeführt werden. All diese Punkte sind in einem Merkblatt zusammengefasst, auf dem ich Ihre Unterschrift erbitte – hier geht es darum, dass Sie uns erlauben, das Gespräch aufzuzeichnen und weiter zu verarbeiten. Ich würde jetzt noch einmal fragen, ob Sie damit einverstanden sind, dass ich im Ton aufzeichne.
Bevor wir nun starten – haben Sie noch Fragen dazu?

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

2. Vertrauensbegriff

Wie gesagt, geht es uns um das Thema »Vertrauen in Politik und Medien« und Vertrauen ist ja ein Gefühl, das Sie kennen – vor allem im zwischenmenschlichen und persönlichen Bereich. Deswegen würde ich gern zunächst einmal wissen: *Wenn Sie ganz allgemein Vertrauen definieren müssten, was bedeutet das für Sie? Denken Sie an Freunde, Familie, den Job – was bedeutet Vertrauen da?*

3. Journalismus

Definitionsinformation und Nutzungsfrage:
So, wir haben jetzt darüber gesprochen, wie Sie Vertrauen im zwischenmenschlichen Bereich sehen. Jetzt möchte ich mit Ihnen konkret über Vertrauen gegenüber journalistischen Medien sprechen. Darunter verstehen wir zum Beispiel Zeitungen, Zeitschriften, Hörfunk, Fernsehen und Online-Medien, in denen professionelle Medienredaktionen recherchieren und Nachrichtenberichte oder Reportagen veröffentlichen über gesellschaftlich wichtige Themen. Es sind regelmäßig erscheinende Medien, die einem Massenpublikum zur Verfügung stehen. Hier sind zum Beispiel die *Tagesschau*, *RTL Aktuell* oder die *Süddeutsche Zeitung* oder *Bild* oder *Spiegel online* zu nennen, oder für Sachsen der Mitteldeutscher Rundfunk oder die Nachrichten von Radio PSR, oder hier vor Ort erscheint ja die… [*Sächsische Zeitung, Leipziger Volkszeitung, Freie Presse, Dresdner Neueste Nachrichten, Döbelner Allgemeine Zeitung, Döbelner Anzeiger, Oschatzer Allgemeine, Torgauer Zeitung, Dresdner Morgenpost, Chemnitzer Morgenpost*].
Ich habe jetzt einige Medien aufgezählt, die von hauptberuflichen Journalistinnen und Journalisten gestaltet werden. *Mich interessiert zunächst, welche Medien dieser Art Sie nutzen, um sich zu informieren, und warum?*

Vertrauensfrage:
Sie haben jetzt einige Medien genannt, die Sie nutzen. *Wie sehr vertrauen oder misstrauen Sie den etablierten journalistischen Medien?*

Nachfragen:

- *Gibt es bestimmte Medien oder einzelne Sendungen, denen Sie besonders viel oder besonders wenig vertrauen – und warum?*
- *Wie sehr finden Sie allgemein Ihre Meinung zu politischen Themen in den journalistischen Angeboten wieder?*

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

- *Welche journalistischen Angebote entsprechen Ihrer Meinung überhaupt nicht?*

Erklärfrage:
Sie haben jetzt darüber gesprochen, wie sehr Sie den etablierten journalistischen Medien vertrauen oder misstrauen und auch warum. Ich möchte jetzt noch Genaueres über die Gründe wissen. *Erzählen Sie bitte noch genauer, welchen Hintergrund das hat, dass Sie journalistischen Medien in bestimmter Hinsicht vertrauen bzw. misstrauen.*
Können Sie irgendwelche Erfahrungen im Umgang mit Medien festmachen, die Sie geprägt haben? *Wie sind Sie mit Medien aufgewachsen, wie war der Umgang mit Medien in der Schule, im Elternhaus?*
Haben Sie Befürchtungen, dass die Medien Schaden in unserer Gesellschaft anrichten? Was wären da Ihre Befürchtungen?

4. Politik

Nutzungsfrage:
Wir haben jetzt viel über Medien geredet, jetzt kommen wir zur Politik. *Mich interessiert zunächst, ob und wie Sie sich selbst an Politik beteiligen oder im weitesten Sinn politisch engagieren, sei es durch Wählen, durch die Arbeit in einem Verein oder einer Bürgerinitiative, oder vielleicht sind Sie ja in einer Partei oder einer Gewerkschaft. Oder gehen Sie auf Demos zu bestimmten Themen?*

Vertrauensfrage:
Sie haben mir erzählt, wie Sie sich an Politik beteiligen. Jetzt möchte ich mit Ihnen über die staatlichen Institutionen der Politik sprechen, also Regierungen und Parlamente auf den verschiedenen Ebenen: von Bürgermeister und Gemeinderat oder Stadtrat auf kommunaler Ebene über Ministerpräsidenten und Landtag auf Landesebene bis hin zum Bundestag und der Bundesregierung auf Bundesebene und europäisches Parlament und EU-Kommission auf europäischer Ebene.
Bitte überlegen Sie einmal generell: *Wie sehr vertrauen oder misstrauen Sie der Politik oder Politikerinnen und Politikern oder Parteien?*

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Nachfragen:

- *Gibt es bestimmte Institutionen oder Bereiche oder Politiker, denen Sie besonders viel oder besonders wenig Vertrauen entgegenbringen?*
- *Wie sehr finden Sie Ihre Meinung zu gesellschaftlichen Themen bei den Parteien, den Parlamenten und Regierungen wieder?*
- *Wo sehen Sie allgemein Probleme in der Politik? Was läuft da Ihrer Meinung nach alles schief?*

Erklärfrage:
Sie haben jetzt darüber gesprochen, wie sehr Sie der Politik vertrauen oder misstrauen und auch warum. Ich möchte jetzt noch Genaueres über die Gründe wissen.

- Misstrauen kann ja auch mit oder der Wendezeit zu tun haben. *Wie sind Sie denn mit Politik aufgewachsen?*
- *Haben Sie bestimmte Befürchtungen, dass die Politik Schaden in der Gesellschaft anrichtet – was wären da Ihre Befürchtungen?*

5. Zusammenhänge

Wir haben jetzt über Journalismus und über Politik gesprochen. *Hängen Ihrer Meinung nach Politik und Journalismus irgendwie zusammen? Wie stellen Sie sich die Beziehungen oder das Zusammenspiel vor? Sind Politik und Medien weitgehend unabhängig voneinander, oder sind die zu nah beieinander – was haben Sie da für einen Eindruck?*

6. Demokratieverständnis

Wir haben über Journalismus und Politik gesprochen. Beides ist in der Demokratie ja sehr wichtig. *Was verstehen Sie eigentlich unter Demokratie?*

- *Wie gut funktioniert die Demokratie in Deutschland? Wie weit ist sie von Ihrem Verständnis von Demokratie und von Ihren Idealen entfernt?*
- *Wenn ich Ihnen die Macht geben würde, unsere Gesellschaftsform so zu gestalten, dass sie Ihren Idealen entspricht, was würden Sie tun?*
- *Wenn ich Ihnen eine gute Fee an die Hand gebe, die Dinge ändert in der Demokratie, in der Politik, im Journalismus, dass es Ihrer Meinung nach besser funktioniert. Was erhoffen Sie sich, was sollte passieren?*

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

7. Abschluss

Vielen Dank für die tollen Antworten, für Ihre Beispiele, Anregungen, Gedanken und für Ihre Offenheit! Das fand ich wirklich interessant und es bereichert meine Forschungsarbeit sehr. Danke, dass Sie mitgemacht haben, sich die Zeit genommen haben, sich gedanklich darauf eingelassen haben und das so gut illustriert haben.
Bevor ich die Aufzeichnung stoppe, gibt es noch etwas, was Sie fragen wollen oder sagen wollen, was unbedingt noch aufs Band gehört?

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Autorin und Autoren

Dr. Judith Kretzschmar ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum Journalismus und Demokratie (JoDem) der Universität Leipzig mit den Schwerpunkten Vertrauensforschung und Journalismuskompetenz sowie Geschäftsführerin des Leipziger Instituts für Heimat- und Transformationsforschung (LIHT).

Prof. Dr. Markus Beiler ist Geschäftsführender Direktor des Instituts für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig. Dort ist er Professor für Journalismusforschung und leitet das Zentrum Journalismus und Demokratie (JoDem) sowie den Masterstudiengang Journalismus.

Dr. Uwe Krüger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig und Forschungskoordinator des dortigen Zentrums Journalismus und Demokratie (JoDem). Er ist Mitgründer des Netzwerks Kritische Kommunikationswissenschaft.

Dipl.-Soz. Florian Döring ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Projektkoordinator am Zentrum Journalismus und Demokratie (JoDem) der Universität Leipzig.

https://doi.org/10.14361/9783839475607 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND